G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Gerhard Stuby
Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung

Hella Gerth-Wellmann
Zur Afrikapolitik der Bundesrepublik und der EG

Reinhold Billstein
„Die Grünen" nach Saarbrücken

Karl-Heinz Braun
Subjektive Bedingungen politischen Handelns in der Bundesrepublik

Friedhelm Kröll
Die Mythologisierung der Wahlkabine

Vorschläge zur Abrüstung in der Bundesrepublik
Memorandum von Wissenschaftlern und Gewerkschaftern

63 5887

4'80

April 1980 Einzelheft 5,50 DM Im Abonnement 4,00 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

April 1980

CHRONIK DES MONATS MÄRZ 1980 385

KOMMENTARE UND BERICHTE

Zum Beispiel Zimbabwe ..... *Jürgen Ostrowsky* 388

„Die Grünen" nach Saarbrücken ..... *Reinhold Billstein* 391

HAUPTAUFSÄTZE

Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung
Politische und völkerrechtliche Aspekte der
Ost-West-Beziehungen ..... *Gerhard Stuby* 397

Vergessene Interventionen?
Ein chronologischer Abriß (II) ..... *Helmut Wolfgang Kahn* 413

Afrika als Rohstofflager und Absatzmarkt
Zur Afrikapolitik der Bundesrepublik
und der EG ..... *Hella Gerth-Wellmann* 435

Subjektive Bedingungen politischen Handelns
in der Bundesrepublik ..... *Karl-Heinz Braun* 448

Die Mythologisierung der Wahlkabine
Zur Kritik der herrschenden Wahlforschung ..... *Friedhelm Kröll* 464

Das Konzept des F. J. Strauß
Aus Reden und Schriften des Kanzlerkandidaten (II) 475

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Die Entwicklung der Leistungsbilanz der Bundesrepublik
(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ..... *Jörg Goldberg* 483

BÜCHER

Politische Justiz in der BRD ..... *Norman Paech* 486

MEDIENKRITIK

Sunny ist nicht solo ..... *Günter Giesenfeld* 490

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Vorschläge zur Abrüstung in der Bundesrepublik
Memorandum von Wissenschaftlern und Gewerkschaftern (Auszüge) 491

Bericht des „Wissenschaftlichen Forums" der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), abgehalten vom 18. Februar bis 3. März 1980 in Hamburg (Wortlaut) 508

Erklärung des Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverbandes gegen einen Boykott der Olympischen Spiele vom 20. März 1980 (Wortlaut) 511

Erklärung des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) zur Zerschlagung des NDR vom 2. März 1980 (Wortlaut) 512

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Fünfundzwanzigster Jahrgang · Heft 4/1980

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats März 1980

1.–3. – U N O. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verurteilt in einer Resolution einstimmig die Siedlungspolitik Israels und bezeichnete sieals ernstes Hindernis für einen umfassenden und dauerhaften Frieden im Nahen Osten. Die Ansiedlung israelischer Bürger auf arabischem Territorium (einschließlich Jerusalems) sei eine Verletzung internationaler Abkommen. Israel wird aufgefordert, bestehende Siedlungen aufzulösen und die Errichtung neuer zu unterlassen. Der amerikanische Präsident Carter bezeichnet am 3. 3. die Zustimmung der USA zu der Ratsresolution als ein „Mißverständnis". Eine positive Stimmabgabe sei von ihm nur unter der Voraussetzung gebilligt worden, daß die Resolution keinen Bezug auf Jerusalem enthalte. – Am 11. 3. unterbricht die in den Iran entsandte Untersuchungskommission der Vereinten Nationen (vgl. „Blätter", 3/1980, S. 257 f.) ihren Aufenthalt in Teheran und kehrt nach New York zurück. Zuvor hatte Ayatollah Khomeini die Genehmigung für ein Zusammentreffen der Kommission mit den in der US-Botschaft festgehaltenen Geiseln von einer vorherigen Veröffentlichung des Untersuchungsberichts abhängig gemacht.

1.–10. 3. – F r a n k r e i c h. Präsident Giscard d'Estaing unternimmt eine Nahostreise, in deren Verlauf er die Emirate am Persischen Golf, Jordanien und Saudiarabien besucht. In einem französisch-kuwaitischen Kommuniqué vom 3. 3. heißt es, beide Regierungen seien der Auffassung, daß eine Lösung des Nahostkonflikts

„vor allem den Rückzug Israels aus den 1967 besetzten arabischen Gebieten und die Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes" voraussetze. Das „Palästina-Problem" sei „kein Flüchtlingsproblem", sondern das Problem eines Volkes, das „im Rahmen eines gerechten und dauerhaften Friedens über sein Recht auf Selbstbestimmung verfügen muß".

3. 3. – K S Z E. Das Wissenschaftliche Forum der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Hamburg (zur Eröffnung vgl. „Blätter", 3/1980, S. 259) wird mit der Annahme einer gemeinsamen Erklärung beendet (Text in „Dokumente zum Zeitgeschehen").

– T h a i l a n d. Das Parlament bestimmt in geheimer Sitzung Verteidigungsminister Prem Tinsulanond zum neuen Ministerpräsidenten. Der bisherige Premierminister, General Kriangsak Chamanan, war am 29. 2. zurückgetreten, um einem Mißtrauensvotum der Opposition gegen die Wirtschaftspolitik seiner Regierung zuvorzukommen.

4. 3. – Z i m b a b w e - R h o d e s i e n. Nach Bekanntwerden des endgültigen Ergebnisses der Wahlen (vgl. „Blätter", 3/1980, S. 259) beauftragt Gouverneur Lord Soames den Führer der ZANU/PF, Robert Mugabe, mit der Regierungsbildung. In einem Interview mit der Londoner BBC erklärt Mugabe über die Ziele seiner Politik, das künftige Zimbabwe werde „absolute Neutralität zwischen den beiden Blökken" wahren, der Bewegung der Bündnisfreien beitreten und die Aufnahme in die Vereinten Nationen und das Commonwealth beantragen. Südafrika betrachte er als eine „geografische Realität". – Am 11. 3. beendet Mugabe Verhandlungen über die Bildung einer Parteienkoalition und stellt ein Kabinett vor, dem 23 Minister, darunter 2 Vertreter der weißen Bevölkerung, angehören. Mugabe, der neben dem Amt des Premierministers auch das Verteidigungsressort übernimmt, beruft Simon V. Muzenda zu seinem Stellvertreter und Außenminister. Joshua Nkomo (Patriotische Front) tritt als Innenminister in die Regierung ein.

5. 3. – U S A / B R D. Bundeskanzler Schmidt nimmt in Washington einen Meinungsaustausch mit führenden amerikanischen Politikern auf. Schmidt konferiert zunächst mit Außenminister Vance, später mit Verteidigungsminister Brown und Sicherheitsberater Brzezinski und sucht anschließend Präsident Carter im Weißen Haus auf. In einer umfangreichen gemeinsamen Erklärung heißt es, die Bewertung der beiden Politiker über die internationale Lage liege „ganz nahe beieinander". Der Bundeskanzler reist anschließend nach New York, wo er am 6. 3. mit UN-Generalsekretär Waldheim zusammentrifft. – Am 8. 3. beginnt der CSU-Vorsitzende Strauß in New York einen einwöchigen USA-Aufenthalt. Strauß führt ebenfalls ein Gespräch mit Waldheim und wird am 13. 3. in Washington von Carter empfangen.

9. 3. – D D R / B R D. Am Eröffnungstag der Leipziger Frühjahrsmesse kommt es zu einer Begegnung zwischen dem Staatsratsvorsitzenden Honecker und Staatssekretär Gaus, dem Ständigen Vertreter der Bundesrepublik in der DDR. An dem Gespräch nehmen auch der niedersächsische Finanzminister Leisler Kiep und Wirtschaftsministerin Birgit Breuel (beide CDU) teil. Zu den Aussichten des Handels zwischen beiden Staaten im laufenden Jahr erklärt Honecker: „Wir werden die Schallmauer durchstoßen und das Volumen von zehn Milliarden Mark überschreiten." – Am 19. 3. trifft Honecker in Berlin mit dem DKP-Vorsitzenden Herbert Mies zusammen. Die DDR-Nachrichtenagentur ADN berichtet, Honecker habe bei dieser Gelegenheit die Ansicht vertreten, eine Rückkehr zum Kalten Krieg könne „nicht ohne Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD bleiben". – Am 20. 3. gibt Bundeskanzler Schmidt vor dem Bundestag einen „Bericht zur Lage der Nation". Schmidt führt u.a. aus, seine geplante Begegnung mit Honecker (vgl. „Blätter", 2/1980, S. 131), die „einvernehmlich aufgeschoben wurde", solle nach seiner Meinung „möglichst bald in der DDR stattfinden".

10. 3. – I s r a e l. Zum neuen Außenminister wird Yitzhak Shamir, bisher Parlamentspräsident, ernannt. Shamir tritt die Nachfolge von Moshe Dayan (vgl. „Blätter", 11/1979, S. 1287) an.

13. 3. – Ö s t e r r e i c h. Außenminister Pahr informiert in einem Interview mit der „Arbeiter-Zeitung", dem Organ der regierenden Sozialistischen Partei (SPÖ), über den Beschluß der Regierung, die Palästinensische Befreiungs-Organisation (PLO) anzuerkennen. Dieser Entscheidung sei ein Briefwechsel zwischen dem PLO-Vorsitzenden Arafat und Bundeskanzler Kreisky vorausgegangen. Die Regierung habe alle Behörden des Bundes und der Länder darauf hingewiesen, daß „in Hinkunft, wenn es um Fragen des palästinensischen Volkes bzw. der PLO geht", mit dem Ver-

treter dieser Organisation in Österreich „zu verkehren ist". Bundeskanzler Kreisky bezeichnet die Entscheidung seiner Regierung als Folge einer „besonderen völkerrechtlichen Situation". Österreich anerkenne ein Volk ohne Staat und Land, das Recht dieses Volkes auf einen eigenen Staat.

14. 3. – Iran. Im ersten Wahlgang für das neue Parlament (270 Abgeordnete) gelingt es nur einem Teil der Kandidaten, die vorgeschriebene absolute Mehrheit zu erreichen. Nach Vorwürfen über Unregelmäßigkeiten, die sich vor allem gegen die von der Geistlichkeit unterstützte Islamisch-Republikanische Partei richten, wird der zweite Wahlgang am 26. 3. auf unbestimmte Zeit verschoben.

16. 3. – Baden-Württemberg. Bei den Landtagswahlen (Wahlbeteiligung 72,1%) können die alleinregierenden Christdemokraten trotz Stimmenverlusten die absolute Mehrheit behaupten. Die Grünen ziehen in das Landesparlament ein. Es entfallen (Angaben in %) auf CDU 53,4 (1976: 56,7), SPD 32,5 (33,3), FDP 8,3 (7,8), DKP 0,3 (0,4), Grüne 5,3 (–), NPD 0,1 (0,9), KBW 0,0 (0,1), EAP 0,0 (0,0), FAP 0,0 (–), Einzelbewerber 0,1 (0,0). Zusammensetzung des Landtages (124 Abgeordnete): CDU 68 (71), SPD 40 (41), FDP 10 (9), Grüne 6 (–) (vgl. die Ergebnisse der Wahlen vom 4. April 1976 in „Blätter", 1/1977, S. 122).

19. 3. – Italien. Die 42. Nachkriegsregierung tritt nach einer Amtszeit von sieben Monaten (vgl. „Blätter", 9/1979, S. 1026) zurück. Ministerpräsident Cossiga (DC) hatte zuvor der Kammer und dem Senat einen Bericht über die Tätigkeit seines Minderheitskabinetts vorgelegt. Eine Vertrauensabstimmung findet nicht statt. Staatspräsident Pertini nimmt die Demission entgegen, beauftragt jedoch Cossiga erneut mit der Regierungsbildung.

20. 3. – Europarat. Die für Sportfragen zuständigen Minister der Mitgliedstaaten treten in Straßburg zusammen. Ein Antrag Großbritanniens, Portugals und der Niederlande, die Olympischen Sommerspiele in Moskau zu boykottieren, wird von den 18 übrigen Teilnehmern abgelehnt.

21.–23. 3. – Die Grünen. Auf einem Parteitag in Saarbrücken wird ein Programm für die kommenden Bundestagswahlen verabschiedet. Zu gleichberechtigten Parteivorsitzenden wählen die Delegierten August Haußleiter, Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD), Petra Kelly und Norbert Mann.

24. 3. – Ägypten. Präsident Sadat empfängt auf dem Flughafen Kairo den gestürzten Schah des Iran, Mohammed Reza Pahlewi, und seine Familie. Der Exkaiser hatte sein vorläufiges Exil in Panama (vgl. „Blätter", 1/1980, S. 3) am Vortag überraschend verlassen, um ein iranisches Auslieferungsbegehren zu umgehen, für dessen Begründung Panama dem Iran eine Frist bis zum 24. März 1980 gesetzt hatte.

29. 3. – Iran / USA. Radio Teheran berichtet über eine Botschaft Präsident Carters an Ayatollah Khomeini und Präsident Bani Sadr. Nach einem wiederholten Dementi aus Washington verlautet später amtlich aus Bern, ein entsprechendes Dokument sei durch Vermittlung der Schweiz an „die iranische Führung" gelangt. Zum Inhalt der Botschaft heißt es in Teheran, Präsident Carter schlage die Bildung einer iranisch-amerikanischen Kommission „zur Untersuchung der zwischen beiden Ländern bestehenden Probleme" vor. Die engen Beziehungen der US-Regierung zu dem gestürzten Schah begründe Carter in seinem Schreiben mit der „sehr anfälligen internationalen Lage". Diese Lage sei das Ergebnis „einer Politik und anderer Bedingungen, die uns alle in der Vergangenheit zu Fehlern veranlaßt haben".

– Türkei / USA. Außenminister Erkmen und der amerikanische Botschafter Spain unterzeichnen in Ankara ein Abkommen, das den USA für fünf weitere Jahre die Benutzung von zwölf Militärbasen (darunter ein Militärflugplatz) auf türkischem Gebiet erlaubt. Die Basen sind u. a. mit weitreichenden elektronischen Überwachungsanlagen ausgestattet. Die USA verpflichten sich, den Aufbau einer türkischen Rüstungsindustrie zu unterstützen sowie umfangreiche Militär- und Finanzhilfe an die Türkei zu leisten.

30. 3. – Kuba. In Havanna wird mitgeteilt, Präsident Castro habe durch seinen Außenminister Malmierca in Islamabad und Kabul persönliche Botschaften an die Präsidenten Zia-ul-Haq und Karmal überreichen lassen und darin seine Vermittlung im Konflikt zwischen Pakistan und Afghanistan angeboten. Kuba führt seit der Konferenz von Havanna (vgl. „Blätter", 10/1979, S. 1153) den Vorsitz der Bewegung der bündnisfreien Staaten.

Zum Beispiel Zimbabwe

Nach neun Jahrzehnten britischer Kolonialherrschaft sowie (seit 1965) des weißen Rassistenregimes unter Ian Smith sind die etwa 6 Mio. afrikanischen und rund 210 000 weißen Einwohner Rhodesiens, das nunmehr endgültig Zimbabwe heißt, formell unabhängig geworden. Eines der letzten Relikte des Kolonialismus in Afrika ist damit beseitigt. Kommentatoren und Berichterstatter in den westlichen Medien wurden nicht müde, das Kuriosum hervorzuheben, daß diese Unabhängigkeitserklärung vollzogen wurde in einem Land, das sich einseitig für unabhängig erklärt hatte, aber unter dem Druck der politischen Verhältnisse die Abwicklung dieser letzten Etappe erneut unter (der formell nie beendeten) britischen Oberhoheit vollzog.

Wie die britische Unterwerfung begonnen hatte, nämlich mit Gewalt, Betrug und Hinterlist, so hatten Großbritannien, das Smith-Regime und ihre Verbündeten im „freien Westen" versucht, auch die formelle Selbständigkeit Zimbabwes zuwege zu bringen – mit einem Wahlschwindel, der die Befreiungsbewegungen, die seit 1963 in der Illegalität für ein freies Zimbabwe gekämpft hatten, ausschloß und mit dem Bischof Muzorewa einen willigen Kollaborateur in die Regierung hieven sollte. Dieses Manöver, durchgeführt im Frühjahr 1979, schlug fehl – sowohl die internationale Anerkennung blieb ihm versagt als auch die Zustimmung der getäuschten Bevölkerung. Der Befreiungskampf erzwang die Lösung, die mit den Wahlen vom Ende Februar ihren Abschluß fand.

Auch für diesen Wahlgang, der ohne die Manipulationen des Vorjahres ablief, setzten weiße Siedler, Südafrikas Rassisten, Börsenspekulanten, Aktionäre, Konzernleitungen und die westlichen Regierungen auf den „gemäßigten" Bischof als Garanten einer „prowestlichen", also neokolonialen Entwicklung. Es wurde zu einer der spektakulärsten Fehlrechnungen innerhalb der an solchen Pannen reichhaltigen jüngeren Geschichte westlicher Strategie in Afrika. Mit Millionenbeträgen aus südafrikanischen Budgetposten sowie anderer westlicher Länder ausstaffiert, mit dem scheinbaren Vorteil lange vor den erst aus dem Exil zurückgekehrten Befreiungskämpfern und ihren Führern den Wahlkampf eröffnet zu haben, ausgerüstet mit einem umfangreichen organisatorischen Apparat, wenig diskret vom britischen Interimsgouverneur Soames unterstützt, reichte es für Muzorewa in den ersten freien Wahlen in der Geschichte Zimbabwes zu ganzen 8,2% der von über 90% der Afrikaner abgegebenen Wählerstimmen und damit zu drei von 80 für die Afrikaner vorgesehenen Parlamentssitzen.

Als „Mörderbanden", „Terroristen" und ähnliches diffamiert von seiten der weißen Minderheit sowie von Muzorewa und seinen Gesinnungsfreunden ebenso übel verleumdet und beschimpft, in ihrer Wahlkampfführung behindert, mit nur geringen finanziellen Mitteln ausgestattet, verbuchten dagegen die Befreiungsbewegungen einen überwältigenden Wahlsieg. Mit Begriffen wie „Erdrutschsieg" und dergleichen versuchten die Medien dem freilich von niemandem in der Höhe vorausgeahnten Resultat beizukommen; Ausdrücke wie „Mugabe-Schock" bürgerten sich ein – Chiffren der eigenen Hilflosigkeit und des Debakels

der zahllosen Kaffeesatzprognosen über den Wahlausgang, die vorher angestellt worden waren. 63% der Stimmen und 57 Sitze erhielt die Nationalunion (ZANU) Robert Mugabes, auf 24% und 20 Sitze kam die Volksunion (ZAPU) Joshua Nkomos; keine der übrigen kandidierenden afrikanischen Parteien kam auf die erforderliche Stimmenzahl für einen Parlamentssitz.

Mit diesem Mandat für die beiden Befreiungsbewegungen wurde quasi „amtlich" die Bestätigung geliefert für die breite Unterstützung, welche diese in der afrikanischen Bevölkerung aufgrund ihres jahrelangen Kampfes gegen das illegale Minderheitsregime genießen – der „Triumph der Führer des Maquis, die heute die Früchte für ihre Unnachgiebigkeit ernteten", wie „L'Express" schrieb. Das Votum hat über Zimbabwe hinaus Bedeutung: Es ist zugleich ein Indikator dafür, wie die Stimmung der afrikanischen Völker in den noch unter rassistischer Herrschaft verbleibenden Ländern des südlichen Afrika, Namibia und Südafrika selbst, einzuschätzen ist. Nicht von ungefähr berichteten die Zeitungen unverzüglich, daß sich Südafrikas Bereitschaft, in Namibia freie Wahlen unter internationaler Aufsicht abhalten zu lassen, merklich verringert habe. Mit dem Sieg der beiden Befreiungsbewegungen und der damit möglichen Entwicklung eines fortschrittlichen, die Befreiungsbewegungen in Südafrika und Namibia konsequent unterstützenden Staates kann sich die strategische Situation entscheidend verändern zugunsten der Freiheitskämpfer. Seine letzte „ruhige" Grenze ist Südafrika aller Voraussicht nach losgeworden; das unabhängige Schwarzafrika ist ans Kernland des Rassismus und Kolonialismus vorgerückt.

Mit ihrem Wahlsieg besitzt die Regierung des unabhängigen Zimbabwe unter Robert Mugabe eine breite Basis, um die anstehenden Aufgaben und die gestellten Ziele angehen zu können. Zimbabwe verfügt – im Unterschied zu allen bisher unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten – über günstige Vorausetzungen für eine Entwicklung, die frei ist von den sonst vorherrschenden Kennzeichen der Armut und des Elends, den Hinterlassenschaften der kolonialen Ausbeutung und Verwüstung: Zahlreiche wichtige Rohstoffe, fruchtbares Land, eine funktionierende Farmwirtschaft, eine relativ entwickelte mittlere Industrie, Infrastruktur, eine ausreichende Anzahl freilich fast ausschließlich weißer Fachkräfte in Industrie und Verwaltung, Landwirtschaft und Verkehrswesen.

Auf der anderen Seite schlagen die Probleme, die sich aus der kolonialen Struktur ergeben, sowie die durch den langjährigen Krieg geschaffenen (auch wenn dessen Beendigung erhebliche Mittel freisetzen kann) zu Buche.

Mit dem im Wahlergebnis zum Ausdruck kommenden Rückhalt erscheint das Problem der Herstellung und Wahrung des inneren Friedens zunächst einmal als eines der am leichtesten zu bewältigenden. Nach allen bisher zugänglichen Informationen trifft dies auch auf die Frage des Tribalismus zu, d. h., die zwischen den etwa 80% der Afrikaner ausmachenden Shona-Völkern und dem Matabele-Volk bestehenden, unter der Kolonial- und Rassistenherrschaft geschürten Stammesdifferenzen. Wenngleich die Wahlergebnisse von ZAPU und ZANU bis zu einem gewissen Grade der Tatsache entsprechen, daß sie bei den Matabele bzw. Shona ihre jeweilige Massenbasis besitzen, hat dieser Umstand bisher keine Rolle in der Entwicklung seit Ende Februar gespielt.

Erhebliche Anstrengungen auf finanziellem und organisatorischem Gebiet erfordert bereits die Rücksiedlung der etwa 1 Mio. während des Befreiungskrieges umgesiedelten bzw. vertriebenen Menschen, darunter allein 250 000 Flüchtlinge in Moçambique, Sambia und Botswana, die übrigen rund 750 000 vor allem in den sog. Wehrdörfern wie in KZs zu-

sammengepfercht und kontrolliert lebend, von ihren Feldern und aus ihren Dörfern zwangsumgesiedelt. Ein weiteres Problem stellen die naturgemäß bei großen Teilen der Bevölkerung nun bestehenden hohen Erwartungen auf eine unverzügliche Verbesserung ihrer materiellen Lage dar; in der zweiten Märzhälfte kam es bereits zu Streiks in mehreren Dutzend Fabriken und Büros des Landes, die über 16 000 Beschäftigte erfaßten und sich vor allem gegen niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen und auf die Erstattung noch unter dem Muzorewa/Smith-Regime vorenthaltener sozialer Leistungen richteten. Im direkten Zusammenhang damit steht die Gesamtfrage der Beseitigung jeglicher rassischer Diskriminierung vor allem auf dem sozialen Sektor, die zu den programmatischen Zielen der ZANU wie ZAPU zählt, d. h., die Beseitigung beispielsweise der extremen Lohnunterschiede. Maßnahmen wie diese – ebenso wie die Reorganisation des Schul- und Gesundheitswesens und ihre materielle Verbesserung zugunsten der Afrikaner – lassen sich bereits schwer realisieren ohne die Privilegien der weißen Minderheit einzuschränken.

Um so mehr ist dies der Fall in den Bereichen Landreform, Beseitigung der Positionen des Imperialismus im Lande und der kolonialen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen. Eine Landreform zugunsten afrikanischer Bauern ist immerhin insoweit ohne größere Einschnitte durchführbar, als zum einen große Teile des bisher den Weißen gesetzlich vorbehaltenen Landes überhaupt nicht bebaut wurden, zum anderen zahlreiche Farmen und Plantagen von ihren Eigentümern verlassen wurden bzw. vom Ausland her verwaltet werden wie die gewaltigen Ländereien der Konzerne Lonrho und Liebig's. Völlige Unabhängigkeit Zimbabwes ist nur zu erringen durch die Erlangung der vollen Verfügungsgewalt des Volkes über seine Ressourcen und Produktionsmittel. Dem entsprechen die Aussagen Mugabes, Zimbabwe auf eine sozialistische Zukunft hinsteuern zu wollen. Der Konflikt mit einem großen Teil der Weißen ist damit vorprogrammiert, auch wenn die gegenwärtige Politik der neuen Regierung realistisch davon ausgeht, daß eine derartige Orientierung schrittweise und vorsichtig realisiert werden muß. Inwieweit Äußerungen Mugabes, seine Prinzipien nähmen u. a. Erfahrungen Chinas, Jugoslawiens und Rumäniens in sich auf, als Konkretisierung seiner Orientierung gewertet werden müssen, ist abzuwarten.

Mit dem im Laufe des März gebildeten Kabinett, das sowohl zwei weiße Minister als auch unabhängige Fachleute sowie vier ZAPU-Portefeuilles umfaßt (ein allerdings in seinen Kompetenzen reduziertes Innenministerium z. B. für Nkomo), allerdings auch Persönlichkeiten aus der ZANU-Führung, die als entschiedenste Feinde jeder Einigung mit der ZAPU galten, ist der Versuch unternommen worden, die anstehenden Aufgaben von einer möglichst breiten Basis her anzugehen.

Im außenpolitischen Bereich beabsichtigt Zimbabwe nach Mugabes Aussagen Mitglied des britischen Commonwealth zu bleiben sowie eine Politik der Nichtpaktgebundenheit und der friedlichen Koexistenz zu Südafrika zu verfolgen. Problematische Akzente setzte die neue Regierung jedoch dadurch, daß einer Zeitungsmeldung zufolge auf der Einladungsliste zu den Unabhängigkeitsfeiern die Sozialistische Republik Vietnam sowie die Deutsche Demokratische Republik nicht gestanden haben. Der außenpolitische Spielraum wird zudem eingeengt durch die beträchtlichen Einflußmöglichkeiten des internationalen Kapitals sowie Südafrikas.

Internationale Konzerne beherrschen den größten Teil der Wirtschaft des Landes, insbesondere den Rohstoffabbau (USA, Großbritannien, Kanada, aber auch Südafrika). Zimbabwes Abhängigkeit von ausländischem Kapital zur Finanzierung einer Erneuerung seiner Wirtschaft ist ebenfalls erheblich. Südafrikanische

Konzerne haben in Zimbabwe nach Schätzungen 1 Mrd. Rand investiert (1 Rand = etwa 2 DM); südafrikanische Firmen sind die Hauptlieferanten Zimbabwes; die Republik Südafrika stellte dem Smith-Regime Jahr für Jahr große Summen zur Verfügung, da dieses die steigenden Kriegskosten nicht mehr aus eigener Kraft zu finanzieren vermochte, so daß der nun unabhängige Staat sich hohen Forderungen der RSA gegenübersieht. Vor allem aber drohte das südafrikanische Regime Zimbabwe sogleich militärische Aggressionsakte für den Fall an, daß die neue Regierung die Befreiungsbewegung Südafrikas unterstützen sollte. Die bisher immer wieder bewiesene Skrupellosigkeit Südafrikas bei der Verübung von Angriffen auf Nachbarländer, in denen die Freiheitskämpfer ihren Rückhalt haben, macht diese Ankündigung zu einer ernst zu nehmenden Interventionsdrohung und damit zu einer Bedrohung der gerade gewonnenen Unabhängigkeit.

Eine eventuell wesentlich wirksamere Beeinflussung der Entwicklung Zimbabwes ist jedoch Bestandteil eines Konzepts der NATO-Mächte für das südöstliche Afrika, das sich abzuzeichnen begonnen hat. Danach zielen die Bemühungen der EG-/NATO-Länder sowie der USA darauf ab, unter Ausnutzung vorhandener Probleme (z. B. auch die enge infrastrukturelle Verbindung Zimbabwes mit Südafrika, aber auch Moçambique) und Schwächen in den Ländern dieser Region (vor allem Tansania, Sambia, Moçambique und eben Zimbabwe), mit Hilfe von finanziellen und technischen Unterstützungsangeboten sowie durch taktisches Wohlverhalten gegenüber der bislang als „kommunistische Gefahr" verketzerten Befreiungsbewegung als Regierungspartei Einfluß zu gewinnen und das zu bewerkstelligen, was im Jargon der FAZ, welche nach dem „Mugabe-Schock" recht schnell die Sprache wiederfand, heißt, die angeblich marxistische Bewegung Mugabes „aus den Armen des sowjetischen Blocks zu lösen", sprich: auf den Pfad westlicher Tugend zurückzuführen. Wie wenig bislang die Rechnungen des Imperialismus aufgegangen sind, sowenig sind indessen derartige Versuche zu unterschätzen, zumal wenn sie sich interner Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten ökonomischer wie politisch-ideologischer Art bedienen könnten. In welche Richtung diese Versuche zielen, wird aus den Charakterisierungen deutlich, welche die Presse im Westen Mugabe, dem laut Eigenbezeichnung „maoistischen Marxisten-Leninisten" („L'Express"), neuerdings zukommen läßt, und die von dem lobenden Attribut „Pragmatiker" bis zu der unverhohlenen Hoffnung reichen, Mugabe werde sich möglicherweise zu einem zweiten Jomo Kenyatta wandeln, der bekanntlich auch einmal als Guerillaführer „radikal" angefangen habe.

Jürgen Ostrowsky

„Die Grünen" nach Saarbrücken

Auf ihrem ersten Programmparteitag hat die seit Mitte Januar bundesweit organisierte Partei „Die Grünen" vom 21. bis 23. März in Saarbrücken den Versuch unternommen, bislang vorliegende Wahlplattformen und -Erklärungen zu einem umfassenderen und präziseren Parteiprogramm fortzuschreiben. Für viele Beobachter und auch Parteitagsdelegierte überraschend, setzte die Mehrheit der rund 800 Delgierten in wichtigen Abschnitten des Programms eine Reihe progressiv-pazifistischer, radikaldemokratischer und (zumindest in Ansätzen) systemkritischer Verbesserungen durch, die – der bei den Grünen bisher dominierenden eher konservativ-ökologischen Linie offenkundig zuwiderlaufend – tiefe

konzeptionelle Widersprüche sichtbar werden ließen und die neue Partei im Verlauf des Kongresses mehrmals an den Rand der Spaltung brachten.

Gegenstand vielfach knapper Kampfabstimmungen und kontroverser Debatten waren Anträge, die auf konkretere und meistenteils radikalere Aussagen zur außenpolitischen Orientierung, zur wirtschafts- und sozialpolitischen Konzeption und zum Programmpunkt „Frauen" abzielten.

Beschlossen wurden u. a. Forderungen wie die nach „sofortiger Auflösung der Militärblöcke, vor allem der NATO und des Warschauer Paktes", nach einseitigen Abrüstungsvorgaben des Westens (u. a. durch den „Abbau der deutschen Rüstungsindustrie und deren Umstellung auf friedliche Produktion . . .") sowie die Ablehnung der Produktion wie Stationierung von NATO-Mittelstreckenraketen in Europa. Betont wurden im Programmpunkt „Außen- und Friedenspolitik" außerdem die Absage an jede Form der Zusammenarbeit mit „faschistischen und rassistischen Regimen" – wie insgesamt der Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt – bei mancher Widersprüchlichkeit des Forderungskataloges im einzelnen – große Bedeutung beigemessen wurde[1]).

Die wirtschafts- und sozialpolitischen Programmaussagen wurden durch zum Teil an ähnlichen Gewerkschaftsbeschlüssen orientierte Forderungen („35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich"; Investitionsauflagen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit) wie auch durch das mittelständisch-antimonopolistische Verlangen präzisiert, „die Großkonzerne zu entflechten"[2]) und „Konzentrationsbestrebungen zu verhindern", ansonsten aber vom „Grundsatz der Selbstorganisation und Selbstverwaltung der Betriebe" auszugehen – während eine überbetriebliche Einflußnahme „Wirtschafts- und Sozialräten" vorbehalten bleiben soll, die „zu je einem Viertel aus Vertretern der Arbeitnehmer, der Unternehmer, der Konsumenten und der Umweltschutzverbände" zu rekrutieren seien.

Die mit Abstand längste und härteste Debatte führten die Delegierten um die programmatische Behandlung des § 218[3]), was u. a. dazu führte, daß wichtige Teile des Programmentwurfes (wie der Punkt „Demokratie und Recht"[4]) ohne Berücksichtigung ergänzender bzw. kontroverser Anträge en bloc beschlossen wurden.

Bei aller Progressivität zahlreicher Beschlüsse, die u. a. die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" zu der Einschätzung veranlaßte, „unter dem Einfluß unbestimmter Vorstellungen von Fortschritt und Emanzipation" habe sich die Grüne Partei „nach links bewegt" und dabei „den klaren Anspruch vermieden, daß die Hinwendung zur Ökologie auch Opfer fordert"[5]), hinterließ der Parteitag von Saarbrücken beim wohlwollenden wie skeptischen Beobachter eine Reihe offener Fragen in bezug auf den innen- wie außenpolitischen Kurs und die Perspektiven der neuen Partei, die Schwerpunktsetzung bei künftigen Aktivitäten sowie das Verhältnis zur demokratischen Bewegung, den Arbeiterorganisationen (und hier insbesondere zu den Gewerkschaften) – um die wesentlichen Unklarheiten zu nennen.

1) Die Formulierung „Unterstützung aller Befreiungskämpfe, die für nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung . . . geführt werden" war mit knapper Mehrheit abgelehnt worden.

2) Der weitergehende Antrag, die „in überschaubare Mittelbetriebe" zu entflechtenden Konzerne „in gesellschaftlichen Besitz" zu überführen, wurde abgelehnt.

3) Die zum Teil leidenschaftlich geführte Kontroverse endete mit einem Kompromiß zugunsten der Gegner des § 218 bzw. zuungunsten der dezidiert konservativen Naturschützer, die darauf gedrungen hatten, sich in dieser Frage nicht festzulegen.

4) In diesem Punkt sind bereits im Entwurf der Programmkommission zahlreiche Aussagen enthalten, die auf die Verteidigung und den Ausbau der demokratischen Rechte in der Bundesrepublik zielen und die Entwicklung zum „autoritären Maßnahmen- und Überwachungsstaat" kompromißlos ablehnen.

5) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) vom 24. 3. 1980.

Hier soll – zum besseren Verständnis der neuen Parteigründung – zunächst einmal daran erinnert werden, daß die ersten vorrangig ökologisch ausgerichteten und auf die Teilnahme an Wahlen orientierenden Parteiansätze bereits 1977/78 die politische Bühne der Bundesrepublik betraten. In diesem Zusammenhang sei auf die „Grüne Aktion Zukunft" (GAZ) des aus der CDU ausgetretenen Bundestagsabgeordneten Herbert Gruhl, die „Grüne Liste Umweltschutz" (GLU) und schließlich auch die „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher" (AUD) des CSU-Mitbegründers August Haußleiter[6]) verwiesen. In ihren programmatischen Aussagen finden sich neben den dominierenden ökologischen Reformforderungen Anleihen aus einem von bürgerlichem Kulturpessimismus geprägten Konservatismus, einige (meist verschwommen-ungenaue) außenpolitische Aussagen, aber zugleich auch radikaldemokratische und pazifistische Forderungen.

Bereits 1977 hatte die AUD Haußleiters ein „ökologisch-sozialistisches" Programm beschlossen, 1978 erschienen – aus Anlaß der hessischen Landtagswahlen – Grundsatzerklärungen der GAZ und der Listenverbindung GLU/GLW[7]). In Anlehnung an konvergenztheoretische Auffassungen erklärt das „Grüne Manifest" der GAZ die „in den Industrieländern" betriebene „materialistische Verschwendungswirtschaft" mit all ihren die Menschheit bedrohenden ökologischen Folgen zum entscheidenden Angriffsziel – ohne allerdings die den destruktivsten Wachstumserscheinungen zugrundeliegenden profit- und privatkapitalistisch ausgerichteten Produktionsverhältnisse auch nur zu erwähnen. Die Erhaltungswürdigkeit einer Reihe konservativer Wertvorstellungen betonend („Die Erfüllung findet jeder einzelne vorwiegend in seinen geistig-seelischen, kulturellen und religiösen Erlebnissen sowie in den sozialen Bindungen seiner Familie, der Wohn- und Arbeitsgemeinschaft innerhalb seines Heimatlandes ... Auch das Opfer kann den Wert unseres Daseins erhöhen"[8]) formulierten die Vertreter der ökologischen Linie des Bestseller-Autors Gruhl[9]) die prägnante Losung: „Alles muß einfacher werden: der Mensch, die Verwaltung, die Technik, der Verkehr"; und: „Auch das Opfer kann den Wert unseres Daseins erhöhen."[10])

Diese ersten mitgliederschwachen und in der Regel nur regional existenten Organisationen entstanden zum einen, um ökologischen Auffassungen über den Rahmen der außerparlamentarischen Umweltschutzbewegung hinaus Geltung zu verschaffen; zum zweiten, um auf der Grundlage der „ökologischen Alternative" der Krisen- und Zukunftsangst vor allem in der heranwachsenden Generation, der zunehmenden Unzufriedenheit mit dem Demokratieverständnis und der politischen Praxis des „Drei-Parteien-Kartells" sowie dem in der Bewegung der Bürgerinitiativen sichtbar gewordenen Protestpotential eine politische Plattform bzw. Heimat zu bieten.

Wohl auch als Reaktion auf die konservative Vermarktung des Ökologieproblems durch Profi-Politiker wie Gruhl und Haußleiter schlossen sich – zunächst in Hamburg und Westberlin („Bunte Liste/Wehrt Euch" bzw. „Alternative Liste") – einige hundert mehr linksorientierte lokale Initiativen zu Wahlverbindungen zusammen, die sich zumindest in ihrer Anfangsphase zuvorderst aus versprengten Residuen der antiautoritären Studentenbewegung der 60er Jahre, aus Mitgliedern und Sympathisanten der

6) Zur schillernden politischen Entwicklung Haußleiters vgl. „Der Spiegel" vom 7. 4. 1980 und „Die Neue" vom 11. 4. 1980.

7) „Wählergemeinschaft Grüne Liste".

8) „Das Grüne Manifest" der GAZ (Pkt. 7) vom 13. 7. 1978, Wortlaut in: „Blätter", 9/1978, S. 1149 f.

9) Vgl. Herbert Gruhl, Ein Planet wird geplündert, Frankfurt a. M. 1978; bisherige Auflage: 280 000.

10) „Das Grüne Manifest" ... (Pkt. 8), a. a. O.

maoistischen K-Gruppen sowie der „Sponti"-Bewegung und anderen „heimatlosen" Linken rekrutierten und neben ökologischen Reformforderungen ein deutlicheres Maß an Systemkritik und antikapitalistischer Strategie wie auch die Anliegen der sog. autonomen Frauenbewegung, der Homosexuellen, sozialer Minderheiten und Randgruppen berücksichtigt wissen wollten. Die „Bunten" bzw. „Alternativen" gewannen bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen (September 1978) und den Wahlen zum Westberliner Senat (März 1979) auf Anhieb 3,5% (3,7%) der Stimmen und signalisierten damit, daß eine erfolgreiche bundesweite Wahlbeteiligung der politischen Ökologiebewegung eine angemessene Berücksichtigung des aktivistischen linken Flügels voraussetzte.

Dennoch starteten bundesweit die „grünen" Grünen zunächst allein. Im Sommer 1979 entstand aus Anlaß der ersten Europawahlen (Juni 1979) unter der Bezeichnung „Sonstige politische Vereinigung – Die Grünen" ein (maßgeblich durch Gruhl zusammengebrachtes) Wahlbündnis, das zwar nur aus sechs organisatorisch schwachen und mehrheitlich ökologisch-konservativ orientierten Organisationen bestand, jedoch einen Teil seiner Wahlkandidaten aus der außerparlamentarischen Bewegung der Bürgerinitiativen zu rekrutieren vermochte. Ein Vorgang, der offensichtlich das Mißtrauen und die Ablehnung vieler Mitglieder z. B. der im „Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz" (BBU) zusammengeschlossenen Gruppen erstmals abbauen half – ohne daß damit die zahlreichen Stimmen verstummten, die an der neuen politischen Kraft (auch noch im März 1980) „zu viel Machthunger . . ., zu viel undurchschaubare politische Heimat, zu viel Intoleranz und zu viel unausgegorene politische Vorstellung" sowie das Schüren illusionärer parlamentarischer Hoffnungen kritisieren und zudem befürchten, daß eine grüne Partei personell wie politisch die Substanz der außerparlamentarischen Umweltbewegung bedroht[11]).

Das beachtliche Abschneiden der Grünen bei den Europawahlen (3,2 %) und den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft (5,1%) sowie der Einzug – nun erstmals „grün/bunter" Listenverbindungen – in einige nordrhein-westfälische Stadt- und Stadtbezirksparlamente (Münster, Bielefeld, Leverkusen, Köln) dürfte den Initiatoren der „Sonstigen politischen Vereinigung" den letzten Anstoß gegeben haben, die Gründung einer bundesweit organisierten Partei zu forcieren, die ein möglichst großes Spektrum der erfolgreich auf ökologischem Kurs agierenden Listenverbindungen zu *der* politischen Alternative gegenüber den „alten Parteien" vereint.

Programmatisch sei allein die Bereitschaft vorauszusetzen, den „systemübergreifenden" Charakter der „ökologisch, gewaltfrei, sozial und basisdemokratisch" ausgerichteten „anti-Partei" zu akzeptieren: Ohnehin seien die „‚links' und ‚rechts' Argumente" veraltet und entstammten „nicht mehr sinnvollen Analysen", müssten die „Leitvorstellungen aus der politischen Ökonomie theoretisch und praktisch den Leitvorstellungen der Ökologie *untergeordnet* werden!"[12]). So Petra Kelly[13]), die neuerdings der dreiköpfigen Führung der Grünen angehört, während Rudolf Bahro die antikapitalistische Version der systemübergreifenden ökologischen Orientierung formulierte: „Wer heute in einem theoretischen Sinne Marxist sein will, der muß vor allem eins in Angriff nehmen: die überlieferte politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus ökologisch umschreiben . . . Danach wird nichts in unserer ökonomischen Theorie mehr ebenso aussehen wie

11) „Umweltmagazin", Zeitschrift des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz, 2/1980, S. 40f.

12) Petra Karin Kelly, Wir wagen mehr Demokratie!, in: „Neue Politik", 2/1980, S. 30.

13) Genauere Angaben zur politischen Biographie Petra Kellys liefert „Der Spiegel" vom 7. 4. 1980.

bisher, nichts mit zwei Ausnahmen: dem Ziel der allgemeinen Emanzipation und dem Angriffspunkt der Analyse. Das wird nach wie vor der Kapitalismus sein."[14]) Auch Bahro erklärt das „bürgerliche Rechts-Links-Schema" für überholt[15]); bald nach seiner Ankunft in der Bundesrepublik begann er, für ein möglichst breites ökologisches Bündnis unter Einschluß bürgerlicher Strömungen zu werben und spielte eine nicht unwichtige Rolle, als es Anfang November 1979 auf einem Sondierungskongreß in Offenbach den für konservative Grüne wie linksorientierte Bunte und Alternative akzeptablen formalen und konzeptionellen Rahmen der neuen Partei abzustecken galt und schließlich – nach längerem Gezänk um die Frage einer (in erster Linie K-Gruppen-Mitglieder betreffenden) Doppelmitgliedschaft – die Einberufung des Gründungsparteitages für Mitte Januar 1980 beschlossen wurde.

Als die Entscheidung fiel, „Die Grünen" in eine Bundespartei umzuwandeln, verfügte der bis dahin nur lockere Zusammenschluß über alles in allem gerade 2800 Mitglieder. In den Wochen zwischen Offenbach und Karlsruhe traten den Kreis- und Landesverbänden der Grünen rund 7000 neue Mitglieder bei. Blieben Landesverbände wie Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein den eher konservativ-bürgerlichen Grünen als Hochburgen erhalten, so kam – nach harten Auseinandersetzungen unter den Bunten und Alternativen über ihr Verhältnis zur grünen Parteigründung – ein nicht unbedeutender Teil der Neuzugänge[16]) dem linken Flügel der neuen Partei zugute – wie wenig aussagekräftig eine solche Zuordnung im Falle der Grünen auch sein mag.

Der Gründungsparteitag hatte aus Zeitmangel Diskussion und Verabschiedung des Programms nach Saarbrücken vertagen müssen. Stand für den konservativen Teil der Naturschutzbewegung bzw. die Strategen der ausschließlich ökologischen Linie bei den Vorbereitungen des Programmparteitages allenfalls die Präzisierung des propagierten „ökologischen Humanismus" zur Diskussion, so bereitete man sich etwa bei den „für das enge Bündnis zwischen ökologischer Bewegung und Arbeiterbewegung" eintretenden Westberliner „alternativen" Grünen zum einen auf die Einbringung z. B. von „linken gewerkschaftlichen Forderungen" im Bereich der wirtschafts- und sozialpolitischen Programmatik, zum anderen auf den Versuch vor, „insgesamt hinsichtlich der Perspektive der gesamten Gesellschaft fortschrittliche Ideen unterzubringen"[17]). Nicht ohne Erfolg, wie der Verlauf des Parteitages in Saabrükken offenbarte – was den FAZ-Kommentator Fromme zur beschwichtigenden (wie aufschlußreichen) Einschätzung veranlaßte, „der unpolitische Sinn vieler Grüner, die mit linken Parolen nichts im Sinn haben, weil sie sich im Besitz einer höheren Wahrheit wähnen", habe die Neigung gefördert, „Anträgen zuzustimmen, die als Kritik am System aufgefaßt werden konnten"[18]).

Die berufliche und soziale Stellung einer großen Mehrheit der Delegierten des Programmparteitages (es dominierten Angehörige der „Mittelschichten", Lehrer und Studenten sowie Selbständige mit in der Regel akademischer Ausbildung) signalisierten wie viele Anträge und Diskussionsbeiträge den nach wie vor starken Einfluß bürgerlichen Politikver-

14) Zuletzt im Anschluß an den Parteitag von Saarbrücken in: „Frankfurter Rundschau" (FR) vom 1. 4. 1980.

15) Rede Bahros auf dem Gründungskongreß der Grünen in Karlsruhe, zit. nach: „Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus", 2/1980, S. 34.

16) So bestimmen heute in der Hamburger und Westberliner Parteiorganisation die „bunten" bzw. „alternativen" Grünen personell wie politisch den Kurs der neuen Partei. Zusammen stellen die Grünen aus diesen beiden Städten etwa ein Zehntel der (Ende März) 13 000 Parteimitglieder.

17) So Vertreter der „Alternativen Liste Westberlin" vor dem Programmparteitag; zit. nach: „Beiträge . . .", a. a. O., S. 8ff.

18) FAZ vom 31. 3. 1980.

ständnisses und wenig präziser idealistischer Wertvorstellungen. Vielen dieser in Fragen etwa des Naturschutzes hochgebildeten Menschen dürfte – allein schon von ihrem beruflichen Interesse her – die Bewältigung ökologischer Probleme als entschieden wesentlicher erschienen sein als die Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten von durch Existenzsorgen, Arbeitslosigkeit usw. bedrohten Arbeitern und Angestellten.

Unmittelbar nach Abschluß des Parteitages begannen führende Repräsentanten der „grünen" Grünen sogleich die (nicht allein) von der FAZ geschlagene goldene Brücke zurück zur ökologischen Selbstbeschränkung zu beschreiten. Dabei geht es den Vertretern der „systemübergreifend"-klassenneutralen ökologischen Linie zunächst darum, ein (von den einen prinzipiell[19]), von den anderen aus wahltaktischen Gründen bekämpftes) Abgleiten auf klassenkämpferische Positionen zu verhindern und die durch die Beschlüsse von Saarbrücken verprellten Konservativen um Gruhl und Springmann der Partei zu erhalten[20]).

„Die Grünen", das zumindest ließ sich bereits vor Saarbrücken absehen, sind also weder auf dem Wege, die (von manchem ihrer Mitglieder herbeigewünschte) linkssozialistische Partei, noch *die* Organisation der umfassenden gesellschaftspolitischen Alternative zu werden. Nach wie vor fehlt – hinter der mehr als berechtigten „Absage an eine Wirtschaft der Ausbeutung und des Raubbaus an Naturgütern und Rohstoffen"[21]) die präzise Analyse und ausreichende konzeptionelle Berücksichtigung der Produktions- und Aneignungsverhältnisse in der Bundesrepublik – als wesentliche Voraussetzung der Absage an eine Wirtschaft der Ausbeutung *des Menschen* – und zugleich auch der Einsicht, daß die langfristige Lösung der ökologischen Probleme dieser Gesellschaft ohne die „traditionellen" demokratischen Kräfte und hier insbesondere die Gewerkschaftsbewegung kaum möglich sein dürfte.

Trotz aller Widersprüche und mangelnden Konsistenz in Programm wie Mitgliederbasis der neuen Partei deutet sich jedoch an, daß sich „Die Grünen" – ihre interne Konsolidierung vorausgesetzt – nach Zielsetzung und Anhängerschaft zu einem ernstzunehmenden parteipolitischen Repräsentanten der außerparlamentarischen Umweltschutzbewegung und möglicherweise auch des über diese hinausgehenden Protestpotentials entwickeln können. Es sollte daher – unabhängig von kurzfristigen wahltaktischen Überlegungen – weder im Spektrum der demokratischen Bewegung im allgemeinen noch in den fortschrittlichen Arbeiterorganisationen im besonderen unbeachtet bleiben, ob und wie sich die Grünen an künftigen sozialen und politischen Bewegungen beteiligen werden und wohin sich das demokratische Potential entwikkelt, das sie heute – wenn auch zu einem Großteil nur als Wähler – auf sich zu orientieren vermögen.

Reinhold Billstein

19) Zur Positionsbestimmung der „prinzipiellen" bzw. konservativ-ökologischen Grünen vgl. die FR vom 31. 3. 1980, die ein ausführliches Interview mit dem von den Massenmedien als *der* Grüne vermarkteten Öko-Landwirt Baldur Springmann enthält.

20) Vgl. die FR vom 1. 4. 1980.

21) Aus der Präambel des Parteiprogramms der Grünen.

Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung

Politische und völkerrechtliche Aspekte der Ost-West-Beziehungen

Von Gerhard Stuby

In dem nachfolgenden Aufsatz beschäftigt sich Prof. Dr. Gerhard Stuby, Universität Bremen, Generalsekretär der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen (IVDJ) und Mitherausgeber der „Blätter", aus aktuellen Anlaß mit einigen Schlüsselfragen und -begriffen der Ost-West-Beziehungen. In einem daran anschließenden Beitrag wird der Autor die Rolle der NATO und die Optionen der Bundesrepublik in der gegenwärtigen Krise untersuchen. D. Red.

I

1. Was heißt Entspannung?

Wenn man sich die Frage stellt, ob die Entspannung am Ende ist, so muß zunächst geklärt werden, was unter Entspannung überhaupt zu verstehen ist bzw. was zum Entspannungsprozeß geführt hat. Es bedarf auch einer Klärung, in welchem Zusammenhang der Begriff Entspannung zu anderen Begriffen wie friedliche Koexistenz, Kalter Krieg, Modus vivendi etc. steht.

Ohne auf die ins Unendliche und vor allen Dingen Unübersichtliche angeschwollene Literatur [1]) zu dieser Thematik eingehen zu können und zu wollen, sei folgendes vorausgesetzt. Entspannung ist ein Zustand zwischen den antagonistischen Gesellschafts- und Staatssystemen, vornehmlich zwischen den beiden Paktsystemen[2]). Insofern ist die Thematik einerseits vom Gegenstand und andererseits vom Zeithorizont her eingeschränkt. Es geht um die Koexistenzfrage. Nur wenn die Koexistenz friedlich ist, d. h. ein militärischer Austrag der politischen Differenzen ausgeschlossen ist oder, anders ausgedrückt, der Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln grundsätzlich und faktisch ausgeschlossen wird, kann von Entspannung die Rede sein. Damit ist ausgedrückt, daß die Alternative zur friedlichen Koexistenz nicht

1) Vgl. einerseits die informative Studie eines westdeutschen Historikers: Werner Link, Das Konzept der friedlichen Kooperation und der Beginn des Kalten Krieges, Düsseldorf 1971, andererseits als klassisches Werk der sowjetischen Konzeption W. N. Jegorow, Friedliche Koexistenz und revolutionärer Prozeß, Berlin (DDR) 1972. Vgl. auch Wilfried v. Bredow, Zur Bedeutung des Prinzips der Abgrenzung in der Theorie der friedlichen Koexistenz, in: Annäherung, Abgrenzung und friedlicher Wandel in Europa (hrsg. von G. Zellentin), Boppard a. Rhein, 1976, S. 149–189 mit weiteren Hinweisen.

2) Mit Recht weist v. Bredow (Anm. 1), S. 186, darauf hin, daß Überlegungen über eine Koexistenz, friedlicher oder unfriedlicher Art, nur sinnvoll sind, wenn man einen realen Systemantagonismus annimmt. Dies in Absetzung von Konzeptionen, die einen realen sozialökonomischen Antagonismus ablehnen. Vgl. hierzu Ursula Schmiederer, Weder Antagonismus noch Konvergenz: Zur Analyse von sozialistischer Gesellschaft und internationaler Politik als Systemkonfrontation und Systemkonkurrenz, in: Annäherung, Abgrenzung und friedlicher Wandel in Europa (hrsg. von G. Zellentin), Boppard a. Rhein 1976, S. 121–148.

etwa der Kalte Krieg, sondern der Heiße Krieg ist. Solange der Kalte Krieg nicht in einen heißen umschlägt, herrscht friedliche Koexistenz, aber in einem großen Spannungszustand und in großer Labilität. Entspannen sich die internationalen Beziehungen – und hier können verschiedene Grade konstatiert werden, die bis zum völligen Schwinden des Kalten Krieges und seiner Ersetzung durch Auseinandersetzungsformen reichen, die Krieg völlig ausschließen[3]), so erhält die friedliche Koexistenz eine gesicherte Basis, auf der die globalen und innerstaatlichen gesellschaftlichen Prozesse ihren „natürlichen Gang" ohne äußere Einmischung gehen können[4]).

Friedliche Koexistenz und Krieg sind also zunächst zwei verschiedene Politiken, deren Wahl vom historischen Zeitpunkt wie von der grundsätzlichen politischen Zielsetzung der die Staatsmacht ausübenden gesellschaftlichen Gruppen abhängt[5]). So kann die Entwicklung der Waffentechnologie eine historische Situation schaffen, in der die Kategorie der friedlichen Koexistenz – eine solche entsteht im Augenblick der faktischen Koexistenz zweiter antagonistischen Systeme – alle Chancen hat, in die gesellschaftliche Wirklichkeit umgesetzt zu werden. Die Waffensysteme von unvorstellbarer Vernichtungskapazität haben dazu geführt, den Krieg als solchen und als Mittel zur Lösung politischer Probleme ab absurdum zu führen.[6])

Diese Sichtweise kommt sehr präzise in dem historischen Dokument „Grundsätze für die Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA" vom 29. Mai 1972[7]) zum Ausdruck. Dort heißt es unter Punkt 1: „Sie (UdSSR und USA) werden von dem gemeinsamen Schluß ausgehen, daß es im Nuklearzeitalter keine andere Alternative gibt, als die gegenseitigen Beziehungen auf der Grundlage einer friedlichen Koexistenz zu gestalten. Unterschiede in der Ideologie und in den Gesellschaftssystemen der UdSSR und den USA sind keine Hindernisse für die bilaterale Entwicklung normaler Beziehungen, die auf den Grundsätzen der Souveränität, der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und des beiderseitigen Vorteils beruhen."

Es mag dahingestellt bleiben, ob „der zweite Satz mit seinen Konkretionen . . . darauf hindeutet, daß hier von der Theorie der friedlichen Koexistenz die Rede ist"[8]), jedenfalls wollten die Partner mehr als lediglich einen Zu-

3) Man kann auch von einer Unumkehrbarmachung der Entspannung sprechen.

4) So schreiben z. B. die Wissenschaftler W. Marchetti und J. D. Marks, CIA, Stuttgart 1974, S. 91: „Die Führer Amerikas sind noch nicht so weit gekommen, daß sie bereit wären, auf Einmischung in die Angelegenheiten anderer Nationen zu verzichten und die Ereignisse ihren natürlichen Gang nehmen zu lassen. In diesem Lande vertritt man noch weithin die Ansicht, daß Amerika das Recht und die Verantwortung habe, sich in den internen politischen Prozessen anderer Länder zu engagieren."

5) Gewaltverzicht bedeutet nicht Verzicht auf Verteidigungskrieg, wie er übrigens in Art. 51 UNO-Charta ausdrücklich völkerrechtlich legitimiert ist. Eine militärstrategische Konzeption, die vom Ersteinsatz von Atomwaffen z. B. ausgeht, widerspricht allerdings diesem Gewaltverzichtsprinzip. Vgl. zur Konzeption der Erstanwendung George F. Kennan, Wolken der Gefahr. Aktuelle Probleme der amerikanischen Außenpolitik, München 1978, S. 213. Kennan befürwortet übrigens den Abschluß eines Abkommens über die Aufgabe des Prinzips der Erstanwendung (S. 242).

6) Vgl. hierzu v. Bredow (Anm. 2), S. 167; C. F. v. Weizsäcker (Hrsg.), Kriegsfolgen und Kriegsverhütung, München 1979, W. I. Samkowoj, Krieg und Koexistenz aus sowjetischer Sicht, Pfullingen 1969, S. 49.

7) Wortlaut in: „Blätter", 6/1972, S. 653–655.

8) Von Bredow (Anm. 2), S. 151.

stand des Nichtkrieges bzw. des Kalten Krieges. Vielmehr einigte man sich auch auf die Schaffung von Bedingungen, die die Möglichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung ausschließen sollen. Es werden die Prinzipien genannt, die die Basis für normale Beziehungen, d. h. gesicherte friedliche Beziehungen bei Anerkennung des sozialen und ideologischen Antagonismus der Systeme als Faktum, bilden. Nicht nur der Verzicht, auf die antagonistische Verschiedenheit des jeweiligen Partners mit kriegerischen Mitteln zu reagieren, ist hier ausgesprochen, sondern der Verzicht auf alle Einwirkungen von außen, soweit sie sich nicht aus der Verschiedenheit der Ideologie und der Sozialsysteme ergeben. Diese konsentierte Grundposition wird im folgenden Text noch weiter präzisiert.

So heißt es unter Punkt 2: „Die UdSSR und die USA legen größten Wert darauf, das Entstehen von Situationen zu verhindern, die zu einer gefährlichen Verschlechterung ihrer Beziehungen führen könnten. Sie werden daher ihr Äußerstes tun, um militärische Konfrontationen zu vermeiden und den Ausbruch eines Nuklearkrieges zu verhindern. Sie werden in ihren gegenseitigen Beziehungen stets Zurückhaltung üben, und sie werden bereit sein, zu verhandeln und Meinungsverschiedenheiten mit friedlichen Mitteln beizulegen. Gespräche und Verhandlungen über offenstehende Fragen werden in einem Geiste der Gegenseitigkeit, des beiderseitigen Entgegenkommens und des beiderseitigen Vorteils geführt werden. Beide Seiten erkennen an, daß Bestrebungen, direkt oder indirekt einen einseitigen Vorteil auf Kosten des anderen zu erreichen, nicht im Einklang mit diesen Zielen stehen. Die Voraussetzungen für die Erhaltung und Stärkung friedlicher Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA sind die Anerkennung der Sicherheitsinteressen der Vertragspartner auf der Basis der Grundsätze der Gleichberechtigung und des Verzichts auf Anwendung oder Androhung von Gewalt."

Von der realistischen Einschätzung der gegenwärtigen Situation her, die durch die hohen Militärpotentiale gekennzeichnet ist, geht es zunächst einmal darum, gefährliche Konfliktsituationen, die früher unausweichlich zu kriegerischen Auseinandersetzungen geführt hätten, zu vermeiden. Die weitere Konkretisierung zeigt aber, daß es bei diesen allgemein gehaltenen guten Willenserklärungen nicht bleibt, deren Wert für die Herstellung einer allgemeinen Vertrauenssphäre zwischen den Kontrahenten allerdings nicht unterschätzt werden soll. Ein Zustand der Entspannung auf der Basis der Anerkennung der friedlichen Koexistenz bedeutet nicht nur „anzuerkennen, daß politische Meinungsverschiedenheiten zwischen den Staaten auch entstehen können, ohne daß es notwendig wäre, die Frage nach der Legitimität des einen oder anderen politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Systems zu stellen."[9]) Aus der Anerkennung der Legimität wird vielmehr der konsequente Schluß gezogen, daß jedes System einen vom jeweiligen Partner anerkannten Anspruch auf gleiche Sicherheit hat.

9) S. Bastid, Les conditions juridiques de la coexistence, in: „Politique Etrangère", 1/1955, S. 10. Zit. nach Tunkin, Völkerrechtstheorien, Berlin (DDR) 1972, S. 99.

2. *Historische Entwicklungsetappen der Entspannung*

Der lange geschichtliche Weg von 1917 an bis zur strikten Durchsetzung dieses Äquivalenzprinzipes in den internationalen Beziehungen zwischen den antagonistischen Gesellschafts- und Staatssystemen kann hier nicht verfolgt werden. Es geht daher lediglich um kommentierende Bemerkungen zu einigen markanten Stationen.

Selbst Autoren, denen man keine große Sympathie für die UdSSR nachsagen kann, müssen feststellen, daß die Sowjetunion von ihrer Geburtsstunde an eine konsequente Politik der friedlichen Koexistenz betrieben hat: „Was die kommunistische, sicher einseitige Darstellung der Zeitgeschichte und ihrer Kriege angeht, darf nicht übersehen werden, daß ein umfangreiches, nach allen möglichen Seiten abgestütztes und als Lehrmeinung verbreitetes Bekenntnis zum Frieden (gemeint ist allerdings immer nur zum zwischenstaatlichen Frieden auf militärischem Gebiet) als Faktum ersten Ranges nicht ignoriert werden kann. Der oft gemachte Einwand, bei dem Konzept der friedlichen Koexistenz handle es sich um eine Finte, wie sie für totalitäre Systeme typisch sei, ist ignorant und polemisch, solange diesem Konzept nicht zuwidergehandelt wird; seit seiner Neupropagierung, ja seit Bestehen des Ost-West-Konfliktes können Abweichungen in der Tat nicht registriert werden."[10])

Zu dem Argument, bei dieser Politik handle es sich lediglich um eine Taktik, nicht jedoch um ein grundsätzliches Prinzip, führt ein sowjetischer Autor sehr präzise aus: „Warum tut im Westen das richtige Verständnis des Begriffes ‚friedliche Koexistenz' not? Weil hier nicht nur die richtige Auffassung, sondern auch zwei – in der Tat konkurrierende – irrtümliche Auslegungen des sowjetischen Koexistenzkonzeptes verbreitet werden. Die erste dieser Auslegungen wurde in einem von mir gehörten Referat folgendermaßen formuliert: ‚Die friedliche Koexistenz ist die sowjetische Salami-Taktik – durch Friedens- und Volksfrontumarmungen, unter Umgehen des Atompatts –, das Kräfteverhältnis zugunsten der UdSSR zu verschieben und die sowjetische Einflußsphäre auszuweiten . . . Die erste Auslegung des sowjetischen Koexistenzkonzeptes bedeutet eine Ignorierung des wichtigen Elements der friedlichen Koexistenz – der Ausklammerung von bewaffneten Konflikten und der Zusammenarbeit zwischen Staaten der beiden Systeme. Dieses Element wird zum praktischen Deckmantel stilisiert, der das zweite Element – die Fortführung de Klassenkampfes – solange umhüllen sollte, bis die Stunde des Generalangriffes schlägt. Dieser Logik folgend, gibt es überhaupt keine friedliche Koexistenz als politische Realität; zwischen den beiden Systemen kann es entweder einen heißen oder bestenfalls einen kalten Krieg geben."[11])

Gleich wie man zu diesen verschiedenen Einschätzungen der sowjetischen Friedenspolitik steht, an einem Faktum kann man schlechterdings nicht vor-

10) Eberhard Rosenkranz, Der politische Stellenwert des militärischen Gleichgewichts, in: Karl Kaiser, Karl-Markus Kreis (Hrsg.), Sicherheitspolitik vor neuen Aufgaben, Frankfurt/M. 1977, S. 281.
11) Michael S. Woslenskij, Klassenkampf – Kalter Krieg – Kräfteverhältnis – Koexistenz, in: „Osteuropa", 24. Jg., 1974, S. 259 f. Das Zitat verdanke ich v. Bredow (Anm. 2).

beigehen: Bis zur Herstellung eines globalen militärischen Gleichgewichtes – bei Weiterbestehen von großen Unterschieden in Teilbereichen – konnte die behauptete sowjetische Bedrohung kaum militärischer Art sein. Nicht nur die erklärte Politik, sondern auch die militärische Kapazität forderte ein Ausklammern von bewaffneten Konflikten. Daß die Koexistenz bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges nur periodisch friedlich war – und dann auch nur in einem gespannten kalten Kriegszustand –, meist aber in bewaffneter Form sich abspielte, lag kaum an der militärischen Bedrohung durch die Sowjetunion.

Daß die Sowjetunion überhaupt ihre Existenz als sozialistischer Staat wahren konnte, zeigt vielmehr in aller Deutlichkeit die Relativität des militärischen Faktors zur Bestimmung des internationalen Kräfteverhältnisses insgesamt, von dem die Art und Formen der Koexistenz abhängen.[12])

Gerade wissenschaftlich-technische Potentiale oder Waffentechniken spielen eine sehr unterschiedliche Rolle im jeweiligen Gesellschaftssystem[13]). Unter Umständen können sie durch andere Faktoren aufgewogen werden, wie z. B. 1945 durch die Nachwirkungen der Niederlage des Faschismus auf das öffentliche Bewußtsein. Kriegsmüdigkeit der Völker und Ansehen der Sowjetunion machten zu dieser Zeit das objektiv einsetzbare Potential für offene Aggressionszwecke gegenüber der Sowjetunion untauglich.[14]) Es bedurfte großer Anstrengungen besonders auf dem Gebiet der Massenpropaganda, die sich der Perhorreszierung einer sowjetischen Bedrohung bediente, bevor das militärische Potential zumindest in außereuropäischen Bereichen, z. B. in Korea, eingesetzt werden konnte[15])

In bestimmten historischen Kontexten allerdings kommt dem militärischen Faktor eine besondere Bedeutung zu. So war das militärstrategische Gleichgewicht zwischen den antagonistischen Staats- und Gesellschaftssystemen Voraussetzung für die Entwicklung gesicherter Bedingungen der friedlichen Koexistenz. Ohne dieses Gleichgewicht wäre es kaum möglich gewesen, aus dem Stadium des Kalten Krieges in eine Phase zu gelangen, in der die objektiven Voraussetzungen der friedlichen Koexistenz (z. B. die Notwendigkeit

12) Zur Kategorie des internationalen Kräfteverhältnisses vgl. D. G. Tomaschewski, Die internationalen Beziehungen der Gegenwart, Frankfurt/M. 1973, insbesondere S. 63 ff.

13) Auch andere Faktoren wie Produktionsstand, Größe des Territoriums, Bevölkerung etc. spielen eine große Rolle. Als Beispiel für Überbetonung des militärischen Faktors vgl. Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1965, S. 64 ff; E. Krippendorff, Die amerikanische Strategie. Frankfurt/M. 1972, S. 33; Hans-Karl Rupp, Politische Geschichte der Bundesrepublik, Stuttgart/Köln/Mainz 1978, S. 15 f.

14) Ein bezeichnendes Beispiel ist in den Memoiren des britischen Feldmarschalls Montgomery zu lesen. Als Eisenhower ihm gegenüber bedauerte, daß die Westmächte nicht festgeblieben seien und nötigenfalls auch vor einem Krieg mit der UdSSR nicht hätten zurückschrecken dürfen, sagte Montgomery: „Das britische Volk hatte den Krieg bis obenhin satt und hätte 1945 nicht zum Kriegführen gegen die Russen überredet werden können. Die Russen waren im deutschen Krieg zu Helden geworden, und jede britische Regierung, die gegen sie 1945 hätte Krieg führen wollen, hätte bei sich zu Hause Schwierigkeiten gehabt." Zitiert nach Lew Besymenski, Geheimstufe 3. Schon 1945 bereiteten die USA einen Atomangriff auf die UdSSR vor. Vgl. „Neue Zeit", 9/1980, S. 28. Vgl. zum Phänomen der Kriegsmüdigkeit auch Ernst Däuerlein, Das Problem der „Behandlung Deutschlands". Umrisse eines Schlagwortes des Epochenjahres 1945. „Aus Politik und Zeitgeschichte", Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament" B 18/65, 5. 5. 1965, S. 26 ff. und derselbe, Die deutsche Frage auf der Konferenz von Potsdam, ebenda, B 34, S. 24; Rolf Badstübner, Restauration in Westdeutschland 1945–1949, Berlin (DDR) 1965, S. 59; H. Truman, Memoiren, Bd. 1, Das Jahr der Entscheidung 1945, Stuttgart 1955, S. 169 ff.

15) G. Kade, Die Bedrohungslüge. Zur Legende von der Gefahr aus dem Osten, Köln 1979.

konkreter Abrüstungsschritte) verbindlich (d.h. völkerrechtlich) zwischen den Kontrahenten anerkannt sind, also ein Entspannungszustand eintreten kann. Dieser Zustand bleibt allerdings labil. Solange die Waffenpotentiale nicht beseitigt sind, bzw. solange sich keine reale Perspektive für die allgemeine, vollständige und kontrollierte Abrüstung eröffnet[16]), kann er jederzeit in die nicht-friedliche Koexistenz umschlagen. Bei den gegenwärtigen Waffenrealitäten bedeutet dies jedoch das Ende jeder Koexistenzmöglichkeiten. Insofern besteht ein signifikanter Unterschied zu früheren Perioden, in denen sich Zustände von friedlicher und nicht-friedlicher Koexistenz ablösen konnten.

Die Sowjetunion hat nur zögernd – gestoßen von den historischen Erfahrungen – einen Zustand des militärisch-strategischen Gleichgewichtes gesucht[17]). Auch dies ist ein Faktum, das im Grunde nur zu Propagandazwecken im Westen bestritten wird.[18]) Die Etappen des Wettrüstens waren stets von der westlichen Seite her diktiert. Die Sowjetunion hat zudem immer erst dann in einer neuen Runde des Wettrüstens nachgezogen, wenn Abrüstungsvereinbarungen, die sie angeboten hatte, sich als unmöglich erwiesen.[19])

Die einzelnen Etappen des Wettrüstens bis zur Erlangung der militärstrategischen Gleichheit können hier als bekannt vorausgesetzt werden. Hatte die Sowjetunion schon mit der Entwicklung der A- und H-Bombe bewiesen, daß sie imstande war, verhältnismäßig schnell ein strategisches Gleichgewicht herzustellen[20]), so gelang es ihr 1957 durch ihre Erfolge in der Weltraumraketentechnik, in etwa die militärische Einkreisung durch einen Kranz von amerikanischen Militär- und Luftstützpunkten für die strategische Bomberflotte zu überwinden. Auch psychologisch hatte dieser technologische Durch-

16) Zu den Etappen der völkerrechtlichen Diskussion bis zur Forderung nach allgemeiner, vollständiger und kontrollierter Abrüstung vgl. Joachim Schulz, Völkerrecht und Abrüstung, Berlin (DDR) 1967, S. 107 ff. Vgl. auch Tunkin, Völkerrechtstheorie, Berlin (DDR) 1972, S. 100 ff.

17) Vgl. zur Verteidigungskonzeption als Sicherung des szialistischen Aufbaus von 1917–1939 Eugen Rau, Koexistenz und Revolution, Köln 1973, S. 23 ff. Zu den einzelnen Stufen des Wettrüstens vgl. Dieter S. Lutz (Hrsg.), Die Rüstung der Sowjetunion, Baden-Baden 1979, S. 67 ff., Peter Klein/Klaus Engelhardt, Weltproblem Abrüstung. Politische und ökonomische Probleme des Ringens um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, Berlin (DDR) 1979, S. 67 ff.

Eine militärische Überlegenheit war nie das Konzept der sowjetischen Militärstrategie.

Von Bredow (Anm. 2), S. 69 weist auf einige Äußerungen osteuropäischer Militärtheoretiker hin, die andeuteten, daß eine militärische Überlegenheit angestrebt sei, ohne konkrete Hinweise zu geben. Mir sind jedenfalls derartige Äußerungen nicht bekannt.

18) Eberhard Rosenkranz (Anm. 10), S. 273 ff. mit weiteren Nachweisen.

19) Das zeigt z.B. die Diskussion in der UNO im Jahre 1945, 1946 um die Atomenergiekontrolle. Die Forderungen der Sowjetunion nach einem Verbot der Anwendung und Herstellung von Atomwaffen glichen die USA durch den sog. Baruch-Plan aus, durch den die USA ihr Atombombenmonopol ein für allemal absichern wollten. Erst danach nahm die Sowjetunion die Produktion der Atombombe auf. Die Vermutungen in den USA, daß sie hierfür 20 Jahre (so der General Groves) oder 7 – 10 Jahre (so der Staatssekretär Byrnes) brauchen würde, wurden allerdings über den Haufen geworfen. 1949 zündete die Sowjetunion ihre erste A-Bombe und 1953 ihre erste H-Bombe.

Die sog. MIRV (Multiple independently targetable reentry vehicles – Mehrfachsprengköpfe) bilden ein neues Beispiel. Während der ersten SALT-Gespräche hatte die Sowjetunion vorgschlagen, diese in die Verhandlungen mit einzubeziehen. Da zu diesem Zeitpunkt die Sowjetunion diese Waffensysteme noch nicht konstruiert hatte, glaubte die USA, diesen waffentechnologischen Vorsprung längere Zeit halten zu können. In kurzer Zeit hatte die UdSSR auch diesen Vorsprung eingeholt.

20) Zur Schnelligkeit des militärtechnologischen Aufholens vgl. Günther Klein/Klaus Engelhardt, Weltproblem Abrüstung (Anm. 17), S. 67 ff.

bruch eine große Wirkung. Denn zum ersten Mal waren die USA direkt auf ihrem Territorium verletzlich geworden; für ein Land, dessen Bevölkerung die Schrecken der modernen Kriegsführung noch nicht kennengelernt hatte, eine qualitativ neue Situation. Gegen Ende der 50er Jahre kann man jedenfalls von einem annähernd gleichen militärischen Kräfteverhältnis zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO sprechen.

3. Auflösung des Kalten Krieges und erste Entspannungsschritte, insbesondere in Europa

Die Entstehung des „Gleichgewichts des Schreckens"[21]), die mit der Einsatzmöglichkeit sowjetischer Interkontinentalraketen eintrat – vorher lastete das Gewicht des Schreckens einseitig auf der UdSSR –, markiert einen Wendepunkt in den Koexistenzbeziehungen. Die politische Tendenz zur Durchsetzung gesicherter gesellschaftlicher Bedingungen für friedliche Koexistenz verstärkte sich nicht nur, sondern erhielt eine reale Chance der Durchsetzung. Dieser Vorgang mußte sich zunächst in Europa vollziehen. Dort verlief nach wie vor die Hauptkonfrontationslinie zwischen den beiden antagonistischen Gesellschaftssystemen, obwohl die kriegerischen Auseinandersetzungen an anderen Brennpunkten der Welt (Vietnam usw.) abliefen. In Europa waren die Schnittpunkte zwischen den beiden Blöcken Demarkationslinien und nicht völkerrechtlich anerkannte Grenzen. Ebenso ungeklärt war der Status von Westberlin. Das wachsende militärische Potential der Bundeswehr – ihre drohende Ausrüstung mit Atomwaffen – unterstrich die kriegerische Latenz dieser ungelösten Hauptfragen.[22])

Im Vergleich zur vorhergehenden Periode waren die objektiven und subjektiven Faktoren der Kräfteverschiebung weiterhin zugunsten derjenigen Kräfte gewachsen, die eine Entspannung auf der Basis der friedlichen Koexistenz anstrebten. Trotz der ungünstigen Bedingungen des Kalten Krieges, insbesondere durch die aufgezwungene Aufrüstung, hatte sich die ökonomische, soziale und politische Lage in den sozialistischen Ländern konsolidiert.

In den westlichen Ländern bekam das aufgebaute Feindbild von der sowjetischen Bedrohung immer stärkere Risse[23]). Die Schicht der Bourgeoisie, die in

---

21) Eberhard Rosenkranz (Anm. 10), S. 282, definiert dieses Gleichgewicht folgendermaßen: „Vorausgesetzt, das sowjetische Zentralkomitee verfällt nicht eines Tages in seiner Gesamtheit einem selbstzerstörerischen und irrationalen Aggressionswahn – dagegen wäre auch ein doppelt und dreifach gerüstetes Westeuropa letztlich machtlos –, besteht unter heutigen Bedingungen keinerlei Gefahr einer gezielten militärischen Beeinträchtigung des territorialen Status quo durch die UdSSR. Solange diese, gleich den USA, nicht einen kompletten Erfolg mit nahezu 100%iger Überlebenswahrscheinlichkeit als Supermacht kalkulieren kann, besteht strategische Stabilität auf militärpolitischer Ebene zwischen Ost und West. Die beiderseitige Absicht der Großmächte, einen Nuklearkrieg um jeden Preis, aber auch Krieg aus moralischen Erwägungen heraus zu vermeiden, wirkt auf diese Stabilität unterstützend."

22) Vgl. zu diesem Fragenkomplex den sehr instruktiven Aufsatz von Ulrich Albrecht, Rüstung, Militärpolitik und Militärpotential der Bundesrepublik in: U. Albrecht, F. Deppe, J. Huffschmid u. a., Geschichte der Bundesrepublik, Köln 1979, S. 315 ff.

23) Die Kritik der Methoden Stalins auf dem 20. Parteitag hatte gezeigt, daß die Sowjetunion Fehlentwicklungen aus eigener Kraft korrigieren kann. Dies wiederum hatte starke ideologische Rückwirkungen und zwar insgesamt positive auf einen Teil der demokratischen Kräfte in den westlichen Ländern.

Konkurrenz zu dem mit dem militärisch-industriellen Komplex verbundenen Teil des Großkapitals steht [24]), entwickelte ein stärkeres Interesse an ökonomischer Kooperation mit den sozialistischen Ländern und an den diese Kooperation sichernden politischen Bedingungen[25]). Infolge der Zunahme der ökonomischen Krisenerscheinungen in den kapitalistischen Ländern gewann dieser Faktor an Gewicht. Die antiimperialistischen Kräfte erhielten insgesamt mehr Bewegungsspielraum, was auch zu Änderungen in der Sozialdemokratie führte[26]).

Wesentliche Kräfteverschiebungen und Umgruppierungen vollzogen sich auch im westlichen System insgesamt. Die USA sahen sich zunehmend zwei weiteren Rivalitätszentren gegenüber: Japan und Westeuropa. Dort machte das Ausscheren Frankreichs aus der NATO[27]) deutlich, daß nicht nur desintegrative Momente in den Beziehungen USA – Westeuropa vorhanden waren, sondern in den jeweiligen Rivalitätszentren selbst. Die relativ starke Stellung der BRD im Wirtschafts-, Außenhandels- und Währungsbereich bedingte zunächst zunehmend eine Verschiebung der ökonomischen, mit einer gewissen Verzögerung auch der politischen Gewichte in Westeuropa. Ein neues Globalgewicht der Bundesrepublik bildete sich heraus. Die besondere Stellung der Bundesrepublik sowohl im westeuropäischen Raum als auch im globalen Kontext muß gerade bei den gegenwärtigen Entwicklungstendenzen sorgfältig beachtet werden.

Schwächung der Positionen des Imperialismus insgesamt bedeutet aber nicht Nachlassen seiner Gefährlichkeit und seiner Aggressivität. Im Gegenteil, in die Periode ab 1966 fällt die Verschärfung des Vietnam-Krieges bis hin zur Bombardierung von Hanoi und Haiphong. Die Spannungen im Nahen Osten entwickeln sich immer wieder zu massiv von den Westmächten unterstützten kriegerischen Interventionen Israels gegenüber seinen arabischen Nachbarn. In Lateinamerika schlagen 1965 amerikanische Marineinfanterieeinheiten die revolutionäre Volskbewegung der Dominikanischen Republik nieder. Mit objektiv längst überholten Mitteln versucht der Imperialismus in eine partielle Offensive zu gelangen.

Trotz des defensiven Verhaltens der Sowjetunion hinsichtlich ihrer Aufrüstungspolitik [28]) verharrte die Kennedy-Administration nicht nur auf den überholten Positionen, die sich, was die Erlangung der absoluten militärischen Stärke anlangt, längst als illusorisch herausgestellt hatten, sondern forcierte unter der Bezeichnung „flexible response" als neue Militärstrategie die

24) Vgl. Fred Schmid, Der Militär-Industrie-Komplex, Frankfurt/M. 1972; K. Engelhardt/K. H. Heise, Militär-Industrie-Komplex im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem, Berlin (DDR) 1974.
25) Vgl. zu der ambivalenten Entwicklung innerhalb der herrschenden Klasse vornehmlich der Bundesrepublik: Günther Klein/Klaus Engelhardt, Weltproblem Abrüstung (Anm. 17), S. 117 ff.
26) Vgl. Jutta v. Freyberg u.a., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863–1975, Köln 1975, S. 392.
27) Friedliche Koexistenz in Europa, Entwicklungstendenzen der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus, Berlin (DDR) 1977, S. 90 ff.
28) Vgl. David Horowitz, Kalter Krieg, Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Berlin (West) 1976, S. 329 ff.

Hochrüstung sowohl des strategischen wie des konventionellen Waffensystems[29]).

Gewisse Änderungen vollzogen sich allerdings nach dem Debakel in Kuba und in Berlin. Die Grenze für eine Politik der offenen Intervention zumindest wurde immer enger. Auf eine Überbetonung der Position der militärischen Stärke angesichts einerseits des militärischen Potentials des sozialistischen Lagers, andererseits der mangelnden Zugkraft des Gespenstes der sowjetischen Bedrohung mußte verzichtet werden. Es traten andere Konzepte, die bislang eher Reservefunktion hatten, stärker in den Vordergrund. Im Rahmen der neuen „Politik des Brückenschlages zu den Völkern Europas"[30]) wurde z. B. das sog. Signal von Reykjavik gesetzt. Der NATO-Ministerrat schlug am 25. Juni 1968 Verhandlungen über „beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderung" vor und deutete damit eine neue Anpassungslinie an.

Die Bundesrepublik fungierte in diesem neuen Entwicklungsprozeß zunächst als Hemmschuh. Ihre ökonomische und militärische Potenz kontrastirerte offensichtlich mit ihrer „politischen Zwergenhaftigkeit", um ein nicht ganz unzutreffendes Bild Franz Josef Strauß' zu übernehmen.

In historischer Tradition deutscher Überheblichkeit hatte diese Diskrepanz nicht nur unter dem Mantel des Strebens nach „Gleichberechtigung" zu Hegemonietendenzen innerhalb Westeuropas[31]) geführt, sondern zu dem verstärkten Versuch, die CDU/CSU-Linie der Ostpolitik als westliche Gesamtpolitik gegenüber den sozialistischen Ländern zu erhalten. Gegenüber der westlichen Containment- und Roll-back-Politik enthielt sie insofern eine Überschußtendenz, als sie die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 propagierte. Diese Überschußtendenz, die die bundesrepublikanische Außenpolitik der westlichen Strategie aufzudrücken versuchte, konnte aber unter dem internationalen Anpassungsdruck, dem sich der Westen insgesamt ausgesetzt sah, nicht gehalten werden. Es war abzusehen, daß die bundesrepublikanische Innenpolitik die Anpassung mitvollziehen mußte. Der Zusammenbruch des außenpolitischen Kurses der CDU/CSU und die Herausbildung der Linie der „neuen Ostpolitik", zunächst der großen Koalition (1967–1969) und dann die Bildung der sozialliberalen Koalition (1969), markieren diesen Wandel. Er führte zu dem wichtigen Vertragswerk der Bundesrepublik mit den sozialistischen Ländern, insbesondere zur Normalisierung der Beziehungen mit der DDR. Allerdings vollzog sich diese Normalisierung sehr zäh und teilweise auch widerspruchsvoll, wobei die

29) Zur Abdeckung dieser Hochrüstung wurde auf eine angebliche Raketenlücke hingewiesen. Vgl. hierzu G. Rathjens, Die Zukunft des strategischen Rüstungswettlaufs – Optionen für die 70er Jahre, in: D. Senghaas Zur Pathologie des Rüstungswettlaufs, Kempten 1970, S. 81, zum Umfang der Hochrüstung vgl. Günther Klein, Klaus Engelhardt, Weltproblem Abrüstung (Anm. 26), S. 71.

30) Zur neuen Strategie des Brückenschlages vgl. K. Brzezinski, Alternative zur Teilung. Neue Möglichkeiten für eine gesamteuropäische Politik, Köln/Berlin (West) 1966, S. 13 und 151; Wilhelm G. Grewe, Rückblenden. Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt, Wien/Zürich 1979, S. 320 ff.

31) Vgl. V. Belezki, Die Politik der Sowjetunion in den deutschen Angelegenheiten der Nachkriegszeit (1945–1976), Berlin (DDR) 1977, S. 325.

bundesrepublikanische Seite stets versuchte, die deutsche Frage in einer langfristigen Perspektive offenzuhalten.

Zusammen mit dem vierseitigen Abkommen über Westberlin bildeten diese Verträge die Basis für den Abschluß der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und die Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki am 1. August 1975. Die Zusammensetzung dieser Abschlußkonferenz (führende Repräsentanten aus 33 Ländern Europas, den USA und Kanada) wie die in der Akte niedergelegten Beschlüsse unterstreichen, daß es sich um das wichtigste Nachkriegsereignis in Europa nach der Potsdamer Konferenz handelte, auch von konservativer Seite als die „aufwendigste diplomatische Groß-operation des 20. Jahrhunderts"[32]) bezeichnet.

II

1. Völkerrecht der friedlichen Koexistenz

Die grundlegenden Veränderungen der internationalen Beziehungen lassen sich am deutlichsten an der Entwicklung des Völkerrechtes ablesen. Als System der Rechtsnormen, die die ökonomischen, politischen, kulturellen und sonstigen Beziehungen zwischen den Staaten im Prozeß ihrer gegenseitigen Auseinandersetzung regeln, ist das Völkerrecht ein vorzüglicher Gradmesser, einerseits für die Möglichkeit gemeinsamer Willensäußerungen für die Gestaltung der internationalen Beziehungen durch antagonistische Partner, andererseits für die Abhängigkeit von den objektiven Bedingungen der internationalen Beziehungen zur Verwirklichung des konsentierten Programmes[33]).

Für das „klassische" Völkerrecht – gemeint das Recht der reinen bürgerlichen Periode – war der höchste Ausdruck der Souveränität der Staaten das Jus ad bellum[34]). Krieg galt als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln[35]). Diesem Stand der internationalen Beziehungen mußte das Völerrecht folgen. Mit Recht ist darauf hingewiesen worden[36]), daß für ein solches Recht kaum der Ausdruck Völkerrecht angebracht sei. Während Hunger und Pestilenz in Gottes Hand lagen, oblag dem Souverän, den Rest des Leidens der Völker durch Kriegführen zu besorgen.[37])

---

32) Hans-Peter Schwarz, Die Alternative zum Kalten Krieg? Bilanz der bisherigen Entspannung, in: Schwarz/Meisner, Entspannungspolitik in Ost und West, Köln/Berlin/Bonn/München 1979, S. 287.

33 Zur Natur des Völkerrechtes und seiner Funktion in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen können an dieser Stelle keine Ausführungen gemacht werden. Vgl. statt aller einerseits D. I. Tunkin, Völkerrechtstheorie, Berlin 1972, insbesondere S. 238 ff, 307 ff, andererseits von einem liberalen bürgerlichen Standpunkt aus Otto Kimminich, Einführung in das Völkerrecht, Pullach b. München 1975, insbesondere S. 44 ff, S. 175 ff.

34) Zum Jus ad bellum vgl. Kimminich (Anm. 33), S. 57 ff.

35) Carl v. Clausewitz, vom Kriege, Bonn [16]1952, S. 108.

36) Die herrschende Völkerrechtslehre in den westlichen Ländern sieht das Verbot des Krieges als eine Souveränitätseinschränkung an. Vgl. z. B. Hans Kelsen, Das Problem der Souveränität und die Theorie des Völkerrechts, 1928, Neudruck Aalen 1960; Werner v. Simson, Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart, Berlin (West) 1965; vgl. Eberhard Menzel, Das Völkerrecht und die politisch-sozialen Grundstrukturen der modernen Welt, in: Frieden und Völkerrecht, hrsg. von Georg Picht und Constanze Eisenbart, Stuttgart 1973, S. 401 ff (410).

37) Mit Recht weist Kimminich (Anm. 33), S. 62 darauf hin, daß das Völkerrecht der klassischen Periode überhaupt nicht den Versuch unternahm, den Krieg als solchen aus dem Völkerleben zu verbannen. Es wollte ihn vielmehr lediglich eingrenzen. Insofern lag der Schwerpunkt der juristischen Augestaltung auf dem sog. humanitären Völkerrecht. Dieser Zweig des Völkerrechts, der zumindest die Kriegsmittel so eingrenzen wollte, daß die Leiden der Zivilbevölkerung möglichst eingeschränkt wurden, kam auch nur unter dem Druck der Volksmassen zustande. Vgl. hierzu Autorenkollektiv, Völkerrecht, Köln 1973, S.

Das Verbot des Krieges – erstmals im sog. Briand-Kellogg-Pakt von 1928[38]) – bedeutet daher in der Tat ein Faktum, das einen Umbruch des Völkerrechtes einleitete. Es wurden Elemente in das internationale Recht eingeführt, die Hoffnung für die Entstehung eines Rechtes im Interesse der Völker, eines wirklichen Völkerrechtes, aufkommen ließen. Die verschiedenen Stationen der Weiterentwicklung können hier nicht aufgezeigt werden[39]). Es war jedenfalls ein langer und mühsamer Prozeß mit vielen Rückfällen, der bis zu dem zwischenstaatlich universal anerkannten Konsens führte, daß Gewalt in den internationalen Beziehungen auszuschließen sei. Die UNO-Satzung enthält das Gewaltverbot in Art. 2 Ziff. 4: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt."

Mit diesen qualitativen Änderungen war ein neuer historischer Typ des internationalen Rechtes entstanden, nämlich des Rechts der friedichen Koexistenz zwischen den Staaten verschiedener sozialer Systeme und damit der Gleichheit und des Rechtes der Völker über sich selbst zu verfügen[40]).

Die UNO-Charta, als vereinbarter Konsens zwischen den Partnern der Anti-Hitler-Koalition, enthielt wesentliche Prinzipien, deren Respektierung einen gesicherten Zustand der friedlichen Koexistenz gewährleistet hätte. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat in ihrer Resolution vom 24. Oktober 1970 neben dem gerade genannten Grundprinzip des Gewaltverbotes noch folgende weitere Grundprinzipien herausgestellt: Friedliche Streitschlichtung, Nichtintervention, Pflicht zur Zusammenarbeit, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker, souveräne Gleichheit der Staaten, Erfüllung der UN-Satzung[41]). Das Heraufkommen des Kalten Krieges stellte diese universal anerkannten Prinzipien selbst in Frage. In einem internationalen Zustand, der jederzeit vom kalten zum heißen Krieg umschlagen konnte – wobei nicht zu vergessen ist, daß sog. begrenzte oder kleine Konflikte andauernd bewaffnet ausgetragen wurden (z. B. in Korea, später in der Suezkrise oder in Vietnam) – war an keine Vertiefung und Weiterentwicklung dieser Prinzipien zu denken.

Es bedurfte erst der Weiterentwicklung der internationalen Beziehungen, der Veränderung des Kräfteverhältnisses, bevor sich etwas auf der völkerrechtlichen Ebene bewegen konnte. Hier war das entscheidende Faktum die Herausbildung des globalen militärischen Gleichgewichtes. Gerade am Entwick-

38) Zum Briand-Kellogg-Pakt vgl. Autorenkollektiv, Völkerrecht (Anm. 37), S. 167.
39) Vgl. G. I. Tunkin, Vökerrechtstheorie (Anm. 33), S. 72 ff.
40) Kimminich (Anm. 42), S. 84, spricht sogar von einer kopernikanischen Wende vom Jus ad bellum zum Gewaltverbot. Im allgemeinen kann jedoch festgestellt werden, daß die bürgerliche Völkerrechtslehre diese Zäsur in der Entwicklung des Vöklerrechtes nicht so scharf zieht. Ganz im Gegensatz zur sozialistischen Völkerrechtslehre.
41) Resolution 2625 (XXV) vom 24. 10. 1970. Vgl. Bernd Graf zu Dohna, Die Grundprinzipien des Völkerrechts und die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten, Berlin 1973; Bernhard Gräfrath, Deklaration über die grundlegenden Völkerrechtsprinzipien, „Deutsche Außenpolitik", 1971, S. 476 ff.

lungsprozeß des Völkerrechts läßt sich zeigen, welche Funktion der militärische Faktor in den internationalen Kräfteverhältnissen hat. Das „Gleichgewicht des Schreckens" ist nicht der einzige Grund für den Umbruch in den internationalen Beziehungen und für die „Wende" im Völkerrecht[42]). Völkerrechtliche Grundsätze wie das Prinzip des Nichtangriffes oder des Selbstbestimmungsrechtes der Völker haben schon länger zurückliegende Wurzeln[43]), konnten sich aber erst mit der Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse voll entfalten. Wenn auch nicht als Hauptfaktoren, so haben Veränderungen des militärischen Faktors doch eine große Schubwirkung auf die internationalen Beziehungen und damit auch auf die Weiterentwicklung des Völkerrechtes im progressiven Sinn[44]). Dies gilt insbesondere für die Prinzipien, die die Basis der friedlichen Koexistenz bilden[45]). Friedliche Koexistenz verlangt nicht nur den Verzicht auf Methoden der Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung gegen andere Staaten und den Verzicht auf den Krieg, sondern auch den Verzicht auf eine Politik, die zum Krieg führen kann. Sie schließt die Verpflichtung ein, eine Politik zu verfolgen, die zur Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beiträgt. In der genannten Deklaration über die Grundsätze des Völekrrechtes von 1970 heißt es, daß alle Staaten „geeignete Maßnahmen zur Minderung der internationalen Spannung und zur Stärkung des Vertrauens zwischen den Staaten" anstreben sollen[46]). Weiterhin sind „die Staaten verpflichtet, unabhängig von den Unterschieden, die in Bezug auf ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme bestehen, auf den verschiedenen Gebieten der internationalen Beziehungen zusammenzuarbeiten, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten und die internationale wirtschaftliche Stabilität und den Fortschritt, die allgemeine Wohlfahrt der Nationen und eine internationale, von jedweder auf diesen Unterschieden beruhenden Diskriminierung freie Zusammenarbeit zu fördern."

---

42) Stellt man das Gleichgewicht des Schreckens in den Mittelpunkt, so isoliert man den militärischen Faktor, der nur im Gesamtzusammenhang mit den anderen Veränderungen seine spezifische Funktion erhält.

43) Zahlreiche Prinzipien für die normalen Beziehungen zwischen den Staaten außerhalb des Kriegszustandes wie das Prinzip des Respekts vor der Souveränität, der Gleichheit der Staaten, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten etc. entstanden schon in der frühbürgerlichen Zeit. Sie wurden aber später verschüttet bzw. galten von Anfang an nur eingeschränkt, z. B. nur zwischen den zivilisierten Staaten und nicht gegenüber den Kolonien, die als Teil des eigenen Territoriums betrachtet wurden. Vgl. hierzu R. Arzinger, Das Selbstbestimmungsrecht im allgemeinen Völkerrecht der Gegenwart, Berlin (DDR) 1965.

44) „Die Entwicklung des Völkerrechtes wie auch der anderen Kategorien des Überbaus wird letztlich von den Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung bestimmt. Grundsätze und Normen des Völkerrechts, einschließlich derer, die durch Vertrag geschaffen wurden, die den Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung entsprechen und demzufolge progressiv sind, können einen festen Platz im Völkerrecht finden, während die, die sich zu den Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung im Widerspruch befinden, einer progressiven Entwicklung der Gesellschaft im Wege stehen, unweigerlich hinweggefegt und verworfen werden." Tunkin (Anm. 33), S. 188.

45) Ob das Prinzip der friedlichen Koexistenz als selbständiges Völkerrechtsprinzip gelten kann oder vielmehr als gesellschaftliche Kategorie Grundlage für die Herausbildung von Völkerrechtsprinzipien ist, die die friedliche Koexistenz sichern, bleibe hier dahingestellt. Z. B. für das selbständige Prinzip der friedlichen Koexistenz vgl. Tunkin (Anm. 33), S. 95ff.)

46) Siehe Anm. 41.

Einen zusätzlichen Gesichtspunkt gilt es bei der Herausformung eines Völkerrechtes des neuen historischen Typs zu beachten. Z. Zt. der Errichtung der UNO-Charta ist die Souveränität der Staaten eng verknüpft mit der Selbstbestimmung der Völker, was Befreiung von jeder Form der Fremdbeherrschung einschloß. Im Vordergrund stand der politische Freiheitsaspekt, der anknüpft an die traditionelle Souveränitätsauffassung. Die Liquidation des kolonialen Systems konnte noch weitgehend auf die antifaschistischen Völkerrechtsprinzipien aufsetzen. Die ehemaligen Kolonien erhielten nach und nach „friedlich" oder „gewaltsam"[47]) ihre politische Unabhängigkeit. Oft war dies aber nur ein Vertuschen des nach wie vor bestehenden ökonomischen, sozialen und politischen Abhängigkeitsverhältnisses in anderer Form. Zu dieser Zeit verabschiedete die Vollversammlung der Vereinten Nationen eine Serie von fundamentalen Texten, in denen das Konzept der ökonomischen Unabhängigkeit schon als ein wichtiges Fundament des Begriffes der Souveränität und der Selbstbestimmung erscheint[48]). Diese Phase erhält einen gewissen Höhepunkt in der 6. Sondertagung der UN-Vollversammlung mit der Deklaration und einem Aktionsprogramm für die Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung. Auf der 7. Sondertagung der UN-Vollversammlung werden diese Prinzipien weiter vertieft und auf der 29. Tagung der UN-Vollversammlung wird die Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten angenommen.

Die Entwicklung des Völkerrechtes gelangte an einen entscheidenden Punkt. Es war zwar gelungen, Prinzipien zu entwickeln, die alle Staaten im internationalen Verkehr für sich als verbindlich anerkannten. Dieser Konsens war möglich, obwohl divergierende, zum Teil antagonistische bzw. sich ausschließende Zielvorstellungen nach wie vor bestanden[49]). Jeder Kontrahent hatte auf das Mittel der Gewaltanwendung verzichtet, weil er mittel- oder langfristig davon ausging, daß seine Ziele – und letztlich war dies die qualitative Veränderung des Partners – sich ohne Krieg und allein mit den erlaubten Mitteln durchsetzen ließen.

Der nächste logische Schritt mußte daher die Frage des Abbaus des Gewaltpotentials, d. h. die Abrüstung sein und dies aus zwei Gründen. Solange die Mittel der kriegerischen Auseinandersetzung vorhanden waren, konnte eine

47) Die Prinzipiendeklaration stellt ausdrücklich fest, daß der Kolonialismus eine Gewaltanwendung darstellt, gegen die die Völker ein Widerstandsrecht haben. „Bei ihren Aktionen und ihrem Widerstand gegen solche Gewaltmaßnahmen in Ausübung ihres Rechtes auf Selbstbestimmung sind diese Völker berechtigt, in Übereinstimmung mit den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen um Unterstützung nachzusuchen und diese zu erhalten". Dies ist übrigens auch der Grund, weswegen nationale Befreiungsbewegungen den Status eines Völkerrechtssubjekts erhalten können, vgl. Tunkin (Anm. 33), S. 93.

48) Text der Charta in: „Archiv des Völkerrechts", 1974/75, S. 400 ff; vgl. auch Boltz/Hinz/Paech/Wohlmuth, *Kooperation oder Konfrontation?*, Materialien zur Rohstoffpolitik, PDW, Bonn 1975, S. 229 ff.
Deklaration über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, abgedruckt in: Boltz u.a., S. 213 ff; sowie das Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, ebenfalls in: Boltz u.a., S. 219 ff.

49) Mit Recht arbeitet Tunkin (Anm. 33), S. 41 ff heraus, daß die antagonistischen Positionen der Kontrahenten im Völkerrecht nicht die Entwicklungsgrundlage des Völkerrechtes verengen. Für den bürgerlichen Ansatz ist es immer wieder bezeichnend, daß er eine ideologische Gemeinsamkeit postuliert, um eine Rechtsentwicklung für möglich zu halten.

Rückkehr zur Gewalt nicht ausgeschlossen werden. In dem Augenblick, in dem ein Partner erkannte, daß sich seine eigenen Zielsetzungen mit den konsentierten erlaubten Mitteln nicht durchsetzen ließen, mußte eine Stagnation des Entspannunsprozesses eintreten, wenn nicht sogar ein Rückfall in die Gewaltanwendung.

Der zweite Grund ist in der Entwicklung des ökonomischen Souveränitätsbegriffes zu sehen. Hier hatte man sich auf ein Programm geeinigt, das nur bei Freiwerden von ökonomischen Ressourcen, die durch die Rüstung gebunden waren, durchgesetzt werden konnte[50]).

2. Die völkerrechtliche Problematik der Abrüstung als Indiz für die Entwicklungsschwierigkeiten des Entspannungsprozesses

Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß das internationale Recht noch nicht genügend Prinzipien und Normen enthält, die einen Verhaltensparameter für die Staaten aufstellen in einer ähnlichen Art und Weise, wie wir es bei den die friedliche Koexistenz garantierenden Prinzipien des Völkerrechtes gesehen haben[51]).

Art. 11 der UNO-Charta bevollmächtigt die Vollversammlung, „die allgemeinen Grundsätze der Zusammenarbeit zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, einschließlich der Grundsätze für die Abrüstung und die Regelung der Rüstungen" zu beraten und „hinsichtlich solcher Grundsätze Empfehlungen an die Mitglieder oder den Sicherheitsrat oder an beide" zu richten. Art. 26 macht den Sicherheitsrat verantwortlich dafür, „unter Mitwirkung des Art. 27 vorgesehenen Generalstabsausschusses Pläne für die Errichtung eines Systems der Rüstungsregulierung auszuarbeiten, die den Mitgliedern der Vereinten Nationen zu unterbreiten sind."

Auf der Basis dieser Bestimmungen hat sich in verschiedenen Etappen, die hier nicht im Einzelnen referiert werden können[52]), zumindest als Verpflichtung der Staaten herausgebildet, daß sie „nach Treu und Glauben Verhandlungen zum baldigen Abschluß eines universellen Vertrages über allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle führen und nach Festlegung geeigneter Maßnahmen zur Minderung der internationalen Spannung zur Stärkung des Vertrauens zwischen den Staaten streben" sollen[53]).

Es wäre verfrüht, die Abrüstung durch diese Formulierung bereits als schon anerkannten allgemeinen Grundsatz zu betrachten. Dennoch fragt es sich, ob man heute noch ebenso wie zur Zeit des Kalten Krieges lediglich zu dem Er-

50) Vgl. zu diesem Gesichtspunkt Horst Wiesebach, Abrüstung und Entwicklung. Ihr Zusammenhang in der Sicht der Vereinten Nationen, In: „Vereinte Nationen", 5/1979, S. 155 ff mit weiteren Nachweisen.
51) Vgl. G. Tunkin, Le droit international et la lutte pour la détente, in: „Revue de droit contemporain", 1/1979, S. 11 ff (S. 22).
52) Zu den Etappen der Abrüstung vgl.: Schulz, Völkerrecht und Abrüstung, Berlin (DDR), 1967, S. 87f, 107f.
53) Deklaration über die Prinzipien des Völkerrechts, in: Völkerrecht, Dokumente, Köln 1973, Bd. 3, S. 1170.

gebnis kommen kann, daß eine allgemeine Verpflichtung der Staaten zum Abschluß eines Vertrages über die allgemeine, vollständige und international kontrollierte Abrüstung über einzelne Teilabrüstungsverträge besteht, daß aber, solange dieser Vertrag nicht abgeschlossen ist, konkrete Verpflichtungen hinsichtlich von Abrüstungsschritten oder Verhalten in der Abrüstungsfrage nicht angenommen werden können. Dem ist folgendes entgegenzuhalten: die Herausbildung eines völkerrechtlichen Prinzips der Verpflichtung zur Abrüstung, seine weitere Entwicklung und inhaltliche Bereicherung ist trotz aller UNO-Vollversammlungsbeschlüsse und unabhängig von der Ansicht über ihren Rechtscharakter nur auf der Grundlage von Vereinbarungen der Staaten möglich[54]). Seit dem Einsetzen der Entspannungsphase hat es zahlreiche Vereinbarungen bilateraler und multilateraler Art zumindest im Vorfeld der Abrüstung, nämlich auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle gegeben[55]). Zwar ist mit der Feststellung, daß bestimmte Prinzipien in einem zweiseitigen oder auch multilateralen Vertrag von den Partnern anerkannt sind, noch nicht gesagt, daß sie universellen Charakter erhalten haben. Wenn es sich aber bei multilateralen Verträgen um eine große Anzahl von Staaten handelt, womöglich noch aus verschiedenen Gesellschaftssystemen, oder zweiseitige Vereinbarungen solch wichtiger Mächte wie der USA und der UdSSR, so kann dies nicht folgenlos für die Entwicklung der Universalität des Prinzips der Abrüstung selbst sein.

In den Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA wird man aufgrund der bislang abgeschlossenen Rüstungsbegrenzungsvereinbarungen wie SALT I und auch SALT II (auch vor der Ratifizierung) hinsichtlich des geltenden bilateralen Normenprogrammes[56]) einen Schritt weitergehen können. Wie schon in den erwähnten Grundsätzen für die Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR vom 29. Mai 1972 wird auch in dem Abkommen zur Verhinderung von Kernwaffenkriegen vom 22. Juni 1973 und in den drei Grundsatzerklärungen zu einem SALT II-Abkommen (vom 21. Juni 1973, 3. Juni 1974 und 24. November 1974) wie auch in dem endgültigen SALT II-Text stets von der „gleichen Sicherheit" gesprochen. Dies ist in den Texten auch näher ausgeführt: Die Kontrahenten bemühen sich „gegenseitig annehmbare Lösungen auf der Grundlage des Prinzips zu finden, daß der Sicherheit keiner seiner Seiten Schaden zugefügt wird und einseitige militärische Vorteile nicht zugelassen werden."[57]). Wenn auch noch nicht völkerrechtlicher Grundsatz, so handelt es sich beim Prinzip der gleichen Sicherheit um eine vertragliche Verpflichtung zwischen den beiden Großmächten. Gleiche Verpflichtungen wird man für die anderen Staaten nicht ohne weiteres annehmen

54) Im Zeitalter der friedlichen Koexistenz, die durch Kontrahenten gekennzeichnet ist, die verschiedene gesellschaftspolitische und ideologische Positionen vertreten, kann die Quelle des Völkerrechtes nur die Vereinbarung zwischen den Subjekten des Völkerrechtes sein. Das sind die souveränen Staaten.

55) Bei den bisherigen Abmachungen geht es nicht um konkrete Abrüstungsschritte, sondern lediglich um Bemühungen, im Rahmen der Rüstungskontrolle das Wettrüsten, d. h. die Weiterentwicklung neuer Waffensysteme, zu stoppen.

56) Hierunter ist das konkret zwischen den Partnern Vereinbarte sowohl dem Inhalt nach als auch dem Geltungsrecht nach zu verstehen.

57) Dokumente zur Abrüstung 1970 – 1976, Berlin (DDR) 1978, S. 403.

können. Da sich jedoch die meisten Staaten bislang in eigenen offiziellen Erklärungen oder in ihrer konkreten Politik anerkennend zum Prinzip der gleichen Sicherheit bekannt haben, wäre es zumindest ein Tun contra factum proprium, würden sie von ihrer Seite Fakten setzen, die zur Veränderung des strategischen Gleichgewichts und damit der Sicherheit einer der beiden Seiten führen[58])

Das Schlußdokument der 10. Sondertagung der UN-Vollversammlung zur Frage der Abrüstung vom 23. Mai – 28. Juni 1978 hebt als fomuliertes Grundprinzip, das bei Verhandlungen und Maßnahmen auf dem Gebiet der Abrüstung zu beachten sei, besonders hervor: „Abrüstungsmaßnahmen sollten in einer solchen gerechten und ausgewogenen Art und Weise ergriffen werden, daß das Recht jedes Staates auf Sicherheit gewährleistet wird und kein anderer Staat und keine einzelne Gruppe von Staaten in irgendeinem Stadium Vorteile gegenüber anderen erlangen könnte. In jeder Phase sollte das Ziel einer unverminderten Sicherheit auf dem niedrigst möglichen, von Rüstungen und Truppen gehaltenen Stand bestehen."[59])

Insofern kann man dem Prinzip der gleichen Sicherheit eine gewisse Universalität nicht absprechen, so daß zur Respektierung der strategischen Gleichheit auch andere Staaten als die USA und die UdSSR verpflichtet sind.

58) Dieser Grundsatz ergibt sich aus dem Grundprinzip der Pflicht der Staaten zur Erfüllung völkerrechtsgemäßer Verpflichtungen, vgl. Autorenkollektiv, Völkerrecht, Köln 1973, Bd. 1, S. 187 ff.
59) „Deutsche Außenpolitik", 8/1978, S. 126 f.

Schwarzafrika

Neuerscheinungen

Prosper Kivouvou
Angola
Vom Königreich Kongo zur Volksrepublik
Mit Illustrationen und Karten
273 Seiten, DM 14,80

Alfred Babing / Hans-Dieter Bräuer
Namibia
Kolonialzeit, Widerstand, Befreiungskampf heute
Ein Report
219 Seiten, DM 14,80
Erscheint im Mai

Pahl-Rugenstein

Vergessene Interventionen? (II)*)

Von Helmut Wolfgang Kahn

Im Januar 1980 erklärte Jimmy Carter den Persisch/Arabischen Golf mit seinen Ölquellen zum Schutzgebiet der USA, obwohl kein einziger der anliegenden Ölstaaten ihn darum gebeten hat und mehr als einer zu Recht einen amerikanischen Gewaltstreich gegen sein Öl fürchtet. Indem Carter durch die Entsendung von Kriegsschiffen mit Marineinfanterie und durch die geplante Etablierung von Stützpunkten in Ägypten, Israel, Kenia, Somalia und Oman sowie im Indischen Ozean solche Zugriffe möglich macht, beweist er die Kontinuität einer US-Interventionspolitik, die bestimmt wird durch die Kontinuität einer ökonomischen Macht, die über US-Präsidenten jeglicher Couleur steht: Nicht zufällig wurde der Demokrat Carter im amerikanischen Zweig der „Trilateralen Kommission" außenpolitisch und wird er heute „sicherheitspolitisch" beraten von Zbigniew Brzezinski, dem Vertrauten und Denkgehilfen David Rockefellers aus der alten Ölfamilie. Nicht zufällig war es unter einem republikanischen Präsidenten vor 23 Jahren der alte Rockefeller-Lehnsmann John Foster Dulles, der die „Eisenhower-Doktrin" entwarf, die unter dem Vorwand der Bekämpfung des „internationalen Kommunismus" Interventionen zu dem Zweck autorisierte, es den Arabern zu verwehren, ihr Erdöl in eigene Regie zu nehmen. – Mit der Eisenhower-Doktrin wird die lange Chronik amerikanischer Interventionen in aller Welt fortgesetzt.

Eisenhowers zweite Amtszeit

Nach der anglo-französischen Blamage am Suezkanal im Herbst 1956 schuf Dulles die Eisenhower-Doktrin für den Nahen Osten, damit Amerika nun als Erbe Englands in dieser Region intervenieren konnte. Dabei gab man – wie heute Carter – vor, den „expansionistischen Sowjets" Paroli bieten zu müssen, so als Eisenhower am 1. Januar 1957 vor Kongreßführern erklärte: „Das im Nahen Osten bestehende Vakuum muß durch die Vereinigten Staaten gefüllt werden, bevor es durch Rußland gefüllt wird."[51]) Am 5. Januar 1957 verlangte Eisenhower eine Voraus-Ermächtigung (die er am 9. März 1957 erhielt) zum Einsatz „der Streitkräfte der Vereinigten Staaten", auf Anforderung einer sich bedroht fühlenden Regierung des Nahen Ostens, „gegen eine offenkundige bewaffnete Aggression seitens irgendeiner durch den internationalen Kommunismus kontrollierten Nation"[52]). Eine solche Nation gab es im Nahen Osten überhaupt nicht; es gab lediglich Regierungen, wie die des Libanon, die sich durch den panarabischen Nasserismus bedroht fühlten. Wie Eisenhower selbst schrieb, fand seine Doktrin denn auch nur eine geteilte Aufnah-

*) Teil I dieses chronologischen Abrisses der Interventionspolitik erschien in „Blätter", 3/1980, S. 290–307.
51) Dwight D. Eisenhower, Memoirs, Vol. II: Waging Peace, Garden City/New York 1965, S. 178.
52) „New York Times" (NYT), 6. 1. 1957.

me: Während der Libanon und die US-Verbündeten Türkei, Pakistan und Iran ihr zustimmten, äußerten der Irak und Saudi-Arabien vorsichtige Kritik und Syrien schroffe Ablehnung[53]).

Die wahre Bedeutung der Eisenhower-Doktrin kam bei ihrer Erörterung im Kongreß verschiedentlich zur Sprache – so durch den demokratischen Senator Estes Kefauver am 1. März 1957[54]). Nach der Niederschrift von A. C. Ingraham, einem leitenden Angestellten der Socony-Ölgesellschaft, hatte Außenminister Dulles schon am 13. August 1956 vor dem Ausschuß für die Erdölversorgung aus dem Ausland (Foreign Petroleum Supply Committee) erklärt: „Die USA seien der Ansicht, daß Verstaatlichung nur dann berechtigt wäre, wenn Vermögenswerte nicht mit internationalen Interessen verquickt seien. Mit internationalen Interessen meinte er (Dulles) die langfristigen Zusagen, die eine ausländische Regierung in Form von Konzessionen oder Verträgen gibt und auf die andere Nationen ihre politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten ausrichten . . . Daher . . . geht die Verstaatlichung dieser Art von mit internationalen Interessen verquickten Vermögenswerten weit über die bloße Abfindung von Aktionären hinaus und erfordert eine internationale Intervention." [55]) Hatten die USA zehn Jahre zuvor noch verhüllt von „tunlichen Methoden der Überzeugung" zur Abwendung von Verstaatlichungen fremder Ölquellen gesprochen[56]), so maßten sie sich nun das Recht an, offen zu intervenieren, um Nationalisierungen zu verhindern, mochten dabei auch die westlichen Aktionäre voll entschädigt werden. Dies war die „Botschaft" der Eisenhower-Doktrin.

Im Herbst 1957 brachte Dulles die Eisenhower-Doktrin zum erstenmal, wenn auch erfolglos, zur Anwendung: in einer künstlichen Krise um Syrien, das zwar selbst kein Öl besaß, durch das aber die Pipelines der Iraq Petroleum Company (IPC) zum Mittelmeer führten; diese waren 1956 während des Suezkonflikts unterbrochen worden. (Die IPC gehörte zu je 23,75% einer Tochter der US-Gesellschaften Esso und Mobil Oil, der britischen BP, der niederländisch-britischen Royal Dutch Shell und der Compagnie Française des Petroles; 5 % hielt der Armenier Gulbenkian. Sie spielte eine zentrale Rolle auch bei der folgenden Libanon-Jordanien-Intervention.) Nachdem Syrien von Moskau 350 Mio. Dollar Wirtschaftshilfe (für einen Hafen, Straßen, Bahnen, Bewässerungsprojekte, Kraftwerke etc.) sowie 150 Mio. Dollar Waffenhilfe angenommen hatte, stellten die USA es als sowjetischen „Vorposten" im Nahen Osten hin und fädelten eine „internationale Intervention" ein: Nach einer syrischen „Provokation", mit der man laut Eisenhower „in Kürze" rechnete, sollten Syriens Nachbarn militärisch über es herfallen. Durch den türkischen Ministerpräsidenten Adnan Menderes versprachen die USA den Führern des Irak und Jordaniens für diesen Zweck Waffen; außerdem verlegten sie US-Militärflugzeuge aus Westeuropa nach ihrem türkischen Stützpunkt Adana,

53) Eisenhower, Peace, S. 181.
54) C. Wright Mills, The Causes of World War Three, New York 1958, S. 65f.
55) Gabriel Kolko, Die Hintergründe der US-Außenpolitik, Frankfurt/M. 1971, S. 94, zitiert diese Notiz Ingrahams nach: Congressional Record, 22. 2. 1957, S. 2181 f.
56) „Blätter", 3/1980, S. 299, Anm. 27.

konzentrierten ihre 6. Flotte im östlichen Mittelmeer und versetzten ihr Strategisches Luftkommando (SAC) in Bereitschaft[57]). Aber die syrische „Provokation" blieb aus, und alles ging schief: Der Irak, der in Syrien hätte einmarschieren sollen, während die anderen Staaten durch Truppenkonzentrationen die syrischen Streitkräfte binden sollten, bangte plötzlich um die Ölleitungen, aus denen Bagdad jährlich 200 Mio. Dollar, die Hälfte seiner Staatseinnahmen, bezog. Jordanien zuckte ebenfalls zurück, und Saudi-Arabien erblickte wieder in Israel den Erzfeind. Lediglich die Türkei, deren Streitkräfte den syrischen zehnfach überlegen waren, nahm weiterhin eine drohende Haltung ein, aber da die Türken als Besatzungsmacht vor dem Ersten Weltkrieg bei den Arabern noch in schlechter Erinnerung standen, hatte dies nur den Effekt, daß die Araber ihre Solidarität wiederentdeckten und von der Eisenhower-Doktrin zuhauf desertierten. Die syrische Krise fand ihre Erledigung durch den Zusammenschluß Syriens und Ägyptens zur Vereinigten Arabischen Republik (VAR) am 1. Februar 1958.

Bevor die USA ein halbes Jahr später im Libanon intervenierten, ließen sie ihre Muskeln auch nach Norden und Süden spielen: Durch einen Bericht der United Press vom 7. April 1958 wurde bekannt, daß die USA ihre Nuklearbomber viele Male über die Eiskappe des Nordpols auf die Sowjetunion hatten zubrausen lassen, weil auf den Radarschirmen der DEW-Frühwarnkette Meteoriten, Wildgänseschwärme oder Hochfrequenz-Interferenzen Signale hervorriefen, die bei den Strategen des SAC-Hauptquartiers in Omaha nervöse Reaktionen auslösten. Aber als die Sowjetunion am 19. April 1958 die USA im Weltsicherheitsrat der Friedensgefährdung anklagte, wurde sie überstimmt[58]). In südlicher Richtung verlegten die USA am 14. Mai 1958 Fallschirmjägereinheiten auf Stützpunkte in der Karibik als drohende Geste gegen Lateinamerika, weil Vizepräsident Richard Nixon auf einer „Goodwill"-Reise am 8. Mai in Peru von steinewerfenden Studenten begrüßt und wenige Tage später in Caracas bespuckt worden war. Dies war kaum das Werk des „internationalen Kommunismus", sondern die Folge einer US-Politik, die sich auf reaktionäre Militärdiktaturen stützte, die profitable amerikanische Privatinvestitionen in Höhe von neun Milliarden Dollar beschützten, während für die Entwicklung der lateinamerikanischen Länder kaum US-Wirtschaftshilfe gewährt wurde[59]). Eisenhower selbst schrieb später, daß die lateinamerikanischen Massen in den mittleren und späten fünfziger Jahren ihre Kritik an den USA verschärften, „weil sie empfanden, daß wir die herrschende Gesellschaftsordnung unterstützten und stärkten, die ihnen in ihren Augen die elementarste Gerechtigkeit verweigerte"[60]). Ein Vorkämpfer dieser Volksströmung, der Grundbesitzersohn und Rechtsanwalt Fidel Castro, der damals noch kein Kommunist war, sollte Ende 1958 den laut Eisenhower „sich selbst bereichernden und korrupten Diktator Fulgéncio Batista"[61]) – den die USA

57) Eisenhower, Peace, S. 198.
58) D. F. Fleming, The Cold War and its Origins 1917–1960, London 1961, Bd. II, S. 917.
59) Ebd., S. 918.
60) Eisenhower, Peace, S. 623.
61) Ebd., S. 520.

nichtsdestoweniger unterstützt hatten – von Kuba vertreiben, worauf alsbald eine US-Intervention gegen Castros Kuba geplant wurde.

Im Libanon intervenierten die USA mit massivem Truppeneinsatz vorgeblich, um den wackeligen Präsidenten Camille Chamoun zu stützen, in Wirklichkeit aber, um den benachbarten Irak von der Verstaatlichung der IPC abzuhalten. Chamoun, ein maronitischer Christ, wackelte, weil er die Wahlen vom Juni 1957 derartig manipuliert hatte, daß sich der moslemische Bevölkerungsteil ohne seine wichtigsten Vertreter in einem Parlament vorfand, von dem Chamoun die Gutheißung der von ihm persönlich bereits akzeptierten Eisenhower-Doktrin erwartete[62]). Selbst Dulles stellt mit Besorgnis fest, „daß die Wahlen so völlig in unserem Sinne ausgegangen sind, daß sie innere Spannungen erzeugen"[63]). Als diese Anfang Mai 1958 offen ausbrachen – eine Ölleitung wurde gesprengt und die amerikanische Informationsbibliothek in Brand gesetzt –, war Washington aber laut Eisenhower nun plötzlich überzeugt, „daß Chamouns Bedrängnis das Ergebnis einer weiteren kommunistischen Provokation war"[64]). Prompt gab es Chamoun ein qualifiziertes Versprechen amerikanischer Truppenhilfe, beorderte erneut seine 6. Flotte mit amphibischen Einheiten ins östliche Mittelmeer und versetzte Truppen in Westdeutschland in Bereitschaft für einen Lufttransport nach dem Libanon[65]). Nachdem jedoch die UNO im Juni festgestellt hatte, daß es im Libanon keine nennenswerte Einmischung von außen (und schon gar keine „kommunistische") gab, und Chamoun sich Anfang Juli zum Rücktritt im September bereit erklärt hatte, schien es Eisenhower, „daß die libanesische Krise ohne westlichen Militärbeistand vorübergehen würde"[66]).

Aber am 14. Juli 1958 bot ein Umsturz im benachbarten, ölreichen Irak den USA doch noch den – wahren – Anlaß für ihre Intervention. Der Umsturz des Generals Abdel Karim Kassem, dem der König, der Kronprinz und der prowestliche Ministerpräsident Nuri es-Said zum Opfer fielen, war kein bloßer Militärputsch, sondern hatte tiefe Wurzeln in der Unzufriedenheit der Iraker, die bei enormen Ölgewinnen ihrer Feudalklasse ein Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 90 Dollar im Jahr erzielten, zu 90% Analphabeten waren und ein durchschnittliches Lebensalter von nur 26 Jahren erreichten[67]). Ein amerikanischer General hat geschrieben: „Der Haß gegen Nuri und die landbesitzenden arabischen Scheichs sowie die kurdischen Agas, die seine Parteigänger waren, nahm geradezu pathologische Formen an. Es gab noch zwei andere Ziele, gegen die sich die Erbitterung und der Abscheu der Öffentlichkeit richteten: das mit der Iraq Petroleum Company 1952 auf ‚Fifty-fifty'-Basis getroffene Ölabkommen und der Bagdadpakt, der 1955 vom Irak, der Türkei, England, Pakistan und dem Iran abgeschlossen worden war."[68])

62) Fleming, Bd. II, S. 990.
63) Eisenhower, Peace, S. 265.
64) Ebd., S. 266.
65) Ebd., S. 267.
66) Ebd., S. 269.
67) David Horowitz, Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Berlin (West) 1969, Bd. I, S. 177.
68) H. G. Martin, A Decade of Cold War, in: „Middle Eastern Affairs", März 1959.

Auf diesen Irak hatten sich die USA laut Eisenhower „als Bollwerk der Stabilität und des Fortschritts (sic!) in der Region" verlassen; der Umsturz „konnte, wenn wir nicht kraftvoll antworteten, zur völligen Ausschaltung des westlichen Einflusses im Nahen Osten führen"[69] – womit vornehmlich die Sicherung der westlichen Iraq Petroleum Company (IPC) gemeint war. Zunächst erwog man in Washington eine „militärische Intervention, um den Coup im Irak rückgängig zu machen", aber im Irak selbst war niemand aufzutreiben, der mit den Amerikanern kollaboriert hätte[70]; die irakische Armee, notierte Eisenhower, „unterstützte das neue Regime"[71]). Aber im Libanon gab es Chamoun, der, wie der CIA-Direktor Allen Dulles meldete, „durch unseren Botschafter offiziell verlangt hat, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien innerhalb 48 Stunden intervenieren"[72]).

Am 15. Juli 1958 tauchte eine große amerikanische Armada vor Beirut auf und setzte mehrere tausend Marineinfanteristen an Land; US-Heerestruppen aus Westdeutschland folgten auf dem Luftwege. Am 17. Juli schickten auch die Engländer auf dem Luftwege Truppen, nach Jordanien, wobei sie völkerrechtswidrig Israel überflogen, ohne es zu fragen, während die amerikanischen Überflüge die österreichische Neutralität verletzten. Selbst Adenauer war empört, weil die USA für ihre Intervention Flugplätze und Truppen in Westdeutschland benutzten, worauf ihn sein „Freund" Dulles mit „derber, rauher Sprache" zurechtwies[73]). Im Libanon und in Jordanien waren die Interventen so placiert, daß sie Kassem an die Gurgel fahren konnten, falls er sich an „ihrem" Öl vergriff; die „Rettung" Chamouns und Husseins war nur Vorwand. Unter US-Marineinfanteristen herrschte die Auffassung, daß der Irak das Ziel ihrer Operation sei; einer von ihnen rief, als er an Land watete, angesichts der Bikini-Schönheiten am Strand von Beirut angenehm überrascht aus: „Das ist also Eye-Rack" (phonetisch: Irak)[74]). Der ökonomische Hintergrund der Intervention wurde sichtbar, als die USA und England erklärten, sie würden nicht in den Irak eindringen, sofern dieser es nicht versäume (wie die „New York Times" schrieb), „die westlichen Ölinteressen zu respektieren"[75]). Diese Drohung tat ihre Wirkung, worauf die US-Truppen im Libanon, die am 8. August 1958 mit 14 357 Mann – darunter eine „Honest John"-Raketenbatterie mit nuklearer Kapazität – ihre Höchststärke erreichten[76]), bis zum 25. Oktober wieder abgezogen wurden.

Aber das amerikanische Interesse am irakischen Öl sollte Eisenhower und Dulles überdauern: Am 8. Februar 1963 – während der Präsidentschaft John F. Kennedys – wurde Kassem bei einem nach französischen Angaben von der CIA veranlaßten Putsch getötet[77]), nachdem er die Gründung einer nationalen

69) Eisenhower, Peace, S. 269.
70) Fleming, Bd. II, S. 922 und Fußnote 65.
71) Eisenhower, Peace, S. 270.
72) Ebd., S. 270.
73) Roscoe Drummond/Gaston Coblentz, Duel at the Brink, Garden City/New York 1960, S. 48f.
74) Townsend Hoopes, The Devil and John Foster Dulles, London 1974, S. 436.
75) Horowitz, Bd. I, S. 177; Mills, S. 66f.
76) Eisenhower, Peace, S. 286 und Fußnote 65.

Ölgesellschaft verkündet hatte. Vier Tage vor dem Putsch hatte Kassem in einem „Le Monde"-Interview mitgeteilt, daß das State Department ihm für den Fall, daß er seine Einstellung nicht ändere, Sanktionen angedroht habe; nach dem Putsch gaben US-Beamte bekannt, daß die neue Regierung das Öl nicht verstaatlichen werde[78]). Erst 1972 – inzwischen war die Interventionsfähigkeit der USA durch den Vietnamkrieg zermürbt – konnte der Irak, gedeckt durch einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion, die IPC verstaatlichen, während Syrien die über sein Gebiet führende IPC-Ölleitung in seine Regie nahm.

In Indonesien intervenierten die USA 1958 insgeheim, um eine Rebellion gegen den Präsidenten Sukarno zu schüren, den sie noch 1956 als asiatischen Freiheitshelden empfangen hatten, der ihnen aber inzwischen als Neutraler, der sowjetische Hilfe akzeptiert hatte, suspekt erschien. Unter der operativen Leitung der CIA, die in Singapur ein vorgeschobenes Hauptquartier etablierte, wurden indonesische, philippinische, chinesische und amerikanische Söldner angeworben. Auf dem US-besetzten Okinawa und in den Philippinen wurde Nachschub konzentriert, auf den Philippinen wurden außerdem Ausbildungslager errichtet und Flugplätze für Bomber- und Transporteinsätze hergerichtet. Die US-Armee bildete Rebellen aus, die US-Marine stellte U-Boote für geheime Landungen zur Verfügung, und die US-Luftwaffe stellte Transportmaschinen und B-26-Bomber[79]). Die amerikanische Verwicklung wurde offenkundig, als indonesische Regierungstruppen am 18. Mai 1958 einen CIA-Bomber abschossen und dessen amerikanischen Piloten, Allen Pope, gefangen nahmen, der durch seine Papiere als Angehöriger der US-Luftwaffe identifiziert wurde[80]). Eisenhower blieb darauf nichts anderes übrig, als das Unternehmen abzubrechen; sein Leiter Frank Wisner, stellvertretender Direktor der CIA-Abteilung für geheime Operationen (die sogenannten „schmutzigen Tricks"), wurde entlassen[81]). (Vizepräsident Nixon, der mit der Säuberung des Geheimdienstes beauftragt war, handelte sich damit die Feindschaft der CIA ein[82]), die dem späteren Präsidenten 1972 den absichtlich stümperhaften Watergate-Einbruch einbrockte[83]). 1965, während der Präsidentschaft Lyndon B. Johnsons, wurde Sukarno schließlich durch einen Militärputsch gestürzt.

Die französische Armee führte inzwischen ihren letzten offenen Kolonialkrieg: gegen die „Nationale Befreiungsfront" (FLN) Algeriens, wo die europäischen 10% der Bevölkerung 90% der materiellen Güter des Landes besaßen[84]) und außerdem große Ölvorkommen lagen. Bis 1958 waren die Opfer

78) „Christian Science Monitor" v. 13. 2. 1963.
79) L. Fletcher Prouty, The Secret Team, Englewood Cliffs/New Jersey 1973- S. 323 f. Prouty war Liaison-Offizier des regulären Militärs zur CIA.
80) Ebd., S. 324.
81) Ebd., S. 326; David Wise/Thomas Ross, The Invisible Government, London 1965, S. 136–146.
82) Prouty, S. 327.
83) Jim Hougan, The McCord File, in: „Harper's", Januar 1980, S. 37–56, führt zahlreiche Belege für die These an, daß der CIA-Agent James McCord die Watergate-Einbrecher in eine vorbereitete Falle führte. Offenbar wurde Nixon „ein Bein gestellt", weil er in der Entspannungspolitik zu weit gegangen war.
84) Günter Schütze, Das Algerienproblem in wirtschaftlicher und sozialer Sicht, in: „Europa-Archiv" (EA) 1958, S. 1057 ff.

dieses mit aller Brutalität geführten Unterdrückungsfeldzugs mindestens ebenso zahlreich wie die des ungarischen Aufstandes von 1956[85]). Als die letzte Regierung der IV. Republik unter Pierre Pflimlin Bereitschaft zu Verhandlungen mit den Aufständischen durchblicken ließ, putschte am 13. Mai 1958 die französische Algerien-Armee und brachte General Charles de Gaulle an die Macht. Dieser sollte jedoch die „Ultras" enttäuschen, indem er 1962 den Algerienkrieg liquidierte, wobei er mehrere Attentate in Kauf nahm.

Von Eisenhower zu Kennedy

In Laos drängten CIA-Machenschaften 1958 den neutralistischen Ministerpräsidenten Souvanna Phouma aus der Regierung, sprengten seine Koalition mit seinem kommunistischen Halbbruder Souphanouvong, dem Chef der „Pathet Lao" (Land der Laoten)-Bewegung, und etablierten als „starken Mann" den proamerikanischen General Phoumi Nosavan. Damit verstießen die USA gegen das Genfer Indochina-Abkommen vom 21. Juli 1956, das für Laos eine neutrale Rolle unter einer Koalitionsregierung vorgesehen hatte; durch die Entsendung von US-Militärberatern in Zivil hatten sie das Abkommen bereits verletzt. Aber Dulles' Versuch, aus den friedlichen Laoten ein „Bollwerk gegen den Kommunismus" und eine „Bastion der Freiheit" zu machen, führte nur zur Wiederaufnahme des Bürgerkrieges durch die Pathet Lao, die dadurch für Eisenhower zu „Aggressoren" wurden[86]), aber bald Zuzug von neutralistischen Kräften bekamen. Eisenhower widersetzte sich einer Wiederherstellung der Koalitionsregierung unter Einschluß der Pathet Lao und meinte, als er am 19. Januar 1961 Kennedy in die internationale Lage einwies, notfalls müßten die USA „einseitig intervenieren"[87]), um die Rechtsregierung Phoumis zu retten. Kennedy setzte diese Politik eine Zeitlang fort und ließ Amerikas militärische Muskeln spielen, indem er die 7. US-Flotte ins südchinesische Meer beorderte, Marineinfanteristen auf Okinawa zusammenzog, 500 von ihnen nach Thailand verlegte und die amerikanischen Militärberater in Laos Uniform anlegen ließ. Angesichts der fortgesetzten Niederlagen Phoumis verlor Kennedy jedoch das Vertrauen in diesen „starken Mann" und gab darauf der Lösung einer neuen Koalitionsregierung den Vorzug. Diese wurde am 12. Juni 1962 gebildet, war jedoch von vornherein viel gefährdeter als die alte angesichts der zunehmenden US-Intervention im benachbarten Südvietnam. Laos verfiel einer De-facto-Teilung, die CIA schuf sich eine „Geheimarmee" aus Kriegern des opiumpflanzenden Meo-Stammes zum Kampf gegen die Pathet Lao, und die Benutzung des durch Laos verlaufenden Ho-Tschi-Minh-Pfades durch Nordvietnam bezog das Land in amerikanische Bombardements ein. In Laos, wie alsbald auch in Vietnam und schließlich in Kambodscha, verhalfen die USA durch die Bekämpfung neutralistischer Kräfte tatsächlich den Kommunisten zum Siege.

Der ehemalige belgische Kongo bot ab 1960 ein Musterbeispiel „neokolonialistischer" Intervention: Besonders in Afrika südlich der Sahara errangen frü-

85) Mills, S. 101.
86) Eisenhower, Peace, S. 421.
87) Arthur M. Schlesinger jr., A Thousand Days. John F. Kennedy in the White House, Boston 1965, S. 163.

here europäische Kolonien lediglich eine formale Unabhängigkeit. Die alten Kolonialmächte übten weiterhin die Währungskontrolle aus, und Rohstoffvorkommen und Monokulturen verblieben in europäischem Besitz. Die „unabhängigen" Staatschefs garantierten den ausländischen Besitz, und in den Ex-Kolonien belassene oder im Notfall schnell eingeflogene Truppen der Ex-Kolonialmacht garantierten die Sicherheit der schwarzen Staatschefs – oder stürzten sie, sobald sie „untragbar" wurden. Dieses neokolonialistische System sollte insbesondere die „französisch-afrikanische Gemeinschaft" charakterisieren.

Aber angewandt wurde es zum ersten Male von Belgien, als ihm wenige Tage nach der Ausrufung der Republik Kongo – heute: Zaire) am 1. Juli 1960 Unruhen in der Hauptstadt Léopoldville (heute: Kinshasa) einen „humanitären" Vorwand boten, mit Fallschirmtruppen in seine ehemalige Kolonie zurückzukehren. Charakteristischerweise kamen die Truppen jedoch nicht nur, um belgisches Leben zu beschützen, denn sie besetzten auch die Provinz Katanga (heute: Shaba), wo völlige Ruhe herrschte, wo aber die belgischen Hauptinvestitionen lagen: die Union Minière du Haut Katanga (UMHK), eine Gesellschaft zur Förderung von Kupfer, Kobalt und Uran, an der auch britische und französische Interessen beteiligt waren, während die USA seit dem Zweiten Weltkrieg als Exklusivabnehmer von Uranerz interessiert waren. Von den zurückgekehrten Belgiern geschützt und ermutigt, erklärte Moise Tschombé, Provinzchef von Katanga und Vertrauensmann der Union Minière, am 11. Juli 1960 die mineralienreiche Provinz für unabhängig vom Kongo.

Am selben Tage appellierte Patrice Lumumba, der Ministerpräsident der Zentralregierung, an die Vereinten Nationen um „Schutz gegen die belgische Aggression" sowie unmittelbar an andere afrikanische Staaten wie Ghana und an die Sowjetunion[88]). Bei Stimmenthaltung Englands und Frankreichs, die die Belgier, die auch ihre Interessen vertraten, nicht so schnell wieder abziehen sehen wollten, aber mit den Stimmen der USA und der Sowjetunion forderte der UN-Sicherheitsrat am 14. Juli 1960 Belgien zum Truppenabzug auf und ermächtigte den schwedischen UNO-Generalsekretär Dag Hammarskjöld, dem Kongo militärische Hilfe in Form von UNO-Kontingenten zur Verfügung zu stellen, bis dessen eigene Sicherheitskräfte nach Ansicht der kongolesischen Regierung in der Lage seien, ihren Aufgaben voll nachzukommen[89]). Fortan benutzten die USA diese UNO-Aktion zum Kampf gegen Lumumba und die Sowjetunion, die ihn unterstützte, während der Separatist Tschombé lange Zeit ungeschoren blieb. Die USA halfen beim Lufttransport der ersten UNO-Einheiten, schickten Versorgungsgüter, stellten in der Person des schwarzen US-Bürgers Dr. Ralph Bunche, eines Verwaltungsratsmitglieds der Rockefeller-Stiftung, den ersten örtlichen Vertreter Hammarskjölds im Kongo und postierten vor der Mündung des Kongoflusses einen Angriffs-Flugzeugträger[90]).

88) Harold Macmillan, Pointing the Way 1959–1961, London 1972, S. 261; Schlesinger, S. 574.
89) UN-Document S/4387.
90) Eisenhower, Peace, S. 574f.

Eisenhower war „überzeugt", daß Lumumba ein „Werkzeug der Sowjets" sei[91]), was der CIA-Direktor Allen Dulles als Genehmigung verstand, Lumumba durch Mord aus dem Wege zu räumen[92]): Wie bei den CIA-Untersuchungen einer Sonderkommission des US-Senats im Jahre 1975 ans Licht kam, war geplant, Lumumba im Sommer 1960 durch Seuchenerreger zu töten, die seinem Essen oder seiner Zahnpasta beigemischt werden sollten[93]). Tatsächlich sollte Lumumba erst Anfang 1961 ermordet werden, nachdem die durch die UNO wirkenden USA seine Position bis September 1960 so sehr unterminiert hatten, daß ein ehemaliger Feldwebel der belgischen Kolonialtruppe, Joseph Mobutu, sich an die Macht putschen konnte, worauf er sofort die sowjetische und die tschechoslowakische Botschaft schloß und später sich Lumumbas bemächtigte und ihn in die Gewalt seines Erzfeindes Tschombé auslieferte.

Nachdem Lumumba durch Mord eliminiert war, ließ Hammarskjöld Ende August 1961 die UNO-Streitmacht endlich gegen Katanga vorgehen, womit er selber gegen mächtige Interessen verstieß: Am 17. September 1961 kam Hammarskjöld bei dem bis heute ungeklärten Absturz (oder Abschuß?) seines Flugzeugs über Ndola in Britisch-Nordrhodesien ums Leben. Erst unter seinem birmanischen Nachfolger U Thant wurde die Sezession Katangas im Dezember 1962 beendet. Inzwischen spielten „Lumumbisten" in der kongolesischen Zentralregierung keine Rolle mehr, so daß die Interessen der „freien Welt" in Katanga nunmehr auch innerhalb eines geeinten Kongos „sicher" waren. Vorübergehend wurde sogar der Separatist Tschombé Ministerpräsident des Kongos. 1965 putschte Mobutu wieder und trat das Erbe an – bis heute –, wobei er sich zu einem der reichsten Männer (oder der Schweiz, wo seine Konten liegen) entwickelte, während Zaire eines der ärmsten Länder der Welt wurde. Aus der Union Minière entstand – unter voller Entschädigung der belgischen Aktionäre in Höhe von 30 Mrd. Bfrs. – die formal staatseigene Société Générale des carrières et des mines (Gecamines), während die vorwiegend belgische Société des minerais weiterhin die profitable Vermarktung des Shaba-Kupfers besorgte[94]). Als Mobutu 1978 durch einen Aufstand in Shaba (Katanga) bedroht war, wurden sofort französische und belgische Truppen, gefolgt von marokkanischen, zu seinem Schutz herbeigeflogen, wobei die USA logistische und die Bundesrepublik finanzielle Hilfestellung leisteten.

Amerikanische Feindseligkeiten, die sich immer mehr bis zur versuchten Invasion Kubas steigern sollten, begannen Anfang 1959 unmittelbar, nachdem Fidel Castros Befreiungsbewegung den Diktator Batista vertrieben hatte, der die Insel laut Eisenhower mit den Mitteln „der Unterdrückung und der Brutalität seines Polizeistaates" beherrscht[95]) und dabei – was Eisenhower verschwieg – lukrative US-Investitionen beschützt hatte: 80% der Versorgungs-

91) Ebd., S. 574.
92) „International Herald Tribune" (IHT), Paris, 21. 11. 1975, S. 1.
93) „Die Welt" v. 22. 11. 1975; „Der Spiegel"", 48/1975, S. 112–114.
94) „Die Welt" v. 13. 4. 1977, S. 1.
95) Eisenhower, Peace, S. 520.

betriebe, 90% der Bergwerke, 90% der Viehfarmen, fast 100% der Ölraffinerien, 50% der Staatsbahnen, 25% aller Bankeinlagen und 40% der Zuckerindustrie, die als Monokultur 80% der Gesamtausfuhr bestritt. Die Zahlungsbilanz gegenüber den USA schnitt in den fünfziger Jahren mit 1 Mrd. Dollar zuungunsten Kubas ab[96]).

Die Intervention begann damit, daß die USA, die niemals zugunsten der 20 000 unter Batista ermordeten Kubaner protestiert hatten, sich heuchlerisch über die Hinrichtung von 500 Folterknechten und Killern des Batista-Regimes empörten. (Genauso sollte der Westen 20 Jahre später auf die Säuberung des Irans von den Henkersknechten des Schahs reagieren.) Washington äußerte seine Mißbilligung dadurch, daß es die Ernennung des neuen Botschafters Philip W. Bonsal (eines leitenden Angestellten des US-Multis ITT, der die kubanische Telefongesellschaft kontrollierte) bis zum 21. Januar und seine Entsendung bis zum 19. Februar 1959 hinauszögerte. Am 26. März meldete der CIA-Chef Allen Dulles, die Kommunisten operierten „jetzt offen und legal in Kuba"; er konnte freilich nicht umhin, zuzugeben: „Castros Regierung ist *nicht* kommunistisch beherrscht."[97]) Als Castro im April 1959 auf Einladung des amerikanischen Zeitungsverlegerverbandes die USA besuchte, kam die Feindseligkeit der US-Regierung zum erstenmal klar zum Ausdruck: Eisenhower, der Castro bereits für einen Kommunisten hielt, war über die Einladung „irritiert" und hatte zuerst erwogen, Castro ein Einreisevisum zu verweigern; dann weigerte er sich, ihn zu empfangen. Viezpräsident Nixon, der statt seiner mit Castro sprach, empfahl anschließend als erster, kubanische Flüchtlinge einzusetzen, um Castro zu stürzen. Dies sollte elf Monate später die offizielle Politik der USA werden; 1959 unterblieb ein solcher Einsatz hauptsächlich deswegen, weil die USA sich damals nur anrüchiger Batista-Anhänger hätten bedienen können[98]).

Einstweilen begnügte sich Washington mit ökonomischer „Destabilisierung", indem es Castro (wie ein gutes Dutzend Jahre später Salvador Allende in Chile) Kredite verweigerte. Am 17. Mai 1959 verkündete Castro ein radikales Landreformgesetz, das nicht nur große amerikanische Gesellschaften (in denen die Dulles-Brüder und die Rockefellers engagiert waren), sondern auch kubanische Großgrundbesitzer schwer traf. Die „bürgerlichen" Elemente traten darauf in Opposition zu Castro oder emigrierten in die USA, wo sich, nur 150 Kilometer entfernt, ein explosives Reservoir von Castro-Gegnern bildete, aus dem die CIA kubanisches Personal zunächst für Sabotage- und Guerillazwecke schöpfen konnte. Den US-Agrargesellschaften hatte Castro (ähnlich wie Arbenz in Guatemala sechs Jahre zuvor) Entschädigung durch Schuldverschreibungen in Höhe des Wertes angeboten, den die Gesellschaften selbst in der Batista-Zeit für Steuerzwecke angegeben hatten[99]). Damit waren sie nicht zufrieden, und die US-Regierung stellte sich hinter sie und drohte Kuba in ei-

96) Horowitz, Bd. I, S. 186; Maurice Zeitlin/Robert Scheer, Cuba: Tragedy in Our Hemisphere, New York 1963, S. 27.
97) Eisenhower, Peace, S. 523.
98) Schlesinger, S. 226.
99) Zeitlin/Scheer, S. 93.

ner Note vom 11. Juni 1959 „Lösungen durch andere internationale Gepflogenheiten" an, falls es ihren Bedingungen nicht nachkomme[100]). Für Castro bedeutete dies, daß die USA aus Kuba ein zweites Guatemala machen wollten. Aus härterem Holz geschnitzt als Arbenz, säuberte er im zweiten Halbjahr 1959 seine Regierung und Armee von Kräften, die den USA als Quislinge dienen konnten. Am 14. Oktober protestierten die USA abermals gegen die Agrarreform.

Um diese Zeit erfolgten bereits Fliegerangriffe kubanischer Emigranten von dem US-Staat Florida aus. Am 27. Oktober wandte sich Castro öffentlich gegen die angebliche Unfähigkeit der US-Behörden, solche Angriffe zu unterbinden[101]). Am 17. Dezember 1959 warnte er seine Landsleute, daß sie im Jahre 1960 „die Revolution mit der Waffe in der Hand verteidigen" müßten[102]). Laut Eisenhower „bestand innerhalb der (US-)Administration zu Beginn des Jahres 1960 keinerlei Zweifel mehr, daß ‚etwas getan werden mußte' – die Fragen lauteten nur: was, wann und unter welchen Umständen?"[103]). Nach außen hin erklärte Eisenhower Ende Januar 1960: „Es wird keine Repressalien gegen Kuba oder ein Einmischung in seine inneren Angelegenheiten geben".[104]) Aber insgeheim ließ die CIA bereits Ende 1959 oder Anfang 1960 (wie erst im Zuge der Geheimdienst-Überprüfungen von 1975 bekannt wurde) zwei exilkubanische Scharfschützen, die Castro von einem hohen Gebäude aus erschießen sollten, aus der Luft in der Nähe Havannas absetzen; Castros Polizei griff die beiden freilich schon auf dem Wege in die Stadt auf[105]). Bei ihren Mordplänen bediente sich die CIA auch zweier Spielklub-Mafiosi, Johnny Roselli und Salvatore Giancana, die ihr Robert Maheu, der Manager der Las-Vegas-Interessen des Milliardärs Howard Hughes, zugeführt hatte[106]). Am 17. März 1960 schließlich, so schrieb Eisenhower, „befahl ich der Central Intelligence Agency, die Ausbildung kubanischer Emigranten, vornehmlich in Guatemala, zu organisieren, damit sie eines künftigen Tages in ihr Heimatland zurückkehren könnten"[107]).

Damit taten die USA den ersten Schritt auf dem Wege in das Debakel der Schweinebucht-Landung.

Während die Gefechtsausbildung der künftigen Invasoren auf einem CIA-Stützpunkt bei Retalhuleu in Guatemala begann, ergriffen die USA weitere „begleitende Maßnahmen": Am 6. Juli 1960 kürzten sie die kubanische Zukkerimportquote, weil Castro die amerikanischen Ölraffinerien wegen der Weigerung, preiswertes sowjetisches Rohöl zu raffinieren, verstaatlicht hatte. Sozialistische Staaten traten daraufhin als Käufer des Kubazuckers in die Bresche. Am 20. August 1960 ließen die USA von einer Konferenz der Organisa-

100) Horowitz, Bd. I, S. 192.
101) Zeitlin/Scheer, S. 102 f.
102 Horowitz, Bd. I, S. 191.
103) Eisenhower, Peace, S. 525.
104) Prouty, S. 370.
105 Aussage Proutys laut AP-Meldung in: IHT v. 2. 5. 1975.
106) IHT v. 1. 8. 1975, 21./22. 6. 1975, 10. 8. 1976.
107) Eisenhower, Peace, S. 533.

tion amerikanischer Staaten (OAS) in San José, Costa Rica (wie vor ihrer Aktion gegen Guatemala in Caracas 1954), eine Resolution verabschieden, in der die „Einmischung" seitens einer „kontinentfremden Macht" verurteilt und „jegliche Form des Totalitarismus" als „unvereinbar" mit dem interamerikanischen System bezeichnet wurde[108]). Am 3. Januar 1961 brach die in den letzten Zügen liegende Eisenhower-Administration die diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab.

Unter Kennedy, der den Fortgang der Invasionsvorbereitungen bedenkenlos autorisiert hatte, wurde den Exilkubanern am 22. März 1961 ein „Kubanischer Revolutionsrat" (CRC) verordnet, der eine provisorische Regierung darstellen sollte, sobald „ein Stück kubanischer Erde" erorbert wäre[109]). Allen Dulles erzählte Kennedy, wie sicher er des Erfolges seiner Guatemala-Operation gewesen sei, und fügte hinzu: „Die Aussichten für diesen (Schweinebucht-) Plan sind sogar noch besser, als sie für jenen waren".[110]) CIA-Leute kauften Aktien der von Castro enteigneten US-Zuckergesellschaften in der Erwartung auf, daß ihr Kurs nach einem Sturz Castros steil steigen werde[111]). Alle diese Illusionen brachen krachend zusammen, als die kubanische Exilbrigade von 1400 Mann am 17./18. April 1961 in der Schweinebucht von Castros Truppen eingekesselt und zur Übergabe gezwungen wurde. Das Debakel der amerikanischen Intervention gegen Kuba, sozusagen vor der Haustür der USA, bewies, daß revolutionäre Volksbewegungen in der Dritten Welt nicht mehr so leicht besiegt werden konnten.

Dasselbe zeigte sich zur gleichen Zeit besonders in Südvietnam, wo Amerikas Mann in Saigon, Ngo Dinh Diem, nach der Vereitelung gesamtvietnamesischer Wahlen die Bevölkerung durch Reformfeindlichkeit und Repression gegen sich aufgebracht hatte. Als Kennedy Anfang 1961 sein Amt antrat, kontrollierte die Nationale Befreiungsfront, deren Kämpfer – im Westen „Vietcong" genannt – rund 15 000 Mann zählten, das halbe Land und bei Nacht noch mehr[112]), und die südvietnamesische Armee von 140 000 Mann, unterstützt von rund 1000 US-Beratern, konnte nicht mit ihr fertigwerden. Dies sollte so bleiben, obwohl Kennedy in seinen drei Amtsjahren die amerikanischen „Berater" auf 16 900 Mann verstärkte. Seinen ersten, noch kleinen Schritt in den vietnamesischen Sumpf tat Kennedy, als er im Mai 1961 der Entsendung von 400 Mann „Spezialtruppen" zustimmte und einen Untergrundkrieg billigte, der „stoßtruppartige Überfälle und ähnliche militärische Unternehmungen" gegen Nordvietnam einschloß[113]), das seinerseits erst 1964 mit eigenen Kräften im Süden eingreifen sollte. Nach der 1971 veröffentlichten Pentagon-Studie über den Vietnamkrieg war Kennedy „begeistert" von dem Einsatz der „Special Forces"[114]): Wenn die harten Männer mit den grü-

108) Ebd., S. 538.
109) Schlesinger, S. 243–245.
110) Theodore C. Sorensen, Kennedy, London 1965, S. 296.
111) Prouty, S. 52.
112) Schlesinger, S. 540.
113) Die Pentagon-Papiere. Die geheime Geschichte des Vietnamkrieges (Hrsg. Neil Sheehan), München-Zürich 1971, S. 75f., 85.
114) Ebd., S. 85.

nen Baretten den südvietnamesischen Truppen ihre „Aufstandsbekämpfungs"(counter-insurgency-)Künste vormachten und beibrachten, dann, so glaubten die Kennedy-Leute, würden die kleinwüchsigen Vietcongs bald erledigt sein. Man erkannte nicht, daß hinter dem Vietcong das Volk stand, aus dem er sich ständig erneuerte, hinter den Regierungskräften jedoch nicht.

Am 25. Mai 1961 erklärte Kennedy in einer Sonderbotschaft an den US-Kongreß: „Das große Schlachtfeld für die Verteidigung und Ausbreitung der Freiheit liegt heute in . . . Asien, Lateinamerika, Afrika und dem Nahen Osten, in den Ländern der aufstrebenden Nationen."[115])

Zufällig lagen dort, in der Dritten Welt, auch die Rohstoffe, von deren weiteren Verfügbarkeit zu niedrigen Preisen die westliche Wirtschaft abhängig war: In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre waren die USA bereits gezwungen, mehr als die Hälfte aller benötigten Metalle zu importieren. 37% der Eisenerzförderung der Welt befanden sich in Entwicklungsländern, mehr als die Hälfte des amerikanischen Bedarfs kam aus Venezuela und drei anderen lateinamerikanischen Ländern. Das für die Stahlerzeugung wichtige Mangan kam aus Brasilien, Indien, Gabun und Südafrika; Wolfram, Chrom, Nickel, Kupfer und Bauxit lagen ebenfalls überwiegend in Gebieten, die den USA als umsturzgefährdet erschienen. Beim Erdöl sank der US-Anteil an der Förderung bis 1964 auf 29%, während die Förderung der Entwicklungsländer auf 65% anstieg. Tropische Genuß- und Nahrungsmittel sowie über die Hälfte des Zuckerbedarfs mußten aus Gegenden eingeführt werden[116]), die Kennedy ungenau „die ganze südliche Hälfte der Erdkugel" nannte, die „von Subversion, Aufruhr undVerzweiflung" bedroht sei[117]). „Verteidigung und Ausbreitung der Freiheit" bedeuteten deshalb: Gefügigmachung der Rohstofferzeuger der Dritten Welt, und als Demonstrationsobjekt bot sich Vietnam an. Am 4. Juni 1961 sagte Kennedy zu James Reston von der „New York Times", das einzige Land, wo es eine echte Herausforderung gebe, sei Vietnam, und „unser Problem ist es nun, unsere Macht glaubwürdig zu demonstrieren, und es sieht ganz so aus, als sei Vietnam das richtige Land"[118]). Damit Vietnam als Demonstrationsobjekt für die ganze Dritte Welt dienen konnte, wurde seine Neutralisierung von Washington entschieden abgelehnt.

Nachdem auch die amerikanischen Supermänner mit den grünen Baretten den Angriffsgeist des auf 17 000 Mann angewachsenen Vietcong nicht hatten brechen können, tat Kennedy im November 1961 seinen zweiten Schritt in den Sumpf mit dem Beschluß, weitere amerikanische „Berater" und mit Hubschraubern ausgerüstete Hilfseinheiten zu entsenden: Anfang 1962 waren es 2646, Ende 1962 schon 11 000 und Ende 1963 mehr als 16 000 Mann. Die Amerikaner begannen nun, dem Krieg seine technologische Brutalität zu geben, indem sie erstmals völkerrechtlich verbotene Sprühgifte zur Dschungelent-

115) U.S. Government Printing Office, Public Papers of the Presidents: John F. Kennedy, Washington 1962, S. 397.
116) Kolko, Hintergründe, S. 66 ff.
117) Kennedy vor dem NATO-Rat am 1. 6. 1961, laut: „Die Zeit" v. 6. 8. 1971, S. 15.
118) David Halberstam, Die Elite (The Best and the Brightest), Reinbek bei Hamburg 1974, S. 75.

laubung und Vernichtung von Ernten sowie Napalm zur Verbrennung von Land und Leuten anwandten, und einige Gebiete wurden bereits zu „freien Feuerzonen" erklärt, in denen auf alles geschossen werden durfte, was sich bewegte[119]). Die Landbevölkerung wurde, um sie dem Einfluß des Vietcong zu entziehen, in sogenannten „strategischen Dörfern" hinter Stacheldraht konzentriert. Diese Umsiedlung in effektive Konzentrationslager stieß bei den Bauern, die aus ihren angestammten und oft vor ihren Augen niedergebrannten Dörfern vertrieben wurden, laut Pentagon-Studie „auf Haß, wenn nicht auf offenen Widerstand" und wurde ein „furchtbarer Fehlschlag"[120]), weil sie dem Vietcong immer neue Rekruten zuführte. Am 3. Dezember 1962 berichtete Roger Hilsman, Leiter der Nachrichten- und Forschungsabteilung im State Department, an Außenminister Rusk: „Weder ist der ‚nationale Befreiungskrieg' abgeflaut, noch hat sich eine sichtbare Schwächung des VC ergeben. Ganz im Gegenteil, die Zahl der Guerillas hat sich vergrößert, Schlagkraft und Disziplin haben zugenommen – man schätzt den Vietcong jetzt auf etwa 23 000 Mann Elitekampftruppen und ungefähr 100 000 Irreguläre und Sympathisanten. Er kontrolliert immer noch etwa 20 Prozent der Dörfer und rund 9 Prozent der Landbevölkerung sowie weitere 47 Prozent der Dörfer in unterschiedlichem Maße." [121])

Im August 1963 überschwemmte der Vietcong mit neuen, bis zu 1000 Mann starken Bataillonen, die mit erbeuteten amerikanischen Waffen ausgerüstet waren, das Mekong-Delta. Ein Pressebericht darüber verstärkte Kennedys Besorgnis, daß der Krieg verloren gehe[122]), aber den Weg einer Neutralisierung des Landes, der ihm einen einigermaßen gesichtswahrenden Abzug ermöglicht hätte, wollte er keineswegs einschlagen.

Kennedy tat vielmehr nun den dritten und entscheidenden Schritt in den vietnamesischen Sumpf, indem er zu einem Militärputsch zum Sturz des immerhin „legalen" Regierungschefs Diem und dessen Bruder Ngo Dinh Nhu ermutigte, weil diese mit französischer und polnischer Vermittlung Fühler nach Hanoi ausgestreckt hatten, um ihr Land zu neutralisieren und die Amerikaner zum Abzug aufzufordern[123]). Als „humanitärer" Vorwand für die Kursänderung diente den USA eine brutale Kampagne der Saigoner Regierung gegen die Buddhisten, die Nhu zufolge von der CIA aufgewiegelt worden waren[124]). Bereits am 29. August 1963 nahm der CIA-Agent Lucien Conein mit dem Oberhaupt der Militärfronde, General Duong Van Minh („Big Minh"), Kontakt auf[125]), aber die Verschwörer bekamen noch etliche Male „kalte Füße". Wie Conein am 5. Oktober von Minh erfuhr, schlossen die Putschpläne die Ermordung Nhus und eines weiteren Bruders, Ngo Dinh Can, ein[126]). Nach-

119) Pentagon-Papiere, S. 105; Halberstam, S. 208–210.
120) Pentagon-Papiere, S. 106.
121) Ebd., S. 151.
122) Halberstam, S. 270.
123) Horowitz, Bd. I, S. 146 f.; Roger Hagan in: „The Correspondent", Cambridge/Mass., November-Dezember 1963.
124) Wise-Ross, S. 163.
125) Pentagon-Papiere, S. 165.
126) Ebd., S. 209.

dem die USA durch die Verweigerung eines Kredites an Diem den Verschwörern signalisiert hatten, daß es ihnen mit dessen Sturz ernst sei, erfolgte der Putsch am 1. November 1963. Am folgenden Tage wurden Diem und Nhu gefangen genommen und ermordet; Can suchte im US-Konsulat in Huë Zuflucht und wurde sechs Monate später seinen Feinden zur Exekution ausgeliefert. Drei Wochen nach Diem und Nhu sollte auch Kennedy durch Mord enden.

General Minhs Putschjunta erklärte sofort, worauf es den USA ankam: daß eine Wiedervereinigung mit dem kommunistisch geführten Norden nicht in Frage komme[127]). Als sich aber auch in ihr neutralistische Tendenzen regten, wurde sie nach nur drei Monaten auf amerikanisches Betreiben von dem neuen Putschisten General Nguyen Khanh gestürzt, dem es wegen desselben Vergehens 1965 ebenso ergehen sollte. War Diems Familiendiktatur immerhin fast zehn Jahre lang stabil gewesen, so waren die Nachfolge-Regimes nicht einmal das. Eine politische Verständigung mit der Befreiungsfront war ihnen durch die USA untersagt, und militärisch konnten sie den Vietcong, der die Landbevölkerung hinter sich hatte, ebensowenig besiegen wie Diem, so daß der Krieg zunehmend zu einem amerikanischen werden mußte. Er war Kennedys Hinterlassenschaft.

Von Kennedy zu Johnson

1963 hatte Kennedy auch eine militärische Intervention gegen China erwogen, als er die CIA die Möglichkeit eines „chirurgischen Angriffs" gegen dessen Atomrüstungsanlagen untersuchen ließ. Wie der journalistische „Falke" Stewart Alsop zehn Jahre später enthüllen sollte, berichtete die CIA daraufhin, daß ein solcher Schlag nicht „verdeckt", mit gewöhnlichen Sprengbomben, geführt werden könne, sondern nur atomar und deshalb nicht vor der Welt verborgen gehalten werden könne[128]). Nichtsdestoweniger sollten 1964 auch Kreise der Johnson-Regierung laut Alsop und Cyrus L. Sulzberger solche Präventivkriegsabsichten hegen[129]). (Später unterstellte man im Westen die eigenen Pläne den Sowjets, ohne Beweise dafür anführen zu können.)

In Lateinamerika hatten US-ausgebildete Militärs während Kennedys kurzer Regierungszeit siebenmal gegen verfassungsmäßige Regierungen mit Erfolg geputscht: in El Salvador im Januar 1961, in Argentinien im März 1962, in Peru im Juli 1962, in Guatemala im März 1963, in Ekuador im Juli 1963, in der Dominikanischen Republik im September 1963 und in Honduras im Oktober 1963. Kennedy hatte fünf dieser Putschregime prompt anerkannt und unterstützt, und Johnson sollte die Anerkennung der restlichen beiden innerhalb eines Monats nach seiner Amtsübernahme nachholen[130]).

In Brasilien, dem größten und volkreichsten Land Lateinamerikas, hatten die USA schon 1962, unter Kennedy, durch Tarnorganisationen der CIA zwischen

127) Horowitz, Bd. I, S. 148.
128) Stewart Alsop, The Unmentioned Subject, in: „Newsweek" v. 2. 7. 1973, S. 25.
129) Stewart Alsop, The Awful Alternative, in: „Saturday Evening Post" v. 22. 2. 1964; C. L. Sulzberger in: NYT (Int. Ed.) v. 5./6. 12. 1964.
130) Horowitz, Bd. I, S. 219.

12 und 20 Mio. Dollar ausgegeben, um die Wahl rechter Politiker zu sichern und dadurch den gemäßigt linken Präsidenten João Goulart zu schwächen, der den Grundbesitzern durch Landreformen und der Geschäftswelt durch Lohnerhöhungen mißliebig geworden war[131]). Ende August 1963 ordnete Goulart die Schließung der CIA-Tarn- und Schmierorganisationen an, die ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß im November 1963 der illegalen Wahlbeeinflussung beschuldigte[132]). Ende 1963 kritisierte Goulart die von Kennedy ins Leben gerufene „Allianz für den Fortschritt" als ein Mittel zur Beherrschung der westlichen Hemisphäre und kläglichen Ersatz für einen lateinamerikanischen Handelsblock zur Erzielung höherer Exporterlöse[133]). Am 1./2. April 1964 – Johnson war seit rund vier Monaten Präsident – stürzte das brasilianische Militär Goulart und errichtete eine Militärdiktatur. Die in den Putschplan eingeweihten USA hatten „brüderliche" Hilfe geleistet, indem sie unter der Tarnbezeichnung „Brother Sam" eine Einsatzgruppe ihrer Flotte, bestehend aus einem Flugzeug, einem Hubschrauberträger, sechs Zerstörern sowie Hilfsschiffen, vor die brasilianische Küste beorderten[134]). Johnson übermittelte der Putschjunta prompt seine „wärmsten Wünsche" und bot ihr „verstärkte Zusammenarbeit" an[135]). Die Militärdiktatur ihrerseits erteilte Ende 1964 den US-Gesellschaften Hanna Mining und Bethlehem Steel riesige Eisenerzkonzessionen[136]) und betätigte sich als Unter-Imperialismus der USA, der durch seinen Kriegsminister 1965 den Anspruch erhob, „nicht nur innerhalb unserer Grenzen, sondern in jeglichem Teil Amerikas, den wir durch den internationalen Kommunismus für gefährdet halten", zu intervenieren[137]). Mit seinen Foltermethoden und „Todesschwadronen" sollte das brasilianische Militärregime später überall in Südamerika Nachahmer finden: 1971 in Bolivien, im Februar 1973 in Uruguay, im September 1973 in Chile, 1976 in Argentinien.

Gegen Fidel Castro auf Kuba, den die USA für die Unruhe in Lateinamerika verantwortlich machten, waren die Mord- und Umsturzkomplotte der CIA auch nach deren Debakel in der Schweinebucht weitergegangen: So beauftragte Justizminister (!) Robert Kennedy im November 1961 im Namen seines Bruders den Geheimdienstmann Edward Lansdale mit einer „Operation Mongoose" (Unternehmen Mungo) zum Sturz Castros[138]). Den US-Stabschefs hatte Präsident Kennedy den Auftrag erteilt, einen detaillierten Invasionsplan für Kuba auszuarbeiten[139]). Diese Pläne wurden in Havanna und Moskau bekannt und führten zur Stationierung sowjetischer Raketen auf der Insel, deren Abzug im Herbst 1962 die USA nicht nur mit dem Abzug amerikanischer Raketen aus der Türkei, Italien und England, sondern auch mit einem Nichtan-

131) Philip Agee, Inside the Company: CIA Diary, London 1975, S. 321; IHT v. 28. 12. 1976, S. 3.
132) Agee, S. 321.
133) Kolko, Hintergründe, S. 93.
134) „Jornal do Brasil", Rio de Janeiro, v. 18.–20. 12. 1976, laut: IHT v. 30. 12. 1976, S. 3.
135) Horowitz, Bd. I, S. 222.
136) Kolko, Hintergründe, S. 93.
137) Agee, S. 434.
138) So Lansdale in: IHT v. 2. 6. 1975; siehe auch die CBS-Fernsehdokumentation in: „Der Spiegel", 31/1977, 25. 7. 1977, S. 121.
139) Theodore M. White, The Making of a President 19860, New York 1962, S. 206.

griffsversprechen für Kuba erkaufen mußten. Mordkomplotte gegen Castro gingen jedoch weiter[140]), so daß Präsident Johnson 1964 ausrief: „Wir haben in der Karibik eine verdammte Mörder-GmbH unterhalten"[141]), aber diese Worte bedeuteten keine Abkehr von der feindseligen Interventionspolitik: 1964 erlegten die USA ihren diplomatischen und wirtschaftlichen Boykott Kubas ganz Lateinamerika außer Mexiko auf, und laut Tad Szulc, dem Lateinamerika-Experten der „New York Times", wurde ein neues Umsturzprojekt unter dem Decknamen „Second Naval Guerilla" vorbereitet: Ein ehemaliger Offizier, Rolando Cubela, sollte Castro erschießen und damit das Signal für die Eroberung Kubas durch 750 von der CIA angeheuerte Exilkubaner geben. Deren Ausbildung begann um die Jahreswende 1964/65 u. a. im Kongo und in der Dominikanischen Republik, aber durch den Aufstand in Santo Domingo im April 1965 (s. u.) wurde der neue Anschlag vereitelt[142]). Der Kuba-Boykott sollte erst 1975 enden, nachdem er immer mehr durchlöchert worden war.

Mit eigenen Truppen intervenierte Johnson sofort und massiv, als lateinamerikanische Militärs untypischerweise einmal für statt gegen einen verfassungsmäßigen Präsidenten rebellierten – wie in der Dominikanischen Republik, wo Offiziere am 24. April 1965 Waffen an die Bevölkerung ausgaben, um den 1962 gewählten, aber schon im September 1963 durch einen Rechts-Militärputsch gestürzten reformwilligen Präsidenten Juan Bosch wieder in sein Amt einzusetzen. Schon am 25. April beorderte Johnson US-Flotteneinheiten in die Nähe von Santo Domingo[143]), und seinem Sicherheitsberater McGeorge Bundy trug er auf, dem Rebellenführer Oberst Francisco Caamaño Deno auszurichten: „Sagen Sie dem Hundesohn, daß ich im Unterschied zu dem jungen Mann, der vor mir Präsident war, keine Angst habe, das, was an meiner Hüfte hängt, zu benutzen!"[144])

Wie immer in solchen Fällen lieferten US-Beamte an Ort und Stelle den gewünschten Vorwand: Die „Kommunisten" hätten sich an die Spitze des Aufstandes gesetzt[145]) – man sprach von ganzen „58 ausgebildeten Kommunisten"[146]) –, „amerikanische Menschenleben (seien) in Gefahr", und es sei „die Zeit gekommen, die Marineinfanterie an Land zu werfen"[147]). Nachdem letzteres auf Johnsons Befehl geschehen war, meldete ihm sein Botschafter William T. Bennett (der die USA später bei der NATO vertreten sollte) am 28. April 1965, daß die Lage sich verschlechtere, und empfahl, um ein „weiteres Kuba zu verhindern", solle Washington „ernsthaft eine bewaffnete Intervention erwägen, die über den reinen Schutz amerikanischer Bürger hinausgehen und versuchen würde, die Ordnung in diesem von Streit zerrissenen Lande wiederherzustellen"[148]).

140) „Der Spiegel", 48/1975, S. 112f.
141) So Leo Janos, ein ehemaliger Gehilfe Johnsons, in: „Atlantic Monthly", Juli 1973, laut: „Die Welt" v. 8. 3. 1975.
142) Tad Szulc in: „Esquire", New York, Februar 1974; „stern", 6/1974, S. 140.
143) Lyndon B. Johnson, The Vantage Point. Perspectives of the Presidency, London 1972, S. 190.
144) Halberstam, S. 497.
145) Johnson, S. 192f.
146) Agee, S. 420f.
147) Johnson, S. 194.
148) Johnson, S. 197.

Johnson zögerte nicht lange und schickte (gegen 58 Kommunisten!) nicht weniger als 22 000 US-Soldaten – Marineinfanterie und Luftlandetruppen –, denen später unter einem OAS-Mäntelchen auch Soldaten der brasilianischen Militärdiktatur folgten. Die Intervention kostete 4000 Bürgern der Dominikanischen Republik das Leben[149]). Sie bezweckte nicht die Verhinderung eines „zweiten Kuba", sondern die Fernhaltung des populären Reformers Bosch von der Macht. Die „Ordnung", die sie wiederherstellte, war dadurch charakterisiert, daß Washington auf Änderung der dominikanischen Verfassung von 1963 drängte, so deren Artikel 1 und 2, die den Arbeitern das Recht auf Gewinnbeteiligung zubilligten und den Besitz großer Ländereien verboten; außerdem bestand Washington auf einer Zusatzbestimmung, derzufolge Besitzer großer Zuckerplantagen (zu denen hohe US-Beamte gehörten) und Viehfarmen von Reformmaßnahmen verschont bleiben sollten[150]).

Den Krieg in Vietnam hatte schon Kennedy zu einer rein amerikanischen Intervention gemacht, als er 1963 die Saigoner Regierung Diem, die Amerika gerufen hatte, in dem Augenblick beseitigen ließ, als sie Fühler nach Hanoi ausstreckte, um durch eine Neutralisierungslösung die Kämpfe zu beenden und die Amerikaner zum Abzug aufzufordern. Johnson setzte diese Politik nur fort, so als er am 20. März 1964 seinen Botschafter anwies, „in Saigon klarzumachen, daß Ihre Mission gerade den Zweck hat, die Idee einer Neutralisierung niederzuschlagen, wo immer sie ihr häßliches Haupt erhebt, und in dieser Hinsicht erscheint mir nichts wichtiger, als neutralistisches Gerede zu unterdrücken, wo immer wir können und durch alle Mittel, die wir haben"[151]).

Nachdem Johnson die von Kennedy übernommene Truppenzahl von rund 16 000 Amerikanern in Südvietnam um weitere 5000 bis 6000 vermehrt hatte[152]), schuf er sich mit einem provozierten „Zwischenfall" in der von kommunistischen Küsten umgebenen Bucht von Tonkin Anfang August 1964 (wie die Nazis mit dem fingierten Überfall auf den Sender Gleiwitz 1939) einen Vorwand für „Vergeltungsschläge" amerikanischer Bomber gegen Nordvietnam, die er im Februar 1965 zu einem unbefristeten Luftkrieg, dem Unternehmen „Rollender Donner", eskalierte[153]). Die ersten amerikanischen Bomben auf Nordvietnam im August 1964 hatten nur dazu geführt, daß nun auch reguläre Truppen des Nordens im Süden auftauchten, wie die Saigoner US-Botschaft im Oktober 1964 erstmals berichtete[154]), und daß der Vietcong verstärkt amerikanische Stützpunkte angriff. Als auch das Dauerbombardement des Nordens diesen nicht beugte und vor allem den Zusammenbruch im Süden nicht aufhielt, billigte Johnson am 6. April 1965 die Verstärkung der US-Garnison um 18 000 bis 20 000 Mann und den „aktiven" Einsatz der Marineinfanterie[155]). Nun sollten es schnell immer mehr Truppen werden. Am 28. Juli 1965

149) Horowitz, Bd. I, S. 222; Juan Bosch, Der Pentagonismus, Reinbek bei Hamburg 1969, S. 74 f.
150) Horowitz, Bd. I, S. 222; „Washington Post" v. 25. 5. 1965.
151) Pentagon-Papiere, S. 280.
152) „Die Welt" v. 27. 7. 1964.
153) Pentagon-Papiere, S. 340 f.
154) Ebd., S. 335.
155) Pentagon-Papiere, S. 442.

gab Johnson bereits die Erhöhung der US-Truppenstärke auf 125 000 Mann bekannt und erklärte: „Weitere Streitkräfte werden nötig sein und je nach Bedarf zur Verfügung gestellt werden."[156])

In den folgenden drei Jahren wütete eine vulgäre, blutige und letzten Endes erfolglose Militärpolitik blind mit immer mehr US-Soldaten, Bomben, Entlaubungsgiften und Napalm in Süd- und Nordvietnam. Es kam zu Massakern an der Zivilbevölkerung wie dem von My Lai, dem makabren Prahlen mit der Zahl getöteter „Feinde" (darunter Zivilpersonen) im „body count" (Leichenzählen), der Verwüstung und Entvölkerung ganzer Landstriche Südvietnams. Als der „New York Times"- Reporter Neil Sheehan den Oberkommandierenden Westmoreland im Sommer 1966 fragte, ob er nicht über die ungeheuren Verluste besorgt sei, die Bomben und Granaten unter der Zivilbevölkerung Südvietnams hervorriefen, antwortete der General: „Ja, schon, aber das entzieht dem Feind die Bevölkerung, nicht wahr?"[157])

Der „Feind", der Vietcong, wurde indessen immer stärker und ging, nun bereits in Regimentsstärke, immer aggressiver gegen die südvietnamesische Armee der neuen Militärdiktatoren Nguyen Van Thieu und Nguyen Cao Ky vor, während die Amerikaner zu spüren bekamen, daß Nordvietnam eine der besten Infanterien der Welt besaß, und im Luftkrieg starke Verluste durch Nordvietnams russische Flugabwehrbatterien erlitten. Die folgenden Zahlen kennzeichnen die Eskalation der amerikanischen Intervention unter Johnson: Die US-Truppenstärke stieg von 23 300 Mann Ende 1964 auf 184 300 Ende 1965, auf 385 300 Ende 1966, auf 485 600 Ende 1967 und auf 536 100 im Jahre 1968. Entsprechend stieg die Zahl der amerikanischen Gefallenen; sie betrug 147 im Jahre 1964, 1369 im Jahre 1965, 5008 im Jahre 1966, 9378 im Jahre 1967 und 14 592 im Jahre 1968. An amerikanischen Bomben fielen auf Indochina 1965: 284 000 Tonnen, 1966: 461 000 Tonnen, 1967: 840 000 Tonnen, 1968: 1 289 000 Tonnen[158]). Bis Ende 1967 hatten die USA auf Indochinas Dschungel schon mehr Sprengstoff abgeworfen als die 1,5 Mio. Tonnen, die während des ganzen Zweiten Weltkrieges in Europa gefallen waren; dabei hatten sie rund 3500 Flugzeuge und Hubschrauber verloren. Zu Land konnten eine halbe Million Amerikaner und 635 000 Mann Saigoner Regierungstruppen mit den Ende 1967 auf 245 000 Mann geschätzten Vietcong und Nordvietnamesen nicht fertigwerden[159]).

Auch Johnson führte den Vietnamkrieg vorrangig, um die Dritte Welt so einzuschüchtern, daß sie sich weiterhin ihre Rohstoffe zu Spottpreisen nehmen ließ. Zusätzlich schien er durch seine Eskalation ein günstiges Investitionsklima in Südostasien zu schaffen, wie der für den Fernen Osten zuständige Vizepräsident der Rockefellerschen Chase Manhattan Bank 1965 meinte: „In der Vergangenheit haben ausländische Investoren hinsichtlich der allgemeinen politischen Aussichten dieser Region einige Zurückhaltung an den Tag

156) Johnson, S. 153.
157) Halberstam, S. 513.
158) „Dialog", 12/1972, S. 64 f.
159) „Hamburger Abendblatt" v. 4. 4. 1968.

gelegt. Ich muß jedoch sagen, daß die diesjährigen US-Aktionen in Vietnam ... sowohl asiatische wie westliche Investoren beträchtlich beruhigt haben. Ich erblicke tatsächlich einigen Grund für die Hoffnung, daß in den freien Wirtschaften Asiens dieselbe Art von wirtschaftlichem Wachstum stattfinden wird, wie sie in Europa nach der Truman-Doktrin stattfand."[160])

Wenn diese Blütenträume auch nicht reiften, so gewannen doch unter Johnson, der ein Freund texanischer Ölindustrieller war, besonders die Ölkonzerne Interesse an Vietnam: Am Ende des Krieges sollten die Firmen Union Texas, Skelly, Marathon, Mobil Oil, Shell, Cities Service und Exxon (Esso) vor der südvietnamesischen Küste nach Erdöl bohren[161]). Auch andere Freunde Johnsons profitierten vom Krieg: Die Baufirma Brown & Root, die einst ein Hauptgeldgeber Johnsons gewesen war, verdiente beträchtlich am Bau von Militärstützpunkten in Südvietnam. Der Staat Texas stieg in den Johnson-Jahren zum drittgrößten Rüstungslieferanten auf[162]). Alle Industriezweige, die den durch den Krieg gewaltig aufgeblähten US-Streitkräften Waffen, Munition und sonstiges Material lieferten, sowie große Speditionsfirmen profitierten gewaltig. Insgesamt gesehen war der Krieg jedoch ein Verlustgeschäft: Die Kriegskosten stiegen von 103 Mio. Dollar im Haushaltsjahr 1965 auf 5,8 Mrd. 1966, auf 20,1 Mrd. 1967, auf 26,5 Mrd. 1968 und auf 28,8 Mrd. Dollar 1969[163]). Da sie nicht durch eine Kriegssteuer aufgebracht wurden, weil eine solche den Krieg von vornherein unpopulär gemacht hätte, verursachten sie wachsende Haushaltsdefizite – 9,8 Mrd. Dollar im Haushalt 1967, 23 Mrd. 1968 – die nur mit Hilfe der Notenpresse gedeckt werden konnten –, sowie eine Inflation, die Amerikas soziale Spannungen verschärfte und die Wettbewerbsfähigkeit seiner Produkte auf dem Weltmarkt verminderte, woraus sich wiederum Handelsbilanzdefizite (die ersten seit 1893!) ergeben sollten.

Diese negativen Faktoren, auch die zunehmende Schwäche des Dollars bei steigendem Goldabfluß, ließen das New Yorker Finanz-Establishment Johnson schließlich Einhalt gebieten, nachdem die „Tet-Offensive" des Vietcong im Laufe des Februar 1968 gezeigt hatte, daß dieser – allen Behauptungen der Johnson-Regierung zum Trotz – keineswegs geschlagen, sondern höchst lebendig und offensiv war. Zunächst sorgte der neue Verteidigungsminister Clark M. Clifford, ein Anwalt und „Prototyp des Washingtoner Lobbyisten der reichen Leute"[164]), dafür, daß Johnson keine weiteren Truppen nach Südvietnam schickte. Dann gaben ihm außerhalb – oberhalb – der Regierung stehende „weise Männer" wie John J. McCloy von der Chase Manhattan Bank, C. Douglas Dillon von Dillon, Read & Co., George W. Ball von Lehman Brothers,

160) Zit. bei: Harry Magdoff, Economic Aspects of U.S. Imperialism, in: „Monthly Review", November 1966, S. 13.
161) IHT v. 26. 4. 1976, S. 1.
162) Richard J. Barnet, Der amerikanische Rüstungswahn oder Die Ökonomie des Todes, Reinbek bei Hamburg 1971, S. 87.
163) Wie Anm. 108.
164) Halberstam, S. 615. Laut Charles Levinson (Wodka-Cola, S. 159), vertritt Clifford „die Interessen von Firmen wie Standard Oil of California (ein Unternehmen der Rockefeller-Gruppe), Hughes Tool (Howard Hughes), El Paso Natural Gas, Du Pont, General Electric".

McGeorge Bundy von der Ford Foundation und andere am 25. und 26. März 1968 „sanft zu verstehen, daß das Establishment – ja, Wall Street – sich gegen den Krieg gewandt hatte. Er schade uns mehr als er uns nütze, er sei uns aus der Hand geglitten, und es sei an der Zeit, ihn auf ein gewisses Maß zurückzuschrauben. Er schade der Wirtschaft und spalte die Nation, er bringe die Jugend gegen die besten Traditionen des Landes auf. Die großen Universitäten, ihre Universitäten, würden zerstört. Es sei an der Zeit, umzukehren und wieder ein gewisses Gleichgewicht herzustellen" [165]).

Wenige Tage später, am 31. März 1968, trat Johnson im Fernsehen vor die Nation und gab die bedingungslose Einstellung der Bombardierung Nordvietnams (außer in einer Zone unmittelbar nördlich der Grenze) bekannt, sowie seinen Entschluß, sich selbst als Friedenshindernis aus dem Wege zu räumen, indem er auf seine Wiederwahl verzichtete[166]). Am 31. Oktober 1968 erfüllte Johnson eine Bedingung Hanois für „ernsthafte" Gespräche mit der Einstellung auch der restlichen Bombardierungen. David hatte Goliath bezwungen.

Nixon, Ford, Carter

Johnsons Nachfolger Nixon „deamerikanisierte" und „vietnamisierte" den Krieg. Um einen „ehrenhaften" Frieden und danach eine von Henry Kissinger konzipierte „Anstandspause" (decent interval) bis zum völligen Zusammenbruch des Thieu-Regimes zu gewinnen, bezog er, während er die amerikanischen Truppen aus Südvietnam zurückzog, 1970 noch das benachbarte, bisher neutrale Kambodscha in die Kämpfe ein und nahm er 1971 die Bombardierung Nordvietnams wieder auf, die im „Weihnachtsbombardement" von 1972 gipfelte. Erst Anfang 1973 wurde der „Frieden" vereinbart, worauf die letzten US-Soldaten Südvietnam verließen. Nachdem die USA dürftig ihr „Gesicht" gewahrt hatten, begann die „Anstandspause", die mit dem Fall Saigons am 30. April 1975 endete, worauf Vietnam endlich wiedervereinigt wurde.

Schon 1969 hatte der Harvard-Historiker Gabriel Kolko geschrieben: „An dem Tag, an dem die Vereinigten Staaten nicht mehr imstande sind, weitere Vietnams zu schaffen oder anzudrohen, wird nichts anderes als die Machtfrage gestellt werden, die Frage nach der Macht der USA in der Welt . . . Für die Vereinigten Staaten hieße ein Scheitern in Vietnam, daß selbst die massive Intervention der mächtigsten Nation in der Weltgeschichte nicht ausgereicht hat, soziale und nationale, vom Volk getragene Revolutionen überall in der Welt endgültig zu bremsen. Eine derartige Bloßlegung amerikanischer Schwächen wäre gleichbeteutend mit einer Degradierung der USA von ihrer derzeitigen Rolle als dominierende Supermacht der Welt"[167])

Dies sollte sich bewahrheiten. Zwar konnte Nixon noch in Amerikas lateinamerikanischen „Hinterhof", im Interesse seiner Kupferkonzerne und des Multis ITT, Allende in Chile ökonomisch „destabilisieren" und 1973 durch

165) Halberstam, S. 618.
166) Johnson, S. 435.
167) Kolko, Hintergründe, S. 98, 100.

einheimische Militärputschisten stürzen; aber in der übrigen Welt mußte sich der einstige „Weltpolizist" USA auf regionale „Gendarmen" wie den Schah verlassen, der 1979 gestürzt werden sollte. Zwar konnte Gerald Ford 1975 noch einen Gewaltstreich gegen das kleine Kambodscha führen, das den US-Frachter „Mayaguëz" gekapert – und wieder freigelassen – hatte; aber bald darauf mißglückte eine CIA-Intervention, im Verein mit Mobutus Zaïre, dem rassistischen Südafrika und dem maoistischen China, in Angola. Carter, der am 10. Juni 1977 erklärt hatte, er wolle „die Sowjetunion und andere aggressiv herausfordern, auf friedliche Weise natürlich, um Einfluß in solchen Zonen der Welt zu erlangen, die nach unserer Meinung heute entscheidend für uns sind . . ."[168]), verführte zwar das von ihm in diesem Zusammenhang genannte Somalia dazu, in Äthiopien einzumarschieren; aber dort wurde es geschlagen – und unter Carter verloren die USA so treue Verbündete wie den Schah im Iran und Somoza in Nikaragua, und in Mittelamerika kriselt es immer mehr um die verbliebenen Militärdiktaturen.

In Nordafrika und dem Nahen Osten hatten die Araber Anfang der siebziger Jahre die Zermürbung der amerikanischen Interventionsfähigkeit durch den Vietnamkrieg als erste erkannt und praktisch genutzt, indem sie damit begannen, westliche Ölgesellschaften zu verstaatlichen: Algerien und Libyen machten 1970/71 den Anfang mit der Nationalisierung französischer und britischer Interessen, Saudi-Arabien erzwang im März 1972 seine Beteiligung am Aramco-Konsortium der US-Gesellschaften Exxon, Socal, Texaco und Mobil Oil (und gewann bis 1976 eine dominierende Rolle in der Aramco), der Irak und Syrien verstaatlichten im Juni 1972 die westliche Iraq Petroleum Company und deren Ölleitungen, und Libyen nationalisierte im selben Monat den Besitz der US-Gesellschaft Bunker Hunt Oil Co. Darauf hielt die US-Marineinfanterie im August 1973 in der kalifornischen Mojava-Wüste ein Manöver ab, bei dem die „Angreifer" Uniformen trugen, die den libyschen ähnelten, und ein „Verteidiger" meinte: „Wir sind hier, um zu üben, wie man das Öl an sich reißt".[169]) Dies war die erste jener amerikanischen Drohungen gegen die Öleigentümer, die nach dem arabischen Ölboykott von 1973/74, den Ölpreiserhöhungen und nach dem Umsturz im Iran von den US-„Verteidigungs"ministern James Schlesinger und Harold Brown sowie von Außenminister Kissinger und anderen Amerikanern ausgestoßen werden sollten, aber bisher hohl geblieben sind.

Heute geht diese Drohung von der „Carter-Doktrin" aus, aber ob sie wirksam oder kontraproduktiv ist, ist sehr die Frage: Würde sie wahrgemacht werden, würden die Ölquellen wohl brennen, bevor sie besetzt wären, und der Westen, besonders Westeuropa und Japan, müßte für den amerikanischen Interventionismus mit einer Krise bezahlen, die alle bisherigen in den Schatten stellen würde.

168) Gespräch Carters mit Direktoren amerikanischer Nachrichtenmagazine am 10. 6. 1977, laut: U.S. Information Service, Wireless Bulletin from Washington, 14. 6. 1977; „Die Welt" v. 13. 6. 1977, S. 6.
169) „Time" v. 27. 8. 1973, S. 3.

Subjektive Bedingungen politischen Handelns in der Bundesrepublik

Von Karl-Heinz Braun

I. Die gesellschaftlichen und individuellen Voraussetzungen der Krisenbewältigung

Die 1974 in der Bundesrepublik einsetzende Strukturkrise (zunächst verbunden mit einer zyklischen Krise) hat die objektiven Bedingungen politischen Handelns verändert. Die subjektiven Reaktionen[1]) auf diese Krise sind aber nur zu verstehen vor dem Hintergrund der Geschichte der demokratischen Bewegung der Bundesrepublik, ihrer Kampf- und Lebenserfahrungen.

1. Psychische Konfliktabwehr als individuelle Voraussetzung und Folge kapitalistischer Machtverhältnisse

30 Jahre BRD bedeuten 30 Jahre politische und geistige Herrschaft der großen Industrie und Banken *und* große (außerparlamentarische) Kämpfe der demokratischen und Arbeiterbewegung, *ohne* daß es ihr insgesamt gelungen wäre, einen kontinuerlichen und wirksamen Einfluß auf das gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnis zu gewinnen. Will man den Prozeß der individuellen Durchsetzung dieser bürgerlichen Hegemonie, deren Inhalt die Synthese aus Sozialpartnerschafts- und Wirtschaftswunderideologie, von Antikommunismus und „Wiedervereinigung" im Konzept der „Volksgemeinschaft" war, d. h. den Prozeß der „freiwilligen" Leugnung individueller Entwicklungsansprüche und damit auch gesellschaftlicher Mitbestimmungsansprüche, angemessen verstehen, muß man auf das kritisch-psychologische Konfliktverständnis zurückgreifen. Danach entstehen *psychische Konflikte* immer dann, wenn das Individuum an die Grenzen der von den Herrschenden zugestandenen Handlungsspielräume stößt, also rational erkennt, daß die Überschreitung bzw. Überwindung dieser Grenzen ihm eine bessere Lebensgestaltung und -planung ermöglichen würde. Dabei werden die Mittel und Wege, um dieses Ziel zu erreichen, von ihm emotional positiv gewertet. Dieser so entstandenen motivierten Handlungsbereitschaft steht jedoch das Wissen um eine Gefährdung bzw. mögliche Vernichtung seines bisher erreichten Lebensniveaus durch die gesellschaftlichen Machtinstanzen entgegen für den Fall, daß er diese Bereitschaft in tatsächliche Handlungen überführt. Dieses

1) Auf der Grundlage des kritisch-psychologischen Konzeptes der Politischen Psychologie sollen im vorliegenden Artikel die im Gefolge der Krise veränderten Bedingungen politischen Handelns untersucht werden. Vgl. K.-H. Braun, Einführung in die Politische Psychologie, Köln 1978; ders., Kritik des Freudo-Marxismus, Köln 1979, Kap. III; ders., Das kritisch-psychologische Konzept der Politischen Psychologie, in: H. Moser (Hrsg.), Politische Psychologie, Weinheim und Basel 1979.

Wissen um eine mögliche Gefährdung der eigenen Existenz führt zu negativen Emotionen, zu Angst. Diese beiden einander widerstrebenden Momente sind die typischen Merkmale einer menschlichen Konfliktsituation.

Da der einzelne in dieser Zwiespältigkeit nicht beliebig lange verbleiben kann, muß es zu einer Form der Konfliktbewältigung durch Abwehr oder Verarbeitung kommen. Bei der *psychischen Konfliktabwehr* gewinnt die Angst vor der realen oder antizipierten Existenzgefährdung die Oberhand und führt zunächst zur Handlungsunfähigkeit. Um aber – wenn auch auf eingeschränkterem Niveau – wieder handlungsfähig zu werden, muß der einzelne die Erkenntnisse leugnen, die bei ihm die Angst hervorgerufen haben – muß also leugnen, daß man und auch er etwas tun kann, um die soziale Lage zu verbessern, demokratische Rechte zu verteidigen und auszubauen usw. Die Konfliktabwehr besteht also in der aktiven, emotional begründeten und zumeist unbewußten Verleugnung von objektiv vorhandenen und einmal auch schon erkannten Möglichkeiten der individuellen Emanzipation. Sofern diese Konfliktabwehr, diese Konfliktangst, die Konfliktscheu, sei es bei der tagtäglichen Arbeit im Betrieb oder auch in politischen Auseinandersetzungen, zu einer allgemeinen Tendenz wird, führt sie zu gravierenden Einschränkungen in der Persönlichkeitsentwicklung, zu einer immer stärkeren Einschränkung der individuellen Lebensaktivitäten, zu einem immer stärkeren Rückzug von anderen Menschen und damit auch zu einer immer stärkeren Entleerung der eigenen sozialen Beziehung. Diese soziale Isolation hat die allgemeine emotionale Unsicherheit zum notwendigen Korrelat. Diese Unsicherheit und Ziellosigkeit des eigenen Lebens ist die Voraussetzung und Folge dafür, daß man sich „freiwillig" in den bestehenden Verhältnissen einrichtet, auf wirkliche menschliche Lebensansprüche verzichtet, für die verschiedenen Varianten der herrschenden Meinung, der herrschenden Ideologie anfällig und durch sie manipulierbar wird. Dabei wird der Einzelne den Formen der veröffentlichten Meinung und den politischen Bewegungen und Parteien zustimmen, deren Auffassungen durch die eigenen sozialen Erfahrungen am ehesten „bestätigt" werden. Daher konnte in den 50er und 60er Jahren die Sozialpartnerschafts- und Wirtschaftswunderideologie, verbunden mit Aufstiegsillusionen und Konsumorientierungen, so tief in die Arbeiterklasse eindringen.

Verdeutlichen wir die psychischen Folgen einer derartig gravierenden Einschränkung menschlicher Lebensansprüche durch die individuelle Integration in die bürgerliche Hegemonie der BRD an zwei besonders relevanten Bereichen. Zum einen am Problem des *individuellen Opportunismus*. Hier steht die soziale Orientierung des individuellen Aufstiegs im Zentrum der Lebensperspektiven und alle Aktivitäten werden danach ausgerichtet. Zentrale Verhaltensmaxime des so angepaßten Individuums ist es, „sich nicht eindeutig festlegen zu lassen, Stellung- und Parteinahmen, Auseinandersetzungen und Konflikte zu vermeiden bzw. herabzuspielen und aus der Not, in die Rolle des Beobachters gedrängt worden zu sein, eine Tugend zu machen, d. h. aus der Tatsache, die eigenen Ansprüche auf die aktive Mitgestaltung der relevanten Lebensbedingungen weitgehend aufgegeben zu haben und somit in keinen prinzipiellen Gegensatz zu den Vorstellungen und Zielen anderer geraten zu

Zu den Wahlen

Bücher gegen rechts
Bücher für Frieden und Demokratie

Frieden, Sicherheit und Abrüstung

K. D. Bredthauer/N. Paech (Hrsg.)
Mit Carter in den Kreuzzug?
Die USA, die UdSSR, Westeuropa und die Afghanistan-Krise. 154 S., 8,– DM

Bernd Greiner
Amerikanische Außenpolitik
Strategiediskussion von Truman bis heute.
236 Seiten, 14,80 DM

Wilfried v. Bredow
Die Zukunft der Entspannung
210 Seiten, 12,80 DM

G. Kade/M. Schmidt
Frieden, Rüstung und Monopole
Konzerne und internationale Sicherheit. Etwa 240 Seiten, 14,80 DM.

J. Huffschmid, E. Burhop u. a.
Von der Kriegs- zur Friedensproduktion
Politische, wirtschaftliche und soziale Probleme. Etwa 240 Seiten, 14,80 DM.

Gerhard Kade
Die Bedrohungslüge
Zur Legende von der „Gefahr aus dem Osten"
2. Auflage. 294 Seiten, 12,80 DM

G. Kade/G. Matthiessen (Hrsg.)
„Nachrüsten", „Vorrüsten" oder Abrüsten?
Die sowjetischen Vorschläge zur Rüstungsbegrenzung im Wortlaut, 2. Auflage.
124 Seiten,5,– DM.

K. Mannhardt/W. Schwamborn (Hrsg.)
Bertha v. Suttner, Die Waffen nieder!
Ausgewählte Texte. 138 Seiten, 9,80 DM

Gerhard Kade
Die deutsche Herausforderung
„Modell Deutschland" für Europa?
255 Seiten, 12,80 DM

Kurt Steinhaus
Auferstehung einer Großmacht?
Zum Problem der Kontinuität von altem und neuem deutschen Imperialismus.
Etwa 160 S., 12,80 DM

Dokumentation zur Wiederaufrüstung der Bundesrepublik
84 Seiten, 5,– DM

Renate Janßen
Frauen ans Gewehr
Im Gleichschritt marsch . . .
144 Seiten, 7,– DM.

Demokratie und sozialer Fortschritt

U. Albrecht/F. Deppe u. a.
Geschichte der Bundesrepublik Deutschland
Beiträge. 530 Seiten, 14,80 DM

U. Mayer/G. Stuby
Die Entstehung des Grundgesetzes
338 Seiten, 14,80 DM

U. Mayer/ G. Stuby (Hrsg.)
Das lädierte Grundgesetz
Beiträge und Dokumente.
340 Seiten, 14,80 DM

R. Badstübner/ S. Thomas
Entstehung und Entwicklung der BRD
Restauration und Spaltung 1945–1955
512 Seiten, 12,80 DM

M. Blank/H. Fangmann u. a.
Wohin treibt der Rechtsstaat?
Ein Arbeitsbuch. 328 Seiten, 14,80 DM

K. Bayertz/H. H. Holz
Grundwerte-Diskussion
Der Streit um die geistigen Grundlagen der Demokratie. 271 Seiten, 12,80 DM

A. Dress/M. Jansen u. a. (Hrsg.)
Wir Verfassungsfeinde
Porträts vom Berufsverbot Betroffener.
240 Seiten, 5,– DM

J. Kahl, G. Caizzone u. a. (Hrsg.)
Etty, Peter und Silvia Gingold
Porträt einer Familie. Ein Bilderbuch über deutsche Zustände. 128 Seiten, 14,80 DM

H. Bufe/J. Grumbach
Staat und Atomindustrie
Kernenergiepolitik in der BRD.
306 Seiten, 14,80 DM

Pahl-Rugenstein

Zu den Wahlen

Bücher gegen rechts
Bücher für Frieden und Demokratie

Jürgen Grumbach (Hrsg.)
Reaktoren und Raketen
Atomare Gefahren und Bürgerprotest. Etwa 200 S., etwa 12,80 DM.

Horst Holzer
Massenmedien in der Bundesrepublik
Von 1970 bis zur Gegenwart. Etwa 240 Seiten, etwa 14,80 DM.

Lottemi Doormann
Kinder in der Bundesrepublik
Materialien, Initiativen, Alternativen, 2. Auflage. 277 Seiten, 14,80 DM

Frank Niess
Geschichte der Arbeitslosigkeit
Ökonomische Ursachen und politische Kämpfe. 250 Seiten, 14,80 DM

Kurt Bunke (Hrsg.)
Lehrerarbeitslosigkeit
2. Auflage, 140 Seiten, 9,80 DM

F. Deppe/G. Fülberth u. a.
Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung
2. Auflage, 475 Seiten, 12,80 DM

Holocaust nicht vergessen!

Ulrike Hörster-Philipps
Wer war Hitler wirklich?
Großkapital und Faschismus 1918–1945. Dokumente. 360 Seiten, 12,80 DM

R. Kühnl/G. Hardach (Hrsg.)
Die Zerstörung der Weimarer Republik
292 Seiten, 12,80 DM

Eberhard Czichon
Wer verhalf Hitler zur Macht?
Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, 5. Auflage. 165 Seiten, 9,80 DM

Joachim Petzold
Ideologische Wegbereiter des deutschen Faschismus
Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik. 410 Seiten, 14,80 DM

Albert Schreiner
Hitler treibt zum Krieg
Reprint, 504 S., 19,80 DM *Neuersch. März*

Pahl-Rugenstein

Reinhard Kühnl (Hrsg.)
Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten
4. Auflage, 538 Seiten, 9,80 DM

D. Eichholtz/K. Gossweiler u. a.
Faschismus in Deutschland, Faschismus in der Gegenwart
Etwa 300 S., 14,80 DM.

Lydia Chagoll
Im Namen Hitlers
Kinder hinter Stacheldraht. 144 S., 12,80 DM

Überleben und Widerstehen
Zeichnungen von Häftlingen des Konzentrationslagers Auschwitz. Mit einer Einführung von Martin Walser und Geleitworten von Walter Fabian und Willy Brandt. 85 S., 9,80 DM.

Gemeinsam gegen rechts – Stoppt Strauß jetzt!

Ernst Volland
Originalton Strauß
Sprüche eines Nichtwählbaren. Mit zahlreichen Karikaturen. 140 Seiten, 5,– DM

Manfred Bosch
Der Kandidat
14 Briefe an einen Jungwähler, der Strauß für wählbar hält. 172 Seiten, 9,80 DM.

F. Deppe/D. Hensche u. a.
Strauß und die Gewerkschaften
Texte, Materialien, Dokumente. Etwa 160 Seiten, 8,– DM.

J. Goldberg/B. Semmler
Der starke Mann des Kapitals
Die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen des F. J. Strauß. Etwa 180 Seiten, etwa 9,– DM.

Reinhard Kühnl
Die von F. J. Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus
Ein Gutachten, 2. Auflage. 64 Seiten, 5,– DM.

Reinhard Kühnl
Konzeption und Funktion des F. J. Strauß
32 Seiten, 1,– DM.

können, einen Standpunkt ‚über' den jeweiligen Interessengegensätzen und Auseinandersetzungen, eine allgemeine ‚Überlegenheit' abzuleiten"[2]). Ausdrucksformen dieses individuellen Opportunismus können „Toleranz", „Abgeklärtheit", „Weisheit", Individualismus, Ironie, Zynismus usw. sein. – Eine andere Form der individuellen Anpassung an die vergebenen gesellschaftlichen Verhältnisse ist der *Rückzug in die „Freizeit"*. Nicht der Betrieb als Arbeitsplatz, also der Ort, wo man mit dem gesellschaftlichen Entwicklungsstand am engsten in Berührung steht, wo die objektiven Grundlagen für die klassenmäßige Solidarisierung vorhanden sind, wird als Ort der Selbstverwirklichung angesehen, sondern die Freizeit, also der Raum, wo man der direkten „Kommandogewalt des Kapitals" entzogen ist. „Der 'Privatbereich' des Arbeiters, da er die abstrakte Negation der subjektiv sinnentleerten Arbeit im beruflichen Bereich darstellt, ist in der Perspektivlosigkeit bloß individueller Konsumtion befangen und deswegen genauso sinnentleert wie dieser. Demgemäß stehen auch in der Person des Arbeiters die Funktionssysteme des 'Berufsmenschen' und des 'Privatmenschen' sich in komplementärer Abhängigkeit gegenüber. Während der Arbeiter 'Berufsmensch' ist, kann er nicht 'Privatmensch' sein, weil er sich nicht selbst gehört; während er 'Privatmensch' ist, kehrt er der subjektiv sinnentleerten Berufstätigkeit den Rücken zu, sucht die Entfaltung seiner Lebensmöglichkeiten notwendig außerhalb der produktiven Tätigkeit – und kann die Erfüllung seiner Lebensansprüche in der gesellschaftlichen Perspektivlosigkeit seines 'privaten' Daseins notwendig niemals finden[3]).

Obwohl die hier geschilderten Formen der individuellen Anpassung unzweifelhaft zur Stabilisierung der kapitalistischen Verhältnisse beitragen, so sind sie doch nicht widerspruchslos. Auch im integrationistischen Massenbewußtsein bleibt das Bewußtsein von der gesellschaftlichen „Dichotomie" erhalten, von „oben" und „unten", von der Befehlshierachie. Selbst bei den beschriebenen Anpassungstendenzen ist der individuelle Anspruch auf ein sinnvolles und glückliches Leben nicht notwendigerweise eliminiert, wenngleich man ihn versucht in konfliktfreien Bereichen zu verwirklichen. Solange dieser Anspruch nicht aufgegeben wird, muß er immer wieder zu Konflikten mit der unbefriedigenden Wirklichkeit führen. An solchen Widersprüchen muß in der politischen Aufklärung und Aktion angesetzt werden; so muß z. B. deutlich gemacht werden, daß Sicherung der individuellen Konsummöglichkeiten nur durch Einfluß auf die gesellschaftlichen Bedingungen möglich ist (wobei die persönliche Teilnahme an entsprechenden Aktivitäten auch die individuelle Genußfähigkeit erhöht!), und daß der individuelle Aufstieg nur als Teil des gesellschaftlichen Aufstiegs eine Perspektive hat und nur dann auch wirklich individuell befriedigend ist[4]).

---

2) U. Holzkamp-Osterkamp, Erkenntnis, Emotionalität, Handlungsfähigkeit, in: „Forum Kritische Psychologie 3" („Argument"-Sonderband 28), Berlin (West) 1979, S. 60.

3) K. Holzkamp, Sinnliche Erkenntnis – Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung, Frankfurt/M. 1973, S. 249 (alle Sperrungen entfernt; d. Verf.).

4) Vgl. G. G. Diligenski, Sozialpsychologie und Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse im heutigen Kapitalismus, Frankfurt/M 1978, S. 127ff, 176ff.

2. Psychische Konfliktverarbeitung als Grundlage der individuellen Politisierung

Das selbstkritische Eingestehen eigener Unterwürfigkeit gegenüber den gesellschaftlich Mächtigen, sei es im Betrieb, im Wohnviertel, in einer bürgerlichen Partei oder sonstwo, das permanente Ausweichen vor Konflikten und Risiken, kann nur dann in eine wirkliche Lebensperspektive überführt werden, wenn das Individuum die Konfliktverarbeitung erwirbt. Psychische Konfliktverarbeitung bedeutet ganz allgemein, daß die Konfliktangst und Konfliktscheu durch eingehende kognitive und emotionale Durcharbeitung sowohl der objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen als auch der subjektiven Möglichkeiten insgesamt überwunden wird und somit eine positive emotionale Gesamtstimmung, also eine Handlungsbereitschaft zur Verwirklichung der erkannten Ziele entsteht. Soweit die Ziele sich als objektiv und subjektiv sofort verwirklichbar erweisen (d. h. heute z. B. Kampf gegen die Verwirklichung der NATO-Beschlüsse und für die 35-Stunden-Woche), kommt es dann auch zu entsprechenden Handlungen. Sofern das Ziel (z. B. demokratische Wende in der BRD) sich nicht sofort verwirklichen läßt, darf es dennoch nicht aufgegeben werden, sondern es müssen Zwischenziele formuliert und verfolgt werden, die jene Veränderungen des Kräfteverhältnisses bewirken, die eine grundlegende gesellschaftliche Umgestaltung in Zukunft möglich macht.

Diese psychische Konfliktverarbeitung findet aber nicht allein und isoliert statt, sondern notwendigerweise mit anderen zusammen. Dies nicht nur deshalb, weil damit alle oder möglichst viele Aspekte der rationalen Analyse bei der Realisierung bestimmter Ziele und Interessen Berücksichtigung finden; sondern auch und ganz wesentlich deshalb, weil der einzelne nur im Zusammenschluß mit anderen auf der Grundlage gemeinsamer oder ähnlicher Interessen jene *emotionale Abgesichertheit* findet, die ihm die Erfahrung vertiefter und inhaltsreicher sozialer Beziehungen „vor Augen führt", also die Einsicht ermöglicht, daß ein aktives Vertreten der eigenen Interessen, die Verwirklichung persönlicher Bedürfnisse in der kollektiven Aktion auch ihm persönlich „etwas bringt". Aus diesem Grunde muß die ganz persönliche Erfahrung des bedürfnisunterdrückenden Charakters der bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse (also die Erfahrung der vorhandenen Grenzen individueller Entfaltung) sich verbinden mit der Erfahrung oder doch zumindest der Antizipation einer „alternativen", befriedigenderen Lebensführung. Nur so kann die Bereitschaft zu gesellschaftlichem Engagement entstehen und sich weiterentwickeln. Da diese Grenzen der Persönlichkeitsentwicklung in Gestalt der bestehenden Herrschafts- und Machtverhältnisse die Veränderungsmöglichkeiten eines einzelnen völlig übersteigen, muß er sich mit anderen in gleicher bzw. ähnlicher Klassenlage zusammenschließen. Deshalb ist dieser Prozeß der fortschreitenden Konfliktverarbeitung und der damit verbundenen „sozialen Integration" (was ja gerade nicht Anpassung, sondern Vermenschlichung bedeutet!) im Prinzip ein Prozeß fortschreitender individueller Politisierung (wenn man den Begriff der Politisierung einmal etwas weiter faßt). Denn hier beginnt der einzelne auf die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse

Einfluß zu nehmen, wobei es von Form und Inhalt der jeweiligen Organisation und sozialen Bewegung abhängig ist, wie weit der Prozeß der Konfliktverarbeitung und damit der individuellen Politisierung vorangetrieben werden kann (Er ist in einer Bürgerinitiative gegen Mietwucher zweifellos geringer als in der Gewerkschaft).

Die eigene Anteilnahme und Teilnahme an der kritischen, gesellschaftsverändernden Praxis ist also die *einzige* und *realistische* Alternative zur individuellen Anpassung, zur kognitiven „Blindheit", zur emotionalen Entwurzelung, zur psychischen Instabilität, zum Leben unter äußerem und innerem Zwang. Nur ein solches Engagement kann eine wirkliche psychische Stabilität gewähren; nur durch verwirklichbare gesellschaftliche Ziele kann das Individuum sich praktisch in der Zukunft verankern und kann damit seiner Lebensführung Sicherheit und Klarheit verleihen. „Die Klarheit der Zielvorstellungen als Grundlage und Bedingung persönlicher Stabilität und des allgemeinen Engagements, die sich nur über die aktive Vertretung der Bedürfnisse in der Erweiterung der individuellen Handlungsmöglichkeiten herausbilden kann, ist somit zugleich die zentrale Voraussetzung für die Offenheit der Mitmenschen untereinander und damit eindeutiger und zuverlässiger Beziehungen als Grundlage der vollen Realisierung menschlicher Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten."[5])

Da, wie aus unseren gesamten Ausführungen hervorgeht, die individuelle Entwicklung nur einen Mikroaspekt der gesellschaftlichen Entwicklung darstellt, hängen die Möglichkeiten der individuellen Politisierung und psychischen Konfliktverarbeitung von den konkreten gesellschaftspolitischen Bedingungen ab. Allgemein lassen sich folgende Momente unterscheiden: 1) Stand der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, besonders der Klassengliederung und der Struktur und Zusammensetzung der Arbeiterklasse. 2) Ausprägungsgrad der objektiven gesellschaftlichen Widersprüche, speziell zwischen den Hauptklassen. 3) Stand des gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisses, also der Art der Verteilung des Kapital- und Lohneinkommens, der rechtlichen und politischen Fixierung der Eigentumsverhältnisse, der herrschenden Ideologien und Institutionen sowie der wirkenden Gegenkräfte. 4) Regionales und lokales Entwicklungsniveau (Organisiertheit und Bewußtheit) der demokratischen Bewegung. Hier sind von besonderer Bedeutung der Stand der Industrialisierung (damit die Betriebsgröße und der Charakter der Arbeitstätigkeit) die mehr städtische oder mehr ländliche Regionalstruktur sowie die Größe des Wohnortes. 5) Die individuelle Biographie bzw. die Lebenserfahrungen des einzelnen und damit seine Tendenzen zur Konfliktabwehr bzw. Konfliktverarbeitung. – Diese Determinanten in ihrer aktuellen Konstellation bestimmen also die im folgenden näher analysierten Formen und Determinanten des politischen Handelns.

5) Holzkamp-Osterkamp, Erkenntnis . . . , a.a. O., S. 72.

II. Entwicklungstendenzen der individuellen Politisierung seit 1974/75

1. Labilisierung der Konfliktabwehr und erhöhtes Anspruchsniveau an die Konfliktverarbeitung als Krisenfolgen

Da die gegenwärtige Strukturkrise alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfaßt, hat sie praktisch für jeden in dieser oder jener Weise Auswirkungen auf sein individuelles Leben, verändert es in mehr oder weniger starkem Maße. Wenn gesellschaftlich gilt, daß „nichts so sein wird wie vor 1974" (Helmut Schmidt), so gilt das auch für die Individuen. Wenn wir ferner davon ausgehen, daß die psychischen Konfliktabwehr- und Anpassungsprozesse, wie wir sie für große Teile der Bevölkerung als Resultat der bisherigen Geschichte der BRD anzunehmen haben, auf reale soziale Erfahrungen zurückzuführen sind, dann muß mit der Krise des bisherigen Typs von bürgerlicher Hegemonie auch diese Art von Konfliktabwehr in eine Krise geraten, muß sich labilisieren. Wesentliche Ursache dieser „Verunsicherungen", herbeigeführt durch Arbeitslosigkeit, Reallohneinbußen usw., sind die Einschränkungen von bis dahin entwickelten und befriedigten Bedürfnissen. Denn die Bedürfnisse reagieren besonders feinfühlig auf Veränderungen in den Lebensbedingungen. (Sie sind quasi Seismographen). „In der Entwicklung der Klassenpsychologie verbindet sich die Reproduktion ihrer relativ feststehenden Elemente mit dem Auftreten von neuen und der Erschütterung und dem Zerbrechen von veralteten Stereotypen . . . Die Bedürfnisse sind das dynamischste Element der sozialpsychologischen Struktur, weil alle nur irgend bedeutsamen Veränderungen im 'Ensemble' der materiellen und geistigen Produktion, alle wesentlichen Verschiebungen in den objektiven Lebensbedingungen auf sie Einfluß haben."[6]) Die Einschränkungen der Bedürfnisse, seien sie nun sinnlicher-vitaler Art oder auf den Stand der gesellschaftlichen Einflußnahme durch den einzelnen bezogen, führen in der Regel zu spontanen Protesten, zu „eruptiven" Widerstandshandlungen. Aber gerade der Übergang von spontanem Protest zur politisch bewußten Handlung ist unter den jetzigen Krisenbedingungen erschwert. Dies rührt nicht nur daher, daß die Krise allgemein schon für jeden psychische Belastungen und emotionale Verunsicherungen mit sich bringt (man bedenke etwa, daß seit 1974 jeder 4. bis 5. Erwerbstätige von der Arbeitslosigkeit betroffen war und daß gerade dies eine außerordentliche psychische Belastung darstellt[7]), sondern daß die deutlich verschärften Angriffe auf die demokratische und Arbeiterbewegung in unserem Lande mehr Mut und mehr Erfahrung und Wissen erfordern, als es früher notwendig war. Diese individuelle Weiterentwicklung gelingt nur dann, wenn auch unter diesen erschwerten Bedingungen sich für den einzelnen ganz konkret die Möglichkeiten der Solidarisierung mit anderen ergeben und zugleich ganz konkrete Erfolge als realistisch eingeschätzt werden. Die emotionale Bereitschaft zur Aufnahme von neuem Wissen über die individuellen

6) Diligenski, Sozialpsychologie . . . , a.a.O., S. 19f.
7) Vgl. H. Schindler, Politisches Bewußtsein und psychische Folgen der Arbeitslosigkeit, in: „Blätter", 5/1979; K.-H. Braun, Kapitalistische Lohnarbeit, Krise und Persönlichkeitsentwicklung, in „Demokratische Erziehung", 5/1979.

und gesellschaftlichen Lebensbedingungen, die Möglichkeiten und den Charakter des persönlichen Emanzipationsprozesses als Teil des Kampfes um die Emanzipation der eigenen Klasse kann nur in dem Maße hervorgerufen werden, wie die aus dem neuen Wissen folgenden praktisch-politischen Schlußfolgerungen „Erfolge" ermöglichen. „Die Überzeugungskraft der Ideologie läßt sich nicht mehr nur an der Anziehungskraft der von ihr verkündete Ziele und Ideale messen, nicht einmal nur an ihrer inneren Logik und der Fundiertheit des von ihr entwickelten praktischen Aktionsprogramms. Ihre 'Wahrhaftigkeit' wird – und zwar in steigendem Maße – an den bei ihrer Anwendung gewonnen Erfahrungen überprüft, an den realen Errungenschaften der Organisationen, die sie praktisch verkörpern . . . Die Ideologie wird immer mehr als ein System aufgefaßt, das bereits heute als „Mittel zum 'Mittel zum Zweck' funktioniert, und von der subjektiven Einschätzung der 'Zuverlässigkeit', der Effektivität dieses Systems hängen Grad und Intensität seines Einflusses auf das Massenbewußtsein ab."[8])

In dem hier skizzierten Spannungsfeld zwischen Labilisierung der Konfliktabwehr, den spontanen Reaktionen auf Einschränkungen des erreichten Standes der Bedürfnisbefriedigung und der dadurch möglichen Vertiefung der sozialen Integration, der individuellen Politisierung und emotionalen Absicherung einerseits – und dem erhöhten Anspruchsniveau an die Konfliktverarbeitung, der dadurch möglichen Verhinderung der individuellen Weiterentwicklung bzw. manchmal sogar der Krise des bisherigen Entwicklungsstandes und Rückfall auf niedere Stufen der individuellen Engagements, oder gar in Angst, Resignation und Apathie andererseits – liegen die nun zu erörternden Entwicklungsprozesse.

2. *Demokratische Bewegung und individuelle Politisierung*

Betrachten wir zunächst die *Arbeiterbewegung,* besonders die Gewerkschaftsbewegung, als den (zumindest potentiellen) Kern und Motor der demokratischen Bewegung. Die Krise von 1974ff hat zunächst in wesentlichen Teilen der Gewerkschaften eine tiefe Orientierungs- und Ratlosigkeit hinterlassen. Obwohl es zu keiner ernsthaften Schwächung der Positionen des DGB's kam, so waren die gewerkschaftlichen Anti-Krisen-Forderungen den veränderten Kampfbedingungen doch weitgehend unangemessen; denn: „1. Die einzelnen Forderungen und Vorschläge wurden nicht zu einer organischen Konzeption verschmolzen, die ihrerseits auf einer klaren theoretischen Analyse der Krise beruhte. 2. Die Forderungen wurden fast ausnahmslos appellativ an die Regierung herangetragen . . . 3. Es gelang nicht, die gewerkschaftlichen Konzeptionen einer Antikrisenpolitik mit der Tagespraxis des gewerkschaftlichen Kampfes zu verbinden[9]). Daher ist es wenig überraschend, daß in dieser Phase der „Zurückhaltung" in der Lohnforderungen und dem Hoffen auf ein rasches Krisenende bei den Lohnabhängigen Verunsiche-

8) Diligenski, Sozialpsychologie . . . , a.a.O., S. 217f.
9) F. Deppe, Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse, Marburg 1979, S. 210.

rungen und individuelle Anpassung an die veränderten Bedingungen vorherrschten. Eine 1976 durchgeführte Untersuchung von Arbeitern und Angestellten in fünf Industriebetrieben bestätigt dies: Erhöhung des Leistungsdrucks und finanzielle Verschlechterungen, verbunden mit personellen Umbesetzungen, Reduktionen des Personalbestandes und Veränderung der hierarchischen Strukturen, werden zwar auch mit einem distanzierteren Verhältnis zur „Geschäftsleitung" beantwortet, aber primär doch mit der Einschränkung des Lebensstandards, der Wiederbelebung von Arbeitstugenden", der „freiwilligen" Senkung des Krankenstandes, einem distanzierten Verhältnis zu den Arbeitslosen, wobei die Krise als „weltweit" verstanden wird und das Vertrauen in den Kapitalismus wenig erschüttert ist[10]).

Eine Überwindung dieser Passivität konnte erst durch die 1976 einsetzende Umorientierung der Gewerkschaftspolitik erreicht werden. Diese bestand hauptsächlich in der Einsicht, daß angesichts der qualitativ veränderten objektiven Kampfbedingungen die bisherigen Mittel gewerkschaftlicher Politik unzureichend sind. Die Neuorientierung besteht sowohl in der Ausweitung des gewerkschaftlichen Kampffeldes (besonders Recht auf Arbeit und Bildung, Forderungen zur Beschäftigungspolitik, neue Ansätze der Tarifpolitik, politischer Druck auf Entscheidungsträger) als auch in der *Rückbesinnung auf die eigene, gewerkschaftliche Kampfkraft;* also in der Einsicht, daß die Gewerkschaften nur das erreichen, was sie nicht fordern, sondern wozu sie auch ihre organisatorische Kraft in die Waagschale werfen. Gerade unter den Bedingungen der Krise gewinnt der Kampf um *Mitbestimmung* (im ernsthaften Sinne) eine strategische Bedeutung zur Verhinderung eines reaktionären Ausweges aus der Krise.

Betrachtet man die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung seit 1976/77, so läßt sich hinsichtlich der großen Streikkämpfe die Spezifik der Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder in zwei Punkten zusammenfassen: *Erstens* hat sich gezeigt, daß nur dann Kampfbereitschaft entwickelt werden kann, wenn *langfristig* aufgeklärt wird und die Streikaktionen intensiv vorbereitet werden. Die Mobilisierung gelingt „am besten durch verständliche, am Bewußtsein der Arbeiter und Angestellten orientierten Forderungen . . ., die dem tatsächlichen Kräfteverhältnis entsprechen und daher von den Arbeitern und Angestellten als realisierbar angesehen werden. Wobei darauf verwiesen werden muß, daß dieses Kräfteverhältnis nicht statisch, sondern dynamisch zu betrachten ist. Es entwickelt sich im Fortschreiten der Auseinandersetzung, wenn die Mitglieder in alle Phasen der Lohnbewegung einbezogen und die innergewerkschaftliche Demokratie voll entfaltet werden"[11]). Die durch die Informationen vermittelten Einsichten in die Kampfbedingungen werden von den Arbeitern und Angestellten nicht einfach passiv, teilnahmslos aufge-

10) Vgl. W. Deppe, Arbeiter und Angestellte in der Krise: Betroffenheit, innerbetriebliche Erfahrungen, Krisenbewußtsein, in: K.-H. Braun, U. Holzkamp-Osterkamp u.a. (Hrsg.), Kapitalistische Krise – Arbeiterbewußtsein – Persönlichkeitsentwicklung, erscheint im Juni 1980 im Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

11) H. Schäfer, Probleme der Lohn- und Tarifpolitik im Übergang zu den achtziger Jahren, in: „Das Argument", 109/1978, S. 351.

nommen, sondern sie müssen – sollen sie wirklich zu einer entsprechenden Handlungsbereitschaft führen – *individuell verarbeitet* werden. Dieser Prozeß hat zwei Seiten: einerseits setzen die Erkenntnisprozesse an den persönlichen Erfahrungen der sozialen Konflikte im Alltag an, andererseits ist eine gezielte Aufarbeitung gesellschaftstheoretischen Wissens notwendig. Beide Momente hängen eng zusammen, weil eben rationale Aneignung der Realität und Aneignung von Wissen nicht identisch sind. „Ein solches Begreifen ist auch deswegen nicht einfach an die ‚Wissenschaft' delegierbar, weil nicht durch lediglich äußerliche Adaption vorhandenen Wissens, sondern nur im Vollzug einer eindringenden gnostischen Aneignung der gesellschaftlichen Realität des Kapitalismus die Welt- und Selbstsicht des Menschen so umgestaltet werden kann, daß sie eine Veränderung der individuellen Lebensführung von utilitaristischer Praxis zu bewußt-kritischer, aus der Einsicht in gesamtgesellschaftliche Notwendigkeiten entspringender Praxis zwingend einschließt"[12]).

Das *zweite* Moment dieser Mobilisierung stellt die Stärkung der gewerkschaftlichen Grundorganisationen dar, denn sie bilden das eigentlich tragende Moment jeder Aktion, in ihr müssen die Gewerkschaftsmitglieder handeln, durch sie werden allgemeine Orientierungen vermittelt und umgesetzt. Und gerade darin liegt gegenwärtig noch ein gewisses Problem: Viele Kolleginen und Kollegen sind zwar Gewerkschaftsmitglieder, aber sie sind passiv (sind „Karteileichen") und begreifen die Gewerkschaften nicht primär als Ort und Organisationsform von Aktionen. Sie haben ein rein „identifikatorisches" Verhältnis zu den Gewerkschaften. Eine auf Sozialpartnerschaft ausgerichtete Gewerkschaftspolitik unterstützt eine solche Tendenz selbstverständlich. Der aber notwendige Übergang von der „Identifikationsstufe" zur „Solidaritätsstufe" ist gekennzeichnet durch: 1. volle Entfaltung der innerorganisatorischen Strukturen (u. a. regelmäßige Sitzungen, Wahl von Leitungen und Vorständen, demokratische Beschlußfassungen und Kontrolle) und theoretisch-ideologische Klarheit über die allgemeinen Aufgaben wie die „vor Ort"; 2. gemeinsame, kollektiv vorbereitete, durchgeführte und ausgewertete Praxis; 3. optimale Entwicklung der innerorganisatorischen Kommunikation[12]). – Die Bedeutung der Stärkung der innerorganischen Strukturen ist auch ganz entscheidend für die emotionale Abgesichertheit des einzelnen, besonders angesichts der gegenwärtig erschwerten Kampfbedingungen; primär *hier* erfährt er individuelle Stützung, Stärkung und Solidarität und ohne diese eigene Erfahrung sind politische Lernprozesse praktisch undenkbar.

Diese umfassende Informations- und Anleitungsarbeit, verbunden mit der Stärkung der gewerkschaftlichen Organisiertheit, waren Grundlage und die Voraussetzung für die großen Streikkämpfe seit 1976. *Wie* diese Voraussetzungen sich angesichts unternehmerischer Großangriffe auf die Kampfbereitschaft auswirken, hat Franz Steinkühler für den Streik im Januar/Februar

12) Holzkamp, Sinnliche Erkenntnis . . . , a.a.O., S. 366 (alle Sperrungen entfernt; d. Verf.).
13) Vgl. Diligenski, Sozialpsychologie . . . , a.a.O., S. 29f.

1978 plastisch geschildert: „In den Betrieben steigen die Belastungen, und schon drei Jahre verdammt dieses Wirtschaftssystem 1 Million Menschen zur Arbeitslosigkeit. Das löst Ängste aus, und niemand ist deshalb streikwütig . . . In den Betrieben also überlegte man: Wenn man uns sogar im Wirtschaftsaufschwung, mag er auch geringer sein als früher, ein Angebot von nur 3,5 Prozent macht, das real Einkommensabbau bedeutet, was wird man dann erst in der Krise mit uns anfangen . . . Daß Krisen aber in diesem Wirtschaftssystem unvermeidbar sind, haben inzwischen alle begriffen. Man versucht uns an die Wand zu drücken. Darum bleibt uns nur noch ein einziger Ausweg – der Weg nach vorn."[14])

Wir sind hier nur auf die positiven Momente in der Entwicklung des persönlichen Engagements in den gewerkschaftlichen Kämpfen eingegangen, weil sie zeigen, daß und *wie* man unter den Bedingungen der Krise kämpfen kann (gerade dies hat nochmals sehr eindrucksvoll der 44tägige Streik der Stahlarbeiter an der Jahreswende 1978/79 belegt[15]). *Insgesamt* bleibt festzuhalten, daß die Bewußtseinsentwicklung weiterhin sehr widersprüchlich und schwankend ist, also weder eindeutig von Rechtstendenzen noch eindeutig von Linkstendenzen in der Entwicklung des Arbeiterbewußtseins gesprochen werden kann[16]).

Wenden wir uns nun anderen Teilen der demokratischen Bewegung zu: Die *Bürgerbewegungen* gegen die Berufsverbote, gegen die Verjährung der NS-Verbrechen und den Neofaschismus, für Frieden und Abrüstung konnten ihren Einfluß kontinuierlich ausbauen und die verschiedenen Spaltungsmanöver relativ unbeschadet überstehen. Auch die demokratische Frauenbewegung gewinnt zunehmend an Kraft und Klarheit. Man kann also insgesamt sagen, daß diese Bürgerbewegungen viele Menschen über spezielle, sie persönlich tangierende Probleme an die „Politik" heranführen. Sie ermöglichen ihnen also jene Art der politischen Betätigung, die ihrem Entwicklungsstand angemessen ist und tragen so zur Verbreiterung und Stärkung der demokratischen Bewegung insgesamt bei.

Eine differenzierte Betrachtung ist bei Teilen der Umweltschutzbewegung und der Studentenbewegung notwendig. Die Bürgerbewegungen zum Schutze der Umwelt haben gerade in den letzten Jahren außerordentlich zugenommen und dabei zum Teil beträchtliche lokale wie auch regionale Erfolge erzielen können (Letzteres trifft besonders für die Anti-KKW-Bewegungen zu). *Objektiv* handelt es sich dabei um demokratischen Widerstand gegen Tendenzen zur reaktionären Krisenbewältigung bzw. gegen die verstärkte Zerstörung der natürlichen Umwelt durch großkapitalistisches Profitstreben. *Subjektiv* ist es für viele der erste Schritte der Verteidigung ganz elementarer

14) F. Steinkühler, zit. nach K. Pickshaus/W. Roßmann, Streik und Aussperrung '78, Frankfurt/M 1979, S. 53.
15) Vgl. L. Müller (Hrsg.), Der Streik der Stahlarbeiter, Frankfurt/M 1979; W. Gehrke (Hrsg.), Die Schlacht um 35 Stunden, Dortmund 1979.
16) Vgl. Deppe, Autonomie . . . , a.a.O., S. 215ff; W. Gerns, Klassenbewußtsein und Partei der Arbeiterklasse, Frankfurt/M 1978, S. 73ff.

Lebensinteressen. Sie sind Ausdruck einer spontanen Empörung und des ganze elementaren Versuchs, dieser Empörung „Luft zu machen", sich anderen und besonders den Verursachern bemerkbar zu machen. Angesichts des Entwicklungsstandes der demokratischen Bewegung in unserem Lande ist es schon bedeutsam, wenn gegenwärtig ca. 1.5 Mill. Menschen in Bürgerinitiativen arbeiten (es gibt bei uns 1,7 Mill Parteimitglieder)[17]). Eine neuere empirische Untersuchung hat nicht nur die Vielfältigkeit der Aktivitäten der Umweltschutzbewegung belegt[18]), sondern auch deren Bedeutung für die Aktivierung und Politisierung. Diese rührt sowohl von der langen Existenzdauer (52% bestehen seit mindestens 1973), der guten lokalen Organisationsarbeit (73% führen regelmäßig Sitzungen durch), wie auch und gerade der demokratischen Binnenstruktur her. Sozial gesehen dominieren Angehörige der „Mittelschichten", wobei allerdings in letzter Zeit ein verstärktes Engagement von Bauern (besonders in der Anti-KKW-Bewegung) festzustellen ist. Dabei sehen 69% der Initiativen das konkrete Aktionsziel und die damit verbundenen politischen Lernprozesse als gleichrangig an. Das alles bestätigt die positive Funktion der demokratischen Umweltschutzbewegungen.

Die so wichtige Frage, wie Keimformen politischen Handelns, die berechtigte Suche nach Gemeinschaft, Solidarität und Gerechtigkeit unterstützt werden kann dadurch, daß man die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund stellt und dabei Trennendes akzeptiert, ohne es zu leugnen, läßt sich besonders gut an der sogenannten „Sponti"-Bewegung innerhalb der Studentenbewegung (wie überhaupt innerhalb der gesellschaftskritischen Intelligenz) verdeutlichen. Auf einige Aspekte dieser Bewegung hat, von den Positionen der Kritischen Psychologie ausgehend, Thomas Waldhubel verwiesen." Der Protest der heutigen Studentengeneration fordert die Möglichkeit sinnhaften Tuns und legt damit alle Formen bloß, die dazu dienen, Intellektuellencharaktere hervorzubringen, die die Frage nach dem Sinn ihrer Tätigkeit entweder erst gar nicht stellen oder sie nur als private gelten lassen . . . Daß aber unmenschliche Ziele mit schwindender Aussicht auf Erfolg verfolgt werden, künden die Proteste der Spontis an . . . Es ist also was dran am Sponti-Protest!" Denn „sie

17) Vgl. U. Thaysen, Bürgerinitiativen, Parlamente und Parteien in der Bundesrepublik, in: „Zeitschrift für Parlamentsfragen", 1/1978, S. 90. – Zum hier und im folgenden angesprochenen Verhältnis von Spontaneität und Bewußtheit heißt es bei A. Gramsci, Philosophie der Praxis, Frankfurt/M 1967, S. 369: „In der ‚spontansten' Bewegung sind die Elemente der ‚bewußten Führung' einfach unkontrollierbar, sie hinterlassen kein sicheres Dokument. Man kann sagen, daß deshalb das Element der Spontaneität für die Geschichte der subalternen Klassen' charakteristisch ist, genauer: für die äußersten Randelemente dieser Klassen, die noch kein Klassenbewußtsein ‚an sich' gewonnen haben und deshalb auch nicht annehmen, daß ihre Geschichte irgendeine Wichtigkeit habe und es irgendwie wertvoll sei, dokumentarische Spuren zu hinterlassen . . . Daß in jeder ‚spontanen' Bewegung (keimhaft) ein ursprüngliches Element von bewußter Führung und Disziplin angelegt ist, wird indirekt durch die Tatsache belegt, daß es Strömungen und Gruppen gibt, die die Spontaneität als eine Methode auffassen." Und weiter heißt es (a.a.O., S. 371): „Die sogenannten ‚spontanen' Bewegungen zu vernachlässigen – oder schlimmer – sie zu verachten, darauf zu verzichten, ihnen eine bewußte Führung zu geben, kann oft ernsthafte und schwerwiegende Konsequenzen haben. Es geschieht fast immer, daß eine ‚spontane' Bewegung der unteren Klassen aus parallelen Motiven von einer reaktionären Rechtsbewegung der herrschenden Klassen begleitet wird . . . "

18) Vgl. W. Andritzky, Umweltinitiativen als politischer Machtfaktor, in: „Das Argument", 112/1978, S. 834ff; als bedeutsames Dokument des hohen gesellschaftspolitischen Niveaus der Umweltschutzbewegung ist anzusehen: Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Thesen für ein ökologisches Gesamtkonzept (Auszüge), in: „Deutsche Volkszeitung" vom 23. 8. 1979, S. 10.

verteidigen den Glücks- und Selbstverwirklichungsanspruch des Individuums und kritisieren das Leidensvolle an der Vergesellschaftung in entfremdeter Form". Und zu den „Verständigungsschwierigkeiten" innerhalb der Studentenbewegung meint Waldhubel: „Das kennt man ja schon. Die unfruchtbaren, an Taubstummengespräche gemahnenden gegenseitigen Vorhaltungen aber beweisen: Den Spontis geht es nicht um die Verwerfung bürgerlicher Wissenschaft. Ihr Protest ist radikaler gemeint, weil ‚irgendetwas' an ihrer Lebenswurzel nagt. Ohnmachtsgefühle, Erlebnisse des Beherrschtseins, des Verlustes von Selbstbestimmung sollen ihren Grund haben in der *Beschäftigung* mit Wissenschaft."[19]) – Hier wird richtig herausgearbeitet, daß es unter den Studenten, wie auch generell bei den Intellektuellen, ein erhöhtes Maß an Sensibilität gegenüber den verschiedenen Formen der gesellschaftlichen Unterdrückung gibt, also der Verhinderung eines perspektivvollen und befriedigenden Lebens. Dabei ist es gleichzeitig nicht mehr so offensichtlich (wie etwa zu Beginn der 70er Jahre), daß man dagegen etwas unternehmen kann. Was die „Spontis" den „Angepaßten" voraus haben, ist das Bewußtsein der eigenen Unterdrücktheit, ist die Empfindsamkeit, die Leiden überhaupt erst wahrnehmbar und erkennbar macht. Dieses Leiden muß dabei als emotionaler Ausdruck der realen eigenen Abhängigkeit von nur schwer beeinflußbaren „Mächten" verstanden werden und darf nicht mit dem Hinweis übergangen werden, daß man sich einfach „zusammenreißen" müsse. Insofern ist die Fähigkeit zu leiden etwas Positives, ist sie ein möglicher *Ansatzpunkt* frür die eigene Aktivierung. Doch wer das eigene Leiden nicht „kultivieren", sonder *überwinden* will, der muß unabdingbar den zweiten Schritt tun, muß nach Zielen und Wegen suchen, wie dieses Leiden überwunden werden kann. Und genau dazu ist unter unseren gegenwärtigen politischen Bedingungen viel Mut, Wille und Risikobereitschaft erforderlich; gerade deshalb ist das Verbleiben im Zustand des Leidens der einfachere Weg, der bequemere Weg, aber er ist mit Sicherheit auch der schlechteste Weg, der Weg in eine Sackgasse. Er führt meines Erachtens häufig in die *Anpassung* an die bestehenden Verhältnisse (wie immer diese Anpassung individuell auch legitimiert wird) und damit – das sollte niemals vergessen werden – zu einer nochmaligen Reduzierung der eigenen Lebensansprüche. Diese Tendenz zur Anpassung mag man anfangs noch spüren, mag noch ein „schlechtes Gewissen" und ein „ungutes Gefühl" haben. Nach einer gewissen Zeit ist das vorbei, dann hat man den „Absprung" verpaßt und wird jemand, der man eigentlich nicht werden wollte. Man hat dann nicht aufgehört „Utopien" nachzujagen, sondern man hat aufgehört, um das auch hier und heute mögliche Maß an Menschlichkeit und Befriedigung zu kämpfen. Anstatt sein Leben in die eige-

19) Th. Waldhubel, Sponti-Bewegung: Flucht in den Alltag?, in: „Das Argument", 113 (1979), S. 9 ff. – Trotz aller Probleme und Meinungsverschiedenheiten hat es immer wieder fruchtbare Ansätze der Verständigung innerhalb der demokratischen Studentenbewegung gegeben und gibt es auch heute. Vgl. M. Jansen/B. Landefeld/A. Schmeissner/M. Sieg, Zur Strategie der Studentenbewegung und den Möglichkeiten alternativer Politik in der BRD, in: „Blätter", 11/1977; eine aktuelle, alle Linkskräfte umfassende Diskussion findet sich in „rote blätter" (Organ des MSB Spartakus), 7/8, 9 und 10/1979.

nen Hände zu nehmen und gemeinsam mit anderen diese Welt zu verbessern, wird man zu einem Stück Treibholz im Strom der politischen Ereignisse und hofft allenfalls noch auf schöne Stunden und bessere Zeiten. Anders und grundsätzlicher gesagt: „Das kurzfristige Ausweichen vor Entscheidungen und den damit verbundenen Schwierigkeiten und Konflikten, das immer das mehr oder weniger deutliche Wissen um die prinzipielle Ungelöstheit der individuellen Probleme einschließt, kann zu einer generellen Hemmung des auf die Zukunft gerichteten Denkens und Handelns führen, so daß das unmittelbar In-den-Tag-Hineinleben, das Festhalten an dem Gegebenen, nicht nur Ausdruck äußerer Unterdrückung ist, sondern zugleich zu einem individuellen Bedürfnis sich verfestigen kann, in welchem sich die eigene Ohnmacht und Hilflosigkeit spiegelt."[20])

Dabei sei nochmals betont: Hier ist nicht behauptet worden, daß „Spontis" prinzipiell unpolitisch und resignativ sind. Denn es ist offensichtlich, daß auch weltpolitische Ereignisse zunächst einmal rein „private" Betroffenheit auslösen. Genauso klar ist es, daß solche Betroffenheit nicht schon zwangsläufig dazu führt, daß man sich den „großen" politischen Bewegungen und Organisationen anschließt, sondern daß man zunächst einmal im „kleinen" und überschaubaren Rahmen aktiv wird. Als *Problem* sollte hier lediglich geäußert werden, daß solche spontanen politischen Bewegungen im Falle immer einzurechnender Mißerfolge bei ihren Mitgliedern in gewissen Fällen jene oben genannten resignativen Tendenzen auslösen[21]). Gerade dabei gilt aber, *daß man niemanden aufgibt, der sich nicht selbst aufgibt!* – Unter diesem Aspekt muß aber auch die Tendenz unter Teilen der „Sponti"-Bewegung kritisch betrachtet werden, die Spontaneität zur politischen Strategie und Methode zu erheben, denn dies verhindert zum Teil eine kontinuierliche politische Praxis und stellt damit der Bündnisfähigkeit der gesamten Bewegung ernsthafte Hindernisse entgegen.

Wenn man die Gesamtentwicklung der demokratischen Bewegung und des persönlichen Engagements in der nun schon einige Jahre andauernden politischen Krise betrachtet, so stellt man einerseits fest, daß das demokratische Potential und Engagement gewachsen ist, also die Bereitschaft für seine eige-

---

20) Holzkamp-Osterkamp, Erkenntnis . . . , a.a.a.O., S. 61.

21) Daß es keineswegs unnötig ist, auf solche *Gefahren* hinzuweisen, zeigt die Tatsache, daß in bestimmten Teilen der Linken die Lebensphilosophie, besonders der Absurdismus, wieder an Einfluß gewinnt (Vgl. W. Busch, Machtstaatsideologie und linke Melancholie, in: „Das Argument", 115/1979). Die außerordentlich widersprüchliche Funktion des Absurdismus und seines „Verzweiflungsmotivs" hat W. F. Haug, Kritik des Absurdismus, Köln 1976, S. XIII und S. XVIf. treffend so bestimmt: „Die Verzweiflung nützt der Bourgeoisie beim Umbiegen potentiell sozialistischen, weil antikapitalistischen oder doch antiimperialistischen Bewußtseins seitens der durch Gedanken überhaupt beeindruckbaren Angehörigen der bürgerlichen Klasse, die ihr Denken zudem nicht den Tatsachen verschließen. Freilich kann die Verzweiflung für solches Umbiegen kritischen Bewußtseins in Dienst genommen werden nur, weil diesem eine spontane Bereitschaft dazu innewohnt". Denn der „Absurdismus wirkt apologetisch in einer Gesellschaft, zu deren Struktur Unordnung, Krisen, Verlassenheit des Individuums unaufhebbar gehören. Dieser apologetische Pessimismus wirkt entmutigend auf jeden Versuch, die gesellschaftlichen Beziehungen in vernünftig-solidarischem Sinn umzugestalten. Eine Anschlußkonstruktion ist die folgende: Schlimmer als die bestehende Unvernunft ist der Versuch vernünftiger Planung, der unvermeidlich zu totalitärem Widersinn führt."

nen Interessen einzutreten; andererseits gibt es Schwankungen, Unsicherheiten, Tendenzen zur Passivität und zur Resignation. Diese rühren besonders von der außerordnetlichen Schwierigkeit her, konkrete Erfolge zu erzielen. Um resignativen Tendenzen entgegenzuwirken, besonders angesichts der großen Herausforderung durch das „Programm Strauß", stellen sich der demokratischen Bewegung aktuell zwei *Hauptaufgaben*: 1. Die Aktivitäten auf den je spezifischen Gebieten zu intensivieren; 2. alles Trennende in den Hintergrund zu stellen und das gemeinsame Interesse am Frieden, an der Demokratie und am sozialen Fortschritt zur primären Richtschnur des (eigenen) politischen Handelns zu machen. Das bedeutet für die tagtägliche politische Kleinarbeit: die Aufklärung über Mißstände mit angemessenen (u. U. auch kleinen, aber spektakulären) Aktionen zu verbinden; alle Ansätze zur Aktivierung der Lohnabhängigen nutzen und unterstützen, innerhalb wie außerhalb der Gewerkschaften; für die Präsenz der demokratischen Kräfte überall dort sorgen, wo die Massen sind (z. B. auch in Sportvereinen) und gerade hier wie überall das persönliche Gespräch mit den Menschen suchen, über ihre Probleme mit ihnen sprechen und Möglichkeiten der Abhilfe suchen. – Aber andere kann man nur wirklich überzeugen, wenn man selbst überzeugt ist. Und dazu muß man sich selbst und den anderen – auch in schwierigen Zeiten – stets klarmachen: „In dem Maße, wie die Klassenstruktur der bürgerlichen Gesellschaft durch die gesellschaftlichen Oberflächengegebenheiten hindurch erfaßt und für die eigene Praxis bestimmend wird, ist auch die Anarchie und Irrationalität menschlicher Interaktions- und Kommunikationsformen in der bürgerlichen Gesellschaft erkennbar; Interaktions- und Kommunikationsweisen bewußter vernünftiger Kooperation, in welcher Menschen weder durch die Absurdität der individuellen Konkurrenz voneinander geschieden und in die Sorge um die individuelle Existenz eingeschlossen noch auf die individuelle Konsumtion zurückgeworfen, sondern durch die gemeinsame Aufgabe nach Maßgabe der objektiven Möglichkeiten bewußt zu gestaltender gesellschaftlicher Lebensverhältnisse miteinander verbunden sind, so daß nur noch die Alternative der Anerkennung des fremden Beitrags oder der Hilfestellung gegenüber dem anderen besteht, werden zu Perspektiven gesellschaftlicher Praxis und sind dadurch in bestimmter Weise bereits unter den bestehenden Verhältnissen verwirklicht".[22])

22) Holzkamp, Sinnliche Erkenntnis . . . , a.a.O., S. 262f.

Die Mythologisierung der Wahlkabine

Zur Kritik der herrschenden Wahlforschung

Von Friedhelm Kröll

Die Wahlkabine ist hierzulande immer wieder zum Ort der Demokratie schlechthin und die Stimmabgabe des Bürgers zum demokratischen Akt par excellence deklariert worden. Diese kurzschlüssige, mithin restriktive Ineinssetzung von parlamentarischen Wahlen und Demokratie ist von der herrschenden Wahlforschung, welche nicht zufällig zu einem zentralen Bestandteil der Politischen Soziologie ausgewachsen ist, seit den fünfziger Jahren unablässig propagiert worden. Im Zeichen der inzwischen vielzitierten Staats- und Parteienverdrossenheit, subjektiver Reflex der „Krise des Parlamentarismus", einerseits und gewachsener außerparlamentarisch demokratischer Kraftentwicklung anderseits, hat jene oberflächliche Identifizierung von parlamentarischen Wahlen und Demokratie Risse bekommen. Das blinde Vertrauen in das mechanische Funktionieren und die gesellschaftspolitische Legitimation einer ausgedünnten „Stimmbürger-Demokratie" ist sogar in Kreisen der herrschenden Wahlforschung verloren gegangen. Die nicht geringen Proportionen von Wahlenthaltung bei den EG-Parlamentswahlen auch in der Bundesrepublik dürften im übrigen gleichfalls zu einem Vertrauensschwund in die Zugkraft einer wahlstatistisch reduzierten Stimmbürger-Demokratie geführt haben. Vor diesem Entwicklungshintergrund scheint es sinnvoll, die Geschichte der bundesdeutschen Wahlforschung als eines ideologischen Faktors der Entwicklung der politischen Demokratie zu vergegenwärtigen, um einige Aspekte der gegenwärtigen (wahl-) politischen Prozesse genauer bestimmen zu können.

I

Der Entwicklungsweg der Wahlforschung in der Bundesrepublik stellt sich dar als Prozeß der Formalisierung und Psychologisierung des Demokratieverständnisses. Dieser Vorgang ist begleitet von einem erheblichen Verlust an historischer Kategorienbildung. Die hängt damit zusammen, daß Wahlforschung nicht zufällig zu einer „klassischen" Domäne der neupositivistischen Sozialwissenschaft geworden ist. Vorab präsentiert sich der Forschungsgegenstand selbst, in Gestalt von amtlichen statistischen Wahlergebnissen, in einer Form, die dem datenfrohen Empirismus geradezu auf den Leib geschrieben ist. Gleichwohl waren es nicht nur die Verlockungen der amtlich aufbereiteten Datenmengen, welche die neupositivistische Sozialwissenschaft zur Wahlforschung hinzogen. Daß es ihr nämlich darüber hinaus gelang, den konzeptiven Drehpunkt der Wahlforschung, die Wahlsoziologie, zu besetzen, hat real- und ideologiegeschichtliche Ursachen.

Es gibt zwar in der Geschichte der bundesdeutschen Wahlforschung Untersuchungsansätze, die sich nicht im Sog des empiristischen Forschungsideals

bewegen; sie sind aber über ein Schattendasein nicht hinausgelangt. Hierzu gehören u. a. Arbeiten aus der polit-ökologischen Schule von Rudolf Heberle, exemplarisch dessen historisch-orientierte empirische Wahlstudie „Landbevölkerung und Nationalsozialismus"[1]). 1957 hat Wolfgang Abendroth eine Orientierungsskizze für eine materialistische, historisch-analytisch verfahrene Wahlsoziologie entworfen, die aber bisher kaum ernsthaft aufgegriffen worden ist[2]). Hier deutet sich ein Versäumnis materialistisch orientierter Sozialwissenschaftler an; sie haben das Feld der Wahlforschung mithin freiwillig geräumt und es damit der positivistischen Wahlsoziologie erheblich erleichtert, zur bestimmenden Forschungsrichtung auf diesem Gebiet aufzusteigen. Die Ursachen und Motive für jenes Versäumnis freizulegen, wäre ein eigenes Kapitel bundesdeutscher Wissenschaftsgeschichte und kann hier nicht erörtert werden. Nur, es gibt keinen hinreichenden Grund, auf eine materialistische Wahlsoziologie zu verzichten; es wäre umgekehrt an der Zeit, die von Abendroth skizzierten Ansätze aufzugreifen und weiterzuentwickeln.

Bundesdeutsche Wahlforschung, so wie sie sich in ihrer herrschenden Gestalt darstellt, hat auf ihre Weise mit dazu beigetragen, den materialen Gehalt des Grundgesetzes von 1949 einzuschrumpfen auf die verkürzte Norm formaldemokratischer *Verfahrensweise*. Sie hat wesentlich die Tendenz mitbegünstigt, den Demokratiebegriff einzuengen auf die Sphäre parlamentarischer Wahlen. Von Anfang an galten der etablierten Wahlsoziologie zumal die Bundestagswahlen als „Königsrunden" funktionierender Spielregel-Demokratie. Dementsprechend zerfiel ihre Forschungskonzeption in die Sozialpsychologie des Wählers einerseits, ergänzt durch sozial-statistische Hintergrunddaten, und in die Analyse parlamentarisch-demokratischer Institutionen und Mechanismen andererseits, ergänzt durch organisationssoziologische Parteien- und Verbändeforschung. Gesellschaftliche Determinanten parlamentarischer Wahlen wurden umfrisiert zu marktanalogen Handlungsmodellen. Im Kern wurde Demokratie dargestellt als Problem von (Personen-, Parteien-) Angebot und (Wähler-) Nachfrage. Probleme der Herrschaftsverhältnisse, die im Kontext der Untersuchung von parlamentarischen Wahlen zwangsläufig sich stellen, wurden mit Hilfe windiger Analogien aus dem Marketing-Bereich abgefertigt. Der ominöse „König Konsument", der gemäß der primitiven marktwirtschaftlichen Ideologie den Gang der Ökonomie angeblich bestimmt, tauchte in der Wahlsoziologie als „König Wähler" in seiner politischen Gestalt wieder auf. Dieser „König Wähler" wird als Demiurg politischer Prozesse vorgestellt, weil er mit der „Hausmacht" des Wahlrechtes ausgestattet sei. Unter diesen Vorzeichen erschöpfte sich Demokratie in der turnusmäßigen Wahrnehmung des verbrieften Wahlrechts. Von Anfang an galt für die Wahlforschung folgende Gleichung: „mündiger Bürger" = „Wahlbürger". Wirklich problematisch ist diese Gleichung deshalb, weil die etablierte Wahlsoziologie sich immer auch explizit als *Demokratie*forschung

1) Vgl. R. Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus, Stuttgart 1963.
2) Vgl. W. Abendroth, Aufgaben und Methoden einer deutschen historischen Wahlsoziologie, in: „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte", 5/1957.

verstanden hat[3]). Wenn eine solcherart auftretende Wahlsoziologie das politische Handeln der Bürger reduziert auf die periodischen Wahlakte und zugleich darüber hinausgehende politische Praxisformen rigoros aus dem parlamentaristisch restringierten Demokratiebegriff ausblendet, dann werden fatale Weichen gestellt. Zum einen wird der Demokratiebegriff unzulässig aufgelöst in parlamentarische Wahlen, zum anderen geraten folglich außerparlamentarische demokratische Aktivitäten unversehens in eine vorgeblich unzureichend demokratisch legitimierte Grauzone. Hier liegt eine der Wurzeln, warum die neupositivistische Wahlforschung immer schon herrschender, d. h. der Beliebtheit der Herrschenden sich erfreuen durfte; einmal ganz abgesehen von pragmatischen Kalkulations- und Prognose-Diensten, die sie den Bundestagsparteien leistet.

Ihre Selbstgewißheit hat die etablierte Wahlforschung jedoch nicht nur aus ihren unbestreitbaren Prognoseerfolgen bezogen, nicht nur aus der kritiklosen Übernahme des von den herrschenden politischen Instanzen einzig autorisierten, parlamentaristisch reduzierten Demokratiemodells. Darüber hinaus speiste sich ihr Selbstbewußtsein als legitimes Organ der Demokratieforschung aus ihrer ideologisch ausbeutbaren Funktion als Lieferant für Fakten, die bezeugen helfen, daß die Bundesrepublik – in Nachahmung des US-amerikanischen politischen Modells – gleichsam die Krönung der deutschen Demokratiegeschichte sei. Wahlforschung lieferte im Wege „solider Empirie" augenscheinliches Demonstrationsmaterial zur Legitimation herrschender parlamentarischer Strukturen. Sie glorifizierte auf ihre Weise den „demokratischen Pluralismus", indem sie unterm Schein „wertfreier" empirischer Datenerhebung die Formel vom „freiheitlich-demokratischen System" gegen Kritik abzuschirmen half. Indem Wahlforschung von der sozio-ökonomischen und politischen Realgeschichte weitgehend abstrahierte, Ökonomie in sozialstatistische Hintergrunddaten auflöste, gesellschaftliche Klassen in willkürlich zusammengefaßte Kategorien von Wahlbürgern verwandelte und endlich Demokratie einschrumpfte auf die turnusmäßige „Freiheit der Wahlkabine", trug sie nicht unerheblich dazu bei, gleichsam empirisch – mit „harten Fakten" – die herrschende Gestalt des politischen Systems der BRD als „freiheitlich-demokratisch" gegen den als „totalitäre Einparteien-Diktatur" pauschal diffamierten Weg der DDR zu einer sozialistischen Demokratie auszuspielen. Ganz im Sinne des naiven Positivismus genügte dieser Art von Demokratieforschung der simple Verweis auf die amtlich registrierten Wahlergebnisse, die sie ohne Nachdenken als „Absage an den politischen Radikalismus" und als Beweis für eine funktionierende Demokratie in der BRD las. (Daß Wahlvorgänge und -strukturen in der DDR natürlich erst gar nicht mit der empirischen Elle gemessen, sondern aufgrund von ideologisiertem Hörensagen vorweg als „totalitär" verworfen werden, wird kaum verwundern).

Das Aufblühen der bundesdeutschen Wahlforschung im Lichte der Geschichte der BRD-DDR-Beziehungen zu analysieren, wäre allemal ein eige-

3) Vgl. U. Liepelt/A. Mitscherlich, Thesen zur Wählerfluktuation. Bericht über eine Tagung des Instituts für Angewandte Sozialwissenschaft, Frankfurt/M. 1978; D. Just/L. Romain, Auf der Suche nach dem mündigen Wähler – Die Wahlentscheidung 1972 und ihre Konsequenzen, Bonn 1974 sowie transfer 2 – Sonden im politischen Markt, Opladen 1976.

nes lohnenswertes Kapitel bundesdeutscher Politik-, Wissenschafts- und Ideologiegeschichte im Zeichen des Antikommunismus. Wahlsoziologie als konstitutiver Teil der politischen Soziologie, Politologie und Demokratieforschung stand und steht im Zeichen des Totalitarismus-Edikts, das Hans Maier für die Politologie deutlich ausgesprochen hat[4]). Wahlforschung leistete ihren Beitrag gegen die „Bedrohung des Totalitarismus"[5]). Die Glorifizierung parlamentarischer Wahlen leistete Abgrenzungsnachweise gegenüber dem Hitlerfaschismus und Diffamierungsdienste gegenüber der DDR.

II

Wahlforschung ist in der Bundesrepublik fest in die herrschenden ideologischen Verhältnisse institutionalisiert; sinnfällig als sportiver Teil von Unterhaltungssendungen an Wahlsonntagabenden.

Die Ursprünge bundesdeutscher Wahlforschung liegen in der kommerziell betriebenen Markt- und Meinungsforschung sowie in der spezifischen Entwicklungsgeschichte der bundesdeutschen Politologie resp. Politischen Soziologie. Die Ursprünge weisen US-amerikanische Einflüsse aus. Zwar gab es in Deutschland schon in den 20er Jahren Ansätze zu einer systematischen Wahlforschung; sie bewegten sich aber nicht im Magnetfeld kommerzieller Meinungsforschung[6]). Diese strukturorientierte Tradition wurde 1933 unterbrochen. Sie fand nach 1945 wenig Nachfolge. Statt dessen bestimmte die psychologistische, konsumentenorientierte Meinungsforschung den Gang der akademischen und außerakademischen Wahlforschung.

Es darf nicht übersehen werden, daß es während des Hitlerfaschismus Formen gezielter Meinungserhebung gab, die in die politisch-psychologische Herrschaftspraxis einflossen. Bekanntlich hat der Sicherheitsdienst (SD) kontinuierlich Dossiers zur Stimmungslage der deutschen Bevölkerung in Form von „Geheimen Lageberichten" zusammengetragen. Die vom SD initiierten „Meldungen aus dem Reich" zeugen unverhüllt vom instrumentellen Herrschaftscharakter, der der Entwicklung der bürgerlichen Meinungsforschung je schon innewohnte[7]).

1947 wurde von Elisabeth Noelle das „Institut für Demoskopie Allensbach" gegründet. An ihm wird der enge Zusammenhang von Marktforschung und Wahlanalyse als spezifischer Form bürgerlich-parlamentarischer Instrumentierung politischer Meinungsforschung sichtbar. Die wenig beachtete Pointe der Genese bundesdeutscher Meinungs- und Wahlforschung liegt darin, daß sie nicht einfach unmittelbarer Reflex auf die Zerschlagung des Hitlerfaschismus bzw. die Etablierung des parlamentarischen Systems in der BRD

4) Vgl. H. Maier, Zur Lage der politischen Wissenschaft nach dem zweiten Weltkrieg (1962), wiederabgedruckt in: H. Maier, Politische Wissenschaft in Deutschland. Aufsätze zur Lehrtradition und Bildungspraxis, München 1969, S. 89.

5) Ebd., S. 109.

6) Vgl. zur Tradition von Wahlforschung als „Politischer Ökologie". R. Heberle, Hauptprobleme der Politischen Soziologie, Stuttgart 1967, S. 224–250.

7) Vgl. Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den Geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939–1944 (Hrsg. H. Boberach), München 1968.

nach 1949 war. Sie hat zwar im Rahmen der sog. Re-education einen wesentlichen Schub erfahren, reicht aber historisch weiter zurück. Schon 1940 hat Elisabeth Noelle an der Universität Berlin eine Dissertation publiziert unter dem Titel, Meinungs- und Massenforschung in USA. Umfragen über Politik und Presse[8]). Diese wahrscheinlich erste deutschsprachige Buchpublikation über Meinungsforschung positivistischer Provenienz resultierte aus Kenntnissen, die sich Elisabeth Noelle 1937/38 im Rahmen eines Austauschstipendiums in den USA erwarb. Dieser bemerkenswerte Vorlauf kam erst zur Geltung mit der tendenziellen Amerikanisierung bundesdeutscher Wahlen, zumal der Umgestaltung von Wahlkämpfen in groß angelegte entpolitisierende Werbefeldzüge. An jener personellen Kontinuität deutet sich der bestimmende Einfluß der US-amerikanischen Meinungs- und Wahlforschung auf die einschlägige bundesdeutsche Entwicklung an. Wahlforschung („electorial research") bildete sich zu einem Kernbereich der Politischen Soziologie aus; diese Form von Demokratieforschung wurde eine Domäne von Marktforschern und Sozialpsychologen.

Während nach 1949 – von relevanten Ausnahmen abgesehen – Politologie sich zu einer Lehre von den politischen Institutionen, Regelungen und Verfahrensweisen entwickelte, bildete die empirische Wahlforschung gleichsam ihr stoffliches Pendant. Was der formalisierenden Politologie „demokratisch-parlamentarischer Spielregeln" selbst fehlte, nämlich stofflich-inhaltliche Substanz, wurde ihr durch die datenfreudige Wahlforschung zugeliefert. Formalisierende Politologie und empirische Wahlforschung leisteten vereint ihren Beitrag zu einer restriktiven und formalistischen Auslegung der Verfassung von 1949, insofern sie den herrschenden politischen Interessen sich anpaßten und die etablierte Gestalt des bundesdeutschen Parlamentarismus als einzig zulässigen politischen way of life legitimierten.

„Nur in der politischen Demokratie ist Wahlforschung von Interesse", so lautet die Devise der Ineinssetzung von Wahlsoziologie und Demokratieforschung in einem repräsentativen Band über „Empirische Wahlforschung"[9]). Die Wahlforscher gehen soweit, die Existenz empirischer Wahluntersuchungen selbst schon als Schlüsselkriterium dafür anzusehen, ob ein politisches System das Prädikat demokratisch für sich beanspruchen darf oder nicht. Diederich macht dies deutlich, indem er Wahlsoziologie z. B. für die „UDSSR" oder „Jugoslawien" sowie für „Entwicklungsländer", die keinen angelsächsischen Parlamentarismus besitzen, für nicht anwendbar hält. Nichtanwendbarkeit aber zeugt von einem „totalitären" Charakter. Wahlforschung setzt sich selbst als *die* Untersuchungsform des „politischen Systems der Demokratie" schlechthin[10]). Mit der Identifizierung von Wahl- und Demokratiefor-

8) Vgl. E. Noelle, Umfragen in der Massengesellschaft. Einführung in die Methoden der Demoskopie, Reinbek 1963, S. 319.
9) N. Diederich, Empirische Wahlforschung. Konzeptionen und Methoden im internationalen Vergleich, Köln-Opladen 1965, S. 11.
10) Vgl. E. K. Scheuch/R. Wildenmann (Hrsg.), Zur Soziologie der Wahl, in: „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie" (1965), Sonderheft 9, 2. Aufl. 1968.

schung wird unversehens der Demokratiebegriff ausgedünnt; übrig bleiben als demokratische Charakteristica letztlich nur die Einhaltung parlamentarischer Spielregeln und das unterm Gesichtspunkt der Konsumentenpsychologie betrachtete Wahlrecht der Bürger. Auf diese Weise wird Wahlsoziologie nicht nur zu einem Diffamierungsinstrument gegen politische Systeme in den sozialistischen Ländern, sondern auch gegen politische Emanzipationsbestrebungen in den Ländern der „Dritten Welt", sofern sie nicht willens sind, das vielgepriesene „Westminster-Modell" zu übernehmen.

III

Schon die Bundestagswahlen von 1953 wurden wahlsoziologisch nachuntersucht[11]). Jedoch erst Ende der 50er und zu Beginn der 60er Jahre wuchs das Interesse an politischer Demoskopie und empirischer Wahlforschung in den Parteien CDU/CSU, FDP und SPD; sie erkannten sie als nützliche Organe[12]). Grundlage für den Erfolg der positivistischen Wahlforschung bildeten einerseits eine bestimmte Profilausprägung der Bundesparteien und andererseits bestimmte Entwicklungen im Verhältnis von Gesellschaft und politisch-parlamentarischem System. Nachdem die KPD 1956 auf verfassungswidrig-kaltem Weg ausgeschaltet war, war eine wesentliche praktische Voraussetzung für eine am US-amerikanischen Vorbild des politischen Markt-Konsumenten-Modells ausgerichtete Wahlforschung gegeben, insofern als die wirkliche *Trennung* zwischen außerparlamentarisch-gesellschaftspolitischer Bewegung und parlamentarisch-parteipolitischen Prozessen einen wesentlichen Schub erfuhr. Des weiteren kam dem Erfolg der sich etablierenden Wahlforschung entgegen, daß die CDU/CSU zu Ende der 50er Jahre das diversifizierte rechte Parteien- und politische Vereinigungsspektrum in sich zusammenzufassen begann und auf diese Weise ebenfalls die tendenzielle Abtrennung der parlamentarischen Ebene von außerparlamentarischen gesellschaftlichen Bewegungen weitertrieb. Endlich die Godesberger Häutung der SPD von 1959 vervollständigte eine parlamentarische Szene in der Bundesrepublik, die tendenziell der entpolitisierten und restringierten Parteinlandschaft einer „demokratischen Mitte" nach US-Vorbild sich anzugleichen begann. Mit der Godesberger Metamorphose zur „Volkspartei" rangierte sich die SPD maßgerecht in jenes Kriterien- und Kategorienraster ein, das von der positivistischen Wahlforschung favorisiert wurde. Denn diese ist ausgerichtet an einem Gesellschaftsmodell, aus welchem gesellschaftliche Klassen als politisch konstitutive Faktoren herausoperiert sind. Sie geht vielmehr von der Ideologie atomisierter Bürger aus, die einzig im Wege parlamentarischer Wahlen als isolierte Wahlbürger ihren konstitutiven politischen Ausdruck finden.

Kommerzielle und akademische Wahlforschung hatten mit den Bundestagswahlen von 1961 ihre erste „große Stunde". Zum ersten Mal wurden Wahlen nach dem US-Muster der sog. Spitzenkandidatenwahl – Willy Brandt versus

11) Vgl. W. Hirsch-Weber/K. Schütz, Wähler und Gewählte. Eine Untersuchung der Bundestagswahlen 1953, Berlin (West)-Frankfurt/M. 1957.
12) Vgl. G. Schmidtchen, Die befragte Nation. Über den Einfluß der Meinungsforschung auf die Politik, Freiburg 1959.

Konrad Adenauer – angelegt. Die wachsende Personalisierung und der zunehmend psychologisierende Marketing-Zuschnitt der Bundestagswahlen färbte wiederum auf die Gestalt der Landtags- und Kommunalwahlen ab, wenngleich auf der *kommunalen* Ebene der Zusammenhang zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Bewegung durchweg in stärkerem Maß erhalten blieb.

Mit den Bundestagswahlen von 1965 bürgerte sich die wettfrohe, für das politische Bewußtsein allemal fatale Dramaturgie des „Kopf-an-Kopf-Rennens" als öffentlicher Kulminationspunkt parlamentarischer Wahlen ein. Die Wahlforschung und politische Demoskopie fanden endlich jenen Zustand vor, der sie zu einem parteipolitischen Manipulationsinstrument aufwertete[13]). Die entpolitisierende Zurichtung der Wahlen und Wahlkämpfe richtete die Wahlforschung erfolgreich auf. In dem schon zitierten Sammelband von Dederich[14]) spiegelt sich die Tatsache, daß die bundesdeutsche Wahlforschung, was Kategorien, Techniken und Ziele angeht, auf dem Wege ist, ein getreues Abbild des in den USA erfolgreich erprobten „electorial research" zu werden[15]).

Je präziser die Forschung in der Lage war, Wahlergebnisse auf Prozentpunkte genau vorherzusagen, desto mehr wurden auf sie gleichsam mystische Kräfte projiziert, desto mehr trieben die Bundestagsparteien entlang der Demoskopie politische Profilkosmetik. Allerdings, nicht zufällig aus dem konservativen Lager[16]), meldeten sich skeptische Stimmen, die vor einer perspektivischen Blindheit gegenüber den prognostischen Erfolgen der Wahlforschung warnen. Konservative Kritiker wie z. B. Johannes Gross argwöhnten, daß die *wirklichen* Voraussetzungen, auf denen das Erfolgsrezept der am Angebot-Nachfrage-Modell basierenden Wahlforschung beruht, bloß temporärer Natur seien. Anders, das Mißtrauen galt dem glatten Schein eines klassenbefriedeten Kapitalismus, der Ewigkeitsdauer eines entpolitisierten gesellschaftlichen Bewußtseins und der Tiefenstabilität der Trennung zwischen der von den Bundestagsparteien besetzten parlamentarischen Ebene und der Sphäre außerparlamentarischer gesellschaftspolitischer Bewegungen. Es wurde zunehmend bezweifelt, daß die Reduktion von politischer Demokratie auf die Stimmabgabe an den periodischen Wahlsonntagen von Dauer sei. Allerdings, solange die Sphäre parlamentarischer Wahlen eine einigermaßen abgeschirmte *Eigenwelt* bildet, d. h. solange im Bewußtsein der Mehrheit der Bevölkerung die „Wahlkabine" eine mystifizierte Stätte der Demokratie darstellt, sieht sich die etablierte Wahlforschung zu einer grundlegenden Revision ihrer formalisierten Demokratiemodelle nicht gezwungen. Ideologiekritische Abfuhren, wie sie ihr durch die radikale Parlamentarismus- und Demoskopiekritik erteilt worden sind[17]), haben deshalb auch keine tiefe Wirkung

13) Vgl. K. Rückmann, Demoskopie oder Demagogie? Zur Meinungsforschung in der BRD, Frankfurt/M. 1972.
14) Vgl. Diederich, a. a. O.
15) Schulbildend die exemplarischen Studien zu den US-Präsidentschaftswahlen von 1940: P. F. Lazarsfeld/B. Berelson/H. Gaudet, Wahlen und Wähler. Soziologie des Wahlverhaltens, Neuwied-Berlin 1969.
16) Vgl. eine Reihe von einschlägigen Artikeln in der Zeitschrift „Der Monat" zu Mitte der 60er Jahre.
17) J. Agnoli/P. Brückner, Die Transformation der Demokratie, Frankfurt/M. 1968.

hinterlassen. Erst eine *praktische Kritik* zwingt die herrschende Wahlsoziologie zu Revisionen. Praktische Kritik heißt, daß die außerparlamentarische demokratische Bewegung einen ihr angemessenen, unverzerrten parlamentarischen Ausdruck findet. Das würde z. B. bedeuten, daß der zerrissene, in der Wahl z. B. der SPD als „kleinerem Übel" *verschobene* Zusammenhang von außerparlamentarischer Interessenentfaltung und parlamentarischer Positions- und Willensbildung in einer politisch reiferen Form aufgehoben wird. Eine solche realdemokratische Entzerrung ist gleichbedeutend mit der Entmystifizierung der „Wahlkabine". Eine solche Tendenz rückte den Status parlamentarischer Wahlen als *ein* Moment im Kontext gesamtpolitischer Willensbildung und Interessenvertretung wieder zurecht.

In den 70er Jahren haben sich punktuell auf der Ebene der *Kommunalwahlen* Ansätze zu einer Entmythisierung der parlamentarischen Wahlen gebildet. Auf dieser Ebene sind freilich die Voraussetzungen hierfür günstig, weil der innere Zusammenhang von Parlamentarismus und gesellschaftspolitischer Aktion in größerem Maße sinnfällig wird. Es nimmt deshalb kaum wunder, daß die bürgerliche Wahlforschung sehr prompt auf das punktuelle Erscheinen der DKP als einer politischen Kraft innerhalb der außerparlamentarischen demokratischen Bewegung in Kommunalparlamenten reagiert hat. Einige Wahlforscher haben die *bestimmte Negation* des ausgelaugten parlamentarischen Systems zutreffend empfunden. Bestimmte Negation heißt, daß die tendenzielle Abgehobenheit parlamentarischer Wahlen als isolierter Sonntagsform politischen Handelns von den politisch-sozialen Alltagsformen tendenziell aufgehoben wird. Änliches gilt für die Wahlerfolge der Grünen oder der Bunten Listen, die unter den genannten Vorzeichen ebenfalls als eine Form praktischer Kritik am etablierten Parteienparlamentarismus verstanden werden müssen. Auch wenn der Versuch, ökologische u. a. Bürgerbewegungen in parteipolitische Bahnen zu kanalisieren, im Hinblick auf die spezifischen Wirkungsmöglichkeiten außerparlamentarischer und überparteilicher Bürgerinitiativen durchaus nicht unproblematisch ist, so ist doch eine Tendenz zu registrieren, in der die eng gezogenen Grenzen herkömmlichen, herrschenden Parlamentarismus- und Wahlverständnisses überschritten werden. Denn hier dominiert der Wunsch der Wähler, daß Wahlen nicht länger Legitimationsalibi für bürgerfremde parlamentarische Interessenpolitik darstellen. Es deuten sich hier Keime einer Wiederbelebung des Parlamentarismus als wirkliches „Organ der Volkssouveränität" an, worin die (Wahl-) Bürger sich politisch gleichsam wiedererkennen können.

Auf diese keimhaften Entwicklungen seit Anfang der 70er Jahre hat die bürgerliche Wahlforschung auf zweifache Weise reagiert. Die klassisch-positivistische Variante hat parlamentarische Ausdrucksformen, die jenseits ihrer marketingfrohen Demokratie-Meßwelt liegen, an die „politische Pathologie" verwiesen. Was sich nicht in das restriktiv ausgesteckte Marktmodell der etablierten Bundestagsparteien fügt, was Wahlerfolge außerhalb dieses Zirkels erringt, verfällt dem Verdikt des „politischen Radikalismus" und wird mit Kategorien der klinischen Psychologie untersucht. Auf diese totalitarismusdogmatische, klinisch-psychologische Weise wurden von dieser bornier-

ten wahlsoziolgischen Variante die Wahlerfolge der NPD in der zweiten Hälfte der 60er Jahre „verarbeitet". Für Scheuch beispielsweise gehören Wahlerfolge „radikaler Splitterparteien", in diesem Falle der NPD, zur „normalen Pathologie von Industriegesellschaften"[18]). Hieran äußert sich letztlich die Hilflosigkeit und Theorielosigkeit einer Wahlforschung, die gesellschaftlicher und historischer Kategorien entbehrt und nur auf diese Weise ihr „heiles Marktmodell" sowie ihre Prognoseerfolge retten kann. Mit Hilfe klinischer Kategorien wird auch bemerkenswerterweise das Phänomen der Nicht-Wähler analysiert. Nicht-Wähler werden unversehens in die Nähe pathogener Interpretationsmuster gerückt[19]). Nach den Dimensionen eines in der Wahlenthaltung möglicherweise steckenden Protestpotentials wird erst gar nicht gefragt, sondern Nicht-Wahl wird zu einem Problem individuell deformierter Psyche des Wahlbürgers umformuliert.

Eine zweite Reaktionsvariante innerhalb der Wahlforschung offenbart mehr Weitsicht. Sie gibt sich nicht mit der Überweisung von akuten Protestpotentialen, in denen sich Enttäuschung über den Parlamentarismus, „Parteien" – und „Staatsverdrossenheit" ausdrückt, an die Pathologie zufrieden. Sie untersucht – natürlich unter totalitarismusdogmatischen Vorzeichen – die Mobilisierungschancen „radikaler Parteien". Ihr Augenmerk galt bislang vor allem der DKP und dürfte nunmehr auch auf die um parlamentarische Positionen kämpfenden „Grünen" und „Bunten" gerichtet werden[20]).

Mit der Frage nach dem Wählerpotential dieser Parteien wird zugleich die Komplementärfrage nach der Tiefe und dem Umfang der Loyalitätsbindungen der Wahlbürger an die vorweg als einzig demokratisch erklärten Parteien CDU/CSU, FDP und SPD aufgeworfen. Darin spiegelt sich letztlich der Verlust des naiven Glaubens an die immerwährende politische Zug- und Integrationskraft eines entkräfteten Parlamentarismus. Folgerichtig wird die Generalfrage nach der gesellschaftspsychologischen Krisenfestigkeit des etablierten Parlamentarismus im Zeichen wachsender Desillusionierung innerhalb der Bevölkerung gestellt. Mit diesem Interesse verknüpft ist das Angebot, Wahlsoziologie als wissenschaftliches Vorbeuge-Instrument anzubieten.

---

18) Vgl. F. Kröll, Bemerkungen zum Konzept „Politische Kultur" in der bürgerlichen Wahlforschung, in: Kulturelle Bedürfnisse der Arbeiterklasse (Hrsg. IMSF), München 1978, S. 111 f.

19) Vgl. G. D. Radtke, Stimmenthaltung bei politischen Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Meisenheim 1972.

20) Arbeiten zur neueren Entwicklung etwa der „Grünen" liegen nicht vor. Eine prototypische Studie stellt hierfür die Untersuchung der Landtagswahlen in Hessen von 1970 dar. H. D. Klingemann/F. U. Pappi, Politischer Radikalismus – Theoretische und methodische Probleme der Radikalismusforschung, dargestellt am Beispiel einer Studie anläßlich der Landtagswahlen 1970 in Hessen, München-Wien 1972. Die Erscheinung der NPD rückt merklich in den Hintergrund mit dem höchst fadenscheinigen Hinweis, daß sich das NPD-Problem von selbst erledige, da sie einerseits wieder aus den Parlamenten herausgewählt worden sei, und es andererseits ein Problem der älteren Generation sei. Umgekehrt steht es für die Autoren mit der DKP, die erst in Zukunft eine „Bedrohung" der bundesdeutschen Demokratie darstelle. Nicht nur diese Untersuchung konstatiert mit einigem Erschrecken, daß das DKP-Wählerpotential, zumal innerhalb der Erst- und Jungwählerschaft erheblich größer ist, als es die Saldobilanzen der amtlichen Wahlergebnisse, die nur auf tatsächliches Wählerverhalten abheben, anzeigen. Vor diesem Hintergrund gilt dieser weitsichtigeren bürgerlichen Wahlsoziologie die Frage nach der perspektivischen Mobilisierbarkeit des DKP-Wählerpotentials als Zentralaufgabe einer zukünftigen Wahlforschung, die mehr sein will denn bloß akademische Verdopplung amtlicher Statistiken.

Vorbeugend sowohl in der Weise, daß Wahlsoziologie als methodisch kontrollierter Früherkennungsdienst fungiert, als auch in der Form, daß von ihr ein auszuarbeitender Katalog praktisch-politischer Maßnahmen aufgestellt wird, der dazu geeignet ist, vorhandene traditionelle Parteien- und Parlamentarismus-Loyalität der Bevölkerung entweder krisenfest zu stabilisieren oder, im Falle von akutem, bereits flottierendem Protestwähler-Potential, wiederherzustellen. Dementsprechend soll traditionelle Wahlsoziologie überführt werden in eine umfassendere Theorie *Politischer Kultur*. Die neueren Verfechter des Konzepts Politische Kultur haben eine umfassende Integretation bzw. Reintegration der Bevölkerung im Auge. Zumal auf die Jugend als soziale Kategorie zielen ihre Bestrebungen ab, insofern ihnen ihre differenzierten Wahlforschungsergebnisse anzeigen, daß gerade hier es an Identifikation mit dem überkommenen Parlamentarismus mangelt. Es geht also mehr als um bloße ad-hoc-Reaktionen, sondern um eine Strategie politischer Integration, die nicht nur die Bewußtseinsebene umfassen soll, sondern eingreifen will in die gefühlsmäßigen Tiefenschichten. Politische Kultur stellt sich dar als Versuch, einen systemkonformen Ausweg aus der Loyalitäts- und Orientierungskrise im Wege bestimmter Traditions- und Identitätsbildung zu finden in einer Periode, von der die Wahlforscher annehmen, daß der herrschende Parlamentarismus im Denken und Fühlen der Menschen argen Belastungsproben ausgesetzt sein wird. Es liegt auf der Hand, daß im Kontext der jüngsten sog. Grundwerte-Diskussion dem Konzept Politische Kultur, so wie es von der bürgerlichen Wahlforschung eingebracht wird, besondere Aufmerksamkeit zu schenken ist.

IV

Die Herkunft des von der bundesdeutschen Wahlforschung rezipierten Modells Politischer Kultur wirft Licht auf dessen Gehalt und Funktion. In einer 1972 publizierten Dissertation, (an der Hans Maier als Berater und Koreferent mitgewirkt hat)[21]), wird der Rezeptions- und Entwicklungsstand umfassend resümiert und werden Forschungsziele für die bundesdeutsche Politikwissenschaft formuliert. Der Autor Berg-Schlosser eröffnete seine Bilanz mit einem bemerkenswerten Vorwort: „Die Anfänge dieser Arbeit gehen zurück auf die häufig gestellte Frage, warum es nicht gelang, ‚Westminster nach Afrika zu verpflanzen', bez. in Afrika und in ‚Entwicklungsländern' im allgemeinen stabile politische Systeme zu errichten, die der doppelten Herausforderung nach ökonomischer Leistungsfähigkeit unter Wahrung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien gerecht werden könnten." Der Autor fährt dann in impliziter Anspielung auf das Problem der „Unregierbarkeit der westlichen Demokratien" fort: „Eine Beantwortung dieser Frage (s. o.) würde auch Licht auf Vorgänge in unserer eigenen unmittelbaren politischen Umwelt werfen und zum Verständnis politischer Entwicklung im allgemeinen und der Herausbildung demokratischen Verhaltens im besonderen beitragen können"[22])

21) Vgl. D. Berg-Schlosser, Politische Kultur – Eine neue Dimension politikwissenschaftlicher Analyse, München 1972.
22) Ebd., S. 9.

(vgl. u. a. Blum, Ideologies and Attitudes. Modern Political Culture, 1974; Rosenbaum, Political Culture, 1975). Kurz, es war das Mißlingen, den vom Neokolonialismus sich befreienden Völkern den bürgerlichen Parlamentarismus angelsächsischer Prägung aufzupressen, welches zumal die US-amerikanische und engliche Forschung dazu veranlaßte, ein umfassenderes, instrumentierbares Entwicklungskonzept unter dem Titel „Politische Kultur" zu erarbeiten[23]). Die bundesdeutsche Wahlsoziologie erhofft sich von der Konzeption „Politische Kultur" primär binnengesellschaftliche und -politische Instrumentierbarkeit im Sinne einer systemkonformen Lösung der „Krise des Parlamentarismus".

Ihr „klassisches" Profil hat das Konzept Politische Kultur durch die empirische, interkulturell angelegte Studie von Almond/Verba[24]) angenommen und umfaßt das Ziel der Verankerung eines politisch-kulturellen, psychosozialen Dispositionsprofils, das unterm Schein einer „politischen Partizipationskultur" auf Entpolitisierung abhebt und so organisiert ist, daß es gelingen soll, die Bevölkerung an ihr fremde Interessenlagen anzupassen. Es geht um die tiefenpsychische Verankerung eines politischen Institutions- und Legitimationssystems, in dem national-kulturelle, radikal-demokratische und sozialistische Motivationen ausgelöscht sind. Daß solche Intentionen in der bundesdeuten Rezeption Interesse finden, liegt auf der Hand[25]).

Die vorgesehene Art politisch-kultureller *Tiefenformierung* stellt einen ernst zunehmenden Versuch von seiten der herrschenden Kräfte dar, den wachsenden Unmut und die politisch-psychologische Verdrossenheit innerhalb der bundesdeutschen Bevölkerung unter systemkonformen Interessen zu thematisieren und geeignete Antworten zu entwickeln. Er enthüllt sich als mehr als nur eine kurzfristige Reaktion auf die wirkliche Zweckentfremdung des parlamentarischen Systems, die ihren Niederschlag findet in der „Entfremdung" der Bürger vom Parlamentarismus. Er ist eine übergreifende Antwort auf die Vertrauenskrise in die Leistungsfähigkeit des parlamentarischen Systems, politische Entscheidungen im Sinne der Lebensbedürfnisse der Bevölkerung zu entwickeln.

Die bundesdeutsche Rezeption des angelsächsischen Konzepts Politische Kultur ist motiviert durch die Einsicht, daß der bloße Bezug auf die „freien Wahlen", auf das „voting" als Hoch- bzw. Schrumpfform politischer Aktivität, nicht mehr hinreicht, um die gegenwärtigen politischen Verhältnisse hinreichend zu legitimieren. Freilich, noch stehen Wahlsonntag und politischer Alltag in Verhalten und Bewußtsein eines großen Teils gerade auch des demokratisch engagierten Wählerpotentials nicht nur recht unvermittelt nebeneinander, sondern in mancher Hinsicht auch in Widerspruch zueinander. Noch

23) Vgl. u. a. W. T. Blum, Ideologies and Attitudes. Modern political culture, Engelwood Cliffs 1974 sowie W. A. Rosenbaum, Political Culture, London 1975.
24) G. A. Almond/S. Verba, The Civic Culture – Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton 1963, Neudruck 1972.
25) Berg-Schlosser, a. a. O., S. 144 ff.

obwaltet eine „Parlamentarismusfrömmigkeit", die sich in einer psychologischen Anhänglichkeit an Bundestagsparteien manifestiert, eine Anhänglichkeit, die allenthalben verquer zur Erfahrungswirklichkeit steht, was sich in den diversen Bürgerinitiativen und demokratischen Bewegungen offenkundig niederschlägt. Daß freilich der Oberflächenschein intakter Loyalität trügerisch sein kann, hat die Wahlforschung in Untersuchungen zu tieferliegenden Neigungspotentialen innerhalb der Wahlbürgerschaft, in denen durchaus latente Bereitschaft steckt, mit ihrem Wahlzettel aus dem Bannkreis der Bundestagsparteien heraus „nach links" zu wandern, ans Tageslicht gefördert. Deshalb ihr Interesse an Strategien, die den Charakter von Vorkehrungen in Form von politischer Sozialisation tragen.

Das Konzept des F. J. Strauß

Aus Reden und Schriften des Kanzlerkandidaten (II)*

V. Antikommunismus als Allzweckwaffe

Am Ende unserer Generation darf es keinen Kommunismus mehr geben.

Der Kurier, 9. 3. 1965

Ich nenne jeden einen potentiellen Kriegsverbrecher, der durch Schwächung der westlichen Abwehrkraft dem kommunistischen Osten strategische Vorteile verschafft.

Hans Frederik, Franz Josef Strauß . . ., S. 203

Einen Sittlichkeitsverbrecher läßt man auch nicht frei herumlaufen . . .

Über die Sowjetunion
Zit. nach: ebenda, S. 287

Das Zusammenwirken von Sozialisten und Kommunisten ist der falsche Weg . . .

Wenn die Freiheit in Europa bedroht ist, dann nur durch den Sozialismus.

Bild, 22. 6. 1976

Ich weiß, daß es heute beinahe lebensgefährlich ist, wenn man Antikommunist ist oder als Antikommunist bezeichnet wird.

F. J. Strauß: Grundfragen deutscher Politik . . ., S. 21

*) Vgl. Teil I in „Blätter", 3/1980, S. 340–372. Eine wesentlich erweiterte Buchausgabe erscheint in diesem Monat unter dem Titel „Originalton Strauß", herausgegeben und illustriert von Ernst Volland im Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Wirtschaftsinformation

Die Entwicklung der Leistungsbilanz der Bundesrepublik

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Das äußere Bild der Außenwirtschaftsposition der Bundesrepublik hat sich im Jahre 1979 verändert: erstmals seit 1965 registrierte die Statistik wieder „rote Zahlen" in der Leistungsbilanz, d. h. die BRD hat mehr „Leistungen" importiert als exportiert. Auch 1980 wird wieder ein Defizit in der Leistungsbilanz erwartet.

Diese Entwicklung kann auf den ersten Blick überraschen, da doch ein wesentliches Moment der ökonomischen Entwicklung bis jetzt die starke Außenwirtschaftsposition der Bundesrepublik gewesen ist. Zum Verständnis dieser Entwicklung ist ein Blick auf die Bedeutung der „Leistungsbilanz" notwendig.

Die außenwirtschaftlichen Beziehungen eines Landes zum Ausland werden in der Statistik in verschiedenen „Bilanzen" erfaßt. Immer noch als wichtigste Kategorie ist dabei die *Handelsbilanz* zu betrachten, die die Warenströme über die Grenzen hinweg erfaßt: sie ist der Indikator für die internationale Konkurrenzfähigkeit eines Landes. Sie ist in der BRD fast kontinuierlich positiv gewesen, d. h. bis heute verkauft die BRD auf den internationalen Warenmärkten mehr als sie umgekehrt dort einkauft.

Die *Dienstleistungsbilanz* erfaßt den entsprechenden Vorgang bei „Dienstleistungen": die wichtigsten Posten sind dabei die mit dem Tourismus verbundenen Ausgaben bzw. Einnahmen, die Kapitalerträge bzw. -abführungen und die Ein- und Ausgaben für Provisionen, Patente usw. Die Dienstleistungsbilanz der BRD ist traditionell defizitär, da westdeutsche Touristen im Ausland bedeutend mehr ausgeben als ausländische Touristen im Inland.

Die *Übertragungsbilanz* erfaßt Zahlungsströme, denen keine direkten Gegenleistungen gegenüberstehen: in der BRD sind dies vor allem die Zahlungen der ausländischen Arbeiter an ihre Familien. Von Bedeutung sind auch noch die Zahlungen, die die Bundesrepublik an internationale Organisationen leistet. Auch die Übertragungsbilanz ist traditionell defizitär, eine Folge des „Arbeitskräfteimports". Die drei „Bilanzen", die Handelsbilanz, die Dienstleistungsbilanz und die Übertragungsbilanz ergeben zusammengefaßt die *Leistungsbilanz*.

Schließlich sei hier noch die *Kapitalbilanz* erwähnt, die – getrennt nach kurzfristigem und langfristigem Kapitalverkehr – die Kapitalströme über die Grenzen hinweg erfaßt. Kapitalexport wird dort als Geldabfluß, Kapitalimport als Zufluß gewertet, so daß eine defizitäre Kapitalbilanz auf einen überwiegenden Kapitalexport schließen läßt. Dabei sind die Direktinvestitionen nur ein Posten dieser Bilanz, andere Posten sind der Erwerb von Wertpapieren, Bankeinlagen usw. Die Kapitalbilanz wird von vielerlei Faktoren beeinflußt, sowohl von Strategien des gezielten Kapitalexports multinationaler Konzerne als auch von Wechselkursentwicklungen, vom internationalen Zinsgefüge, von Spekulationswellen usw.

Die Leistungsbilanz und die Kapitalbilanz ergeben – zusammen mit einigen statistischen Korrekturposten – die *Zahlungsbilanz*. Überschüsse oder Defizite werden ausgeglichen durch die Veränderung der Devisenposition der Bundesbank. Von Interesse für die außenwirtschaftliche Position eines Landes ist dabei vor allem die Bilanz des langfristigen Kapitalverkehrs, da kurzfristige Kapitalbewegungen zu stark von Sonderfaktoren beeinflußt werden. Im folgenden sei ein Überblick über die Leistungsbilanz und die langfristige Kapitalbilanz gegeben.

Tabelle 1

Wichtige Positionen der Zahlungsbilanz[1])

	Handels-bilanz	Dienstleist.-bilanz	Übertragungs-bilanz	Leistungs-bilanz[2])	Bilanz des langfristigen Kapital-verkehrs	Bilanz der Direktinve-stitionen
1971	+ 15,9	– 1,8	– 11,5	+ 2,9	+ 6,3	+ 0,2
1972	+ 20,3	– 3,1	– 14,0	+ 2,6	+ 15,6	+ 1,2
1973	+ 33,0	– 5,0	– 15,6	+ 12,3	+ 13,0	+ 0,9
1974	+ 50,8	– 8,1	– 16,1	+ 25,5	– 24,8	+ 1,6
1975	+ 37,3	– 9,7	– 17,9	+ 8,5	– 11,9	– 1,9
1976	+ 34,5	– 7,5	– 18,1	+ 8,6	+ 0,2	– 2,3
1977	+ 38,4	– 10,5	– 17,8	+ 9,8	– 0,8	– 2,9
1978	+ 41,2	– 8,3	– 17,4	+ 17,6	+ 6,2	– 3,6
1979	+ 22,5	– 12,1	– 20,1	– 9,0	+ 10,1	– 5,6

1) Nur Salden, d. h. + bedeutet einen Exportüberschuß, – ein Importüberschuß in Mrd. DM.
2) Summe aus Handels-, Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz, ergänzt durch einige Korrekturpositionen.
Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", lfd.

Die Defizite der Dienstleistungs- und Übertragsbilanzen sind 1979 stark gestiegen, Folge erhöhter Ausgaben im Reiseverkehr, vermehrter Abzüge von Gewinnen durch ausländische Muttergesellschaften und erhöhter Überweisungen ausländischer Arbeiter.

Im Kern aber ist das Defizit der Leistungsbilanz eine Folge des fast halbierten Überschusses der Handelsbilanz. Dieser reichte nicht mehr aus, um die traditionellen Defizite in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz auszugleichen. Die Ursachen dafür sind in erster Linie preislicher Natur. Die Preise für Importwaren, Rohstoffe, vor allem Rohöl und Mineralölprodukte, sind 1979 stark angestiegen, weit stärker als die Preise für die Exportwaren der BRD, vor allem Industriegüter. Die Einfuhrpreise stiegen um rund 10% gegenüber 1978, die Ausfuhrpreise nur um 3%. Infolgedessen verschlechterten sich die realen Austauschverhältnisse der BRD gegenüber dem Ausland, die „Terms of Trade" der BRD gingen zurück. Zur Bezahlung der gleichen Menge von Importen mußte nun mengenmäßig mehr exportiert werden als im Vorjahr. Dies gelang nicht, die Importe wurden im Gegenteil auch mengenmäßig etwas stärker ausgedehnt als die Exporte. Dabei spielten allerdings auch spekulativ überhöhte Rohstoffkäufe eine Rolle. In den 70er Jahren ist insgesamt eine leichte Tendenz zur Verschlechterung der „Terms of Trade" zu beobachten.

Tabelle 2

Terms of Trade der Bundesrepublik[1])

1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979
102	104	108	105	95	101	100	99	103	96

1) Durchschnittswerte der Ausfuhr zu Durchschnittswerten der Einfuhr, Index 1976 = 100.
Quelle: „Wirtschaft und Statistik", lfd.

Darin spiegelt sich die stärker werdende ökonomische Position der Entwicklungsländer gegenüber den Industrieländern wider, denen es in den 70er Jahren gelungen ist, das Preisverhältnis Industriewaren – Rohstoffe leicht zu ihren Gunsten zu verschieben. Es zeigt sich aber auch, daß zeitweilige Erfolge durch die Industrieländer immer wieder auf dem Wege inflationärer Entwicklungen zu einem großen Teil zunichte gemacht werden können.

Allerdings fällt auf, daß die Erklärung „Ölpreiserhöhungen" allein für den Umschwung in der Leistungsbilanz nicht ausreicht: denn auch nach der „Ölkrise" 1973/74 verschlechterte sich die Austauschposition der BRD rapide, noch stärker als 1979. Trotzdem verdoppelte sich der Überschuß der Leistungsbilanz: durch einen kräftigen mengenmäßigen Exportboom, der ausgerechnet im „Krisenjahr" 1974 den Überschuß in der Handelsbilanz auf Rekordhöhe trieb, konnten die Folgen der Ölpreiserhöhungen für den Außenhandel mehr als ausgeglichen werden. Erklärungsbedürftig ist also weniger der Umschwung der Leistungsbilanz 1979 sondern die Tatsache, daß die Ölpreiserhöhungen 1973/74 und 1979 so unterschiedlich verarbeitet wurden.

Ein gewisser Teil der unterschiedlichen Verarbeitung dürfte mit der Forcierung des Kapitalexports seit 1973/74 zusammenhängen. Zunehmend wird Warenexport durch Auslandsproduktion ersetzt, etwa seit 1975 übersteigt der Export von Direktinvestitionen dauerhaft den Umfang ausländischer Investitionen in der Bundesrepublik, wie die erste Tabelle zeigt. Hinzu kommt, daß die Bundesrepublik 1973/74 an der Spitze der konjunkturellen Abschwächung marschierte, während sie gegenwärtig eher am Ende liegt. 1973/74 trat die Krise in der Bundesrepublik etwas früher ein als in den meisten anderen kapitalistischen Ländern, so daß ein Ausweichen auf den Export leichter war, während der Import infolge der inländischen Konjunkturverlangsamung nur noch wenig zunahm. 1979 war die Situation umgekehrt: während in den meisten anderen kapitalistischen Ländern die Konjunkturverlangsamung schon eingesetzt hatte, befand sich die Bundesrepublik noch im Aufschwung.

Wichtiger als diese Faktoren aber sind die veränderten internationalen Wachstumsbedingungen: die Expansion des Welthandels hat sich tendenziell verlangsamt, die inneren Entwicklungsmöglichkeiten der kapitalistischen Länder sind geringer geworden, die internationale Konkurrenz verstärkt sich. Zunehmend reagieren weniger konkurrenzfähige kapitalistische Staaten mit Importbeschränkungen und anderen Maßnahmen zum Schutze gegen ausländischen Konkurrenzdruck. In dieser Situation fällt es auch einem international starken Land wie der Bundesrepublik nicht mehr leicht, seine Probleme durch forcierte Exportstrategien zu lösen. Die Umkehr in der Leistungsbilanz – die für sich gesehen keineswegs dramatisch ist – zeigt aber doch, daß die einseitig exportorientierte Wirtschaftspolitik an Grenzen gestoßen ist.

Darauf kann nun auf unterschiedliche Art und Weise reagiert werden. So wäre es möglich, durch Vereinbarungen mit den Rohstoffländern – noch immer in erster Linie Länder der „Dritten Welt" – plötzliche Verschiebungen im internationalen Preisgefüge und den inflationären Wettlauf zumindest zu „regulieren". Dies wird unter dem Stichwort „Neue Weltwirtschaftsordnung" von der „Dritten Welt" gefordert, von den kapitalistischen Ländern – bei Vorreiterrolle der BRD – aber mit dem Hinweis auf „marktwirtschaftliche Prinzipien" abgelehnt. Stattdessen wird der politische Druck auf diese Staaten verstärkt, bis hin zu Diskussionen über die Besetzung der Ölfelder. Gleichzeitig wird versucht, durch „Stabilitätspolitik" im Innern, durch Druck auf die Löhne und Gehälter den internationalen Wettlauf um den Anteil am Welthandelskuchen zu intensivieren. Durch eine gezielte staatliche Förderung besonders exportintensiver Wirtschaftszweige und eine Umstrukturierung der Wirtschaft zuungunsten der lohn- und arbeitsplatzintensiven Branchen (z. B. der Textil- und Bekleidungsindustrien) soll die internationale Konkurrenzfähigkeit der bundesdeutschen Wirtschaft nochmals erhöht werden. Diese Maßnahmen können – selbst wenn sie kurzfristig erfolgreich sein sollten – die Chaotik der kapitalistischen internationalen Handelsbeziehungen nur vergrößern. Dies aber muß auf lange Sicht den Trend zum Handelsprotektionismus fördern. Daher sind die Katastrophenrufe über „rote Zahlen" in der Leistungsbilanz sehr unangebracht: wer dies als Bedrohung für den wirtschaftlichen Wohlstand der Bundesrepublik hinzustellen versucht, vergißt, daß der langjährige hohe Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik dann logischerweise eine Bedrohung des Wohlstandes anderer Länder gewesen sein muß. Wer für eine gleichgewichtige Entwicklung der Weltwirtschaft ist, den müssen extreme Überschußpositionen – wie sie die BRD seit 1965 verzeichnet hat – mindestens ebenso stören wie Leistungsbilanzdefizite.

Jörg Goldberg

Bücher

Politische Justiz in der BRD

I

In keiner Epoche der deutschen Geschichte hat die Richterschaft ein selbständigeres Gewicht und einen so entscheidenden Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung gehabt wie in der Weimarer Republik – weder vorher im Kaiserreich noch nachher im Faschismus. An diese herausragende Bedeutung knüpft die Justiz der BRD wieder an, institutionell durch das Grundgesetz wesentlich umfangreicher ausgerüstet, ideologisch nach wie vor bis in vorkonstitutionelle Traditionen verankert und von den restaurativen Kreisen in der BRD geschickt auf allen Ebenen der politischen Auseinandersetzung eingesetzt. Rechtsstaat heißt ja nicht nur Herrschaft des Rechts, sondern auch Herrschaft der Justiz. Der Rechtsstaat ist die entwickelste Form der bürgerlichen Klassenherrschaft, er zwingt die politischen Auseinandersetzungen auf ein Terrain, das dem Bürgertum noch die günstigsten Positionen gewährt, und wo die Gewalt am wenigsten sichtbar wird: Recht und Gericht.

So muß auch die Arbeiterklasse immer dort wieder antreten, wo ihr das Recht die Eindämmung der Herrschaft ermöglicht, wo aber auch der zentrale Angriffspunkt auf ihre Organisationen, ihre Ziele und Existenz liegt. In welch entscheidender Weise es in diesem Kampf um den Kommunismus geht, macht nicht nur der Verbotsantrag der Bundesregierung gegen die KPD kaum zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes deutlich, sondern der auch heute in allen gesellschaftlichen Fragen intellektuell und faktisch als Blockade wirkende Anti-Kommunismus. Die Gründe für seine erstaunliche Verankerung in der Gesellschaft und Wirkungskraft sind vielfältig, und ein wichtiger Erklärungsfaktor dazu bildet die Rechtsprechung der Gerichte, die in der Nachkriegszeit den wohl wichtigsten Part in der Kommunisten-Verfolgung übernommen haben. Das belegt die Dissertation von Alexander *v. Brünneck* auf wissenschaftliche Weise ebenso wie die Aufsatzsammlung von Heinrich *Hannover* auf politisch-forensische*).

II

Alexander *v. Brünnecks* Arbeit umfaßt die politische Justiz gegen Kommunisten in den Jahren 1949–1968. Politische Justiz heißt hier zutreffend die Verfolgung mit juristischen Mitteln durch Gesetz, Behörden und Gerichte, die Knüpfung eines Geflechtes, in dem sich Kommunisten unrettbar verfangen mußten. „Wer sich als Kommunist politisch betätigte, konnte bestraft werden. Auf die Art und Weise der politischen Aktivität kam es nicht an, wenn sie nur von Kommunisten im Sinne der kommunistischen Politik ausging. Die Anknüpfungspunkte für die Bestrafung reichten vom Tragen einer roten Nelke am 1. Mai bis zur Einzelkandidatur bei Wahlen oder der Organisation von offiziellen Reisen in die DDR" (S. 308).

Historisch minutiös verfolgt *v. Brünneck* die Entfaltung des staatlichen Instrumentariums: sie begann schon 1949 mit den administrativen Maßnahmen der Besatzungsmächte, der ersten Entfernung der Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst 1950 und aus den Gewerkschaften, den Polizeimaßnahmen und Verbotserklärungen gegen die Volksbefragungsausschüsse, die FDJ und die VVN. Da sich jedoch die gesetzliche Grundlage als zu eng erwies, und die Gerichte noch teilweise kritisch der politischen Tendenz gegenüberstanden, wurde mit dem ersten Strafrechtsänderungsgesetz von 1951 die politische Justiz auf die Höhe der Zeit des Kalten Krieges gesetzt. „Praktisch die gesamte politische Betätigung der Kommunisten wurde kriminalisiert und bis auf wenige Reste unterbunden" (S. 80). „Alles, was der Anhänger einer verdächtigen Gesinnung politisch anpackt, wird verfassungsfeindlich und dadurch seine gesamte politisch-soziale Daseinsweise zu einer verfassungswidrigen Existenz schlechthin" (S. 85). Nicht, daß sich die Gerichte dieser Zeit bis 1956 nicht mit dogma-

*) A. v. Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1968, Frankfurt/M. 1978; Heinrich Hannover, Klassenherrschaft und politische Justiz, Hamburg, 1978.

tischen Fragen der Gesetzanwendung beschäftigten, aber auf der Basis der 1952 in dem ersten Grundsatzurteil des BGH gegen Kommunisten getroffenen Feststellung von der Verfassungswidrigkeit der kommunistischen Politik spielten Feinheiten der juristischen Argumentation in der politischen Justiz keine Rolle (S. 82). Die von verschiedenen Tatbeständen strafbegründend wie auch strafverschärfend geforderte Absicht der Täter wurde durch platte Faustregeln zumeist unterstellt, die das Opfer nur widerlegen konnte, wenn es sich von der KPD/SED distanzierte. *V. Brünneck* möchte auf diese von ihm mit vielen Beispielen und systematisch in den Komplexen des Hochverrats und Landesverrats analysierte Justiz zwar nicht „das kommunistische Schlagwort vom ‚Gesinnungsstrafrecht'" anwenden (S. 84), muß jedoch später feststellen: „Sie (die Kommunisten, d. Verf.) konnten damit auch für politische Handlungen bestraft werden, die sonst jedermann zustanden, also verfassungsrechtlich für sich genommen neutral waren. Ihnen wurden etwa politische Forderungen zur Last gelegt, die in derselben oder ähnlichen Form schon andere politische Gruppen erhoben hatten. D. h. Kommunisten wurden auch für politische Aktivitäten bestraft, die als solche für sie nicht spezifisch waren" (S. 88). Das nennt man auch außerhalb „kommunistischen Sprachgebrauchs" Gesinnungsjustiz.

1956 eröffnete das KPD-Verbotsurteil insofern eine neue Etappe, als es nicht nur die Zerschlagung der bisher legal gebliebenen politischen Arbeit der KPD einleitete, sondern eine zusätzliche Ermächtigungsgrundlage zu administrativer und strafrechtlicher Verfolgung schuf. „Das KPD-Verbotsurteil wirkte damit auch als subsidiäre Strafnorm, die praktisch gegen jede Form der politischen Betätigung von Kommunisten, von Diskussionszirkeln bis zur Bundestags-Kandidatur, eingesetzt werden konnte" (S. 135).

Bis 1956 hatte der § 90a StGB dazu gedient, alle wesentlich kommunistisch beeinflußten Organisationen zu zerschlagen, nach dem KPD-Verbot wurden Kommunisten vor allem wegen Verstoßes gegen das Verbotsurteil belangt, und diese Rechtsprechung wurde praktisch mit der Neufassung der Organisationsdelikte im Vereinsgesetz von 1964 kodifiziert.

Der neue Paragraph 90a StGB brachte keine Liberalisierung. Waren unter der alten Regelung praktisch alle politischen Betätigungen von Kommunisten strafrechtsrelevant: Schulungsabende, Flugblatt-Verteilung, Fahrt zur Insel Helgoland, Ansprache bei einer Sonnenwend-Feier, Plakatieren für ein Jugend-Treffen auf der Loreley, Lesen von FDJ-Literatur, Schnitzeljagd etc., so konnte auch die Reform von 1964 die politische Justiz nicht merklich einschränken. Die Rechtsprechung insbesondere der höchsten Gerichte – das wird hier sehr deutlich und sollte als Lehre für die Berufsverbotsrechtsprechung gelten – nahm zaghafte Ansätze zur Liberalisierung nicht an, sondern paßte ihre alte Rechtsprechung nur den neuen gesetzlichen Regelungen an und verteidigte sie gegen alle Durchbrechungsversuche.

In einer Zeit, in der die Meinungsfreiheit nicht nur in Betrieben, Bundeswehr, Schulen etc. stark eingeschränkt wird, sollte man sich auch jener Rechtsprechung erinnern, die das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung für Kommunisten faktisch aufhob (S. 167 f.). Dazu bedurfte es kaum der gesetzgeberischen Tätigkeit, § 90a StGB alter und neuer Fassung sowie das Verbotsurteil von 1956 reichten z. B. dem Bundesverfassungsgericht, um jemanden zu bestrafen, „der am 1. Mai 1959 eine rote Nelke oder rote Plakette . . . angesteckt hatte, obwohl er wußte, daß sie aus Ost-Berlin stammte" (S. 179).

Nicht schon die Zahl der 125 000 staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren und annähernd 7000 Verurteilungen von Kommunisten in den achtzehn Jahren bis 1968 vermögen das Ausmaß der Verfolgungen zu charakterisieren, sondern erst die totale Beraubung eines wesentlichen Teils der Grundrechte. Die deutsche Perfektion des McCarthyismus vermittelt einem erst den vollständigen Begriff von der politischen Substanz der sogenannten Adenauer-Ära, des CDU-Staates, dessen Hypotheken in dieser „freiesten aller deutschen Republiken" noch lange nicht abgetragen sind.

In der außerordentlich faktenreichen, sorgfältigen und detaillierten Darstellung des Verfolgungsapparates, der legislativen Grundlagen und der behördlichen und gerichtlichen Exekution liegt das Verdienst der Arbeit Alexander *v. Brünnecks*. Daß der Autor demgegenüber die Politik und den Abwehrkampf der Kommunisten in jener schweren Zeit oft allzusehr auf jene Züge reduziert, die den Gerichten und Behörden das Material für ihre Urteile lieferten, liegt in der Distanz des Autors zum Marxismus und Kommunismus generell. Er

muß der Geschichtsschreibung aus kommunistischer Sicht mißtrauen, wenn er von einem Begriff der Parteilichkeit ausgeht, wie ihn Hermann *Weber* versteht: „... Noch immer dient die (kommunistische, d. Verf.) Geschichtswissenschaft primär der Untermauerung politischer Anliegen; sie soll vorgefaßte politische Meinungen bestätigen" (S. 20). Dies liegt in der Konzeption eines Geschichtsverständnisses, das zwar relevante Faktoren der geschichtlichen Entwicklung identifiziert, wie z. B. als Gründe für die Erfolglosigkeit der Politik der KPD, die Orientierung an der Sowjet-Union und der DDR, der ökonomische Aufschwung der Nachkriegsjahre und die politische Justiz (S. 36f.), aber nicht die zentrale Bedeutung der antikommunistischen Tradition erkennt" Der Anti-Kommunismus war (zwar, d. Verf.) eines der zentralen Legitimationsmuster für das politische System der BRD in den 50er und den beginnenden 60er Jahren" (S. 345) und wurde durch die politische Justiz nachhaltig verstärkt, er war darüber hinaus aber die einheitsstiftende Ideologie über alle Gegensätze hinaus für jene Kräfte, die sich nach 1918 gegen die Revolution stellten. Auch die faschistische Massenbasis über die Klassen hinweg war ohne die ideologische Klammer des Anti-Kommunismus nicht möglich, und er bildete nach 1945 wiederum das Denkgerüst für die personelle Kontinuität, die sich in Richterschaft, Staatsanwaltschaft, bei Professoren und Verfassungsschutz aus dem Dritten Reich in die Bonner Republik hinüber rettete. Die richtige Einschätzung dieser Tradition erklärt z. B. besser als alle rollentheoretischen Hypothesen die besondere Hingabe der Richter bei ihrer Aufgabe. War es wirklich so, daß mit politischen Delikten befaßte Richter, „schon um ihre eigene Berufskontrolle zu rechtfertigen . . ., dazu geneigt haben, die ‚kommunistische Gefahr' hoch einzuschätzen" (S. 226)? Ein solches Rollenproblem hat die Richter offensichtlich niemals bei der Verfolgung und Aburteilung von Nazi-Verbrechen geplagt.

Hinsichtlich der zentralen Thesen seines Buches bekommt der Autor Schwierigkeiten mit seiner eigenen Darstellung. Er resümiert verschiedentlich, daß trotz aller Kritik an der Kommunisten-Verfolgung „die politische Justiz der BRD jedenfalls nicht prinzipiell den rechtsstaatlichen Rahmen" durchbrach (S. 359f., 362). Diesem Urteil schließt sich auch *Denninger* in seiner Einleitung an, obwohl die Untersuchung eine Fülle von materiellen und prozessualen Elementen aufweist, die dem Rechtsstaatsbegriff entgleiten. Ob die faktische Beseitigung vieler Grundrechte für Kommunisten, die weitgehende Subjektivierung des Strafrechts und die Beseitigung der Beweisschwierigkeiten durch grobe Faustregeln, der Zeuge vom Hörensagen sowie die praktische Umgehung des Grundsatzes „nulla poena sine lege" durch die Kombination verschiedener Sanktionen etc., die Arbeit bietet eine Fülle von Zeugnissen für die Durchbrechung der Staatlichkeit. A. *v. Brünneck* muß auch verschiedentlich einräumen: „Gerade an den Sanktionen der politischen Justiz zeigt sich, wie trotz förmlicher Einhaltung rechtsstaatlicher Vorschriften den ihnen zugrunde liegenden Prinzipien nicht entsprochen, sondern ihnen zuwidergehandelt werden könnte" (S. 271), oder bei der Ausdehnung der politischen Justiz in das Arbeitsrecht: „Hier ist abermals zu beobachten, wie trotz förmlicher Wahrung der gesetzlichen Vorschriften dem Sinn von rechtsstaatlichen Sicherungen und Freiheitsgarantien nicht entsprochen wurde" (S. 299, 304). Die These der „prinzipiellen Rechtsstaatlichkeit" läßt sich so nur im Vergleich mit dem Faschismus aufrecht erhalten (S. 362) und reduziert den Rechtsstaat auf die nackte Gesetzlichkeit staatlicher Gewaltausübung. Auf dieser Basis des staatsrechtlichen Positivismus gab es allerdings zwischen 1933 und 1945 nicht wenige Stimmen, die dem Rechtssystem des Nationalsozialismus Rechtsstaatscharakter zuschrieben. Als materiales und politisches Prinzip hat es mehr als nur die Rechts- und Gesetzesförmigkeit der Klassenherrschaft zu garantieren, sondern auch ein „Minimum an persönlicher und politischer Freiheit", wie v. *Brünneck* Franz *Neumann* richtig zitiert (S. 359) – welches die Justiz der Adenauer-Ära ihrem härtesten politischen Gegner allerdings nicht mehr zugestanden hat.

III

Diese Probleme hat Heinrich *Hannover* schärfer gesehen aus der Betroffenheit einer Position, die im Kampf mit der politischen Justiz unmittelbar die Mechanismen rechtsförmiger Verfolgung, Aussperrung, Diffamierung, Behinderung und Bedrohung erlebt hat – wahrscheinlich auch aus dem historisch längeren Zeitraum, den er in seiner Tätigkeit überblickt und in den gesammelten Aufsätzen festhält. Von den ersten Kommunisten-Prozessen vor und nach dem KPD-Verbot über die Verteidigung von Oster-Marschierern, Anti-Sprin-

ger-Demonstranten und Kriegsdienstverweigerern, über den Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung bis zur Verteidigung von Ulrike Meinhof, Peter-Paul Zahl und Karl-Heinz Roth, an deren Ende die etwas resignative Feststellung steht: „Die Praxis der politischen Justiz, die im politischen Kontext einer Verfassungswandlung von der demokratisch-rechtsstaatlichen zur obrigkeitsstaatlichen Spielart des kapitalistischen Gesellschaftssystems gesehen werden muß, läßt mich manchmal zweifeln, ob es für die Verteidigung im politischen Prozeß eine Zukunft geben wird, die ihr mehr läßt als die Funktion eines Dekors, ich fürchte, nicht einmal mehr die eines rechtsstaatlichen Dekors" (S. 312). Ein Dreivierteljahr nach diesen Worten im Juli 1976 konnte der Verteidiger *Hannover* allerdings mit dem Freispruch für Karl-Heinz Roth und Roland Otto einen bemerkenswerten Erfolg über die politische Justiz erringen.

Und so sind alle Aufsätze und Plädoyers in diesem Buch zwar Belege für seine bittere Erkenntnis: „Überall Grundrechte, Bekenntnisse zu Menschenwürde und freiheitlichen Prinzipien, die durch das, was ich in dreiundzwanzig Anwaltsjahren erlebt habe, Lügen gestraft und als Spielmaterial für pathetische Sonntagsredner entlarvt wurde" (S. 28), nicht aber Beispiele für Resignation. Im Gegenteil, vor allem in den Jahren bis Ende 1969, in denen die politische Verteidigung auf den verschiedenen Kampffeldern jeweils von einer starken Bewegung getragen wurde, zeigen alle Beiträge das deutliche Bewußtsein der Erfolgsmöglichkeit trotz aller Niederlagen im einzelnen. Das sehr frühzeitige Engagement in den Kommunisten-Prozessen hat offensichtlich zwei Entwicklungen in *Hannovers* Bewußtsein beeinflußt, die sehr entscheidend für die Qualität der Analyse und die Klarheit der politischen Einschätzung der Justiz geworden sind. Durch die klassische Jurisprudenz nur unzureichend historisch ausgebildet, wurde er durch das Schicksal vieler Kommunisten, die nicht erst in den 50er Jahren in Kontakt mit der Strafverfolgung kamen, sondern schon zur Zeit des Nationalismus verfolgt gewesen waren, auf die Tradition deutscher Justiz aufmerksam, die in entscheidenden Situationen auch fundamentale Rechtsprinzipien dem politischen Auftrag der herrschenden Klasse zu opfern bereit war. Die genaue Kenntnis der historischen Wurzeln der politischen Justiz bis in das Kaiserreich führt notwendig zu der Frage ihrer sozialen und ökonomischen Grundlage. Und hier gilt so mancher Satz, den *Hannover* in seinem Plädoyer zur Erklärung der politischen Existenz des Kommunisten Meyer-Buer vorbrachte (S. 30f.) für ihn selbst: „Aber nicht jeder von uns vermag ohne das wissenschaftliche Rüstzeug der marxistischen Methode rechtzeitig die Situationsanalyse zu stellen, die dem Angeklagten bereits das Bild eines Systems vermittelt, wo ein anderer nur ‚Auswüchse' sieht" (S. 37). Ob in dem Aufsatz zur innenpolitischen Bedeutung der Notstandsgesetze mit dem Titel „Hat die SPD etwas aus der Geschichte gelernt?" aus dem Jahre 1966 oder in den Artikeln zur Position des Strafverteidigers knapp zehn Jahre später, in allen ist – unterschiedlich prononziert – die theoretische Verbindung von Rechtsstaat und Klassenherrschaft, von politischer Justiz und Klasseninteressen der sichtbare analytische Rahmen, der den Plädoyers eine über die Gerichtsschranken hinausgehende Bedeutung gibt. Man mag diese theoretische Position im einzelnen nicht teilen (wie etwa *Preuss* in „Demokratie und Recht", 116/1979), sie ermöglicht *Hannover* aber doch viel klarer und konsequenter die Justiz als wesentlichen Teil der politischen Herrschaft gegen die gesamte Arbeiterbewegung zur Stabilisierung des wackeligen Systems zu erkennen als *v. Brünneck* aus eher liberaler Distanz. Der Nutzen dieser Erkenntnis liegt in dem Bewußtsein, daß eine Veränderung dieser rechts- und justizförmigen Herrschaft nur durch Kampf gelingt aber auch möglich ist.

Folgt man dem Buch, so hat sich die Tätigkeit *Hannovers* mit Beginn der 70er Jahre mehr auf die Verteidigung desjenigen Teils der Linken verlagert, der mit dem allgemeinen Terrorismusverdacht kriminalisiert wurde, und wo „die systematische Identifizierung von Verteidigern mit ihren Mandanten zur realen Existenzgefährdung" (S. 23) wurde. Das könnte die Vermutung nahelegen, daß insgesamt die politische Justiz das Hauptfeld ihrer Tätigkeit in der Bekämpfung von Linksradikalismus und Anarchismus gefunden hätte. Zweifellos gab es hier eine neue Aufgabe, und die Prozesse waren spektakulärer; die fast schon zur Alltäglichkeit gewordenen Berufsverbotsprozesse zeigen jedoch deutlich, wo auch heute noch der Kern der politischen Justiz liegt.

Beide Bücher kann man nur dringend zur Lektüre empfehlen, da sie für das Verständnis der Geschichte der BRD wichtiges Material und Analysen enthalten.

Norman Paech

Medienkritik

Sunny ist nicht solo

„Einst stammten die Filmhelden von der ersten Seite der Zeitung, nun beinahe von der letzten, aus Polizeimeldungen, Todesanzeigen und Sozialhilfekarteien", so beklagt sich die Leserin Ingrid Winter, Lehrerin, Berlin, in einem Leserbrief an die DDR-Wochenzeitschrift „Sonntag" (2. 3. 80). „Früher hat uns die DEFA mit Einzelhelden, Planerfüllungsmenschen à la Meister Falk usw. überfüttert und dadurch immer mehr Zuschauervertrauen verloren, weil kaum jemand seine ureigensten Belange im Kino wiedererkannte. Nun seit einiger Zeit ein genau umgekehrtes Bild: Jetzt greift fast jede Kinoheldin aus dem Prenzlauer Berg zur Schlaftablette und stammt aus Werkhof bzw. Kinderheim".

Seit der Film, von dem hier die Rede ist: „Solo Sunny" von Konrad Wolf, auf den Berliner Filmfestspielen Furore gemacht hat, kann man auch in der Bundesrepublik wenigstens ein Beispiel für den Versuch des DDR-Films sehen, gegenwärtige DDR-Wirklichkeit kritisch und differenziert in den Griff zu bekommen – dem Vernehmen nach soll „Solo Sunny" auch eine Reaktion Wolfs auf den Vorwurf gewesen sein, er behandle zu wenig Gegenwartsstoffe. Diese Intention wird auch deutlich in dem Werbespruch, der auf den Plakaten zu lesen ist: „Realismus zwischen Hinterhof und Rampenlicht". In diesen Wochen ist in der DDR auch die Verfilmung des Romans von Günter de Bruyn „Buridans Esel" angelaufen, der hier nicht unbekannt ist. Für den Film hat man den Titel geändert: „Glück im Hinterhof". Und es sind denn auch die Hinterhöfe Berlins, die Atmosphäre der heruntergekommenen alten Wohnviertel, jene zumeist hervorragend fotografierten Bilder der schäbigen Idylle, die die Besonderheit dieses neuen „Trends" im DDR-Gegenwartsfilm ausmachen und dem Zuschauer im Gedächtnis bleiben. Mit Ausnahme von „Sabine Wulff", der wohl kaum in unsere Kinos kommen dürfte, hat aber die Wahl des Milieus nur wenig Konsequenzen für die erzählten Geschichten gehabt. Denn in der de Bruyn-Verfilmung etwa ist es nicht gelungen, eine Entsprechung für die den Roman so reizvoll machende distanzierende Erzählweise zu finden – die Zeichnung des Milieus sollte das wohl leisten, aber diese ohne die ironisierende Sprache banale Dreiecksgeschichte hätte sich auch in der Neubau-Einraumwohnung abspielen können. In „Solo Sunny" sind dagegen die Personen in Alt-Berlin auch zuhaus, und die Leserin des „Sonntag" hat insofern recht, als dort normalerweise nicht die führenden Funktionäre, die Vorbildmenschen der früheren Filme wohnen.

Das Idyll, das „Glück im Hinterhof" findet im gleichnamigen Film nicht statt. Die vorsichtig-positive Schlußszene von „Solo Sunny" spielt in einem stillgelegten Fabrik-Hinterhof. Die an Intrigen gescheiterte Sängerin wird in Zukunft mit Erfolg, so wird suggeriert, mit der Untergrund-Amateurband arbeiten. Bemerkenswert, wie konsequent hier an dem bis zum Schluß festgehalten wird, was als Folge und Entsprechung des Hinterhof-Milieus in den Menschen zu finden ist: Zurückgezogenheit, Privatheit, relative Gleichgültigkeit gegenüber offiziellen Wertvorstellungen, Normen, Forderungen. Solche Momente, die sich vor allem in einem großen Reichtum an Bild- und Requisitendetail manifestieren, werden allerdings fast erdrückt von den reichlich einfallslosen Methoden, mit denen versucht wird, in der Titelfigur eine Art Emanzipationsprozeß darzustellen. Die im Beruf von ihren Tingelkonkurrenten unterdrückte Frau rächt sich an den Männern und wird dabei noch einmal als Opfer stilisiert. Dadurch werden alle Männer, an die sie gerät, zu Karikaturen: in der Faszination durch die von ihnen geschaffene Außenseiterfigur verhindern sie nicht den hierzulande ja häufig propagierten Eindruck, die Selbstfindung einer Frau könnte durch Rollentausch bewerkstelligt werden.

Nicht überraschend also ist, daß der „goldene Bär" in Berlin für die Hauptdarstellerin vergeben wurde. Es ist nicht Renate Krößners Schuld, wenn ihr Regisseur in den poetisch-realistischen Hinterhof eine Figur gesetzt hat, die fast aus einem Hintertreppen-Roman stammen könnte.

Günter Giesenfeld

Dokumente zum Zeitgeschehen

Vorschläge zur Abrüstung in der Bundesrepublik

Memorandum von Wissenschaftlern und Gewerkschaftern

(Auszüge)

Am 10. März 1980 stellte eine elfköpfige Gruppe von Wissenschaftlern und Gewerkschaftsfunktionären auf einer Pressekonferenz in Bonn der Öffentlichkeit ein Memorandum vor, das die „Diskussion zur Ökonomie der Abrüstung, eingebettet in die Diskussion um die Entspannungspolitik" fördern bzw. Möglichkeiten der Rüstungsbegrenzung unter Berücksichtigung alternativer industrieller Produktion und wirkungsvoller Arbeitsplatzsicherung aufzeigen will. Die „Blätter" dokumentieren nachstehend die unter diesen Gesichtspunkten aufschlußreichsten Kapitel der Studie, deren vollständiger Wortlaut über den WI-Verlag (Wiesenstraße, 4000 Düsseldorf 11) angefordert werden kann. Die Autoren: Prof. Dr. Ulrich Albrecht (Fachbereich politische Wissenschaften, Freie Universität Berlin), Günter Bouwer (Diplom-Ökonom, Doktorand Universität Bremen), Michael Brzoska (Diplomvolkswirt, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg), Klaus Busch (Jugendbildungsreferent beim DGB-Landesbezirk Niedersachsen in Hannover), Arno Gottschalk (Student, Universität Bremen), Prof. Dr. Jörg Huffschmid (Studiengang Wirtschaftswissenschaften an der Universität Bremen), Mechtild Jansen (Studentin, Universität Bremen), Prof. Dr. Renate Krysmanski (Fachbereich Architektur, Fachoberschule Dortmund), Peter Lock (Diplomsoziologe, Universität Hamburg), Reinhard Schwitzer (Gewerkschaftssekretär bei der Industriegewerkschaft Metall, Verwaltungsstelle Hannover), Dr. Herbert Wulf (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg). D. Red.

4. Möglichkeiten der Abrüstung

4.1. Bisherige Erfahrungen

Abrüstung ist kein abstraktes Konzept, daß nie ausgeführt wurde. Nach beiden Weltkriegen hat es massive Truppenminderungen gegeben, und besonders nach dem Zweiten Weltkrieg gab es – was wenig bekannt ist – umfassende Versuche, die gesamtgesellschaftlichen Folgen der „Konversion" (Umstellung von Rüstungs- auf zivile Produktion) möglichst rational zu handhaben, besonders in den USA. Die in einer Phase anhaltender wirtschaftlicher Krisen zentrale Frage lautet, wie es mit der wirtschaftlichen Verträglichkeit der Abrüstung steht, besonders mit den Wirkungen auf die Arbeitsplätze.

Die Vertretung der Arbeitnehmer, die Gewerkschaften, sind verschiedentlich mit Vorschlägen zur Rüstungsminderung hervorgetreten. Am bekanntesten sind Beispiele aus dem amerikanischen und angelsächsischen Bereich. Ende 1943 schlug etwa der Vorsitzende der Automobilarbeitergewerkschaft in den USA vor, eine Bundesbehörde zu schaffen, in der Repräsentanten von Gewerkschaften und Unternehmern die Umstellung der amerikanischen Wirtschaft hin zur Friedensproduktion überwachen sollten. Mitte 1945 unternahm der Gewerkschaftsvorsitzende einen neuen Vorstoß: In staatlichen Betrieben sollten moderne Eisenbahnausrüstungen und preiswerte Massenunterkünfte in Form von Fertighäusern hergestellt werden. Diese Vorschläge befaßten sich relativ detailliert mit der Umstellung der Produktion von Flugzeugmotoren, Spezialkugellagern oder Magnesiumfabrikaten auf Waggons in Leichtbauweise oder neuartige Fertighäuser.

Diese gewerkschaftlichen Bemühungen waren Teil einer umfassenden, geplanten Umstellung der amerikanischen Volkswirtschaft von der Kriegsproduktion im Zweiten Weltkrieg auf die friedliche Nachkriegsproduktion. In Erinnerung an eine scharfe Rezession nach dem Ende des Ersten Weltkrieges im Jahre 1921, als von seiten des Staates wenig getan wurde, um die ökonomischen Effekte der Beendigung der Kriegsproduktion aufzufangen, wurde in den USA schon intensiv geplant, als die Kampfhandlungen in Europa und Asien noch voll im Gange waren. Im Jahre 1945 war die Umstellungsaufgabe beachtlich: Der Krieg hatte in den USA die Zahl der Beschäf-

tigten um 19 Millionen ausgeweitet (normalerweise wäre ein Zuwachs von lediglich zwölf Millionen Arbeitnehmern zu erwarten gewesen) – und diese kriegsbedingt Beschäftigten mußten einer Tätigkeit anderer Art zugeführt werden. Außerdem war eine erhebliche Zahl dieser neuen Arbeitsplätze im Kriege außerhalb der herkömmlichen industriellen Ballungszentren in Amerika, besonders fern den Standorten der Schwerindustrie, geschaffen worden, hauptsächlich in Kalifornien. Netto waren mehr als drei Millionen Arbeitnehmer in die vom Kriege geschaffenen Rüstungsbetriebe gewandert – und diese Arbeitskräfte blickten, da es keine nichtmilitärischen Alternativen für die Produktion in jenen Regionen gab, dem Zwang zur Rückkehr oder der Arbeitslosigkeit entgegen.

Während im Kriege die Arbeitslosenzahl in den USA unter der Zahl von einer Million blieb (vor dem Sieg gegen Japan wurden in Amerika 830 000 Arbeitslose gezählt), wurden trotz der Freisetzung von 10 Millionen Soldaten und 7 Millionen durch den Zweiten Weltkrieg zusätzlich Beschäftigten auf dem Höhepunkt der amerikanischen Nachkriegsarbeitslosigkeit nur 2,7 Millionen Beschäftigte arbeitslos – eine eindrucksvolle Leistung, die aufgrund eines (was man heute in den USA ungern einräumt) intensiv geplanten Nachkriegskapitalismus möglich wurde. Das Ausmaß der Planungsmaßnahmen bleibt bis heute beeindruckend. Einerseits wurde in traditionell strukturschwachen Branchen, wie etwa dem Schiffsbau, einfach die Kriegsproduktion aufrecht erhalten (und Lieferungen aus diesen „Kriegsüberfluß"-Beständen bildeten die Grundlage für US-Militärhilfe an eine Vielzahl von Staaten). Andererseits veranlaßte man ausscheidende Soldaten, sich in einem der zahlreichen Ausbildungsprogramme zu engagieren, und entlastete so den Arbeitsmarkt.

Auch wurden Armee-Einheiten, für die an sich kein militärischer Bedarf mehr bestand, länger als nötig unter Waffen gehalten, was in einigen Fällen zu meutereiähnlichen Unruhen führte. Eine ausgeklügelte Haushalts- und Steuerpolitik sorgte zusätzlich dafür, daß in den Nachkriegsjahren in Amerika die zivile Nachfrage stimuliert wurde. Man subventionierte den Wohnungsbau massiv (obwohl es keine Kriegszerstörungen von Wohnraum gab), und schreckte durch niedrige Zinssätze jede Sparneigung ab. Bislang zurückgehaltene Technologien, besonders das Fernsehen, wurden ökonomisch begünstigt, so daß jede mögliche freie Liquidität bei den Verbrauchern gebunden werden konnte und in Nachfrage umgesetzt wurde. Da keine zentrale Behörde für die Umstellung geschaffen wurde, sondern zahllose Gliederungen vorfindlicher Institutionen für die Abwicklung dieser Programme verantwortlich waren, entging der Öffentlichkeit, in welchem Umfang hier geplanter Kapitalismus realisiert wurde.

Der durch den Koreakrieg erzeugte Boom provozierte vielfältige Überlegungen, wie die Umstellung der amerikanischen Wirtschaft nach Ende der Feindseligkeiten am besten bewerkstelligt werden könnte. Man entschloß sich, dem Verteidigungsministerium die Federführung bei diesen Bemühungen zu übertragen, da diese Behörde am ehesten die Probleme der betroffenen Rüstungsbetriebe kannte. Tatsächlich gab es 1954 in den USA eine Rezession, die Arbeitslosenquote stieg auf über 5 Prozent, mit lokal weitaus höheren Raten in den Schwerpunktgebieten der Rüstungsproduktion. Ähnlich wurde versucht, die ökonomischen Effekte des Endes des Vietnam-Krieges aufzufangen. Das handfeste Resultat ist eine eindrucksvolle Zahl wissenschaftlicher Untersuchungen über die Umstellungsproblematik, und auch die Gewerkschaftsbewegung engagierte sich erneut.

Der jüngste Umstellungsplan aus diesem Bereich geht auf das Jahr 1969 zurück, als die amerikanische Gewerkschaft vorschlug, 25 Prozent der Rüstungsgewinne zwangsweise in einen bei den Unternehmen verbleibenden Fonds für die Umstellung der Produktion zu überführen. Auch sind vereinzelt Belegschaften von Rüstungsbetrieben in den USA mit Vorschlägen in dieser Richtung hervorgetreten. So versuchten die Arbeiter eines Hubschrauberwerkes der Firma Boeing Mitte der sechziger Jahre, anstelle von Waffenfertigung die Massenfabrikation von Fertighäusern anzugehen, scheiterten aber am Unwillen des Managements.

Eine noch weiter zurückreichende Vorgeschichte und in der jüngeren Zeit dramatische Steigerung haben Bemühungen zur Rüstungskonversion in Großbritannien erfahren. Eine gewichtige Gruppe von Abgeordneten der Labour-Partei hat sich 1975 mit einer umfangreichen Schrift, „Sense about Defense" (Überlegungen zur Verteidigung) an die Öffentlichkeit gewendet, die italienische Metallarbeitergewerkschaft FLM hat sich dem Text weitgehend angeschlossen. In die-

ser Schrift wird darauf verwiesen, daß schon in der Weltwirtschaftskrise 1929 die britischen Gewerkschaften die Einsetzung eines Komitees vorschlugen, nicht etwa, um durch Aufrüstung Arbeitsplätze zu schaffen, sondern um die wirtschaftlichen Konsequenzen der Abrüstung besonders für die Arbeitslosigkeit zu steuern.

Bislang von größerer Bedeutung waren eine staatliche Anzahl von Rüstungskonversionen, die in den USA vom Staat zur Steigerung der Wirksamkeit des militärischen Aufwandes eingeleitet wurden. In den Jahren 1963/64 wurden im Zuge der von Minister McNamara eingeleiteten Reformen eine bedeutende Anzahl militärischer Anlagen geschlossen; die für die lokalen Wirtschaftsräume zum Teil schwerwiegenden Folgen dieser Maßnahme lösten die Einrichtung einer speziellen Konversionsbehörde, des „Office of Economic Adjustment" (Behörde für wirtschaftliche Anpassung) aus. Der zeitliche Zusammenfall der Minderung der amerikanischen Raumfahrtausgaben nach der ersten Mondlandung mit dem Abbau der amerikanischen Beteiligung am Vietnamkrieg führte beim Übergang zu den siebziger Jahren zu drastischen Kapazitätsfreisetzungen in der Luftfahrtindustrie (die von 1968 bis 1972 einen Rückgang der Zahl der Beschäftigten um mehr als ein Drittel hinnehmen mußte). Diese Vorgänge haben zu einer Reihe von administrativen Erfahrungen geführt, wie Konversionen von Betrieben am besten zu handhaben sind, und sie haben vor allem in der wissenschaftlichen Begleitung dieser Bemühungen zu einem reichen Wissensstand geführt (es wird geschätzt, daß vier Fünftel aller neuartigen Forschungsbeiträge zum Konversionsproblem aus den USA kommen).

Für die Gewerkschaftsbewegung breitere Bedeutung bei der Suche nach Konversionsstrategien sollten Bemühungen der Betriebsvertrauensleute (shop stewards) des britischen Luftfahrtkonzerns Lucas Aerospace erlangen. Die Belegschaftsvertreter hatten es hinnehmen müssen, daß die Beschäftigtenzahl des Konzerns seit Beginn der siebziger Jahre von 17 000 auf 13 000 reduziert wurde. Im Jahre 1974 mußte man davon ausgehen, daß eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit wahrscheinlich war, besonders da die Firmenleitung ein großangelegtes Rationalisierungsprogramm ankündigte. Zudem schien es nicht so, daß die Wirtschafts- und Energiekrise kurzfristig überwunden werden würde. Schließlich waren Kürzungen des Militäretats durch die damalige Labour-Regierung zu erwarten – für ein Unternehmen, welches zur Hälfte von der Rüstung lebte, eine alarmierende Aussicht. Anstatt die lokalen Parlamentsabgeordneten unter Druck zu setzen, damit mehr Rüstungsaufträge an Lucas-Betriebe gingen, entschloß sich das Komitee der Betriebsvertrauensleute des Konzerns zu einer völlig neuartigen Strategie. Man kam überein, nach alternativen Produkten zu suchen, und diese dann der Firmenleitung mit dem Hinweis vorzulegen, daß durch die Fertigung dieser Produkte die Beschäftigung aufrecht erhalten werden könne. Natürlich würde man kämpfen müssen, um diese Alternativproduktion durchzusetzen.

Nach anfänglichen Enttäuschungen (die um Vorschläge gebetenen Experten reagierten praktisch nicht in brauchbarer Weise) wandten sich die Betriebsvertrauensleute direkt an die eigene Belegschaft. Jedermann wurde um Vorschläge für Alternativprodukte gebeten, zwei Bedingungen waren zu erfüllen: Es sollte sich um „sozial nützliche" Fertigungen, also keine Waffen oder Luxuswaren, handeln, und die alternativen Produkte sollten mit den vorhandenen Fertigkeiten der Belegschaft und den Ausrüstungen der Betriebe herstellbar sein.

Das Echo auf diesen Entschluß war überwältigend. In Beantwortung eines Fragebogens, den jeder Beschäftigte erhielt, gingen eine Vielzahl von Vorschlägen ein, von denen 150 als die besten und wirtschaftlich sinnvoll ausführbaren von den Betriebsvertrauensleuten ausgewählt wurden. Diese Vorschläge zusammen bilden den sogenannten „Corporate Plan" für den Lucas-Konzern. Die große Mobilisierung, die dieses Vorgehen bewirkte, erfüllte ihren Zweck: die angekündigten Entlassungen wurden ausgesetzt. Die Unternehmensführung weigerte sich, die technischen Ideen der Belegschaft näher zu prüfen (andere Unternehmen haben sich diese Vorschläge in der Zwischenzeit zum Teil zunutze gemacht); und stieß damit selbst im Unternehmerlager auf Kritik. Die Konzeption der Lucas-Vertrauensleute zog jedoch in anderen Rüstungsbetrieben rasch weitere Kreise. Die shop stewards von Vickers, dem Kern der britischen Rüstungsindustrie, haben gleichfalls ein gemeinsames Komitee aller im Betrieb vertretenen Gewerkschaften gebildet, und suchen durch alternative Vorschläge für Produktionen in moderner Meerestechnologie zum Beispiel, den Ausfall von Panzeraufträgen aus dem Iran auszugleichen. Andere große Rüstungsfirmen erlebten eine ähnliche Entwicklung, und die Neuartigkeit der Bemühungen in England, Waffenproduktion durch die Herstellung alternativer und sozial nützlicher Produkte zu ersetzen,

erregte rasch die Aufmerksamkeit von Gewerkschaftern in anderen westeuropäischen Ländern. Neben dem Echo in Skandinavien und in den Niederlanden und in Italien gab es besonders in der IG Metall Diskussionen und Überlegungen, die sich einfügten in eine breitere Debatte und Willensbildung über den Zusammenhang zwischen Rüstung und Beschäftigung. In der IG Metall werden solche Fragen heute zentral erörtert in der Arbeitsgruppe „Wehrtechnik und Arbeitsplätze", in der nunmehr Vertreter der Gewerkschaft aus allen größeren Rüstungsbetrieben der Bundesrepublik vertreten sind.

Im folgenden sollen vor dem Hintergrund dieser ausländischen Erfahrungen konkrete Möglichkeiten von Abrüstungs- und Umstellungsmaßnahmen in der Bundesrepublik skizziert werden.

4.2. Ökonomische Möglichkeiten der Abrüstung

4.2.1. Der Rahmen von Abrüstungsmaßnahmen

Abrüstungsanforderungen stoßen neben politischen auch auf eine Reihe ökonomischer Fragen. Ihre Beantwortung kann die Hemmungen abbauen, die andernfalls das volle Engagement für die Forderung nach Einstellung des Wettrüstens behindern würden.

Es geht besonders um die Arbeitsplätze und Qualifikationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die als Soldaten und zivilesVerwaltungspersonal unmittelbar im staatlichen Militärapparat oder als Arbeiter und Angestellte bei der Entwicklung und Herstellung von Rüstungsgütern beschäftigt sind. Das sind 1979 fast eine halbe Million (495 000) Soldaten und 174 000 Zivilpersonen im Militärapparat und ca. 235 000 Beschäftigte in der Rüstungswirtschaft. Angesichts einer hohen und auch im konjunkturellen Aufschwung anhaltenden Arbeitslosigkeit entspricht die Sicherung der Zahl und der Qualität der vorhandenen Arbeitsplätze den unmittelbaren Existenzinteressen der arbeitenden Bevölkerung und ist von daher eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe.

Auch die gleichzeitige Erhöhung staatlicher Ausgaben in anderen Bereichen im Falle der Senkung von Rüstungsausgaben bietet an sich noch keine Gewähr für die Erhaltung der Zahl und Qualität der Arbeitsplätze. Abrüstungsmaßnahmen sind zunächst einmal mit denselben Umstellungsproblemen und -schwierigkeiten verbunden, die es auch in anderen Bereichen bei strukturellen Veränderungen, etwa im Steinkohlebergbau oder in der Textilindustrie, gegeben hat und nach wie vor gibt. Zur Überwindung dieser Schwierigkeiten und zur Verwirklichung der aus der Abrüstung folgenden Möglichkeiten sind besondere Anstrengungen und Strategien von seiten der Betroffenen, der Gewerkschaften, der Unternehmen und der staatlichen Stellen erforderlich. Dabei ist zu beachten: *Erstens* kann Abrüstung nur *schrittweise* durchgeführt werden, nicht als sofortige vollständige Abrüstung. Dies folgt schon aus den weltpolitischen Kräftekonstellationen und den komplexen Verhandlungsprozessen. Zwar ist das Ziel der Friedensbewegung nach dem Verständnis der UNO-Mitgliedsstaaten die allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle. Es kann jedoch nur in Teilschritten erreicht werden, die beispielsweise in einer jährlichen Senkung der Rüstungsausgaben um 3 oder 5 Prozent oder in einer 15prozentigen Senkung in drei Jahren bestehen. Bezogen auf die offiziellen Verteidigungsausgaben des Jahres 1979 in Höhe von 36 Mrd. DM würde eine schrittweise Abrüstung in dieser Größenordnung Beträge von 1,08 Mrd. DM (3 Prozent) bzw. 1,8 Mrd. DM (5 Prozent) verfügbar machen, das sind 0,08 bzw. 0,14 Prozent des Bruttosozialproduktes. Schon das Einfrieren des Rüstungshaushaltes wäre unter Bedingungen eines steigenden Sozialproduktes und Staatshaushaltes geeignet, die Gewichte zuungunsten der Rüstung und zugunsten alternativer Staatstätigkeit zu verlagern und somit das Wettrüsten zumindest nicht weiter zu forcieren. Schließlich ist es eine Tatsache, daß eine Reihe großer militärischer Beschaffungsaufträge das Stadium ihrer geplanten monatlichen Produktion noch gar nicht erreicht haben. So wird zum Beispiel die geplante monatliche Produktion von 25 Kampfpanzern Leopard 2 erst im Jahre 1982 erreicht. Schon ein Verzicht auf das Hochfahren der Produktion bis zu diesem Niveau ist ein wirksamer Beitrag zur Abrüstung. Er würde keinen bereits vorhandenen Arbeitsplatz gefährden. Notwendig wäre es in diesem Falle nur, die ursprüngliche Planung für den späteren Einsatz von Arbeitskräften in der Rüstungsproduktion durch Planungen für den Einsatz dieser Arbeitskräfte in anderen Produktionsbereichen zu ersetzen.

Zweitens muß eine schrittweise Abrüstung von sorgfältig konzipierten staatlichen Strategien zur Abfederung möglicher unmittelbarer Schwierigkeiten und zur Sicherung und Gestaltung der mittel- und längerfristigen Beschäftigungs- und Produktionsperspektive begleitet werden, die mit der Umstellung der staatlichen Ausgabenstruktur zwangsläufig verbunden ist. Da der Staat der einzige Arbeitgeber des soldatischen und zivilen Militärpersonals und der Hauptauftraggeber der Rüstungswirtschaft ist, hat er bei Senkung der Rüstungsausgaben im personellen und sachlichen Bereich auch die Verantwortung für die Schaffung alternativer Arbeitsplätze in gleichem Umfang und mit gleicher Qualität zu übernehmen. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, daß Abrüstungsmaßnahmen sich auch auf Waffensysteme und militärisches Gerät erstrecken. Denn reine Personalverminderungen bei unverändertem Waffen- und Gerätebestand würden zwar die Militärausgaben insgesamt senken, auf der anderen Seite aber die Arbeitsbelastung des verringerten Personals verschärfen. Eine solche Beschränkung auf Personalabbau ist aus grundsätzlichen gewerkschaftspolitischen Überlegungen heraus abzulehnen, ganz abgesehen davon, daß Reorganisations- und Rationalisierungsmaßnahmen im militärischen Bereich nicht ernsthaft als Abrüstungsschritte ausgegeben werden können.

Schrittweise Abrüstung bedeutet also erstens die Verminderung des im militärischen Bereich (Truppe und militärische Verwaltung) tätigen Personals, und zweitens die Senkung der Produktion für den militärischen Bedarf.

4.2.2. Abbau von Militärpersonal

Von den knapp 38 Mrd. DM, die im Haushalt 1980 für das Bundesverteidigungsministerium angesetzt sind, entfallen 16,8 Mrd. DM oder 44 Prozent auf Personalausgaben. Hiervon werden fast eine halbe Million Soldaten (255 000 Berufssoldaten, 234 000 Wehrpflichtige und 5000 Wehrübende) sowie 180 000 Personen im militärischen Verwaltungsbereich bezahlt. Daß der Abbau dieses Personalbestandes im Rahmen von Abrüstungsmaßnahmen ein erhebliches Gewicht hat, geht daraus hervor, daß diesen 675 400 direkt im Militärapparat beschäftigten Personen ungefähr 235 000 direkt oder indirekt in der Rüstungsproduktion Beschäftigter gegenüberstehen. Eine Verringerung dieser Zahl dieser direkt im Militärapparat beschäftigten Personen wirft die Frage nach anderweitiger Beschäftigung der Betroffenen, der Finanzierung einer möglicherweise erforderlichen Beschäftigungskonzeption für sie und die Frage nach der Möglichkeit einer Umschulung von Soldaten auf zivile Berufe auf. Gerade in letzter Hinsicht werden gelegentlich Probleme gesehen, die etwa in dem Satz zum Ausdruck kommen, daß ausgebildete Panzerschützen sich wohl kaum zur Umschulung zu Kindergärtnern eignen.

So ist die Frage jedoch falsch gestellt. Es ist nämlich möglich, das Militärpersonal zu vermindern, ohne daß Qualifikations- oder Umschulungsprobleme entstehen:

– Eine *Verkürzung der Wehrpflicht,* beispielsweise von gegenwärtig 15 auf 12 Monate, würde, sofern die Zahl der pro Jahrgang Einberufenen gleich bliebe, die Zahl der ständig bei der Bundeswehr in Ausbildung befindlichen Wehrpflichtigen verringern, in dem angeführten Beispiel um 20 Prozent oder 46 800. Wenn man diese Verringerung nicht auf einmal, sondern etwa in einem Zeitraum von vier Jahren durchführte, würden 11 700 Jugendliche pro Jahr erst gar nicht zum Militär eingezogen, sie bleiben in ihrem Beruf oder beginnen ihre Berufstätigkeit oder eine Ausbildung. Umschulungsprobleme stellen sich für sie nicht.

– Die *Ausnutzung der natürlichen Fluktuation* bei Berufssoldaten und Verwaltungspersonal. Der Nichtersatz von ausscheidenden Beschäftigten verringert den Personalbestand im Militärapparat, ohne daß sich die Arbeitsbedingungen der Bleibenden verschlechtern. Nach den Angaben des Weißbuches 1979 waren Ende 1978 von den 256 000 Soldaten der Bundeswehr 35 000 (13,7 Prozent) Soldaten auf Zeit mit einer 21monatigen oder zweijährigen Verpflichtung, ferner gab es 158 000 (61,7 Prozent) Soldaten mit einer drei- bis fünfzehnjährigen Verpflichtung und 62 000 (24,2 Prozent) Berufssoldaten. Wenn bei letzteren eine durchschnittliche Dienstzeit von 40 Jahren, bei den längerfristig Verpflichteten von zehn Jahren unterstellt wird, so läßt sich daraus ein Personalabgang bei den Berufssoldaten von 2,5 Prozent = 1550, bei den längerfristig Verpflichteten von 10 Prozent = 15 800 und bei den Soldaten mit zweijähriger Verpflichtung von 50 Prozent = 17 500 Personen ableiten. Allein aufgrund der Beendigung von Dienstverträgen schieden also nach diesen Angaben im Jahre 1979 34 850 Soldaten aus. Zusammen mit der Verringerung der

Zahl der Wehrpflichtigen um 11 700 könnte die Personalreduzierung pro Jahr 46 550 Personen ausmachen. Das sind knapp 10 Prozent des Gesamtbestandes an Soldaten, mehr als realistischerweise bei Abrüstungsmaßnahmen pro Jahr beschlossen werden könnte. Schon der Nichtersatz eines Teiles – beispielsweise der Hälfte – dieser Abgänge würde eine spürbare Truppenverminderung und einen Beitrag zur Abrüstung darstellen. Der Einwand, daß dieses Verfahren die Organisations- und Kommandostruktur der Bundeswehr in Unordnung bringen würde, trifft wegen des großen quantitativen Manövrierspielraums nicht zu, der erlaubt, die Gesamtreduktion durch eine Kombination von Planstellenstreichungen und Beförderungen zu verarbeiten. Eine ähnliche Rechnung ergibt sich auch für das Verwaltungspersonal im Militärbereich. Allein die jährlichen Abgänge durch Erreichen des Rentenalters reduzieren die Zahl der Beschäftigten in diesem Bereich um 4500 (nach dem Stand von 1979). Darüber hinaus ist zu beachten, daß eine Reihe von Qualifikationen des militärischen Verwaltungspersonals – z. B. bei Sekretärinnen, Buchhaltern oder allgemein bei den meisten Sachbearbeitern – auch im zivilen Bereich genutzt und ihr Einsatz dort die große Personalknappheit der öffentlichen Verwaltung mildern könnte. Hier wäre also Spielraum für einfache Umsetzungen vom militärischen zum zivilen Bereich vorhanden, ohne daß Umstellungsprobleme aufträten. In allen Fällen, in denen die Verminderung des Militärpersonals durch das Unterlassen von Rekrutierungen für das Militär erfolgt, gibt es ohnehin keine Qualifikationsprobleme und keine Probleme der Umschulung. Panzerfahrer müssen nicht auf Kindergärtner umgeschult werden, sondern es werden einfach weniger Menschen als Panzerfahrer und mehr Menschen als Kindergärtner ausgebildet.

Auch die Gefahr der Arbeitslosigkeit würde bei einem solchen Verfahren nicht verstärkt, vorausgesetzt, der Staat würde im Umfang der gestrichenen Stellen neue Arbeitsplätze in anderen Bereichen schaffen. Da es dann nicht darum ginge, frühere Soldaten entsprechend ihrer militärischen Qualifikationen in zivilen Bereichen schlecht und recht zu beschäftigen, sondern mehr Personen ohne bereits festgelegte Qualifikationen in gesellschaftlich sinnvollen Tätigkeiten auszubilden und zu beschäftigen, kann die staatliche Politik sich mit weniger Beschränkungen auf die Bereiche mit den größten gesellschaftlichen Versorgungsdefiziten konzentrieren und beispielsweise statt Soldaten Krankenhauspersonal einstellen. Jugendliche, die keine abgeschlossene Ausbildung haben und durch die Verkürzung der Wehrpflicht nicht eingezogen werden, können dann eine angemessene Ausbildung erhalten und so ihre Berufschancen verbessern.

Schließlich entstehen durch die skizzierte Strategie der Personalminderung im Militärapparat auch keine zusätzlichen Kosten und damit Finanzierungsprobleme. Der Nichtersatz der ausscheidenden Personen setzt Personalmittel frei, die an anderer Stelle für die Finanzierung zusätzlicher Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Da der Wehrsold für Wehrpflichtige allerdings sehr niedrig ist, werden hier zusätzliche Mittel für die Bezahlung ziviler Arbeits- oder Ausbildungsplätze erforderlich. Andererseits erhalten ausscheidende Soldaten nach 40 Dienstjahren ein Gehalt, das ein Mehrfaches des Gehaltes eines normalen Berufsanfängers ist, so daß die Mittel, die durch die nicht ersetzten Altersabgänge frei werden, sehr viel höher sind als die zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in diesem Umfang benötigten Beträge. Dieses Finanzierungspolster kann für die Beschäftigung derjenigen verwendet werden, die aufgrund der Verkürzung der Wehrpflichtzeit nicht eingezogen werden und zusätzlich auf den Arbeitsmarkt drängen.

Der Abbau des Militärpersonals durch Verringerung der Zahl der Wehrpflichtigen und Nichtersatz ausscheidender Militärpersonen ist mit keinen Qualifikations- und Umschulungsproblemen verbunden, kann schrittweise durchgeführt werden und beachtliche Dimensionen erreichen. Durch die Verwendung der freiwerdenden Mittel zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in gesellschaftlichen Mangelbereichen kann eine weitere Steigerung der hohen Arbeitslosigkeit verhindert und im Gegenteil ein Beitrag zur Senkung und zur Versorgung der Gesellschaft mit sinnvollen sozialen Diensten geleistet werden.

4.2.3. Umlenkung von Gütern aus militärischer in zivile Verwendung

Ein Drittel (12,2 Mrd. DM) der im Einzelplan 14 ausgewiesenen Verteidigungsausgaben entfallen auf die sogenannten verteidigungsinvestiven Ausgaben, davon 1,7 Mrd. DM auf Forschung, Entwicklung und Erprobung, 8,6 Mrd. DM auf militärische Beschaffungen und 1,5 Mrd. DM auf militärische Anlagen wie Kasernen, Truppenübungsplätze usw. Ein beachtlicher Teil der Güter, die für diese Beträge angeschafft werden, werden zwar von dem Militärapparat verwendet und verbraucht, könnten aber, was ihre stoffliche Beschaffenheit angeht, entweder unverändert oder mit

unwesentlichen Änderungen auch im zivilen Bereich sinnvoll eingesetzt werden. Militärische Verwaltungsgebäude beispielsweise könnten unverändert auch als zivile Verwaltungsgebäude genutzt werden (und würden damit der notorischen Raumnot der meisten Stadtverwaltungen abhelfen), statt Kasernen kann man mit wenigen Änderungen auch Wohnblöcke bauen, die die anhaltende Knappheit an preiswerten Wohnungen vermindern würden.

Weitere Möglichkeiten, bei Einschränkung der Rüstungsausgaben bestimmte bislang für den Militärapparat genutzte Güter ohne größere Veränderungen für zivile Zwecke zu verwenden, liegen unter anderem in folgenden Bereichen:

– Sanitätsmaterial (Ansatz 1980: 140 Mio. DM für Beschaffungen und laufende Sachausgaben) könnte zur verbesserten Ausstattung von Krankenhäusern, für Katastropheneinsätze und zur Unterstützung des Aufbaus eines wirksamen Gesundheitswesens in Entwicklungsländern verwendet werden;

– Verpflegung (545 Mio. DM, davon 109 Mio. DM Beschaffungen, 436 Mio. DM laufende Sachausgaben), die für den Unterhalt der Truppe eingekauft wird, könnte statt an Soldaten an besonders bedürftige Personen (Sozialhilfeempfänger, Schulkinder, Heimbewohner usw.) gegeben werden;

– ebenso würde sich eine Verwendung von Schuhwerk und Bekleidung (384 Mio. DM für Beschaffungen) mit leichten Änderungen zur verbesserten Versorgung benachteiligter Schichten der Bevölkerung eignen;

– das Fernmeldematerial (826 Mio. DM für Beschaffungen) könnte alternativ schrittweise zur Verbesserung der Telefonversorgung in ländlichen Gebieten, zur Modernisierung der Post oder zum Aufbau einer Kommunikations- und Infrastruktur in Entwicklungsländern umgelenkt werden;

– schließlich könnte auch ein Teil der jährlichen Fahrzeugbeschaffungen (650 Mio. DM) der Bundeswehr statt dessen der Verbesserung der inländischen Transportkapazität – beispielsweise durch Einrichtung verbesserter kommunaler Schulbusverbindungen – eingesetzt werden; ein anderer Teil käme wiederum als sehr sinnvolle Entwicklungshilfe in Betracht.

Allein für militärische Beschaffungen in diesen fünf Bereichen sind im Haushalt 1980 2,1 Mrd. DM angesetzt, d. h. fast ein Viertel der militärischen Beschaffungen überhaupt. Dazu kommen laufende Sach- und Verwaltungsausgaben in erheblicher Höhe. Die schrittweise Umlenkung dieser Ausgaben von militärischer in zivile Verwendung würde vor sich gehen können, ohne daß eine quantitative oder wesentliche qualitative Veränderung auf der Produktionsseite erforderlich sein würde, d. h. ohne daß die Zahl und die Qualität der Arbeitsplätze beeinträchtigt würde. Der Staat kauft nach wie vor die gleichen (oder unwesentlich veränderte) Güter, verwendet sie aber in allmählich steigendem Umfang zu anderen als militärischen Zwecken. Für die beteiligten Unternehmen würde sich nichts ändern, ebensowenig für die Zahl und die Qualifikation der Beschäftigten. Die einzige Wirkung dieser Strategie bestünde in einer verbesserten Versorgung der Bevölkerung mit materiellen Gütern, wobei deren Basischarakter sie in erster Linie zur Verbesserung der Lebenslage besonders benachteiligter Bevölkerungsschichten beitragen würde.

4.2.4. Umstellung von Rüstungs- auf Friedensproduktion

Der Bereich, in dem im Falle schrittweiser Abrüstung am ehesten mit Beschäftigungsproblemen zu rechnen ist, ist die Waffenproduktion, vor allem die Herstellung der großen Waffensysteme wie des MRCA-Tornado, des Alpha-Jet, des Kampfpanzers Leopard und der Fregatten, um nur die größten zu nennen.

Diese Güter kann man nicht zivil verwenden. Abrüstung bedeutet hier Einschränkung oder Einstellung der jeweiligen Produktion. Zur Vermeidung der Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Abrüstung muß daher an die Stelle der Waffenproduktion die Herstellung anderer Güter treten; und zur Vermeidung der Dequalifikation der Beschäftigten muß die Produktion dieser anderen Güter gleich hohe Qualitätsanforderungen stellen. Eine solche Umstellung erfordert zweifellos eine sorgfältige mittel- und langfristige Planung. Die ist aber nicht schwieriger als andere Verlagerungen von einem zum anderen Produkt im Zuge des strukturellen Wandels.

Daß im Laufe struktureller Veränderungen der Produktion Arbeitsplätze in bestimmten Bereichen vernichtet werden, ist ein Prozeß, der auch in der Vergangenheit in der Bundesrepublik in erheblichem Umfang stattgefunden hat. So ist vor allem die Zahl der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft von 1950 bis 1960 um die Hälfte, nämlich von rund 1 Million auf rund 500 000 zurückgegangen. In den sechziger Jahren wurden im Bergbau fast 300 000 Arbeitsplätze abgebaut, und von 1970 bis 1977 ging die Zahl der in der Textilindustrie Beschäftigten von 500 000 auf 330 000, also um 170 000 oder etwa ein Drittel, zurück. Die Dimensionen dieser Vernichtungen von Arbeitsplätzen gehen weit über das hinaus, was durch eine schrittweise Einschränkung der Rüstungsproduktion bewirkt werden könnte. Dennoch ist in diesen zivilen Bereichen von Unternehmerseite das Argument der Erhaltung der Arbeitsplätze nie als Gegenargument gegen die Durchführung struktureller Veränderungen akzeptiert, geschweige denn angeführt worden. Und die gewerkschaftliche Forderung, strukturelle Änderungen der Produktion unter voller Wahrung des sozialen Besitzstandes und der Beschäftigungsmöglichkeiten der betroffenen Arbeiter und Angestellten durchzuführen, läßt sich angesichts der vergleichsweise geringen Zahl der betroffenen Personen bei einer Umstellung von Rüstungs- auf Friedensproduktion sehr viel leichter verwirklichen als in anderen Bereichen, wie etwa der Eisen- und Stahlindustrie.

Im Vergleich mit anderen Umstrukturierungsprozessen gibt es bei der Umstellung von Rüstungs- auf Friedensproduktion sogar Umstände, die den Erfolg einer entsprechenden Strategie zur Erhaltung von Zahl und Qualität der Arbeitsplätze begünstigen:

1. Da die Bundesregierung fast der alleinige Auftraggeber der Rüstungsindustrie ist, kann sie schon durch die Art und Weise der Auftragsvergabe – vor allem über eine energische Auflagenpolitik – beschäftigungspolitischen Einfluß nehmen.

2. Da die großen Rüstungskonzerne in der Regel zugleich auch im Zivilgeschäft tätig sind (vgl. Kapitel 3.2.), besteht normalerweise die Möglichkeit, beim Rückgang der Militäraufträge die bisherigen Rüstungsarbeiter im gleichen Unternehmen oder Betrieb an technologisch vergleichbaren Zivilproduktionen weiter zu beschäftigen – vorausgesetzt, daß zusätzliche Aufträge in diese Bereiche gehen. Wenn beispielsweise im Geschäftsbericht 1978 der Siemens AG die Expansion des Geschäftsbereiches Nachrichtentechnik begrüßt und die Stagnation des Bereiches medizinische Technik beklagt wird, so ist dies in erster Linie ein Resultat der gestiegenen Rüstungsbeschaffungen einerseits und der Versuche zur „Kostendämpfung" im Gesundheitswesen andererseits. Eine Umorientierung staatlicher Prioritäten zugunsten besserer Gesundheitsversorgung würde auch die Produktionsschwerpunkte bei Siemens verändern, ohne daß dadurch notwendig der Beschäftigungsumfang und die Beschäftigungsstruktur beeinträchtigt würden.

3. Die Tatsache, daß die großen Waffensysteme aus relativ unabhängig voneinander hergestellten Komponenten oder Baugruppen bestehen, die beim jeweiligen Generalunternehmer zusammengebaut werden, stellt für staatliche Abrüstungspolitik eine gewisse Erleichterung in der Auswahl technologisch vergleichbarer Alternativen zur Rüstungsproduktion dar. Es ist nicht erforderlich, daß die Bundesregierung bei einem Unternehmen statt eines Waffensystems ein Produkt von ähnlicher technologischer Komplexität bestellt. Sie kann vielmehr bei den Herstellern der Komponenten verschiedene Produkte in Auftrag geben, die technologisch jeweils bestimmten Baugruppen von Waffensystemen entsprechen, in ihrer zivilen Verwendung aber nichts miteinander zu tun haben. Um ein Beispiel zu geben: Ein Kampfpanzer Leopard 2 besteht wesentlich aus folgenden Komponenten (Tabelle Spalte 1), die bei und von den angeführten Unternehmen (Spalte 2) hergestellt und bei Krauss Maffei bzw. MAK zusammengebaut werden, wobei der Anteil der Endmontage am Gesamtpreis des Panzers lediglich 10 bis 12 Prozent beträgt. Bei den gleichen Unternehmen könnten nun verschiedene Gruppen von Zivilprodukten hergestellt werden (Spalte 3), die zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse in unterschiedlichen Bereichen (Spalte 4) eingesetzt werden könnten...

Es kann bei diesen Umstellungsmaßnahmen davon ausgegangen werden, daß die teilweise hohe Qualifikation der in der Rüstungsproduktion Beschäftigten auch in technologisch ähnlich hochstehender ziviler Alternativproduktion Anwendung finden kann. In einigen Fällen werden jedoch auch Umstellungsmaßnahmen erforderlich sein. Sie dürften ohne besondere Schwierigkeiten durchführbar sein: Etwa 200 000 Beschäftigte im Investitionsgüterbereich sind in der Rüstungsproduktion engagiert. Wenn davon im Falle einer Umstellung 20 Prozent einer Umschulung bedürften, sind dies 40 000 Personen insgesamt. Bei einer schrittweisen Abrüstung in der Dimension von 5 Prozent pro Jahr sind dies 2000 erforderliche Umschulungen pro Jahr. Die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit für die 1977 durchgeführten 53 500 Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen betrugen 1157 Mill. DM, lagen also pro Fall bei 21 600 DM. Um weitere 2000 Personen umzuschulen, wären also zusätzlich 43,2 Mill. DM erforderlich; das sind 3,7 Prozent der 1977 insgesamt aufgewendeten Ausgaben für Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen. Von dieser Seite dürften sich also keine Schwierigkeiten ergeben.

Um den Nutzen aus der Abrüstung zur Hebung des gesellschaftlichen Wohlstands möglichst groß zu machen, sollte die Alternativproduktion nicht nur nach dem Kriterium der Verwendung der vorhandenen Qualifikationen oder der technologischen Ähnlichkeit oder Gleichwertigkeit des Produktes, sondern auch nach dem gesellschaftlichen Bedarf bzw. der gesellschaftlichen Versorgungslücken ausgewählt werden. Im folgenden werden einige Bereiche genannt, in denen Versorgungsdefizite bestehen bzw. steigender gesellschaftlicher Bedarf zu erwarten ist, der durch Umstellung von Rüstungs- auf Friedenspolitik befriedigt werden könnte. Es wird aber von vornherein darauf hingewiesen, daß diese Aufzählung nur vorläufigen Charakter hat. Eine weitgehende konkrete Entwicklung ziviler Alternativprojekte ist nur unter maßgeblicher Beteiligung der betroffenen Belegschaften und Gewerkschaften möglich, die über das produktionstechnische Wissen verfügen und genaue Kenntnisse der Arbeitsprozesse und der zu ihrer Verwirklichung erforderlichen Qualifikationen haben.

Welche große Kreativität bei der Entwicklung von nützlichen Zivilprodukten anstelle der sinnlosen Zerstörungsgüter von Arbeitern und Angestellten entwickelt werden kann, hat die Belegschaft von Lucas in England bewiesen. Aufzählungen wie die folgende haben nicht den Sinn, den konkreten Anstrengungen, Planungen und Projekten der Belegschaften und Gewerkschaften vorzugreifen oder zu versuchen, derartige Aktivitäten frühzeitig festzulegen. Sie haben vielmehr den Sinn, Informationen, Anregungen und Unterstützung für diese Diskussionen zu geben. Mit diesem Hinweis auf nützliche und realistische Alternativen zur Rüstungsproduktion kann daher auch ein Beitrag zur Mobilisierung derjenigen für ein volles Engagement in der Abrüstungsbewegung geleistet werden, die bisher aus Mangel an sichtbaren Alternativen in dieser Hinsicht zurückhaltend waren.

a) Medizinischer Bereich

Bei den folgenden Hinweisen auf die Möglichkeiten der Umstellung von Arbeitskräften, -qualifikationen und -prozessen der Rüstungsproduktion auf die Herstellung medizinischer Geräte gehen wir *nicht* davon aus, daß die wichtigsten Mängel im Gesundheitswesen der Bundesrepublik im Fehlen einer ausreichenden apparativen Ausstattung liegen. Das Gesundheitswesen der Bundesrepublik krankt vielmehr in erster Linie an der einseitigen Ausrichtung auf die kurative Medizin; sie setzt dann an, wenn bereits diagnostizierbare Krankheiten vorliegen und bemüht sich um deren Heilung, statt die Entstehung von Krankheiten zu verhindern. Eine sinnvolle Umgestaltung hätte demgegenüber eine stärkere Betonung der Vorbeugemaßnahmen als Kernstück des Gesundheitssystems zu bewirken, wie dies auch die ÖTV fordert. Vorbeugung besteht vor allem in besserem Arbeits- und Umweltschutz sowie in anderen hygienischen Maßnahmen, beispielsweise bei Lebensmitteln und Arzneien. Auch die Möglichkeiten der Früherkennung von beginnenden Krankheiten müßten sehr viel stärker als bisher ausgebaut werden; hierzu ist aber vor allem mehr Personal erforderlich, vorrangig Schwestern, Gemeindehelfer und Sozialarbeiter. Schließlich liegt auch in der etablierten Medizin die Hauptlücke im Fehlen ausreichenden ärztlichen und Pflegepersonals.

Abrüstungsschritte ziehen selbstverständlich nicht zugleich eine Hinwendung zu einer besseren Orientierung des Gesundheitswesens nach sich. Sie können eine solche Perspektive allerdings

dadurch erleichtern, daß statt des Militärpersonals erheblich mehr Beschäftigte im Gesundheitsdienst eingestellt werden könnten.

Trotz dieser notwendigen Akzentsetzung auf eine andere Orientierung eines sozialen Gesundheitssystems in der Bundesrepublik in Richtung auf mehr Sozialmedizin ist davon auszugehen, daß erstens unter den bestehenden Verhältnissen auch ein großer Mangel an Ausstattung mit medizinischen Geräten besteht, deren Beschaffung die ärztliche Versorgung verbessern würde. Zweitens besteht beim Übergang zu einem und in einem stärker sozialmedizinisch orientierten Gesundheitssystem ein unverändert großer Bedarf an technischen Hilfsmitteln und Geräten, die durch Umstellung von Rüstungs- auf Friedensproduktion beschafft werden könnten. Gegenwärtig scheitert die Behebung dieser Mängel wegen hoher Kosten. Im Zuge der eingeleiteten Kostendämpfungsstrategie ist sogar mit einer weiteren Verschärfung zu rechnen. Andererseits expandieren die militärischen Beschaffungen gerade in jenen Sektoren besonders, die technologische Berührungspunkte und Ähnlichkeiten mit der Medizintechnik haben, vor allem in den Bereichen der Elektronik, der Kommunikations-, Übertragungs- und Überwachungssysteme sowie der Strahlentechnik.

Die weithin als Diagnosetechnik mit Zukunft eingeschätzte Computertomographie findet in der Bundesrepublik noch in viel zu geringem Maße Anwendung. Gegenwärtig existieren nur wenige Dutzend Ganzkörpertomographen. Sinnvoll wäre es dagegen, wenn man in jeder größeren Stadt über mindestens ein derartiges Gerät verfügen könnte, dessen Stückpreis zwischen 1,8 und 2,3 Mill. DM liegt, und für dessen Wartung etwa 250 000 DM pro Jahr benötigt werden. Bei gut 1000 Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern würde sich hiernach ein Bedarf von 1000 Computertomographen und ein Produktionsvolumen von 1,8 bis 2,3 Mrd. DM sowie 250 Mill. DM pro Jahr an Wartungskosten ergeben. Zu einer ähnlichen Zahl kommt man auch, wenn man unterstellt, daß alle Krankenhäuser mit mehr als 200 Betten (das waren Ende 1977 1139 Krankenhäuser) über ein solches Gerät verfügen sollten; hieraus würden sich Anschaffungskosten zwischen 2,1 und 2,6 Mrd. DM ergeben. Wenn man in einem ersten Schritt nur die 284 Schwerpunktkrankenhäuser mit mehr als 500 Betten mit Ganzkörpertomographen ausrüsten würde, müßten immerhin noch zwischen 500 und 600 Mill. DM aufgewendet werden.

– In vielen Krankenhäusern, vor allem in ländlichen Gebieten, fehlen immer noch Ausrüstungen für die Überwachung der Körperfunktionen von Patienten bei Operationen, auf der Intensivstation oder normalen Wachstationen.

– Der Bedarf nach Körperersatzmitteln wie Herzschrittmachern, Herzpumpen, Seh- und Hörapparaten (Radar!), künstliche Bauchspeicheldrüsen für Diabetiker, Rollstühlen usw. ist nicht in ausreichendem Maße gedeckt und wird in Zukunft weiter steil wachsen.

– Von den hochentwickelten Industrieländern ist die Bundesrepublik das Land mit der höchsten Säuglingssterblichkeit, was zu einem erheblichen Teil mit dem Mangel an Herzrhythmus- und Atmungsmaschinen zusammenhängt.

– Ein ziemlich unterentwickeltes Gebiet ist die Unfall- bzw. Notfallmedizin. Es gibt in der Bundesrepublik zwar 14 Rettungshubschrauber (mit einem Einsatzradius von ca. 50 km). Sie sind aber weder allwetter- noch nachttauglich, Eigenschaften, die im Unterschied dazu einige Kampfhubschrauber und Kampfflugzeuge aufweisen. Darüber hinaus ist es erforderlich, die Rettungshubschrauber und Rettungswagen – deren Anzahl erheblich vergrößert werden müßte – mit Datenübertragungssystemen auszustatten, die an zentrale Diagnosestationen angeschlossen sind. Derartige telemetrische Systeme können dem Notarzt am Unfallort wichtige Hilfen bei der Diagnose und Therapie geben. Abgesehen davon, daß es sich hier wie bei großen Teilen der Rüstungsproduktion – extrem stark beim fliegenden Frühwarnsystem AWACS – im wesentlichen um Kommunikations- und Übertragungstechnologie handelt, ist auch interessant, daß ein derartiges integriertes telemetrisches Rettungssystem (SAVE) gegenwärtig im Auftrag der Bundesregierung von der Firma Porsche entwickelt wird, die zugleich an der Entwicklung aller westdeutschen Panzer und vieler anderer Waffensysteme führend beteiligt ist.

– Auch die Infrastruktur in den Krankenhäusern – das Transportsystem, die Dokumentation, die Terminplanung usw. – müßte erheblich verbessert werden.

Daß hier erhebliche Potentiale für die Umstellung von Rüstungs- auf Friedensproduktion ohne Beeinträchtigung der Zahl oder Qualifikation der Arbeitsplätze liegen, geht schon aus der Tatsache hervor, daß die großen Rüstungsunternehmen (Siemens, Philips u. a.) gleichzeitig marktbeherrschende Lieferanten medizinischer Ausrüstungen sind.

b) Umweltschutz

Die gegenwärtigen öffentlichen und industriellen Umweltschutzaktivitäten in unserem Land sind unzureichend. Auf 80,5 Mrd. DM (Preisbasis 1974) oder 1,5 Prozent des Bruttosozialproduktes (BSP) belaufen sich nach Schätzungen des Battelle-Instituts die Umweltschutzaufwendungen (UA) der Bundesrepublik im Zeitraum 1975–1979. Im Vergleich dazu betragen die UA der USA immerhon schon 2,2 Prozent des BSP.

Angaben der OECD zufolge sind in den westlichen Industrieländern mindestens 3 Prozent des jeweiligen BSP notwendig, um eine spürbare Verbesserung des Ökosystems zu erreichen. Allein die wirtschaftlichen Schäden durch die Umweltverschmutzung betragen 3 bis 5 Prozent des jeweiligen Bruttosozialproduktes.

Abrüstung könnte die finanziellen und produktionstechnischen Mittel zur gesellschaftlich notwendigen Erhöhung der Umweltschutzaktivitäten in der Bundesrepublik freisetzen.

Eine Reihe von Rüstungsunternehmen entwickelt und produziert schon heute Umweltschutzsysteme. Dieser Umstand erleichtert eine zukünftige Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produktion, ohne die Arbeitsplätze zu gefährden. So bauen

– die Industriewerke Karlsruhe AG (Infanteriewaffen, Maschinenkanonen, Munition) Müllfahrzeuge, Müllverdichter, Kompostieranlagen und Abwässerkläranlagen;

– die Siemens AG (Radar, Feuerleitgeräte) Meßgeräte zur Überwachung der Luftverschmutzung;

– die drei westdeutschen Luft- und Raumfahrtunternehmen MBB, VFW und Dornier Meßgeräte zur Überwachung der Luftverschmutzung. Dornier arbeitet darüber hinaus an der Optimierung von Kläranlagen, MBB an der Weiterentwicklung und Verbesserung von mit der Abfallbeseitigung verbundener Geräte und Systeme;

– die Krauss Maffei AG (Panzer) industrielle Müllverbrennungsanlagen;

– die Bodensee-Geräte-Werke (Luft/Luft-Flugkörper, Laserzielsuchköpfe, Flugregelungstechnik) Systeme zur Konzentrationsmessung von Gasen und Dämpfen;

– die Howaldtwerke – Deutsche Werft AG (Kriegsschiffe) Müllverbrennungsanlagen.

Diese Rüstungsunternehmen hätten in den achtziger Jahren die Möglichkeit, zunehmend Umweltschutzsysteme anstelle der bisherigen Rüstungsproduktionen zu bauen und schließlich auch gewinnbringend zu verkaufen.

Bei einem jährlichen realen Wachstum des BSP in der Bundesrepublik um 2 Prozent von 1980 bis 1984 und bei konstanten Aufwendungen des Umweltschutzes mit 1,5 Prozent des BSP würden in den nächsten fünf Jahren rd. 90 Mrd. DM für den Umweltschutz ausgegeben (öffentliche und industrielle Investitionen und Betriebskosten). Die Erhöhung des UA-Anteils auf 3 Prozent hätte eine Verdoppelung in dem gleichen Zeitraum zur Folge.

Die zukünftigen Aktivitäten im Umweltschutz konzentrieren sich auf die Verhinderung, Beseitigung oder Verringerung des Abwasseranfalls von Gewässerverunreinigungen, von Luftreinhaltung und Abfall.

Wasser

Im einzelnen werden im Bereich der Abwasserreinigung folgende Produkte benötigt: mechanische und biologische Kläranlagen, Klärschlamm-Verbrennungsanlagen, Pumpen, Filter, Baustoff, Baumaschinen, Rohre aus allen Werkstoffen, Kanalreinigungsmaschinen, Altölaufbereitungsanlagen, Trinkwasseraufbereitungsanlagen und Neutralisations- und Entgiftungsanlagen. Nach Angaben der Bundesregierung sind allein für den Ausbau und die Sanierung der kommunalen Abwässeranlagen 40 Mrd. DM für die achtziger Jahre notwendig.

Abfallbeseitigung

Für die Abfallbeseitigung und -verwendung werden die folgenden Produkte benötigt: Schrottpressen, -scheren, Shredderanlagen, Schrottregenerierungsanlagen, Verbrennungsöfen für Müll, Ölschlamm oder technische Abfälle, Gas- und Ölfeuerungen mit Zubehör, Mülldeponien und Kompostieranlagen.

Das Einsammeln und der Transport des Mülls verursachen gegenwärtig etwa 60 bis 75 Prozent der Gesamtkosten der öffentlichen Abfallbeseitigung. Bis 1985 werden hier beispielsweise ca. 4800 Spezialfahrzeuge benötigt. Der Preis eines solchen Müllfahrzeugs liegt bei rund 168 000 DM. Dies ergibt insgesamt ein Marktvolumen für Spezialfahrzeuge von 806 Mill. DM. 20 Müllverbrennungsanlagen und 25 Kompostanlagen werden nach den Plänen der Länder bis 1985 benötigt. Eine Kompostanlage kostet rd. 35 Mill. DM, eine Müllverbrennungsanlage 100 Mill. DM, insgesamt ergibt dies ein Marktvolumen von rd. 3 Mrd. DM.

Luft

Erforderlich sind hier Produkte wie Ventilatoren, Klimageräte, Luftwäscher, Luft- und Gasfilter, Zyklone und Entstaubungsanlagen, Trocknungsanlagen, Anlagen zur Reinigung von Gasen, Meßgeräten und Überwachungssysteme.

Der Luftqualitätsüberwachung kommt für die Zurückdrängung der bestehenden Luftverunreinigung große Bedeutung zu. Erst durch die Kenntnis der jeweiligen Art der Luftverschmutzung, ihrer Verursacher und der jeweiligen Konzentration können gezielte Maßnahmen zur Unterbindung der Luftverunreinigung eingeleitet werden. Unterschieden werden nicht fortlaufend messende sowie ortsfeste, kontinuierlich messende Stationen. Im Umweltgutachten 1978 des Sachverständigenrates für Umweltfragen wird eine Kombination beider Systeme zur Luftgüteüberwachung empfohlen. Ein solches kombiniertes Überwachungssystem befindet sich gegenwärtig in Bayern und Hamburg im Aufbau. In anderen Bundesländern scheiterte die Realisation dieses Systems an den finanziellen Belastungen...

Zur Installation eines bundesweiten Luftgütemeßnetzes werden mindestens 550 ortsfeste Meßstationen und 50 diskontinuierlich messende Meßwagen benötigt. Daraus ergibt sich ein Marktvolumen für stationäre Meßgeräte in Höhe von 330 Mill. DM zuzüglich 25 Mill. DM für die diskontinuierlich messenden Meßwagen.

Vor allem die Luft- und Raumfahrtindustrie wäre im Konversionsprozeß in der Lage, die Luftgütemeßgeräte zu produzieren und damit Arbeitsplätze zu sichern.

c) Meerestechnologie

Umfangreiche und vielfältige Möglichkeiten für alternative Produktionen eröffnen sich auf dem Gebiet der Meeresforschung und Meerestechnik. Am Beispiel dieser Bereiche zeigt sich ebenfalls deutlich, daß Abrüstung nicht nur wirtschaftlich möglich, sondern gesellschaftlich nützlich, ja sogar notwendig ist.

– Vier der fünf am Fregattenprogramm F 122 beteiligten Großwerften sind bereits mit ihren Produkten im sogenannten Offshore (Meerestechnologie)-Markt eingeführt; die fünfte (AG Weser) bietet über ihr Tochterunternehmen AG Weser-Seebeckswerft ebenfalls Offshore-Geräte an.

– Aus der Gruppe der 25 größten Rüstungsproduzenten in der Bundesrepublik werben bereits neun in einem von den Handelskammern der vier Küstenländer herausgegebenen Katalog für ihre meerestechnischen Leistungen.

– In dem gleichen Katalog werden zusätzlich zu den Unternehmen Siemens und AEG-Telefunken fünf weitere Militärelektronikhersteller aufgeführt.

In den nächsten Jahren und Jahrzehnten werden sich die weltweiten Anstrengungen zur weiteren Erschließung und Nutzung der riesigen Rohstoff- und Nahrungsmittelreserven der Ozeane zunehmend verstärken. Wenn es der meerestechnischen Industrie der Bundesrepublik gelingt, ihre wissenschaftlichen und technologischen Möglichkeiten in entsprechende nationale und internationale Aktivitäten und Aufträge umzusetzen, könnte sie gleichzeitig zur effektiven Bekämpfung bestehender wirtschaftlicher Probleme beitragen.

Die massiven Preiserhöhungen für Erdölprodukte haben schlagartig die Abhängigkeit der Bundesrepublik von Rohstoffeinfuhren (und den auf diesem Gebiet tätigen multinationalen Gesellschaften) verdeutlicht. Zukünftig wird sich der internationale Konkurrenzkampf um die verfügbaren Rohstoffe weiter verschärfen, ein Prozeß, der die Risiken dieser Abhängigkeit beträchtlich erhöht. Mit der ständigen Aufrüstung der Streitkräfte kann (und darf) dieser Entwicklung nicht begegnet werden (die Vorschläge zum Aufbau von „militärischen Einsatztruppen zur Rohstoffsicherung" zielen in diese Richtung), wohl aber durch eine Umschichtung von Militärausgaben auf zivile Projekte zur Rohstoffsicherung und Erschließung neuer Rohstoffquellen. Hierzu zählt beispielsweise die Aufgabe, leistungsfähige und kontrollierbare Unternehmen aufzubauen, die zukünftig in Zusammenarbeit mit anderen Staaten (vornehmlich Entwicklungsländern) oder internationalen Konsortien marine Rohstoffe abbauen und die Versorgung der Bundesrepublik sicherstellen.

Die industrielle Erschließung der Meere schafft ihrerseits einen ausgedehnten Markt für neue, hochwertige Investitionsgüter. Bereits für 1977 wird das weltweite Umsatzvolumen im Bereich Offshore-Technik mit ca. 20 Mrd. DM angegeben. In der Bundesrepublik zählt die Meerestechnik schon zu den wenigen Wachstumsbranchen; sie kann von einer weiterhin steigenden Bedarfsentwicklung ausgehen. Voraussetzung für eine deutliche Erhöhung des bundesdeutschen Auftragsvolumens ist die Verwirklichung von Projekten, die fast alle Alternativen zu Rüstungsaufträgen darstellen:

– Die Förderung von Rohstoffen aus dem Meeresboden ist mit sehr hohen finanziellen Aufwendungen verbunden. Die meerestechnische Industrie der Bundesrepublik besitzt nur dann größere Erfolgschancen, wenn sie die Funktionstüchtigkeit und Sicherheit ihrer Offshore-Großanlagen in Pilotprojekten nachweist. Beispielhaft seien aufgeführt:

– ein Offshore-Kraftwerk über einem kleinen Erdgasfeld in der Nordsee,

– eine Erdgasverflüssigungsanlage auf einer schwimmenden oder festen Plattform,

– Offshore-Prozeßanlagen zur Produktion von Methanol, Ammoniak oder Harnstoff,

– schwimmende Großanlagen zur Meereswasserentsalzung, Müllverbrennung, Papier-, Zement- und Kunstdüngerherstellung.

– Bisher gibt es keine leistungsfähigen Ingenieurbüros in der Bundesrepublik, die Entwurf, Planung und Auswahl von Anbietern für Offshore-Gesamtsysteme übernehmen könnten. Gerade derartigen Unternehmen fällt bei der Vergabe von Aufträgen für Fabrikation, Installation und Dienstleistungen eine Schlüsselfunktion zu. Zur Behebung dieses strukturellen Nachteils ist der Aufbau eines entsprechenden Ingenieurbüros für den Bereich der Meerestechnik unbedingte Notwendigkeit. Hier böte sich der Ausbau einer bestehenden Ingenieurgesellschaft mit Erfahrungen in der Offshore-Technik durch eine gezielte Zusammenführung von Fachkräften aus der Stabsabteilung Rüstung im Führungsstab der Marine (FüM VII), den technologischen Fachbereichen des „Marineamts, Abteilung Rüstung (MarA Rüst)" und den an Rüstungsprogrammen beteiligten Planungsfirmen an.

– Im Sektor Offshore-Dienstleistungen ist ein weiteres Aktionsfeld zu erschließen. Da die privaten Betreiberfirmen bereits erklären mußten, angesichts des hohen Investitionsaufwandes überfordert zu sein, und die Bundesrepublik den Anschluß an die Weltmarktentwicklung zu verlieren droht, bietet sich die Gründung von staatlichen Gesellschaften an:

– Im Bereich Versorgungsschiffahrt kann eine Flotte von größeren Spezialversorgern aufgebaut werden (Brandbekämpfungs-, Ölfang-, Sicherheits-, eisgängige und andere Schiffe). Bei enger Kooperation mit den privaten Betreibern ließe sich das bundesdeutsche Auftragsvolumen erheblich steigern.

– In der Sparte Inspektion, Wartung und Reparatur könnte sich ein leistungsstarkes Unternehmen allein im Nordseeraum Aufträge in Höhe von 200 bis 250 Mill. DM pro Jahr sichern.

– Im Aufgabenfeld Unterwasserarbeiten fehlen Kapazitäten, und zwar im Hinblick auf Ausrüstungen und Personal. Augenblicklich weist dieser Markt eine Wachstumsrate von 20 bis 30 Prozent auf; leistungsfähige deutsche Unternehmen fehlen.

Die meerestechnische Industrie weist eine starke regionale Konzentration im norddeutschen Raum auf, dessen Strukturschwäche allgemein bekannt ist. Eine deutliche Steigerung der meerestechnischen Aktivitäten mit absehbar starker Breitenwirkung könnte der erwarteten weiteren Verschärfung der wirtschaftlichen Probleme in den vier Küstenländern entgegenwirken.

Andere Bereiche, in denen ein hoher und wachsender öffentlicher Versorgungsbedarf besteht, sollen hier nur stichwortartig genannt werden:

d) Verkehr

- Nahverkehrssysteme
- Kabinentaxi
- Magnetschwebebahn
- Schienen-Straßenfahrzeuge
- Eisenbahnwagen und Busse mit größerer Sicherheit
- neue Bremssysteme
- Überwachungs- und Signalanlagen
- Brücken u. a. m.

e) Energieversorgung

- Solarkollektoren
- Windmühlen
- Gezeitenkraftwerke
- Wellenkraftwerke
- Fernwärmeheizungssysteme
- Isolierung und Dichtungssysteme
- Wärmepumpen
- solare Kälteerzeugung für heiße Länder (Entwicklungshilfe)

4.3. Strategien zur ökonomischen Absicherung von Abrüstungsschritten

Die denkbaren negativen Beschäftigungswirkungen bei Abrüstungsmaßnahmen werden nicht dadurch vermieden und die positiven Wirkungen für Beschäftigung und Versorgung nicht dadurch verwirklicht, daß die Bundesregierung die Rüstungsausgaben senkt und die Verarbeitung dieser Maßnahmen der Privatwirtschaft und dem freien Spiel der Marktkräfte überläßt. Es müssen vielmehr detaillierte kurz- und längerfristige Konzepte zur Umstellung von Rüstungs- auf Friedensproduktion erarbeitet und durchgesetzt werden. Dies kann allerdings weder allein noch in erster Linie von einer regierungsamtlichen Abrüstungsbehörde noch gar von einem wissenschaftlichen Beratergremium geleistet werden. Von ersterer können und müssen bestimmte politische Anstöße und finanzielle Unterstützungen geliefert werden. Das Schwergewicht der Entwicklung und Durchsetzung von Umstellungsplänen liegt aber bei den betroffenen Arbeitnehmern in den Rüstungsunternehmen und ihren Gewerkschaften. Von ihrer Initiative und Energie – und der Unterstützung der Bundes- und Länderregierungen – hängt es auch ab, wieweit die Unternehmensleitungen ihrerseits zu einer sinnvollen Kooperation und finanziellen Unterstützung bei der Umstellung auf Friedensproduktion veranlaßt werden können. Vom Einsatz des Sachverstandes des Beschäftigten hängt es ab, ob die Vorschläge für Zivilprodukte, die alternativ zur Militärproduktion hergestellt werden sollen, realistisch und überzeugend sind.

Letztlich erfordert die wirksame Durchsetzung von Abrüstungsmaßnahmen ohne sozial-ökonomische Nachteile das Ineinandergreifen betrieblicher, gewerkschaftlicher, staatlicher und privatwirtschaftlicher Aktivitäten. Ihre Basis dürfte allerdings der betriebliche und gewerkschaftliche Nachdruck sein, mit dem Abrüstungsforderungen vertreten werden. Dabei werden die Belegschaften und ihre Vertreter in erster Linie die technologische Machbarkeit und eventuelle Umschulungserfordernisse von Umschulungsmaßnahmen beurteilen, die Gewerkschaften als Interessenorganisation der lohn- und gehaltsabhängigen Bevölkerung, vor allem die gesellschaftlichen Bedürfnisse und Prioritäten formulieren, und der Staat zusammen mit den Unternehmern vor allem die Aufgaben der finanziellen markt- und versorgungsmäßigen Umsetzung zu lösen haben.

Schematisch lassen sich hierbei folgende Schritte unterscheiden:

1. Erstellung einer Defizitanalyse gesellschaftlicher Versorgung oder Leistungen (wie Entwicklungshilfe). Hierbei können die Gewerkschaften und staatlichen Stellen weitgehend auf bereits vorliegende Untersuchungen über Versorgungsdefizite und vorliegende Anforderungs- und Prioritätenkataloge zurückgreifen. Ihre Aufbereitung als Grundlage zur Entwicklung einer Abrüstungskonzeption erfordert lediglich, sie grob im Hinblick auf die technologischen Anforderungen zu spezifizieren, die zur Befriedung der jeweiligen Bedürfnisse erfüllt werden müssen.

2. Untersuchung der Qualifikation von Rüstungsarbeiten, der technologischen Strukturen und ökonomischen Zusammenhänge der Rüstungsproduktion sowohl auf Branchenebene als auch besonders im Hinblick auf einzelne Regionen, Unternehmen und Betriebsstätten.

3. Auswahl und Konkretisierung von einzelnen Umstellungsprojekten, die zum einen den Qualifikationsprofilen und technologischen Strukturen der bisherigen Rüstungsproduktion weitgehend entsprechen und zum anderen möglichst hoch in der Prioritätenliste gesellschaftlicher Versorgungsdefizite stehen.

4. Ausarbeitung des zeitlichen, arbeits- und produktionstechnischen sowie haushaltsmäßigen Realisierungsrahmens für die jeweiligen Projekte.

Um die verschiedenen Initiativen, Energien und Kompetenzen in Fragen der Abrüstung zusammenzufassen und über sie zu informieren, ist auf staatlicher Ebene die Einrichtung eines *Bundesamtes für Abrüstung* sinnvoll, das mit weitgehenden Informationsrechten gegenüber der Privatwirtschaft ausgestattet sein müßte, und dessen Aufgabe darin bestünde, dem Parlament und der Regierung bei der Entwqicklung von Abrüstungsstrategien zuzuarbeiten.

Auf parlamentarischer Ebene sollte ein *Abrüstungsausschuß* im Bundestag und den Länderparlamenten und zumindest ein *Abrüstungsbeauftragter* in den betroffenen Gemeinden eingerichtet werden. Schließlich ist als Koordinations-, Beratungs- und Kontrollorgan ein *Abrüstungsrat* zu etablieren, in dem Vertreter des Staates, der Gewerkschaften (einschließlich der Arbeitnehmer in Rüstungsbetrieben) und der Privatwirtschaft (auch der Rüstungsunternehmen) vertreten sind. Er sollte, ähnlich und im Zusammenhang mit von den Gewerkschaften geforderten Wirtschafts- und Sozialräten, einerseits eine gewisse Initiativrolle bei der Ausarbeitung von Abrüstungsplänen und Umstellungskonzepten haben, andererseits die praktische Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen koordinieren und kontrollieren. Ihm sollte auf der Ebene der betroffenen Unternehmen ein paritätisch zusammengesetzter *Umstellungsausschuß* entsprechen, der die Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen überwacht. Wie die institutionelle Durchsetzung auch im einzelnen ausgestaltet werden mag, es ist unverzichtbar, daß dabei auf betrieblicher und unternehmensbezogener sowie auf regionaler und sektoraler Ebene umfassende Mitbestimmungsmöglichkeiten der betroffenen Belegschaften und Gewerkschaften gewährleistet werden. Insofern ist der Prozeß der schrittweisen Abrüstung eingebettet in den Prozeß demokratischer Wirtschaftspolitik, seine Durchsetzung ist zugleich ein Beitrag zur Durchsetzung umfassender Demokratisierung der sozial-ökonomischen Prozesse.

Wegen der besonders starken Stellung der Bundesregierung in der Rüstungswirtschaft kommt als wirksames Instrument zur Durchsetzung von Abrüstungsbeschlüssen vor allem die staatliche Auflagenpolitik in Betracht. Hierbei kann es sich zum einen darum handeln, daß bei der Vergabe von Militäraufträgen die Auflage gemacht wird, daß das begünstigte Unternehmen in einer bestimmten Zeit im Einvernehmen mit dem Betriebsrat realistische Vorstellungen über mögliche Alternativproduktionen ausarbeitet und hierfür auch Mittel – etwa in der Form eines Konversionsfonds – bereitstellt. Die Entwicklung solcher Konzepte kann dabei durchaus staatlich subventioniert werden, eine Nichteinhaltung der Auflage müßte allerdings zur Rückzahlung der Subventionen und eines Teiles des Gewinnes aus dem Rüstungsauftrag führen. Darüber hinaus sollte die Bundesregierung die Vergabe von Rüstungs- und von zivilen Alternativaufträgen mit Auflagen hinsichtlich der Anzahl der Beschäftigten und der Qualität der Arbeitsplätze verbinden und hierbei die Rüstungsaufträge sehr viel strenger reglementieren, also vergleichsweise weniger attraktiv machen.

Die nachstehenden zusammenfassenden Forderungen skizzieren den institutionellen Rahmen von Abrüstungsplanungen:

– Die Schaffung eines Bundesamtes für Abrüstung bei der Bundesregierung, eines Abrüstungsausschusses des Bundestages sowie einen Abrüstungsbeauftragten bei den Parlamenten der betroffenen Gemeinden; ferner Schaffung eines Abrüstungsrates in Verbindung mit der gewerkschaftlichen Forderung nach Wirtschaftschafts- und Sozialräten, der paritätisch aus Vertretern der Regierung, der Gewerkschaften, der Belegshcaften und Geschäftsleitungen von Rüstungsbetrieben zusammengesetzt sein soll. Seine Aufgabe ist es, über die Bestandsaufnahme der Rüstungswirtschaft und die Erstellung einer gesellschaftlichen Defizitanalyse und Prioritäten die Auswahl und Konkretisierung einzelner Umstellungsprojekte zu fördern.

– Die Verbindung staatlicher Rüstungsaufträge mit der Auflage an die begünstigten Unternehmen, einen paritätisch aus Vertretern der Belegschaften und Geschäftsleitungen zusammengesetzten Umstellungsausschuß zu bilden, der in Abstimmung mit dem Abrüstungsrat Pläne zur Umstellung des Unternehmens von Militär- auf Zivilproduktion ausarbeiten soll.

– Jährliche Vorlage eines Abrüstungsberichtes.

– Verbesserung der gewerkschaftlichen Informationsmöglichkeiten in Rüstungsbetrieben.

– Ausweitung der Mitbestimmungsrechte auf Produktions- und Investitionsentscheidungen.

. . .

6. Forderungen und Vorschläge

6.1. Kampf gegen militärische Ideologie

Alle Arten der Verherrlichung von Militarismus und Krieg stehen im Gegensatz zu Frieden, Entspannung und Abrüstung und müssen daher zurückgedrängt werden. Als konkrete Schritte hierzu fordern wir:

– Das Verbot der Verherrlichung bzw. Verniedlichung von Brutalität und Gewalt in der Öffentlichkeit, besonders z. B. bei der Werbung für die Bundeswehr.

– Das Verbot der Rüstungswerbung.

– Das Verbot der Herstellung und des Vertriebs von Kriegsspielzeug.

– Die Verstärkung der Friedenserziehung in den Schul- und Ausbildungsplänen.

6.2. Verbesserungen der Informationsbasis über Rüstungsproduktion und militärische Nutzungen

Ein wichtiger Hebel, um Zweifel an den schädlichen Wirkungen der Rüstung und an der Durchführbarkeit von Abrüstungsmaßnahmen abzubauen, ist die Ausweitung der im militärischen Bereich unnötigerweise außerordentlich gering gehaltenen Informationen. Dies bedeutet insbesondere:

– Offenlegung der Anzahl der Beschäftigten und der Umsätze, die direkt und indirekt von Rüstungsaufträgen abhängen, aufgegliedert nach Branchen und Regionen sowie nach Auftragnehmern. Hierbei ist insbesondere das Gewicht auszuweisen, das Rüstungsaufträge für einzelne Unternehmen, Branchen und Regionen haben.

– Untersuchung und Veröffentlichung der Gewinne in der Rüstungsproduktion durch den Bundesrechnungshof (wie es bereits in den USA praktiziert wird).

– Offenlegung und Kontrolle der Preisgestaltung bei Rüstungsaufträgen.

– Bericht über den Umfang und die Qualität des militärisch genutzten Geländes im Rahmen der Raumordnungsberichte. Insbesondere muß die Bevölkerung über die militärisch besonders gefährdeten Stationierungsorte von Atomsprengköpfen und Raketen aufgeklärt werden.

– Offenlegung aller Vorleistungen militärischer Infrastruktur und der den Gemeinden hierdurch entstehenden Belastungen.

– Jährliche Vorlage eines Abrüstungsberichtes.

– Verstärkte gewerkschaftliche Informationsrechte in Rüstungsbetrieben.

6.3. Erschwerung des Rüstungsexportes

Die Grundlagen für die Beschränkung des Rüstungsexports – Art .26 Grundgesetz, Außenwirtschaftsgesetz, Kriegswaffenkontrollgesetz, Kabinettsbeschluß von 1971 – sollen nicht gelockert, sondern verstärkt werden. Konkrete Schritte dazu sind:

– Genereller Wegfall von Bundesbürgschaften bei Rüstungsexporten.

– Verbot der Beteiligung Deutscher an der Produktion von Rüstungsgütern im Ausland.

– Verschärfung der Kontrollen des Endverbleibs von Rüstungsexporten.

6.4. Entlastung der Gemeinden

Die Gemeinden werden durch Militärprojekte besonders belastet, ohne daß sie eine Möglichkeit der Mitsprache bei der Planung haben. Demgegenüber fordern wir:

– Ordentliche Raumordnungsverfahren bei Militärprojekten, insbesondere volles Mitspracherecht der betroffenen Gemeinden.

– Erstattung aller den Gemeinden durch Geländenutzung entstandenen Steuerausfälle sowie Entschädigung für sonstige Belastungen.

6.5. Institutioneller Rahmen für Abrüstungsplanung

Die Durchführung von Abrüstungsprozessen bedarf längerfristiger Planungen und Abstimmungen bei den betroffenen Unternehmen und auf unternehmensübergreifender Ebene. Als institutionellen Rahmen dieser Planung schlagen wir vor:

– Die Schaffung eines Bundesamtes für Abrüstung bei der Bundesregierung, eines Abrüstungsausschusses des Bundestages sowie eines Abrüstungsbeauftragten bei den Parlamenten der betroffenen Gemeinden; ferner Schaffung eines Abrüstungsrates in Verbindung mit den von den Gewerkschaften geforderten Wirtschafts- und Sozialräten, der paritätisch aus Vertretern der Regierung, der Gewerkschaften, der Belegschaften und Geschäftsleitungen von Rüstungsbetrieben zusammengesetzt sein soll. Seine Aufgabe ist es, über die Bestandsaufnahme der Rüstungswirtschaft und die Erstellung einer gesellschaftlichen Defizitanalyse und Prioritätenliste die Auswahl und Konkretisierung einzelner Umstellungsprojekte zu fördern.

– Die Verbindung staatlicher Rüstungsaufträge mit der Auflage an die begünstigten Unternehmen, einen paritätisch aus Vertretern der Belegschaften und Geschäftsleitungen zusammengesetzten Umstellungsausschuß zu bilden, der in Abstimmung mit dem Abrüstungsrat Pläne zur Umstellung des Unternehmens von Militär- auf Zivilprodukte ausarbeiten soll.

– Ausweitung der Mitbestimmungsrechte bei Produktions- und Investitionsentscheidungen.

6.6. Sofortige Abrüstungsschritte

Zur Verringerung der Bedrohung und Bekräftigung des Entspannungs- und Friedenswillens der Bürger der Bundesrepublik könnten – ohne vermehrte „Sicherheitsrisiken" – konkrete Abrüstungsschritte eingeleitet werden:

– als klares Signal eine deutliche Kürzung der Haushaltsmittel für den Verteidigungsetat, etwa (als Vorschlag) um drei Prozent jährlich für fünf Jahre. Von einer solchen Kürzung sollen die Aufwendungen für Militärpersonal und die Ausgaben für militärisches Gerät in gleichem Umfang betroffen sein. Die so eingesparten Mittel sollen für alternative Produktion verwendet werden;

– der Verzicht auf das volle Hochfahren der Produktion der großen Waffensysteme der „2. Generation", besonders beim MRCA „Tornado" und dem Kampfpanzer Leopard 2;

– der Verzicht auf weitere Fregattenbeschaffungen.

Weitergehende Schritte könnten sein:

– die vollständige Offenlegung der bisherigen Planung für die „3. Waffengeneration";

– die Aussetzung der weiteren Entwicklung neuer Waffensyeme für die neunziger Jahre und statt dessen verstärkte Prioritätensetzung staatlicher Forschungs- und Entwicklungspolitik zugunsten ziviler Produkte.

Die meisten dieser Forderungen und Vorschläge richten sich unmittelbar an die Bundesregierung. Das liegt nahe, weil die Bundesregierung der einzige inländische Auftragnehmer der Rüstungswirtschaft ist. Der Kreis der politischen Adressaten der Forderungen und Vorschläge ist jedoch sehr viel breiter. Er umfaßt alle Menschen in der Bundesrepublik, die die ungeheure Gefahr sehen, die von der Fortsetzung des Wettrüstens ausgeht, und die bereit sind, sich für die Erhaltung des Friedens und die Einleitung von Abrüstungsmaßnahmen aktiv einzusetzen. Im Zentrum dieser Aktivitäten für den Frieden steht die Arbeiterbewegung, stehen insbesondere die Gewerkschaften. Die arbeitende Bevölkerung ist gegen jede Form des menschenverachtenden Militarismus, denn für sie bedeuten Militarismus und Krieg immer hohe Menschenverluste, ferner Beschränkung der Koalitionsfreiheit, Rücknahme der mühsam erkämpften sozialen und politischen Errungenschaften sowie Einschränkung der persönlichen Freiheiten.

Die Gewerkschaften als das Kernstück der Arbeiterbewegung sind die demokratische Kraft, die aggressive Ideologien bekämpfen, den Militarismus zurückdrängen und Kriege auch gegen wirtschaftliche Interessen verhindern können, wenn sie ihre Einheit bewahren.

Diese Forderungen nach Abrüstung an die Bundesregierung bedingen daher auch und in erster Linie die Mobilisierung aller friedliebenden Menschen, vor allem der organisierten Arbeiterbewegung.

. . .

Bericht des „Wissenschaftlichen Forums" der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), abgehalten vom 18. Februar bis 3. März 1980 in Hamburg

(Wortlaut)

In Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und des Berichts über das vom 20. Juni bis 28. Juli 1978 in Bonn abgehaltene Treffen von Experten, die die Teilnehmerstaaten und ihre nationalen wissenschaftlichen Einrichtungen vertraten, fand vom 18. Februar bis 3. März 1980 in Hamburg, Bundesrepublik Deutschland, das „Wissenschaftliche Forum" statt. Es wurde in Form einer Tagung führender Persönlichkeiten der Wissenschaft aus den Teilnehmerstaaten abgehalten.

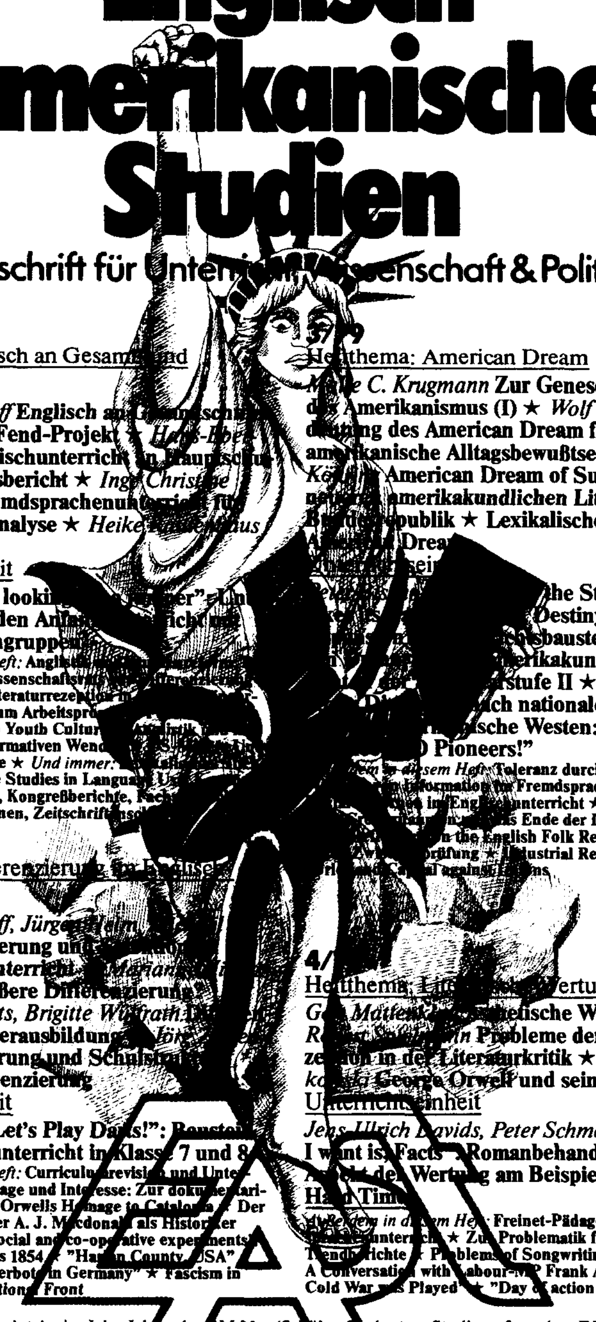
In der Eröffnungssitzung des „Wissenschaftlichen Forums" wurden die Teilnehmer vom Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Hans-Ulrich Klose, willkommen geheissen und von Dr. Hildegard Hamm-Brücher, Staatsminister im Auswärtigen Amt, im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland begrüßt.

Während der ersten Arbeitssitzung des Plenums trugen Vertreter der UNESCO und der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) ihre Beiträge vor. Die Vertreter der Delegationen der Teilnehmerstaaten gaben Eröffnungserklärungen ab.

Das Plenum setzte vier subsidiäre Arbeitsorgane für alternative Energiequellen, Nahrungsmittelerzeugung, Medizin sowie Geistes- und Sozialwissenschaften ein. Vertreter der UNESCO und der ECE wurden eingeladen, zusätzliche Beiträge in diesen Arbeitsorganen zu leisten.

Englisch Amerikanische Studien

Zeitschrift für Unterricht, Wissenschaft & Politik



1/79
Heftthema Englisch an Gesamt- und Hauptschulen
Christoph Edelhoff **Englisch an** ... **Dokumentation: Fend-Projekt** ★ *Hans-Eberhard Piepho* **Englischunterricht** ... **len: Ein Positionsbericht** ★ *Inge Christine Schwerdtfeger* **Fremdsprachenunterricht für alle: Eine Trendanalyse** ★ *Heike* ... **Lernschwäche**
Unterrichtseinheit
Peter Mohr **"I am looki**... **richtsprojekt für den An**... **heterogenen Lerngruppen**
Außerdem in diesem Heft: **Empfehlungen des Wissenschafts**... **Studienangebots** ★ **Literaturrezeption** ... **seminar: Vorschläge zum Arbeitsp**... **and Raggae in Modern Youth Cultur**... **Didaktik** ★ **Vor der normativen Wend**... **Attack: The 1978 Strike** ★ *Und immer:* ... **wort zum Thema, Case Studies in Langu**... **tar, Archiv mit Glossar, Kongreßberichte,** ... **Information, Rezensionen, Zeitschriftenschau**

2/79
Heftthema: Differenzierung im Englischunterricht
Christoph Edelhoff, Jürgen ... *Krüger* **Differenzierung un**... **Fremdsprachenunterricht** ... **Englisch ohne äußere Differenzierung?** *Helmut Brammerts, Brigitte Wolfrath* ... **zierung und Lehrerausbildung** ... *speck* **Differenzierung und Schulst**... *Peter Mohr* **Differenzierung**
Unterrichtseinheit
Wolfgang Thiel **"Let's Play Darts!": Baustein für den Englischunterricht in Klasse 7 und 8**
Außerdem in diesem Heft: **Curriculumrevision und Unterrichtsinhalte** ★ **Reportage und Interesse: Zur dokumentarischen Schreibweise in Orwells Homage to Catalonia** ★ **Der schottische Handwerker A. J. Macdonald als Historiker nordamerikanischer 'social and co-operative experiments' Materialien 1841/42 bis 1854** ★ **"Harlan County USA" "There are no Berufsverbote in Germany"** ★ **Fascism in Britain Today: The National Front**

3/79
Heftthema: American Dream
Malte C. Krugmann **Zur Genese und Struktur des Amerikanismus (I)** ★ *Wolf Wagner* **Die Bedeutung des American Dream für das heutige amerikanische Alltagsbewußtsein** ★ *Klaus H.* ... **American Dream of Success in der** ... **amerikakundlichen Literatur der Bundesrepublik** ★ **Lexikalisches Stichwort:** ... **he Star of Empire** ... **Destiny and American** ... **baustein zum Amerikakundlichen Unter**... **stufe II** ★ *Malte C. Krug-* ... **ch nationaler Identität** ... **sche Westen: Whitmans** ... **Pioneers!"**
... **Toleranz durch Sprachen? Zur** ... **Fremdsprachenunterricht** ... **nterricht** ★ **Die Streiks 1978/** ... **Ende der Labour-Regierung** ... **English Folk Revival** ★ **Studenten** ... **Industrial Relations Legislation:**

4/79
Heftthema: ... Wertung
... **ische Wertung** ★ *Hans* ... **Probleme der Shelley-Rezeption in der Literaturkritik** ★ *Harald Ray*... **George Orwell und seine Kritiker**
Unterrichtseinheit
Jens-Ulrich Davids, Peter Schmoll **"Now, what I want is Facts": Romanbehandlung unter dem** ... **Wertung am Beispiel von Dickens' Hard Times**
Außerdem in diesem Heft: **Freinet-Pädagogik im Fremdsprachenunterricht** ★ **Zur Problematik fachdidaktischer Trendberichte** ★ **Probleme of Songwriting in England** ★ **A Conversation with Labour-MP Frank Allaun** ★ **"How the Cold War was Played"** ★ **"Day of action on Berufsverbote"**

Diese Zeitschrift erscheint 4 x im Jahr, Jahresabo DM 30,- (Schüler, Studenten, Studienreferendare DM 25,-) + Porto. Einzelpreis DM 9,-. Zu beziehen durch jede Buchhandlung und ... hl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

Das „Wissenschaftliche Forum" erörterte zusammenhängende Probleme von gemeinsamem Interesse auf dem Gebiet gegenwärtiger und zukünftiger Entwicklungen der Wissenschaften und Förderung des Ausbaus von Kontakten, Verbindungen und des Informationsaustausches zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen und zwischen Wissenschaftlern.

In diesem Zusammenhang befaßten sich die subsidiären Arbeitsorgane mit folgenden Gebieten und Gegenständen:

Naturwissenschaften
Wissenschaftliche Forschung, insbesondere Grundlagenforschung, im Bereich alternativer Energiequellen.

Naturwissenschaften
Wissenschaftliche Forschung, insbesondere Grundlagenforschung, im Bereich der Nahrungsmittelerzeugung.

Medizin
Gegenwärtige Tendenzen in der medizinischen Forschung, insbesondere in der Grundlagenforschung und in erster Linie über Herz- und Gefäßkrankheiten sowie Geschwulst- und Viruserkrankungen unter Berücksichtigung des Einflusses der sich ändernden Umwelt auf die menschliche Gesundheit.

Geistes- und Sozialwissenschaften
Vergleichende Untersuchungen über gesellschaftliche, sozio-ökonomische und kulturelle Erscheinungsformen, insbesondere über Fragen der Umwelt des Menschen und der städtebaulichen Entwicklung.

Die subsidiären Arbeitsorgane prüften ferner die dem „Wissenschaftlichen Forum" unterbreiteten schriftlichen Beiträge.

Auf der Grundlage ihrer Beratungen fertigten sie Berichte an, die von dem Plenum geprüft wurden und die in abgeänderter Form als Anlage 1–4 beigefügt sind.

Als Ergebnis seiner Arbeit kam das „Wissenschaftliche Forum" zu nachstehenden Schlußfolgerungen:

– Seit der Unterzeichnung der Schlußakte der KSZE ist es zu einer bedeutenden Ausweitung der internationalen Zusammenarbeit in Forschung und Ausbildung sowie im Informationsaustausch gekommen. Dabei waren jedoch die Fortschritte auf einigen Gebieten größer als auf anderen. Es wird bemerkt, daß der gegenwärtige Stand der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit noch in verschiedener Hinsicht Verbesserungen erfordert. Derartige Verbesserungen sollten bilateral und multilateral auf staatlicher und nichtstaatlicher Ebene durch zwischenstaatliche und andere Abkommen, internationale Programme und Kooperationsprojekte und durch Schaffung angemessener Möglichkeiten für wissenschaftliche Forschung sowie für umfassendere Verbindungen und Reisen, die für berufliche Zwecke notwendig sind, erreicht werden.

– Dieses Ziel kann jedoch nur durch die Achtung aller Prinzipien und die volle Durchführung der einschlägigen Bestimmungen der Schlußakte erreicht werden. Alle Teilnehmerstaaten werden daher dringend aufgefordert, die Schlußakte nach Geist und Buchstaben einzuhalten, insbesondere hinsichtlich der für die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit wesentlichen Bedingungen.

– Es wird ferner für notwendig erachtet, festzustellen, daß die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Staaten eine der Grundlagen für eine bedeutende Verbesserung ihrer gegenseitigen Beziehungen und der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit auf allen Ebenen darstellt.

– Die Durchführung von Seminaren für Fortgeschrittene und Ausbildungskursen für junge Wissenschaftler aus Teilnehmerstaaten und anderen Staaten sollte in geeigneter Weise unterstützt werden, damit diese für kürzere oder längere Zeit neue wissenschaftliche Methoden studieren können. Informationen über diese Aktivitäten und ihre Durchführung sollten möglichst weit verbreitet werden.

– Bei der wissenschaftlichen Zusammenarbeit sollte dem unterschiedlichen Niveau der wissenschaftlichen Entwicklung Rechnung getragen werden, das in den Teilnehmerstaaten auf den einzelnen Gebieten besteht.

– Es wird empfohlen, daß die Teilnehmerstaaten die Möglichkeit prüfen, zu einem geeigneten Zeitpunkt, der von Entwicklungen im Bereich der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten abhängt, ein neues „Wissenschaftliches Forum" einzuberufen. Die Ergebnisse des „Wissenschaftlichen Forums" von Hamburg können, soweit angemessen, von den Teilnehmerstaaten auf dem für November 1980 anberaumten Treffen in Madrid berücksichtigt werden.

Die Teilnehmer dankten der Regierung der Bundesrepublik Deutschland für die ausgezeichnete Organisation des „Wissenschaftlichen Forums" sowie für die warme Gastfreundschaft, die ihnen anläßlich ihres Aufenthaltes in Hamburg zuteil wurde.

Erklärung des Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverbandes gegen einen Boykott der Olympischen Spiele vom 20. März 1980

(Wortlaut)

Anläßlich seiner 64. Vollversammlung befaßte sich der Allgemeine Deutsche Hochschulsportverband (ADH) ausführlich mit dem Problem und den Folgen eines möglichen Boykotts der Olympischen Sommerspiele 1980. Hierbei billigte die Vollversammlung ohne Gegenstimme die von seinen studentischen Spitzensportlern unterzeichnete Resolution gegen einen politischen Boykott der Olympischen Spiele 1980 in Moskau. An einer im Rahmen der 64. Vollversammlung unter Leitung von Dr. Schulke, ADH, durchgeführten Podiumsdiskussion nahmen Dr. Jürgen Schroeder, NOK, Dr. Hans-Joachim Jentsch, Mitglied des Sportausschusses des Bundestages, Prof. Dr. Walter Jens, Präsident des P.E.N.-Zentrums der Bundesrepublik Deutschland, sowie Jutta Meeuw und Klaus Steinbach als Aktivenvertreter teil. Im wesentlichen wurde hierbei die Abhängigkeit des Sports von politischen Entscheidungen problematisiert. Dr. Schroeder, der die Grüße des verhinderten Präsidenten des NOK, Willi Daume, überbrachte, wies unter anderem besonders auf die unabsehbaren negativen Folgen eines Olympia-Boykotts für die weitere Entwicklung des west-östlichen Sportverkehrs hin und bezeichnete die Boykott-Entscheidung von Präsident Carter als unüberlegt und falsch. Nachstehend der Wortlaut der ADH-Resolution. D. Red.

Der Allgemeine Deutsche Hochschulsportverband (ADH)

– bekennt sich zur olympischen Idee von sportlichen Wettkämpfen in Frieden und Freundschaft;

– wendet sich auf der Basis der IOC-Charta gegen jeden Boykott Olympischer Spiele;

– wendet sich gegen die Austragung eines allgemein-politischen Konflikts auf sportpolitischer Ebene;

– begrüßt die Ablehnung des Boykotts der Olympsichen Spiele durch zahlreiche gesellschaftliche und politische Organisationen außerhalb des Sports;

– begrüßt den Prozeß der Meinungsbildung bei den aktiven Sportlern, fördert ihre Bemühungen zur Durchführung der Olympischen Spiele und unterstützt sie allgemein bei einer stärkeren Wahrnehmung ihrer Mitbestimmungsrechte;

– wendet sich nachdrücklich gegen jede Art von Gegenspielen oder Ersatzveranstaltungen;

– nimmt mit Enttäuschung zur Kenntnis, daß in der letzten Zeit Vertreter bundesdeutscher Sportorganisationen ihre Position gegen den Boykott-Plan nicht mehr eindeutig vertreten;

– fordert alle verantwortlichen bundesdeutschen Sportpolitiker auf, nicht dem Druck sportfremder Interessen nachzugeben, sondern durch ihr Eintreten für eine Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen 1980 in Moskau und Tallinn die Olympische Idee zu erhalten.

Erklärung des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) zur Zerschlagung des NDR vom 2. März 1980

(Wortlaut)

Die Bundesdelegiertenversammlung des V. Schriftstellerkongresses des Verbandes deutscher Schriftsteller in der Industriegewerkschaft Druck und Papier hat am 2. März 1980 in München zu der Zerschlagung des NDR durch die Ministerpräsidenten von Niedersachsen und Schleswig-Holstein Stellung genommen und einstimmig die folgende Resolution beschlossen:

Die Ministerpräsidenten Albrecht und Stoltenberg haben den NDR, den zweitgrößten Sender der Bundesrepublik, im Alleingang zerschlagen und damit das gesamte Gefüge der ARD gefährdet. Gleichgültig gegenüber der Meinung der diese Anstalten finanzierenden Rundfunkteilnehmer und unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde damit eine gewachsene Kulturlandschaft verwüstet und für den Zugriff des Staates sowie für private Profitinteressen freigegeben.

Die Delegiertenversammlung des VS protestiert aufs schärfste gegen dieses Vorgehen. Sie weist darauf hin, daß durch die grundsätzliche Streichung von Begriffen wie „künstlerische Verantwortung", „künstlerische Freiheit" u. ä. im neuen Staatsvertrag zwischen Niedersachsen und Schleswig-Holstein bereits jetzt die Freiheit der literarischen Äußerung und damit das Grundrecht auf Meinungsfreiheit entscheidend beschnitten ist. Der Weg von stetiger Kontrolle bis zum beliebigen Absetzen literarischer Sendungen ist damit offen.

Sie weist darauf hin, daß sich das öffentlich-rechtliche System der bundesdeutschen Rundfunkanstalten bewährt hat, zumal es für die immer wieder nötigen Verbesserungen genügend Spielraum bietet. Es wird der Aufgabe gerecht, dem Teilnehmer Information, Bildung und Unterhaltung zu liefern, während das private Fernsehen den wirtschaftlichen Zwängen erliegen muß, das Rundfunkprogramm zu einer an Massengeschmack orientierten wohlfeilen Ware zu degradieren, es zum Packmaterial für die Werbung verkommen zu lassen.

Die Delegiertenversammlung fordert, daß die durch die neuen technischen Möglichkeiten machbaren Projekte in das bestehende System der öffentlich-rechtlichen Anstalten eingebunden werden, frei vom Einfluß des Staates sowie von einseitigen politischen oder wirtschaftlichen Gruppierungen.

Mit Befremden stellt die Delegiertenversammlung fest, daß Schriftsteller, die an einer qualitätvollen Gestaltung der Rundfunkprogramme entscheidenden Anteil haben, von den Beratungen über neue Medien so gut wie ausgeschlossen sind.

Die Delegiertenversammlung erwartet von allen Mitgliedern des VS, daß sie sich an den Veranstaltungen, Demonstrationen und anderen Maßnahmen der Aufklärungsarbeit aktiv beteiligen.

Autoren dieses Heftes

Jürgen OSTROWSKY, geb. 1945 in Kattowitz, Studium der Wissenschaftlichen Politik und der Soziologie an der Universität Marburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** Reinhold BILLSTEIN, geb. 1949 in Köln, Studium der Geschichte und Sozialwissenschaften an der Universität Köln, Doktorand; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** Helmut Wolfgang KAHN, geb. 1922 in Mannheim, früher Tätigkeit beim „stern", danach freier Autor; veröffentlichte u. a. das Buch „Die Russen kommen nicht: Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik", München/Bern/Wien 1969; bisher unveröffentlicht ist eine umfangreiche „Geschichte des Kalten Krieges". *** Hella GERTH-WELLMANN, geb. 1950 in Neumünster, Diplom-Politologin, Doktorandin in Hamburg, Lehrbeauftragte an der Universität Hamburg; Buch- und Zeitschriften-Veröffentlichungen. *** Karl-Heinz BRAUN, geb. 1948, Studium der Gesellschafts- und Erziehungswissenschaften an der Universität Marburg, Mitherausgeber der im Pahl-Rugenstein-Verlag erscheinenden Buchreihe „Studien zur Kritischen Psychologie"; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** Dr. Friedhelm KRÖLL, geb. 1945 in Tirschenreuth/Bayern, Soziologe in Nürnberg, Buchveröffentlichungen, u. a.: Bauhaus 1919–1933, Düsseldorf 1974; Gruppe 47, Stuttgart 1977. *** Dr. Norman PAECH, geb. 1938, Professor für Politische Wissenschaft und Staatstheorie an der Universität Hamburg; Bundesvorsitzender der Vereinigung demokratischer Juristen (VDJ); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 54.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,00 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,50), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 52,–; öS420,–; hfl 63,–; bfrs925,–; FF 132,–; £ 15,–; Lit 28.000,–; dkr 180,–; nkr 168,–; skr 136,–; yen 7 800,–; 36,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Neo-Satz W. Geilenberg KG, 5030 Hürth-Efferen. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

ISSN 0006–4416

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt (4/80)

Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

BERGER
KLAUS 0879
95080

GIELGENSTR. 15

5300 BONN 3

ORIGINALTON STRAUSS

Sprüche eines Nichtwählbaren
Herausgegeben von Ernst Volland

Soeben erschienen: 182 Seiten, DM 5,–

Autoren dieses Heftes

Jürgen OSTROWSKY, geb. 1945 in Kattowitz, Studium der Wissenschaftlichen Politik und der Soziologie an der Universität Marburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** Reinhold BILLSTEIN, geb. 1949 in Köln, Studium der Geschichte und Sozialwissenschaften an der Universität Köln, Doktorand; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** Helmut Wolfgang KAHN, geb. 1922 in Mannheim, früher Tätigkeit beim „stern", danach freier Autor; veröffentlichte u. a. das Buch „Die Russen kommen nicht: Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik", München/Bern/Wien 1969; bisher unveröffentlicht ist eine umfangreiche „Geschichte des Kalten Krieges". *** Hella GERTH-WELLMANN, geb. 1950 in Neumünster, Diplom-Politologin, Doktorandin in Hamburg, Lehrbeauftragte an der Universität Hamburg; Buch- und Zeitschriften-Veröffentlichungen. *** Karl-Heinz BRAUN, geb. 1948, Studium der Gesellschafts- und Erziehungswissenschaften an der Universität Marburg, Mitherausgeber der im Pahl-Rugenstein-Verlag erscheinenden Buchreihe „Studien zur Kritischen Psychologie"; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** Dr. Friedhelm KRÖLL, geb. 1945 in Tirschenreuth/Bayern, Soziologe in Nürnberg, Buchveröffentlichungen, u. a.: Bauhaus 1919–1933, Düsseldorf 1974; Gruppe 47, Stuttgart 1977. *** Dr. Norman PAECH, geb. 1938, Professor für Politische Wissenschaft und Staatstheorie an der Universität Hamburg; Bundesvorsitzender der Vereinigung demokratischer Juristen (VDJ); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 54.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,00 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,50), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 52,–; öS420,–; hfl 63,–; bfrs925,–; FF 132,–; £ 15,–; Lit 28.000,–; dkr 180,–; nkr 168,–; skr 136,–; yen 7 800,–; 36,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Neo-Satz W. Geilenberg KG, 5030 Hürth-Efferen. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

ISSN 0006–4416